

# Prozessspieler



2011  
–  
2014

# **ZEI Pressespiegel**

**2011 – 2014**

## **Ministry of Foreign Affairs Malta, 19.01.2011**

**MALTA'S AMBASSADOR TO GERMANY PARTICIPATES IN MEDAC/ZEI**

### **JOINT CONFERENCE IN BONN**

From 15<sup>th</sup> to 19<sup>th</sup> January the Mediterranean Academy of Diplomatic Studies in Malta (MEDAC) and the Center for European Integration Studies in Bonn (ZEI) organized a joint workshop on the subject, "Germany in the EU and the Mediterranean" in Bonn. The two organisations have been co-operating for some years and operate an active exchange programme of both academic staff and students.

The key-note speaker during the conference on 17<sup>th</sup> January was the State Secretary in the Ministry for Federal Affairs, Europe and the Media of the Federal State of North-Rhine-Westphalia, Mr. Jan Eumann, who spoke on 'Current Challenges for Germany in the EU'.

Malta's Ambassador to Germany, Mr. Karl Xuereb contributed to the conference during the session entitled "The Union of the Mediterranean" with an intervention on Malta's achievements and priorities in the Mediterranean. In his intervention he pointed out that given Malta's geostrategic position, the Mediterranean has always been fundamental to Malta's foreign policy which has sought to further dialogue, peace, stability and prosperity in the region based on respect for democratic values and the rule of law. Malta's Euro-Mediterranean vocation is evident in the plethora of trans-Mediterranean initiatives Malta has supported on a regular basis, foremost among which are the UfM and the 5+5 Dialogue.

Ambassador Xuereb also highlighted the Euro-Mediterranean Information and Training Seminars, or as they have become more commonly known "The Malta Seminars". Since 1996, the Mediterranean Academy of Diplomatic Studies (MEDAC) at the University of Malta together with the European Commission and the Ministry of Foreign Affairs of Malta has been responsible for coordinating the Malta Seminars where more than 1500 diplomats have had the opportunity to interact and discuss openly Euro-Mediterranean issues. He affirmed Malta's determination to persist with its Mediterranean vocation. The intervention by Ambassador Xuereb was followed by a discussion led by Prof. Dr. Stephen Calleja, Director of MEDAC.

The two institutions MEDAC and ZEI have maintained longstanding relations. Diplomats studying at MEDAC in Malta come to Bonn to take part in ZEI workshops and lecturers from ZEI regularly lecture at MEDAC. In 2009 a German Chair for Peace Studies and Conflict Prevention was established at MEDAC, which is currently held by Dr. Monika Wohlfeld, a conflict prevention expert. The German chair is funded by the German Ministry of Foreign Affairs and administered by the German Academic Exchange Service (DAAD).

<http://www.foreign.gov.mt/default.aspx?MDIS=21&NWID=1351>

Plagiatvorwürfe gegen Guttenberg

## Immer mehr Stellen tauchen auf

Verteidigungsminister zu Guttenberg hat in seiner Doktorarbeit offenbar in noch weit größerem Ausmaß bei anderen Autoren abgeschrieben als bislang bekannt: Immer mehr fragwürdige Passagen tauchen auf - enttarnt in einer gemeinsamen Aktion von Internetnutzern.

Von Oliver Georgi



In Bedrängnis: Verteidigungsminister zu Guttenberg

17. Februar 2011 Dass in der Wissenschaft bei Seminararbeiten und Dissertationen freimüdig abgekopft wird, ist im Zeitalter des Internets längst eine Binsen - doch was jetzt nach den Plagiatvorwürfen gegen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) geschieht, dürfte einmalig in der deutschen Wissenschaftsgeschichte sein: Immer mehr Stellen tauchen auf, die Guttenberg bei anderen Autoren abgeschrieben haben soll - recherchiert gemeinsam von zahlreichen Internetnutzern. Eine

regelrechte „Schwarmintelligenz“ hat sich formiert, um die 475 Seiten umfassende Dissertation von Guttenberg weiter auf verdächtige Stellen zu durchforsten und listet diese in einem [Blog](#) des Dresdner Medienwissenschaftlers und Plagiatforschers Stefan Weber fein säuberlich auf - ein deutsches WikiLeaks, wenn man so will. Titel des Blogs, der nach eigenen Angaben eine „kollaborative Dokumentation der Plagiate“ betreibt: „Eine kritische Auseinandersetzung mit Karl-Theodor Freiherr zu Guttenbergs Dissertation“.

Die Zahl der verdächtigen Stellen steigt so fast ständig an. Neben der abgeschriebenen Einleitung aus einem F.A.Z.-Artikel der Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpennig (siehe auch: [Guttenberg-Dissertation: Anfang bei F.A.Z. abgeschrieben](#)) und den zuvor durch den Bremer Wissenschaftler Andreas Fischer-Lescano angeführten Passagen führt der Blog mittlerweile mindestens zehn weitere Stellen auf, bei denen Guttenberg sich mit fremden Federn schmückt.

So bediente sich Guttenberg in der Einleitung offenbar nicht nur bei der F.A.Z., sondern auch bei einem Vortrag von Professor Ludger Kühnhardt, dem Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Auf Seite 16 der Dissertation findet sich eine längere Passage, die nahezu deckungsgleich mit Kühnhardts Text ist - ohne jegliche Quellenangabe. So heißt es bei Kühnhardt:

*„Als der Konvent am 28. Februar 2002 seine Beratungen aufnahm, war dies von allgemeiner Skepsis begleitet. Die Erwartungen wurden von allen Beteiligten heruntergespielt. Nur in Amerika schien Vertrauen in das neue Werk der Europäer zu bestehen. Dort wurde der Verfassungskonvent von Philadelphia verglichen, der 1787 die bis heute bestehende amerikanische Verfassung erarbeitet hat.“*

Bei Guttenberg lautet die Stelle so:

*„Als der europäische Verfassungskonvent seine Beratungen aufnahm, war dies von allgemein verbreiteter Skepsis begleitet. Die Erwartungen wurden von allen Beteiligten heruntergespielt. Bezeichnenderweise schien (zumindest in der Anfangsphase des Konvents) nur in den USA Vertrauen in das neue Werk der Europäer zu bestehen. Dort wurde der Verfassungskonvent in den Medien wie in der politischen Debatte zuweilen ungeniert mit dem Konvent von Philadelphia verglichen.“*

Damit aber nicht genug: Auch aus einer Stellungnahme Kühnhardts vor dem Ausschuss zum Stand der Arbeit des EU-Verfassungskonvents vom 21. Mai 2003 in Berlin „zitiert“ Guttenberg freimüdig - ohne Quellenangabe.

Die Stelle bei Kühnhardt:

*„Legitimität für die europäische Integration und für die Politik insgesamt erwächst natürlich aus Prozessen, aber mindestens ebenso stark aus der inneren Annahme der inhaltlichen Ergebnisse durch die Unionsbürger.“*

# FAZ.NET, 17.02.2011

**Die Stelle bei Guttenberg, minimal gekürzt:**

*„Legitimität für die europäische Integration und für die Politik insgesamt erwächst aus Prozessen, aber mindestens ebenso stark aus der inneren Annahme der inhaltlichen Ergebnisse des Konvents durch die Unionsbürger.“*

Auch die „Anleihen“ bei der Journalistin Sonja Volkmann-Schluck gehen weit über das hinaus, was Fischer-Lescano genannt hatte: Auf Seite 118/119 findet sich bei Guttenberg eine lange Passage, die ohne Quellenangabe ebenfalls fast im Wortlaut einem Vortrag Volkmann-Schlucks aus dem Jahr 2001 entspricht.

Etwas mehr abgewandelt, aber gleichwohl klar als identische Textpassage zu erkennen, ist eine Stelle auf Seite 130, die auffallende Ähnlichkeit mit einer Passage aus einem Aufsatz des Innsbrucker Rechtsprofessors Waldemar Hummer aus dem Jahr 2003 hat.

Bedient hat sich Guttenberg offenbar auch bei der Habilitationsschrift des Göttinger Juraprofessors Thormas Schmitz, die 2001 erschien - ohne Quellenangabe.

**In ihr heißt es:**

*„Mittlerweile ist ein Streit um die Verfassung der Europäischen Union entbrannt, bei dem es nicht nur um Begriffe geht: Es geht auch allgemein um die politische und staatstheoretische Bedeutung des Primärrechts der Union auf der einen und des nationalen Verfassungsrechts auf der anderen Seite, und damit auch um die Bedeutung der Institutionen Union und Staat.“*

**Bei Guttenberg findet sich die Stelle auf Seite 154, nur leicht abgewandelt:**

*„Im ‚Streit um die Verfassung der Europäischen Union‘ ging es allerdings nicht nur um Begrifflichkeiten: Er dreht sich bis heute auch allgemein um die politische und staatstheoretische Bedeutung des Primärrechts der Union auf der einen und des nationalen Verfassungsrechts auf der anderen Seite, und damit auch um die Bedeutung der Institutionen Union und Staat.“*

Und so listet der Blog noch diverse weitere Autoren auf, die ohne Quellen bei Guttenberg auftauchen - etwa den Historiker Hagen Schulze, dessen Aufsatz „Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike“ aus dem Jahr 1999, der sich auf Seite 192/193 bei Guttenberg findet. Auch der 2002 erschienene Aufsatz „Europa zwischen rechtlich-konstitutioneller Konkordanz und politisch-kultureller Vielfalt“ des Eichstätters Sozialpolitikers Stefan Schieren ist bei Guttenberg auf Seite 311 „verarbeitet“.

Fast wörtlich übernommen hat Guttenberg offenbar eine lange Passage, die sich auf Seite 325f. findet - sie ist fast identisch mit einer Passage aus dem Buch „EU-Recht und nationales Verfassungsrecht“ des Tübinger Juristen Martin Nettesheim (S. 28f.).

**Bei Nettesheim lautet die Stelle:**

*„In der Theoriegeschichte des Föderalismus ist eine reiche Vielfalt von Varianten entstanden. Vor diesem Hintergrund ist es nur zu verständlich, dass man sich in der Frage, welchen Grad der Föderalisierung der Verbund bereits erreicht hat, nicht einig ist. Während einige Beobachter dem Verbund bereits eine entwickelte Form des Föderalismus attestieren, sehen andere ihn erst auf dem Weg zur Föderation.“ (...)*

**Die Stelle bei Guttenberg:**

*„In der Theoriegeschichte des Föderalismus ist eine reiche Vielfalt von Varianten entstanden. Vor diesem Hintergrund ist es nur zu verständlich dass man sich in der Frage welche Grad der Föderalisierung die Europäische Union bereits erreicht hat nicht einig ist. Während einige Beobachter bereits eine entwickelte Form des Föderalismus attestieren sehen andere ihn erst auf dem Weg zur Föderation.“ (...)*

Die Liste der betroffenen Stellen dürfte weiter wachsen - schon jetzt haben die Blogger angekündigt, dass sie weiter auf die Suche nach verdächtigen Stellen gehen wollen.

# Spiegel Online, 17.02.2011

Copy-and-Paste-Affäre

## Guttenberg kupferte freizügiger ab als gedacht

Von Veit Medick, Andreas Niesmann, Oliver Sallet und Philipp Wittröck

**Auszüge von der Internetseite der US-Botschaft, Texte von Parteifreunden, Sätze aus Zeitungen: Liest man Karl-Theodor zu Guttenbergs Doktorarbeit genauer, finden sich weitere Passagen, die abgeschrieben sind - ohne Quellenangabe. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger fordert nun Aufklärung.**

Berlin - Erst war von acht Stellen die Rede - doch es sind offenbar weit mehr: Wer die Doktorarbeit von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg genauer liest, stößt immer wieder auf Textbaustein, die nicht von dem CSU-Politiker stammen, ohne dass dies gekennzeichnet ist.

Inzwischen sieht selbst die Bundesregierung Grund zum Handeln in der Copy-and-Paste-Affäre des Verteidigungsministers. Seine Kabinettskollegin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Chefin des Justizressorts, fordert die Aufklärung der Schummelvorwürfe gegen Guttenberg. "Die Plagiatsvorwürfe gegen den Verteidigungsminister sollten ganz in Ruhe aufgeklärt werden", sagte die FDP-Politikerin dem "Hamburger Abendblatt". Ihr Wunsch: "Aufgeregte Kommentare sollten genauso unterbleiben wie Vorverurteilungen."

Ohne dies korrekt zu zitieren, bediente sich Guttenberg bei Wissenschaftlern, auch Presseartikel flossen teilweise so in sein Werk ein und selbst bei Parteifreunden borgte er sich Gedanken. So ist etwa ein Beitrag des CDU-Europaabgeordneten Andreas Schwab in Guttenbergs Werk eingegangen. Auf Seite 326 und 327 finden sich mehrere Absätze eines im Internet veröffentlichten Textes Schwabs über den europäischen Föderalismus. Guttenberg beließ es bei Minimal-Änderungen - doch der Name Schwab findet sich nirgends in der Arbeit. Schwab reagierte überrascht, als SPIEGEL ONLINE ihn am Mittwoch auf die Passagen hinwies. "Inhaltlich sind wir offenbar auf einer Linie", sagte der CDU-Europaparlamentarier. "Ob das jetzt so wörtlich hätte zitiert werden müssen, das überlasse ich Herrn zu Guttenberg."

Überhaupt - das Internet scheint eine beliebte Quelle für Guttenbergs Recherchen gewesen zu sein. Der Politiker wurde etwa auf der Website der US-Botschaft fündig. Dort erklärt die amerikanische Außenstelle ihren geschichtlich interessierten Lesern die Entstehungsgeschichte der Verfassung des Landes: "Die Verfassung und die Bill of Rights erzeugten so eine Balance zwischen zwei gegensätzlichen, aber grundlegenden Aspekten der amerikanischen Politik - der Notwendigkeit einer starken, effizienten Zentralgewalt und der Maxime, die Rechten des Einzelnen zu schützen. (...)" Der vier Sätze umfassende Absatz findet sich im gleichen Wortlaut in der Dissertation, nachzulesen auf Seite 38, allerdings ohne Anführungszeichen und Fußnote. Nur einen Verweis auf die Seite der US-Botschaft hat Guttenberg in die Arbeit aufgenommen - auf Seite 217 in völlig anderem Zusammenhang.

### Fußnote? Fehlanzeige

Bedient hat sich Guttenberg auch bei Professor Dr. Ludger Kühnhardt, dem Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Uni Bonn. Das ZEI hatte bereits 2003 ein Diskussionspapier veröffentlicht, in dem es den Verfassungsentwurf des EU-Konvents bewertet. Das entsprechende Papier findet sich auch im Literaturverzeichnis der Guttenbergschen Dissertation und wird an verschiedenen Stellen der Arbeit korrekt mit Anführungszeichen und Fußnote zitiert.

Nicht so allerdings auf Seite 371, auf der Guttenberg schreibt: "Legitimität für die europäische Integration und für die Politik insgesamt erwächst aus Prozessen, aber mindestens ebenso stark aus der inneren Annahme der inhaltlichen Ergebnisse des Konvents durch die Unionsbürger." Der Satz findet sich wortgleich in dem ZEI-Papier - Fußnote: Fehlanzeige.

Auch den folgenden Satz ändert Guttenberg nur leicht und präsentiert ihn als eigene Aussage. Er schreibt: "Es ist demzufolge unumgänglich, dass nunmehr, nach dem Abschluss der Beratungen des Verfassungskonvents und im Rahmen des Ratifizierungsprozesses, eine europaweite öffentliche Diskussion

## Spiegel Online, 17.02.2011

Über die Chancen und Erfordernisse eines sich langsam herausbildenden 'europäischen Verfassungspatriotismus' beginnt."

Im Original heißt es: "Es ist daher notwendig, dass jetzt, nach dem Abschluss der Beratungen des Verfassungskonvents, eine europaweite öffentliche Diskussion über die Chancen und Erfordernisse eines sich langsam herausbildenden europäischen Verfassungspatriotismus beginnt."

Zufall? Schwer vorstellbar.

Ähnlich verfährt Guttenberg im Falle von Gerhard Casper. Der Verfassungsjurist hielt im September 2001 eine Festrede in Karlsruhe zum fünfzigjährigen Bestehen des Bundesverfassungsgerichts. Die Passagen, in denen Casper über die europäische Öffentlichkeit sprach, fand Guttenberg offenbar derart interessant, dass er sie prominent in seinen Text einfließen ließ. Auf Seite 348 und 349 finden sich vier entsprechende Absätze, in denen nur ein paar Wörter verändert sind - doch ein Hinweis auf Casper fehlt. Ganz verschweigen wollte Guttenberg den Juristen allerdings nicht: Auf Seite 45 findet sich in anderen Zusammenhängen eine Fußnote und auch im Literaturverzeichnis ist die Rede Caspers aufgeführt.

Jedes neue Beispiel, so viel ist klar, erhärtet den Verdacht, dass der Minister bei seiner Doktorarbeit nicht wirklich korrekt gearbeitet hat.

### Eine mögliche Erklärung

Eine mögliche Erklärung dafür, wie zumindest einzelne Passagen fremder Arbeiten in Guttenbergs Dissertation gelangen konnten, findet sich auf Seite 373 seiner Doktorarbeit. "Die folgenden Ausführungen basieren auf einem Vortrag des Verf. in Wilton Park im Mai 2004, für den die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages wichtige Grundlagenarbeit geleistet haben", heißt es dort in einer Fußnote. Eine der umstrittenen Passagen, die aus einem Kommentar der Schweizer Journalistin Klara Obermüller übernommene Bewertung der Präambel für den EU-Verfassungsvertrag, findet sich acht Seiten später.

Hat der Minister also eine seiner Reden in der Promotionsschrift zweitverwertet und dabei Jahre später übersehen, dass diese in weiten Teilen nicht von ihm selbst, sondern von den Wissenschaftlern des Bundestages verfasst worden war? Und sind irgendwo bei diesen vielen Verarbeitungsschritten die Fußnoten abhanden gekommen?

Vorstellbar wäre das zumindest. Aber helfen würde diese Erklärung zu Guttenberg kaum. Denn erstens gelten für akademische Arbeiten höchste Sorgfaltregeln. Und zweitens gibt es etliche beanstandete Passagen in Teilen der Arbeit, die nicht im Zusammenhang mit ebenjener Fußnote stehen.

Selbst die Universität Bayreuth, bei der Guttenberg die Dissertation 2006 einreichte, scheint inzwischen etwas stutzig zu werden. Am Mittwochabend erklärte der Uni-Präsident, man werde den Verteidigungsminister zu einer schriftlichen Stellungnahme auffordern.

Für die Passauer Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpfennig ist die Sache dagegen klar: "Das muss zur Anerkennung des Doktortitels führen", sagte sie der "Welt". Guttenberg hatte die ersten Absätze der Einleitung seiner Dissertation aus einem Aufsatz Zehnpfennigs abgeschrieben, der im Jahre 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erschienen war - ohne dies als Zitat auszuweisen. "Es ist mir unverständlich, wie man sich solch eine Blöße geben kann", sagte Zehnpfennig.

- Und der Beschuldigte selbst? Wies am Mittwoch alle Vorwürfe von sich und nannte sie "abstrus". Lieber kümmert sich Guttenberg um seine ministeriellen Aufgaben: Am Abend traf er in Afghanistan zu einem erneuten Truppenbesuch ein.

Plagiatsvorwürfe gegen Guttenberg

## Die Angst vor der "halben Großkatastrophe"

17.02.2011, 18:21

Von K. Auer, S. Braun, M. Kotynek und R. Preuß

Eigentlich wollte Karl-Theodor zu Guttenberg Wahlkampf in Sachsen-Anhalt machen. Doch dann wurde er offenbar nach Berlin zitiert. Kanzlerin Merkel verlangt "ein paar Erklärungen" von ihrem wegen Plagiatsvorwürfen unter Druck geratenen Verteidigungsminister. In der Union wächst die Sorge, dass Guttenberg über seine Doktorarbeit stürzen könnte.

Immerhin, der Mann hört nicht auf zu kämpfen. Die Nacht zum Donnerstag, also die, in der sich zu Hause in Deutschland ein so nicht bekannter Sturm ausbreitete, weilte Karl-Theodor zu Guttenberg in Afghanistan. Der deutsche Verteidigungsminister nächtigte erstmals im Kampfgebiet der deutschen Soldaten. Zum neunten Mal ist er damit am Hindukusch gewesen, das Land ist ihm schon fast zur zweiten Heimat geworden. Deshalb spricht vieles dafür, dass er zwar nicht dorthin floh, als in Berlin der erste Wind aufzog. Ziemlich sicher aber war der 39-jährige Verteidigungsminister froh über die Atempause. Eine Atempause in Afghanistan? Das ist auch schon wieder was Neues - und einer besonderen Lage geschuldet.

Am Donnerstagabend dann sagte Guttenberg einen Wahlkampftermin ab, zu dem er in Sachsen-Anhalt erwartet wurde. Um 18.25 Uhr ließ das Ministerbüro den Parteifreunden mitteilen, dass "Guttenberg in Berlin unabkömmlich ist", wie ein Landespolitiker der CDU ein wenig enttäuscht sagte. Stattdessen traf sich Guttenberg in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Merkel wolle von dem CSU-Politiker "ein paar Erklärungen", berichtete ZDF und ARD übereinstimmend. Wenn die Union Wahlkampf führt wie derzeit in Sachsen-Anhalt, muss das vorerst ohne den Star der CSU stattfinden.

Seitdem die Süddeutsche Zeitung am Mittwoch erstmals über die Plagiatsvorwürfe berichtet hat, wächst bei sehr vielen in der Union rasant die Sorge, dass der im Volk beliebte Verteidigungsminister über seine eigene Doktorarbeit stürzen könnte. Offen sagt das niemand, nicht einmal seine Neider wollen ihm derzeit in den Rücken fallen. Zu groß ist die Angst vor den Folgen. Guttenberg ist gerade für die Unionsabgeordneten in Berlin ein Hoffnungsträger von fast unschätzbarem Wert. Kein anderer füllt ihre Hallen und ihre Wahlkampfveranstaltungen mehr als der Baron aus Franken.

## Sueddeutsche.de, 17.02.2011

Das ist auch der wichtigste Grund dafür, dass seine CSU-Landesgruppe offiziell voll hinter ihm steht. Von einer „Schmutzkampagne schlimmsten Ausmaßes“ ist da die Rede. Und verwiesen wird darauf, dass der Bremer Rechtsprofessor, der die Sache losrat, Mitglied einer rot-rot-grünen Denkfabrik in Berlin sei. Damit ist das Feindbild klar, und die Kampfrichtung auch. Hier gehe es um Schmutz des politischen Gegners, also müsse man den Kampfanzug anziehen und kämpfen.

Dazu passt, dass sich auch in Guttenbergs Heimat Oberfranken Widerstand formiert. Nicht gegen Guttenberg, sondern gegen die, die ihm schaden könnten. Dass Missgünstige am Werk sind, steht für die Guttenberg-Fans in seiner Heimat außer Frage. In den lokalen Internetportalen wird gemutmaßt, dass politische Feinde dem Freiherrn am Zeug flicken wollten. Und da das mit parlamentarischen Methoden nicht gelingen könne, wähle man eben diese Form der Attacke.

An seiner Beliebtheit ändert das bislang nichts. „In Treue fest“ stünden seine Wähler zu Guttenberg, sagt der Landtagsabgeordnete Christian Meißner. Kollege Alexander König äußert sich ähnlich: „Wir wissen, was wir an unserem KT haben und werden uns dadurch nicht verwirren lassen.“ Auch Edmund Stoiber, der frühere CSU-Chef und Ministerpräsident, stellt sich vor ihn. „Diese Debatte wirkt sehr politisiert. Sie scheint besonders davon geleitet zu sein, einem beliebten und erfolgreichen Politiker am Zeug zu flicken“, meint der Ex-CSU-Chef. Genauso komme es auch bei den Bürgern an. Bei der Promotion, so Stoiber, handle es sich doch um eine fast 500-seitige Arbeit und eine mündliche Prüfung dazu.

Doch was da öffentlich wie eine stabile Schutzmauer aussieht, kann die Zweifel nicht abwehren. Denn nahezu alle von Rang und Bedeutung, ob in der Berliner Unionsführung oder der CSU-Spitze in Bayern, schauen mit einer Mischung aus Erstaunen, Unsicherheit und Sorge, wie täglich neue Beispiele für regelwidrig übernommene Texte auftauchen.

### **„Die Kiste ist heikel“**

„Die Kiste ist heikel“, heißt es unter führenden Mitgliedern der Unionsfraktion. War es Schlamperei - was viele fürchten? Sind es Verstöße gegen den universitären Ehrenkodex - was sich kaum einer vorstellen kann?

Immer wieder kommen diese Fragen. Und dazu gesellt sich die Erkenntnis, dass Guttenberg jetzt die eigene „Fallhöhe“ zu spüren bekommt. Keiner ist so hochgeschossen im Ansehen, bei keinem wurde so präzise nachgeforscht.

Als ähnliche Gerüchte bei Familienministerin Kristina Schröder aufkamen, gab es ein bisschen Geflüster, danach ein wenig Gespöttel - und dann verschwand die Geschichte wieder. "Das ist jetzt anders und macht die Sache so gefährlich", meint ein altgedienter CSU-Parlamentarier.

Für wie gefährlich die Lage eingeschätzt wird, zeigt auch die Tatsache, dass die Unionsspitze schon mal recherchieren ließ, wie die Regeln in Bayreuth tatsächlich sind. Mit Erleichterung erfuhr man, dass die Universität den Doktortitel entziehen kann, aber nicht muss, wenn sich die Zweifel an der Redlichkeit der Guttenberg'schen Dissertation erhärten sollten. Andere dagegen fürchten, dass die Uni-Leitung schon aus Selbstschutz dem Minister den Doktortitel entziehen könnte. "Das", so sagt es einer aus der Unionsführung, "wäre mindestens mal eine halbe Großkatastrophe." Guttenberg lebe von seinem guten Ruf, von Glaubwürdigkeit, Authentizität und bürgerlichen Werten.

Der Präsident der Universität, Rüdiger Bormann, versuchte am Donnerstag dem Eindruck entgegenzutreten, die Hochschule könnte sich unter Druck fühlen. Eine schnelle Prüfung sei nicht entscheidend, sagte er: "Wir werden das professionell machen." Zudem habe er bisher "keine Hinweise, dass das Promotionsverfahren nicht ordnungsgemäß verlaufen" sei.

Trotzdem finden sich fast ständig neue Stellen in Guttenbergs Doktorarbeit, die ohne Quellenangabe teilweise wortwörtlich aus anderen Texten übernommen wurden. In der Einleitung stehen Textstellen aus einem Diskussionspapier und einem Zeitungsartikel von Ludger Kühnhardt, dem Leiter des Zentrums für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn. Sein Papier wird erst mehr als 340 Seiten weiter hinten in einem anderen Zusammenhang als Quelle genannt. Die Einleitung endet dann mit Sätzen aus der Süddeutschen Zeitung; zwei Sätze sind identisch mit einer Buchrezension des damaligen SZ-Autors Andreas Bock von 2001, zwei weitere Sätze finden sich leicht abgewandelt wieder. In einer Fußnote wird nicht die SZ angegeben, sondern auf das Buch verwiesen, über das Bock geschrieben hatte. Zudem bediente sich Guttenberg auch bei einem seiner Minister-Vorgänger, Rupert Scholz. Von ihm finden sich Passagen samt Fußnote aus einem Zeitschriftenaufsatz von 2001 - ohne jede Quellenangabe.

Wie gefährlich das wird, weiß noch niemand. Aber die reine Zahl der Beispiele ist schon nicht mehr alles. Einige in der Unionsspitze fürchten, dass nicht Guttenberg, sondern ein Ghostwriter die Fehler gemacht haben könnte. Dann, so heißt es, wäre dem Minister kaum mehr zu helfen.

# Frankfurter Rundschau, 17.02.2011

WIRD EIN DOKTORARBEIT

## Nur noch Witze über Guttenberg

Kennen Sie den schon: Warum will Ursula von der Leyen nicht mehr neben Guttenberg am Kabinettstisch sitzen? Weil der immer abschreibt. In Berlin wird gelacht und gefästert über die Abschreibaffäre des Minister zu Guttenberg.

BERLIN – Ein Monteur kommt ins Verteidigungsministerium. An der Pforte wird er vom wachhabenden Soldaten gefragt, was er will. „Ich soll hier den Kopierer reparieren“, sagt der Monteur. „Oh“, entgegnet der Soldat, „das geht heute nicht, der Minister ist in Afghanistan.“

Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) lacht in diesen Tagen in der Koalition wunderbar für Witze. Glücksend jagt ein Kalauer den anderen, wenn die Spreche auf den Doktorstitel des Ministers kommt. Ursula von der Leyen (CDU) will nicht mehr neben Guttenberg am Kabinettstisch sitzen, erzählt einer, weil der immer abschreibe. Gelächter.

Wie viele Passagen seiner 475 Seiten lange Dissertation der 33-Jährige tatsächlich abgeschrieben hat, ohne die nötigen Quellenangaben zu machen oder auch nur auf die wirklichen Urheber seiner Gedanken zu verweisen, das beschäftigt im Augenblick nicht nur das stets aufgeregte politische Berlin. Eine wachsende Scher von privaten Zieltreffern geht im Internet auf die Suche.

Clevere Zeitgenossen haben eine eigene Seite geschaltet, die immer neue Fundstellen aufläuft, in denen Guttenberg angeblich in seiner Arbeit gegen die Regeln wissenschaftlichen Arbeitsverstoßen und sich die Gedanken anderer angeeignet habe, ohne es kenntlich zu machen ([de.wikipedia.org/wiki/Guttenberg](http://de.wikipedia.org/wiki/Guttenberg)). Fast 30 zweifelhafte Fundstellen sind bis zum späteren Nachmittag dort vermerkt, Tendenz steigend.

### Drei Autoren für vier Seiten

Allein für die dünne, nicht mal vier Seiten lange Einleitung in sein Thema sind inzwischen mindestens drei Autoren gefunden, bei denen sich der Freiherr oft über mehrere Absätze freimüdig bedient hat. Nicht nur die Veröffentlichung eines FAZ-Artikels, sondern auch Vorträge des Bonner Integrationsforschers Ludger Kühnherdt sowie eines US-Botschafters der EU scheinen bei Guttenberg so nachhaltigen Eindruck hinterlassen zu haben, dass er weile Teile seiner Einleitung einfach ihren Texten entlehnt. Was umso mehr verwundert, weil Einleitung und Schluss einer wissenschaftlichen Arbeit eigentlich die Königdisziplin sind, wo Fragestellungen erläutert, Thesen formuliert und das erkenntnisleitende Interesse dargelegt werden.

Die Universität Bayreuth forderte ihren Prädikats-Studenten („Summa cum laude“) am Donnerstag auf, eine schriftliche Erklärung zu den Vorwürfen abzugeben. Dies gehörte zum Standardverfahren in solchen Fällen, hieß es. Offenbar rechnet die Alma mater des Verteidigungsministers damit, dass die Prüfung der Plagiatsvorwürfe, die der Bremer Rechtsprofessor Andreas Fischer-Lescano erheben halte, mindestens zwei Monate dauern wird. Die bayrische FDP-Vorsitzende und Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger verlangte eine zügige und umfassende Prüfung der Vorwürfe, warnte aber vor jeder Form der Vorverurteilung.

Während die Opposition ihr Glück über den strauchelnden Superstar kaum fassen kann, mischt sich in die offenkundige Schadenfreude der schwarz-gelben Koalition über das Malheur ihres Überfliegers inzwischen auch die Sorge, dass nicht allein Guttenberg durch die Affäre beschädigt werden könnte, sondern die gesamte Regierung. „Niemand will einen Rücktritt“, betonten am Donnerstag gleich mehrere Stellen bei Union und FDP.

Andererseits hilft es selbst den erfahrensten Koalitionären schwer, die Bilanz der Affäre für den Publikumsleibing der Regierung einzuschätzen. „Für Guttenberg haben bei allen Skandalen immer eigene Gesetze gegolten“, heißt es bei Schwarz-Gelb. Seine Fehleinschätzung des Mündschlags von Kundus, seine widersprüchlichen Angaben zur Entlassung von Generalinspektor Wolfgang Schneiderhann und Staatssekretär Peter Michael, selbst sein offenkundiger Bruch mit den vorher gemachten Sparversprechungen halten zwar für Unrat in den eigenen Reihen gesorgt, seiner Popularität beim (Wahl-)Volk aber niemals einen Abbruch getan, im Gegenteil. Diesmal aber, so urken sie bei CDU/CSU, „kann es richtig gefährlich werden für Guttenberg“. Schließlich gebe es niemanden mehr, auf den sich die Verantwortung abladen lasse.

Der angeschlagene Verteidigungsminister saß fast weile am Donnerstag fern der Heimat bei einer seit längerem geplanten Afghanistan-Kurzvisite. Ausnahmsweise nahm Guttenberg keine Journalisten und Kamerads mit, als er den Außenposten Nord nahe Kundus besuchte. Kurz nach seiner Abreise starben bei einem Anschlag wenige Kilometer entfernt zwei Afghane.

Doch Afghanistan interessiert derzeit wenig, die Doktorarbeit des Ministers über den Vergleich von EU-Vorfaßung und US-Constitution viel. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ), selbst Opfer der Abschreibe, drehte den Spieß jetzt um. In einer Anzeige wirbt das Schweizer Blatt mit dem Slogan: „NZZ lesen: Summa cum laude – Universität Bayreuth.“

Autor: Stefan Hebestreit

## Hintergrund: Immer mehr verdächtige Passagen

Die Plagiatsvorwürfe gegen Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) werden immer massiver. Erst zählte der Jura-Professor Andreas Fischer-Lescano mehrere Passagen auf, in denen der Politiker offenbar fast wortgleich andere Autoren wiedergibt, ohne das zu kennzeichnen.

Dann entdeckten Medien wie die „Süddeutsche Zeitung“, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Spiegel Online“ verdächtige Abschnitte. Plagiatsjäger tragen zudem in Blogs und dem Wiki GutenPlag Fundstellen zusammen (<http://de.gutenplag.wikia.com>).

Die in diesen Quellen aufgezählten Passagen sind größtenteils im Internet zu finden – ein Überblick:

- Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von Barbara Zehnpfennig vom 27. November 1997: <http://dpaq.de/YbfdK> (bei Guttenberg S.16 und S.338)
- Vortrag von Günter Burghardt, dem damaligen Botschafter der Europäischen Union in den USA: <http://dpaq.de/0D7o6> (bei Guttenberg u.a. auf S.16f. und S.197f. erwähnt, aber ohne Kennzeichnung des wörtlichen Zitats)
- „Working-Paper“ des Centrums für angewandte Politikforschung von Sonja Volkmann-Schluck: <http://dpaq.de/d2L7u> (bei Guttenberg S.115 und 118f.)
- Artikel von Waldemar Hummer in der Zeitschrift „Politische Studien“, Sonderheft 1/2003, S.53-64: <http://dpaq.de/sAnZD> (Guttenberg zitiert den Autoren in seiner Arbeit, übernimmt aber auf S.130 einen Absatz ohne Kennzeichnung)
- Artikel des Jura-Professors Martin Nettesheim: <http://dpaq.de/a5OQ4> (bei Guttenberg S.153 und S.325f.)
- Artikel von Roland Vaubel, erschienen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: <http://dpaq.de/TmGrc> (bei Guttenberg S.169)
- Diskussionspapier von Hagen Schulze, veröffentlicht vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn: <http://dpaq.de/cPLev> (bei Guttenberg S.192f.)
- Artikel von Hartmut Wasser, erschienen in der Zeitschrift „Informationen zur politischen Bildung“: <http://dpaq.de/GjpTy> (bei Guttenberg S.215-217)
- Ansprache des Präsidenten des Bundesgerichtshofs Günter Hirsch: <http://dpaq.de/lef1Y> (bei Guttenberg S.261 in der Fußnote 750)
- Arbeitspapier von Stefan Schieren, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung: <http://dpaq.de/SYQ4u> (bei Guttenberg S.311)
- Schriftliche Fassung eines Vortrags von Wilfried Marxer, Politikwissenschaftler aus Liechtenstein: <http://dpaq.de/YpiW> (in Guttenbergs Dissertation auf S.349-350 zu finden)
- Referat der Publizistin und Wissenschaftlerin Gret Haller aus Frankfurt: <http://dpaq.de/l2Y1I> (bei Guttenberg S.342 und 351)
- Stellungnahme des Deutschen Bundestages zum Stand der Arbeit des EU-Verfassungskonvents von Ludger Kühnhardt: <http://dpaq.de/wMmb7> (bei Guttenberg S.371)

# Universität Bayreuth verlangt Erklärung Guttenbergs

Krisengespräch im Kanzleramt /  
Weitere Textabschnitte in Dissertation ohne Zitation

oage./sat. FRANKFURT/BERLIN, 17. Februar. Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) ist am Donnerstagabend zu einem Krisengespräch mit Bundeskanzlerin Merkel (CDU) im Kanzleramt zusammengetroffen. Zuvor war bekannt geworden, dass er sich beim Verfassen seiner Doktorarbeit in weitaus größerem Maße als bislang bekannt aus Büchern, Vorträgen und Arbeitspapieren anderer Autoren bedient hat, ohne die Passagen entsprechend zu kennzeichnen. Die Universität Bayreuth forderte den Minister am Donnerstag auf, binnen zweier Wochen zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. „Wir nehmen die Vorwürfe sehr ernst“, sagte Universitätspräsident Bormann. Es gebe jedoch keine Hinweise darauf, dass das Promotionsverfahren nicht ordnungsgemäß verlaufen sei.

übernommen, ohne die Quelle zu nennen. Guttenberg nutzte auch den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. An mehreren Stellen verweist der Autor in den Fußnoten auf Gutachten der Unterabteilung der Bundestagsverwaltung. Der Sprecher des Bundestagspräsidenten teilte dieser Zeitung mit, „in Wahrnehmung seines Mandats“ habe jeder Abgeordnete das Recht, „die sachliche Zuarbeit durch die Wissenschaftlichen Dienste in Anspruch zu nehmen“. Auskünfte zur Nutzung des Dienstes durch einzelne Mitglieder des Bundestages könne er nicht erteilen. An einigen Stellen zitiert Guttenberg den Dienst als Sekundärquelle eigener Vorträge, an einer Stelle aber auch als Primärquelle.

Für Donnerstagabend war eigentlich eine Rede Guttenbergs beim CDU-Kreisverband Börde bei Magdeburg geplant gewesen. Erst eine knappe halbe Stunde nach Beginn der Veranstaltung wurde dort mitgeteilt, man habe den „Anruf des Ministerbüros des Ministers Dr. Guttenberg erhalten, dass er in Berlin unabkömmlich ist“.

Guttenberg hatte am Mittwoch mitgeteilt: „Sollte jemand auf die Idee kommen zu behaupten, Mitarbeiter meiner Büros hätten an der wissenschaftlichen Bearbeitung meiner Dissertation mitgewirkt, stelle ich fest: Dies trifft nicht zu.“ Die Anfertigung dieser Arbeit sei seine eigene Leistung gewesen. In der Dissertation befindet sich unter anderem eine Passage aus einem Papier des Historikers Hagen Schulze. Die Passage wurde fast wortwörtlich

In einem Kapitel bezieht Guttenberg seine Kenntnisse über Vertragsänderungen direkt aus einer „Ausarbeitung“ des Dienstes. Die „Ausarbeitung“ des Dienstes ist laut Fußnote „im Auftrage des Verf.“ erstellt worden. Der Wissenschaftliche Dienst recherchiert und analysiert Informationen im Auftrag der Abgeordneten und der Gremien. Während es sich bei der Verwendung von Gutachten des Dienstes um den Vorwurf handelt, die Infrastruktur des Bundestages für private Zwecke genutzt zu haben, geht es bei den fehlenden Belegen um den Vorwurf der Täuschung. So findet sich in der Arbeit eine fast wortgleiche Passage aus einem Papier des Direktors des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Kühnhardt, die dieser im Mai 2003 bei einer Anhörung zum

Stand der Arbeit des EU-Verfassungskonvents vorgetragen hatte. Das Papier wird nur im Literaturverzeichnis aufgeführt.

An weiteren Stellen bedient sich Guttenberg ohne Quellenangabe eines Pa-

„Macht keinen  
guten Mann kaputt.  
Scheiß auf den Doktor.“

Aus einem Kommentar der „Bild“-Zeitung

piers der Münchner Politikwissenschaftlerin Sonja Volkmann-Schluck vom Zentrum für angewandte Politikforschung aus dem Dezember 2001 sowie mehrerer Ab-

Die Passauer Politikwissenschaftlerin Barbara Zehnpfennig, aus deren 1997 erschienem F.A.Z.-Artikel Guttenberg abschrieb, zeigte sich tief enttäuscht über dessen Vorgehensweise. Dass Guttenberg Ausschnitte aus ihrem Artikel ohne Nennung des Autors verwendet habe, verstoße „gegen alle Regeln wissenschaftlichen Arbeitens“ und sei „politisch sehr unkling“, sagte sie dieser Zeitung. Falls die Vorwürfe gegen Guttenberg sich „im genannten Umfang“ bestätigten, werde dies juristische Konsequenzen nach sich ziehen. „Gegebenenfalls die Aberkennung des Doktortitels“. Sie selbst plane nicht, juristische Schritte einzuleiten, sagte Frau Zehnpfennig.

Oppositionspolitiker kritisierten Guttenberg scharf. Der SPD-Verteidigungs-

sehnitte aus einer Rede des früheren Präsidenten der Stanford University Gerhard Casper, die dieser im September 2001 in Karlsruhe hielt. Beide Werke, aus denen sich Passagen fast wortwörtlich in der Dissertation wiederfinden, werden lediglich im Literaturverzeichnis erwähnt. Auf Caspers Text wird lediglich in einer anderen Fußnote verwiesen.

Bereits am Mittwoch war bekanntgeworden, dass Guttenberg in seiner 2006 eingereichten Dissertation unter anderem den Beginn der Einleitung aus einem Artikel dieser Zeitung abgeschrieben hat. Nach Angaben einer Internetplattform, die sich auf das Aufspüren von Plagiaten spezialisiert hat, belaufen sich die fragwürdigen Stellen in Guttenbergs Dissertation mittlerweile auf über 20.

Politiker Arnold sagte der „Mitteldeutschen Zeitung“, sollte Guttenberg der Doktortitel aberkannt werden, sei er auch als Minister nicht mehr zu halten: „Guttenbergs Glaubwürdigkeit wäre dann völlig zerstört.“ Bundesjustizministerin Leuthesser-Schnarrenberger (FDP) sagte dem „Hamburger Abendblatt“, sie fordere eine Aufklärung der Plagiatsvorwürfe. Zugleich warnte sie vor „aufgeregten Kommentaren“ und „Vorverurteilungen“. Der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion Klings warf der Opposition eine „Schmutzkampagne“ vor. Der Sprecher des Ombudsgerichts für die Wissenschaft, der Bonner Jurist Wolfgang Löwer, teilte mit, es gehe nun darum, „schlechte Wissenschaft und Täuschung auseinanderzuhalten“.

## Markieren, kopieren, einfügen

Berlin. Es gilt, eine Erfolgsgeschichte zu feiern. Im Jahre 2001 wird das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein halbes Jahrhundert alt und lädt aus diesem Anlass am 28. September 2001 zu einem Staatsakt ins Badische Staatstheater ein. Im Beisein von Bundespräsident Johannes Rau hält der angesehene Verfassungsrechtler Gerhard Casper die Festrede. Unter dem Titel "Die Karlsruher Republik" würdigt das Mitglied der amerikanischen Akademie der Wissenschaften die Arbeit der Hüter der Verfassung, danach stellt er die Rede ins Internet.

### Komplette Absätze übernommen

Dort findet sie dem Anschein nach Jahre später der junge Bundestagsabgeordnete Karl-Theodor zu Guttenberg wieder, der trotz seines Einzugs in den Deutschen Bundestag im Jahre 2002 an seiner Doktorarbeit zum Thema "Verfassung und Verfassungsvertrag. Konstitutionelle Entwicklungsstufen in den USA und der EU" an der Juristischen Fakultät der Universität Bayreuth arbeitet. Eine längere Passage Caspers, der von 1992 bis 2000 Präsident der kalifornischen Elitehochschule Stanford war, gefällt dem jungen Doktoranden und aufstrebenden CSU-Politiker so gut, dass er auf den Seiten 348 und 349 seiner Arbeit vier komplette Absätze für seine Promotion übernimmt, wobei er nur einige Wörter verändert - ohne das Ganze als wörtliches Zitat kenntlich zu machen und in den Fußnoten und Anmerkungen darauf hinzuweisen, dass diese Gedanken nicht von ihm, sondern von Casper stammen. Immerhin, im Literaturverzeichnis verweist er auf die Karlsruher Rede Caspers.

Kein Zufall, kein Einzelfall. Seitdem am Mittwoch bekannt wurde, dass Guttenberg in seiner Dissertation, für die er von seinem Doktorvater Peter Häberle die Bestnote "summa cum laude" erhielt, zahlreiche Texte anderer Autoren übernahm, ohne sie, wie es üblich ist, zu belegen, wird die Liste der Plagiäte immer länger. Im Internet machten sich bereits Plagiatsjäger auf die Suche und wurden mittlerweile auf rund 30 Seiten der 475 Seiten umfassenden Dissertation fündig. Dort galt offensichtlich das Internet-Prinzip "Copy and paste", markieren, kopieren, einfügen: Er machte sich noch nicht einmal die Mühe, die Texte sprachlich zu verändern oder neu zu formulieren. So flossen ganze Passagen von Zeitungsartikeln aus der "Neuen Zürcher Zeitung am Sonntag" und der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" in sein Werk ein, zudem etliche im Internet frei zugängliche Vorträge oder Veröffentlichungen anderer Wissenschaftler.

## **FN Web, 18.02.2011**

Sogar bei Parteifreunden bediente sich CSU-Politiker. So finden sich in der Doktorarbeit Guttenbergs auf den Seiten 326 und 327 mehrere Absätze eines im Internet veröffentlichten Textes des jungen Rottweiler CDU-Europaabgeordneten Andreas Schwab, ebenfalls promovierter Jurist und Experte für Europarecht, über den europäischen Föderalismus wieder, ohne dass Guttenberg an irgendeiner Stelle seiner Arbeit Schwab als Urheber identifizierte. Von der Website der US-Botschaft in Berlin übernahm der Doktorand wortwörtlich eine kurze Einführung in die Entstehungsgeschichte der amerikanischen Botschaft. Aus einem im Jahre 2003 entstandenen Diskussionspapier des Direktors des Zentrums für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn, Professor Ludger Kühnhardt, in dem dieser den europäischen Verfassungsentwurf kritisch bewertete, flossen ebenso Passagen in sein Werk, mal korrekt zitiert, mal ohne Quellenangabe.

Guttenberg hielt sich gestern in Afghanistan auf, erstmals übernachtete er inmitten des Kampfgebietes im "Außenposten Nord" in der Provinz Baghlan. Dort war im Dezember ein deutscher Soldat von einem Kameraden versehentlich erschossen worden. Im Gegensatz zu früheren Afghanistanreisen waren dieses Mal keine Fotografen und Kameraleute dabei, nur ein einziger Medienvertreter begleitete ihn. Die Reise war schon seit langem geplant, Guttenberg hatte angekündigt, mindestens alle zwei Monate die deutschen Soldaten zu besuchen.

Korrespondent: Martin Ferber

## Plagiieren bei den besten Adressen

Zitat-Affäre Guttenberg

Von Sebastian Fischer, Björn Hengst und Oliver Sallet

Mal wurde Karl-Theodor zu Guttenberg beim Ex-Verteidigungsminister Scholz fündig, mal beim Historiker Schulze oder beim Ex-Botschafter Burghardt: Der CSU-Politiker hat sich in seiner Doktorarbeit vieler Autoren bedient, ohne dies kenntlich zu machen - die wichtigsten Ideengeber im Überblick.

Hamburg/Berlin - Es ist ein kurzes, aber sehr entschiedenes Statement, das Karl-Theodor zu Guttenberg am Donnerstag zu den gegen ihn gerichteten Plagiatsvorwürfen abgibt. Seine Dissertation sei in "mühevoller Kleinarbeit" entstanden, enthalte "fraglos Fehler", aber er habe "zu keinem Zeitpunkt bewusst getäuscht", sagt der Verteidigungsminister. Bis zur Aufklärung der Vorwürfe sei er bereit, vorübergehend auf das Führen seines akademischen Doktorgrades zu verzichten. Später wolle er den Titel wieder tragen.

Bringt Guttenberg damit Ruhe in die Debatte über die gegen ihn gerichteten Plagiatsvorwürfe? Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Bayreuth wurden bereits zwei Strafanzeigen gestellt. Bei der einen geht es um mögliche Verstöße gegen das Urheberrecht, bei der zweiten um den Vorwurf der falschen eidestattlichen Versicherung.

Es werden zudem immer mehr Stellen aus Guttenbergs Doktorarbeit bekannt, die identisch mit Texten anderer Autoren sind, ohne dass der Minister die Quellen korrekt benannt hat.

Besonders pikant: Guttenberg hat an einer zentralen Stelle seiner Arbeit abgekupfert - bei einer Art Zwischenfazit im Mittelteil der Dissertation. Unter der Überschrift "Drei Folgerungen" im Anschluss an seine Ausführungen zu den historischen Grundlagen einer europäischen Verfassung übernimmt Guttenberg auf den Seiten 192 und 193 nahezu komplett und mit nur kleinen Änderungen eine Passage vom renommierten Historiker Hagen Schulze, der unter anderem ein Standardwerk zur deutschen Geschichte verfasst hat.

Es handelt sich um insgesamt 33 Zeilen, die Guttenberg offenbar aus einem im Internet abrufbaren "Diskussionspapier" Schulzes übernommen hat. Dessen Titel: "Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike". Erschienen ist das 25-Seiten-Statement Schulzes am Zentrum für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn im Jahr 1999.

Schon der Einleitungssatz von Guttenbergs "Folgerungen" ist jenem ersten Satz Schulzes sehr ähnlich, der auf Seite 23 ebenfalls Schlussfolgerungen einleitet - sich aber natürlich auf einen anderen Inhalt bezieht. Nämlich den aus Schulzes Aufsatz: "Für den Historiker in der Absicht, die Geschichte Europas als Ganzes in den Blick zu nehmen, ergeben sich zum Abschluß aus dieser *tour d'horizon* einige Folgerungen", schreibt der Professor.

Bei Guttenberg klingt das dann so: "In der Absicht, abschließend die Geschichte Europas als Ganzes in den Blick zu nehmen, ergeben sich aus dieser (limitierten) *tour d'horizon* einige Folgerungen, die gleichzeitig einer weitergehenden interdisziplinären Bearbeitung bedürften." Dann folgt die kopierte, nur in wenigen Worten veränderte Passage.

Weder in den Fußnoten noch im Literaturverzeichnis findet sich der Name von Hagen Schulze. Jene Fußnoten, die aber Schulze in seinem Aufsatz als Quellen verzeichnet hatte - die wiederum finden sich dann auch bei Guttenberg.

Auf der Seite GuttenPlagWiki sammeln Rechercheure zweckhafte Passagen aus der Doktorarbeit des Ministers. Es sollen bereits 76 der insgesamt 475 Seiten umfassenden Arbeit unter dem Titel "Verfassung und Verfassungsvertrag. Konstitutionelle Entwicklungstendenzen der USA und der EU" sein, die entsprechende Passagen aufweisen.

## Spiegel Online, 18.02.2011

Guttenberg hat sich bei vielen Autoren bedient, ohne diese kenntlich zu machen. Ein Blick auf die prominentesten Quellen, die der Politiker nicht korrekt zitierte:

**Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz:** Der CDU-Politiker hatte 2001 für die Publikation "Aus Politik und Zeitgeschichte" einen Beitrag unter der Überschrift "Fünfzig Jahre Bundesverfassungsgericht" verfasst. Ein Absatz aus dem Text ist in Guttenbergs Arbeit nahezu identisch zu lesen.

**Günter Burghardt, ehemaliger EU-Botschafter in Washington:** In Guttenbergs Dissertation finden sich Passagen aus einer Rede Burghardts wieder, die der frühere Botschafter am 6. Juni 2002 an der Berliner Humboldt-Universität gehalten hatte und die in einem Buch des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht abgedruckt wurde.

Zu überraschendem Ruhm fand auch die **Schweizer Journalistin Klara Obermüller**, als am Morgen des 16. Februars ihr Telefon nicht mehr stillstand. "Ich hatte keine Ahnung davon, bis mich heute Vormittag ein Kollege von Ihnen von der dpa anrief und mir davon erzählte", sagte sie am Mittwoch SPIEGEL ONLINE.

Obermüller, die inzwischen im Ruhestand ist, schrieb früher für die "Neue Zürcher Zeitung" vor allem über gesellschaftliche und religiöse Themen. Als sich die EU im Jahr 2003 eine Verfassung geben wollte, schrieb Obermüller ein Meinungsstück über den Gottesbezug in deren Präambel - der Titel: "Gott hat keinen Platz in der europäischen Verfassung." Obermüller ist keine Rechtsexpertin - Auszüge ihres Artikels fanden trotzdem ihren Weg in Guttenbergs Doktorarbeit.

Auch auf der **Internetseite der amerikanischen Botschaft** wurde Guttenberg fündig. Dort erklärt die Botschaft ihren geschichtlich interessierten Lesern, wie die USA eine Verfassung entwickelte:

*"Die Verfassung und die Bill of Rights erzeugten so eine Balance zwischen zwei gegensätzlichen, aber grundlegenden Aspekten der amerikanischen Politik - die Notwendigkeit einer starken, effizienten Zentralgewalt und der Notwendigkeit, die Rechte des Einzelnen zu schützen. Die beiden ersten politischen Parteien spalteten sich entlang dieser Linien. Die Föderalisten bevorzugten einen starken Präsidenten und eine Zentralregierung. Die Demokratischen Republikaner verteidigten die Rechte der einzelnen Staaten, denn dies schien mehr regionale Kontrolle und Verantwortung zu garantieren."*

Der vier Sätze umfassende Absatz findet sich im gleichen Wortlaut in der Dissertation von Guttenberg, nachzulesen auf Seite 38 - auch hier hat der Minister auf die üblichen Anführungszeichen und Fußnoten verzichtet. Lediglich ein Verweis auf die Seite der amerikanischen Botschaft taucht in der Arbeit auf - fast 200 Seiten später in einem ganz anderen Zusammenhang.

Internetseiten, Zeitungsartikel, Reden von Wissenschaftlern und Politikern: Immer mehr Quellen kamen in den vergangenen Tagen ans Licht. Auf der Internetseite GuttenplagWiki fanden sich freiwillige Rechercheure zusammen, die ununterbrochen weitere dubiose Fundstellen aufdeckten. Darunter auch mehrere Absätze eines Beitrags des **CDU-Europaabgeordneten Andreas Schwab** über den europäischen Föderalismus. Bei Schwab heißt es so:

*"Damit wird ein spezifisches Merkmal des spanischen Regionalstaats deutlich: Die Kompetenzverteilung zwischen dem Zentralstaat und den einzelnen Regionen ist asymmetrisch. Manche Regionen verfügen über deutlich mehr Kompetenzen als andere. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass der spanische Staat nach der Ablösung von Franco, sich zwar in einer grundlegenden Umbruchsphase, nicht aber in einer der Bundesrepublik ähnlichen "Stunde Null" befand. Die Ausgangsbasis bei der Verfassungsgebung war damit eine andere."*

Guttenberg übernahm die Passage ohne Quellenverweis und strich lediglich die letzten drei Wörter. Der Absatz endete stattdessen mit den Worten: "Die Ausgangsbasis bei der Verfassungsgebung war demzufolge differierend."

## Auf dem Weg zu einem europäischen Verfassungspatriotismus Die Perspektive der Referenden in vielen Mitgliedsstaaten

Von Ludger Kühnhardt\*

*Das Verfassungsgesetz der Europäischen Union steht vor seiner letzten Hürde, dem Ratifizierungsverfahren. Ohne über den Ausgang zu spekulieren, äußert der Verfasser die Meinung, auch dieser Prozess trage zur Bildung einer europäischen Öffentlichkeit bei. Zum möglichen Scheitern meint er nur, der Kreativität des Ministerrates wären dann keine Grenzen gesetzt, um das Grundgesetz dennoch in Kraft treten zu lassen.*

Am 18. Juni 2004 ist europäische Verfassungsgeschichte geschrieben worden. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einigten sich auf den Text des europäischen Verfassungsvertrages. Die erste europäische Verfassung ist damit von die letzte Hürde gelangt, die ihrer Wirksamkeit in der EU noch entgegensteht: den Ratifizierungsprozess in allen 25 EU-Mitgliedsstaaten und im Europäischen Parlament. Während Letzteres zweifelsfrei seine Zustimmung zu dem Dokument geben wird, bleibt der Ratifizierungsprozess in den 25 EU-Mitgliedsstaaten Unwagbarkeiten ausgesetzt. In mindestens 10 Mitgliedsländern der EU steht eine Volksabstimmung an (Spanien, Irland, Dänemark, Großbritannien, Luxemburg, Portugal, Niederlande, Tschechische Republik, Belgien und Frankreich). Spätestens seitdem Großbritanniens Premierminister Tony Blair im April 2004 für sein Land ein Referendum über die europäische Verfassung angekündigt hat, darf in der gesamten EU gewettet werden: To be or not to be?

### Teil des Diskurses

Die Debatte über die Ratifizierungsprozedur ist in sich selbst ein Teil des Diskurses zur europäischen Verfassung. Sie rückt Prognosen in das Licht der Öffentlichkeit, die mit gewisser stereotypischer Kontinuität über die Haltung einzelner Völker zum europäischen Einigungswerk gemacht werden. Entschieden wird aber erst nach Auszählung aller Stimmen, sei es in den Parlamenten oder sei es bei einer Volksabstimmung. Der Prozess der Ratifizierung der europäischen Verfassung ist ebenso Teil der Formierung einer europäischen Öffentlichkeit, wie die Erarbeitung des nun zur Abstimmung stehenden Textes selbst es gewesen ist. Referenden zu Fragen der europäischen Integration sind kein Novum. Unterschieden werden muss dabei zwischen verschiedenen Typen: bindende und nichtbindende Referenden; Referenden, die von Regierungen, und solche, die von der jeweiligen Opposition eingebracht wurden; Referenden mit Wirkung auf das Land, das das Referendum durchführt, und Referenden mit Wirkung auf den EU-Prozess insgesamt. Bis her haben 40 Referenden über Aspekte der Weiterentwicklung der europäischen Integration stat gefunden. Eine Reihe dieser Referenden befasst die Frage des Beitritts – oder der Fortsetzung der Mitgliedschaft – eines Landes zum europäischen Einigungswerk in seiner jeweiligen Form oder zur verstärkten bilateralen Kooperation mit der EU. Ein Referendum entschied über den Beitritt anderer Länder. Eine Reihe von Referenden wurde über Aspekte der konstitutionellen Vertiefung der europäischen Integration abgehalten.

Seit dem Abschluss der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 ist dies ein Indikator dafür geworden, dass die europäische Integration auf die Identität ihrer Mitgliedsstaaten zurückwirkt. Die Frage nach der konstitutionellen Legitimität einer vertieften Integration stellt sich überhaupt nur dort, wo der nächste politische Schritt tatsächlich eine Vertiefung des Integrationsprozesses bedeutet. Wo dies der Fall ist, geht es um die Übertragung nationalstaatlicher Souveränität auf die EU. Es ist nicht verwunderlich, dass in einer solchen Situation in einigen Ländern der EU die Referen-

dumsfrage virulent wurde – und bei der europäischen Verfassung wieder virulent geworden ist. Andere Staaten vollerter schon in früheren Fällen – und auch jetzt wieder – für die primäre Verantwortung ihrer frei gewählten und dadurch entsprechend zur Abstimmung mandatierten Parlamente.

### Dänemark und Irland

Zwei Fälle ragen aus dem Kontext der Erfahrungen mit Referenden zu Fragen der europäischen Integration heraus: die zweifache Abstimmung in Dänemark (1992 und 1993) und in Irland (2001 und 2003) über den konsolidierenden Fortgang des Integrationsprozesses. In beiden Fällen hatte das Votum eines Mitgliedslandes Auswirkungen für alle anderen Mitgliedsländer und ihren Integrationswillen. Dies war letztlich der – sowohl integrationstheoretisch wie auch demokratietheoretisch nachvollziehbare – Grund, warum in beiden Fällen ein zweites Referendum angesetzt wurde. Im Falle Dänemarks geschah dies nach Konzessionen an die dänischen Kritiker des Maastricht-Vertrages (*woping out-Klauseln*). Im irischen Fall – bei dem doppelte Votum der Irren zum Vertrag von Nizza – wurde das zweite Votum nach einer Periode des Wartens angesetzt, verbunden mit deutlichen Worten von aussen, dass ein Land nicht die ganze EU zur Geisel nehmen dürfe.

Im dänischen Fall wurde die integrationspolitische Logik des erzielten Kompromisses kritisiert, im irischen Fall die demokratietheoretische Logik des zweiten Referendums. In beiden Fällen obagierte ein gewisser Sinn für Pragmatismus, der in der EU offenbar vor jeder Form von Purismus immer dann obwaltet, wenn das Einigungswerk insgesamt in eine Sackgasse zu geraten droht. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ähnliche Konstruktionen vorgeschlagen werden, sollte der Verfassungsvertrag in dem einen oder anderen Land zunächst keine ausreichende Mehrheit finden. Die nun vom Europäischen Rat beschlossene Verfassung sieht lediglich vor, dass dieser sich wieder mit der Ratifizierungsfrage befassen müsste, falls zwei Jahre nach der Unterzeichnung erst vier Fünftel der EU-Mitgliedsländer die Verfassung ratifiziert haben und in mindestens einem EU-Mitgliedsland Schwierigkeiten bei der Ratifizierung aufgetreten sein sollten. Der Kreativität des Europäischen Rates wären dann wohl keine Grenzen gesetzt, um die Verfassung doch noch bis zum 50. Geburtstag des europäischen Einigungswerkes am 25. März 1957 in Kraft treten zu lassen.

### Heilsame Krisen

Man mag sich der genannten Erfahrungen erinnern, um mit einer gewissen Gelassenheit den nun anstehenden Ratifizierungsprozess der europäischen Verfassung zu begleiten. Andere werden gerade dadurch in ihrer demokratietheoretischen Skepsis gegenüber der EU gestärkt werden. Wichtiger noch ist zunächst einmal, dass es keinen Determinismus hinsichtlich des Ausgangs der anstehenden Ratifizierungsvoten gibt, der sich aus irgendeiner Tradition der politischen Kultur eines

der 25 Mitgliedsländer ableiten liesse. Und selbst wenn sich im ersten Anlauf die Ratifizierungsbarde als zu hoch für die Realisierung der ersten europäischen Verfassung erweisen sollte: Nach alter Erfahrung in und mit der EU könnte es am Ende immer noch den Weg des Umwegs geben, um zum Ziel zu gelangen – wie so oft in der Vergangenheit, auch wenn alle Demokratiedogmatischen und Integrationstheoretiker verzweifeln mögen. Europa ist eben insbesondere durch Krisen gewachsen und wieder und wieder durch Krisen gestärkt worden.

Diese Erfahrung war bereits hilfreich, um den gescheiterten EU-Gipfel vom Dezember 2003 in eine weitere Perspektive zu rücken. So bemerkenswert die konsensuale Übereinstimmung im Verfassungskonvent gewesen war – am Ende stand keine formelle Abstimmung –, so tief ging der Schock, als sich die Staats- und Regierungschefs der EU nicht auf den Text einigen konnten. Am Vorsabend der größten Erweiterung in der Geschichte der EU schien der größte mögliche Absturz der Hoffnung auf eine Verstärkung des politischen Charakters der EU zu stehen. Die Gründe für das Scheitern des Gipfels vom Dezember 2003 waren mannigfach. Vor allem mangelte es an einem *esprit européen*, bei vielen der beteiligten Akteure. Die Ursachen dafür ließen sich nicht auf die besonders kontroverse Frage der Abstimmungsmodalitäten im Europäischen Rat reduzieren.

Machtfragen und psychologische Verstummungen hatten sich vermischt – Folge einer Kette von Ereignissen und Tendenzen, die seit dem Gipfeltreffen des Jahres 2000 in Nizza rückbar geworden waren und spätestens im internen kalten Krieg des Westens über die rüchige Politik gegenüber der irakischen Diktatur und über die Weisheit des amerikanischen Krieges gegen das Regime von Saddam Hussein eskalierten. Auch in dieser Hinsicht wurde eine alte Erfahrung bestätigt: Wann immer die transatlantischen Beziehungen in einem schlechten Zustand sind, befindet sich auch der Prozess der europäischen Einigung in einem schlechten Zustand.

### Der Test steht noch bevor

Und doch: Am Ende stand ein Verfassungskompromiss. Dieser entspricht den Erwartungen und Hoffnungen der Mehrheit der Unionsbürger. Die Mehrheit der Bevölkerung in allen 25 alten und neuen EU-Mitgliedsländern (67 Prozent) stimmte in einer Euro-Barometer-Umfrage vom November 2003 dem Ziel einer gemeinsamen Verfassung zu. Im Februar 2004, im Lichte des gescheiterten Gipfeltreffens von Brüssel, verlangte eine Mehrheit der Unionsbürger (62 Prozent) von ihrer jeweiligen Regierung Kompromissbereitschaft, um das Ziel einer gemeinsamen Verfassung doch noch zu erreichen. Der Anteil derjenigen in den 25 alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten, die dem Ziel einer europäischen Verfassung insgesamt zustimmen, war auf 77 Prozent gestiegen. Diese demoskopischen Befunde dürfen als ein untrügliches Zeichen dafür gewertet werden, dass die Zielsetzung einer gemeinsamen europäischen Verfassung nicht über die Köpfe und Herzen der beteiligten Bürger der EU hinweg verfolgt wurde.

# Der Unbequeme Blog

## Beispiel-Passage

[S. 143, 184, 185 (= Nummern der Buchseiten aus dem Buch von "Dr. Googleberg" - Kategorisierung von Jürgen Trittin)

Kühnhardt, Ludger: "Weichenstellungen und Auswirkungen." In: Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen. Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 2003. [http://www.zei.de/download/zei\\_dp/dp\\_c124\\_zei.pdf](http://www.zei.de/download/zei_dp/dp_c124_zei.pdf)

[S. 16, 30, 187,

Kühnhardt, Ludger: Stellungnahme, Deutscher Bundestag, Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Öffentliche Anhörung: Stand der Arbeit des EU-Verfassungskonvents, Berlin, 21. Mai 2003.  
Link: <http://www.epin.org/pdf/LKBundestatement.pdf>

[S. 175

Kühnhardt, Ludger: Auf dem Weg zu einem europäischen Verfassungspatriotismus. In: NZZ Nr. 163 vom 16.7.2004.  
Link: <http://dl.dropbox.com/u/12840704/nzz-gut.pdf>

[S. 16, 179, 189 (2), 190, 405

Kühnhardt, Ludger: Erweiterung und Vertiefung: die Europäische Union im Neubeginn, Baden-Baden: Nomos, 2005

[S. 190, 369

Maurer Andreas/ Schunz Simon Auf dem Weg zum Verfassungsvertrag. Der Entwurf einer Europäischen Verfassung in der Regierungskonferenz. Dezember

## Textvergleich

Die Dissertation von Guttenberg kopiert seitenlang, ohne jede Nennung des Autors, zu 99% wörtlich, jedoch mit haarfeinen Modifikationen, aus einer Schrift von Hagen Schulze.

Professor Hagen Schulze,\* 1943, bei Wikipedia

Orginaltext: 1999 Zentrum für Europäische Integrationsforschung

Das hier aufgeführte Plagiat ist überwiegend auf Seite 193 von Guttenberg zu finden

### Dissertation

In der Absicht, abschließend die Geschichte Europas als Ganzes in den Blick zu nehmen, ergeben sich aus dieser (limitierten) tour d'horizon einige Folgerungen, die gleichzeitig einer weitergehenden interdisziplinären Bearbeitung bedürften. Zum einen: Die Geschichte Europas ist in weiten Teilen ihre eigene Rezeptionsgeschichte. Dielongue durée ist ein Civilisationsprozess, der in hohem Maße aus Traditionswahrnehmungen gespeist wird. Für Europa gilt, was B. Anderson über die Nationen gesagt hat: Es ist eine „imagined community“, besteht also, wenn es besteht, vor allem in den Köpfen der Menschen. Möglicherweise, das wäre das zweite Ergebnis, ließe sich das analytische Instrumentarium für eine Verfassungsgeschichte Europas verfeinern. Das oft genutzte Begriffspaar Rationalisierung und Modernisierung als Leitfaden einer europäischen Geschichte ist für sich alleine eine zu grobe und übrigens auch zu vieldeutige Kategorisierung, um zur Beschreibung einer Langen Dauer der abendländischen Zivilisation zu taugen. Hilfreicher als ein lineares Fortschrittsmodell wäre eines, das an jedem Zeitpunkt der Entwicklung auch die dazugehörige Reflexion über diese Entwicklung einbezöge: welche historischen Weltbilder liefern den Wahrnehmungs-

### Original

Für den Historiker in der Absicht, die Geschichte Europas als Ganzes in den Blick zu nehmen, ergeben sich zum Abschluß aus dieser tour d'horizon einige Folgerungen. Das erste Ergebnis kann kurz gefaßt werden: Die Geschichte Europas ist in weiten Teilen ihre eigene Rezeptionsgeschichte. Die longue durée, wie sie hier beispielsweise umrissen wurde, ist ein Civilisationsprozeß, der in hohem Maße aus Traditionswahrnehmungen gespeist wird. Für Europa gilt, was Benedict Anderson über die Nationen gesagt hat: Es ist eine imagined community, besteht also, wenn es besteht, vor allem in den Köpfen der Menschen. Möglicherweise, das wäre das zweite Ergebnis, ließe sich das analytische Instrumentarium für eine Geschichte Europas verfeinern. Rationalisierung und Modernisierung als Leitfäden einer europäischen Geschichte sind für sich alleine zu grobe und übrigens auch zu vieldeutige Kategorien, um zur Beschreibung einer Langen Dauer der abendländischen Zivilisation zu taugen. Hilfreicher als ein lineares Fortschrittsmodell wäre eins, das an jedem Zeitpunkt der Entwicklung auch die dazugehörige Reflexion über diese Entwicklung einbezöge: welche historischen Weltbilder liefern den Wahrnehmungs- und Urteilsrahmen, innerhalb

## GuttenPlag Wiki, 21.02.2011

und Urteilsrahmen, innerhalb dessen sich die Entwicklungsschritte vollziehen? Welche kollektiven Erinnerungen, welche Vorbilder, welche Mythen, welche Metaphern, welche rückwärtsgewandten Utopien bilden die „Folie“, auf deren Hintergrund der Prozess der Zivilisation abläuft? Erst wenn der Zusammenhang zwischen Logos und Mythos, zwischen Zukunftsentwurf und Vergangenheitsbild hergestellt sein wird, kann man die lange Renaissance Europas, die Verwestlichung des Abendlandes angemessen beschreiben und damit der Verfassungsgeschichte einen tatsächlich würdigen Rahmen ermöglichen.

Im Übrigen wird – drittens und letztens – ersichtlich, dass es nicht ausreicht, einzelne Epochen der europäischen Geschichte jeweils für sich zu betrachten und zu analysieren. In jeden Zeitpunkt ist die ganze europäische Vorgeschichte mit eingeschlossen und muss jeweils mitgedacht werden, und zwar zugleich auf zwei Ebenen: Als Realgeschichte wie als mythisch vermittelte Vergangenheitswahrnehmung, als welche sich Geschichte in dauernder Verwandlung ständig wiederholt. Der tiefste Grund für den Aufstieg wie auch für die Gefährdung Europas liegt vielleicht in dieser immerwährenden Suche nach der verlorenen, der geahnten und erhofften aurea

dessen sich die Entwicklungsschritte vollziehen? Welche kollektiven Erinnerungen, welche Vorbilder, welche Mythen, welche Metaphern, welche rückwärtsgewandten Utopien bilden die Folie, auf deren Hintergrund der Prozeß der Zivilisation abläuft? Erst wenn wir den Zusammenhang zwischen Logos und Mythos, zwischen Zukunftsentwurf und Vergangenheitsbild hergestellt haben, können wir die lange Renaissance Europas, die Verwestlichung des Abendlandes angemessen beschreiben.

Im Übrigen wird - drittens und letztens - ersichtlich, daß es nicht ausreicht, einzelne Epochen der europäischen Geschichte jeweils für sich zu betrachten und zu analysieren. In jeden Zeitpunkt ist die ganze europäische Vorgeschichte mit eingeschlossen und muß jeweils mitgedacht werden, und zwar zugleich auf zwei Ebenen: Als Realgeschichte wie als mythisch vermittelte Vergangenheitswahrnehmung, als welche sich Geschichte in dauernder Verwandlung ständig wiederholt. [...] Der tiefste Grund für den Aufstieg wie auch für die Gefährdung Europas liegt vielleicht in dieser immerwährenden Suche nach der verlorenen, der geahnten und gehofften aurea aetas, die stets

Übernommen aus: Hagen Schulze, "Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike", 1999

# EIN DEUTSCH-FRANZÖSISCHES FORSCHUNGSPROJEKT

## L'EUROPE ET LE MONDE EN 2020

Von Hanna Irmisch

**D**ie Anschläge vom 11. September, Militärinterventionen in Afghanistan und im Irak, die Reform der europäischen Verträge und nicht zuletzt die Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise. Wie kann sich Europa angesichts dieser Krisen stabil aufstellen? Welche Chancen, welche Hürden und welche Perspektiven liegen vor uns? Diesen Fragen haben sich das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in Bonn und das Institut français des relations internationales (Ifri) in Paris in den vergangenen drei Jahren gemeinsam gestellt.

Vier mögliche Entwicklungsperspektiven für die Europäische Union sind das Ergebnis des bilateralen Forschungsprojekts, das am 19. Januar in Brüssel vorgestellt wurde:

Das erste, noch positive Szenario beschreibt eine erneuerte, aktive Europäische Union, deren Mechanismen zu einem großen Teil den sozialen, ökonomischen und internationalen Ansprüchen gerecht werden. Im zweiten und wahrscheinlicheren Szenario ist die Entwicklung der EU von politischen Entscheidungen abhängig. Sie kann entweder zu einer aktiven Union ausgebaut werden, oder sie stagniert

in ihren Mechanismen und ist auf lange Sicht nicht den internen und externen Herausforderungen gewachsen. Noch negativer stellt das dritte Szenario die Zukunft der EU dar. Hier wird zwar von einem erfolgreichen wirtschaftlichen und außenpolitischen Auftritt ausgegangen. Doch die EU ist in dieser Vision nicht in der Lage, auch die sozialen Erwartungen zu erfüllen und vertieft stattdessen die Kluft zwischen ihren Mitgliedern. Wenn dann auch noch die wirtschaftliche Leistung enttäuscht, kommt es zu dem vierten und schwärzesten Szenario. Es beschreibt eine destabilisierte EU, die nicht mehr in der Lage ist, seine Mitglieder zu mobilisieren. Die Ablehnung der Europäischen Union wäre die negative Folge dieses Szenarios.

Welche Zukunft Europa tatsächlich haben wird, hängt nun maßgeblich von Europa und nicht zuletzt von Frankreichs und Deutschlands Führungrolle ab. ■

*L'Europe et le monde en 2020. Essai de prospective franco-allemande.* Louis-Marie Clouet et Andreas Marchetti. Villeneuve d'Ascq: Presses Universitaires de Septentrion 2011.

*Europa und die Welt 2020. Entwicklungen und Tendenzen.* Herausgegeben von Andreas Marchetti und Louis-Marie Clouet. Nomos i.E. (April 2011).

## Mediterranean Spring 2011: Euro-Med Values Revisited

By Andreas Marchetti, Center for European Integration Studies (ZEI),  
University of Bonn

Ever since the inauguration of the "Barcelona Process" in 1995, the European Union has underlined the importance of a core – and presumably common – set of values in its relations with (Southern) Mediterranean countries. In order to attain the "objective of turning the Mediterranean basin into an area of dialogue, exchange and cooperation guaranteeing peace, stability and prosperity" as formulated in the Barcelona Declaration, the same document stresses the importance of "strengthening (...) democracy and (the) respect for human rights". However, as had been criticised on numerous occasions and in diverse forums, the European Union has not been as much of a promoter of these core values as solemn declarations suggested.

As can be easily derived of the Barcelona Declaration, the fundamental and strategic interest of the European Union has been the stability of the Mediterranean region, particularly with growing security concerns (e.g. terrorism, migration). For the realisation of stability, the Union has largely been dependent on the compliance of partner governments and therefore more often than not turned a blind eye to deficiencies in the realisation of democracy and human rights. After all, partners and major interlocutors in the framework of the "Barcelona Process" – and its subsequent alterations up to the Union for the Mediterranean – have been the governments of Mediterranean partner countries (MPCs), a considerable number of which had or still have a rather mixed track record if it comes to these issues. Understandably, they have not been very inclined to press for concrete steps towards "strengthening democracy".

The idea of achieving stability by "strengthening democracy" follows the theory of democratic peace that suggests that democratically organised societies – guaranteeing numerous democratic requisites as individual and collective freedoms, human rights protection and the rule of law etc. – behave less aggressively and therefore guarantee a more peaceful international order, leading to stability. Yet, "strengthening democracy" in many cases of MPCs would have implied introducing substantial elements of change into their political systems. Change, however, more or less inevitably leads – at least in the medium-term – to a certain degree of instability and therefore yet another increase in

security concerns. Therefore, also the European Union has not been very inclined to press for concrete steps towards "strengthening democracy".

However, as has been pointed out before any of the current developments could even be fathomed, opting for stability by avoiding change can certainly ensure short-term stability but sooner or later leads to fundamentally challenging present systems as can be witnessed in numerous MPCs today. As transition is still ongoing and the eventual outcomes more than unclear, it becomes evident, that in a longer term perspective, this has – for now – led to less stability. Accordingly, the neglect of an agenda promoting structured and ordered transformations towards democracy has proven a disservice to the European Union's strategic objectives but also to MPCs societies' interests.\*

With the ongoing revolutionary – and, alas, even bloody – challenge or reconfiguration of many political systems in the region, the European Union will finally have to clearly promote the values put forward in central documents underlying its Mediterranean policies. In this process, it has to be evident that democracy is not only constituted by free elections and a majority government, but by ensuring a variety of individual and collective freedoms, guaranteeing human rights, good governance, and the rule of law. All relevant actors need to be invited to subscribe to these central features – and may still need to be convinced to do so. Only then, current transitions can become the starting point for mutually beneficial, long-term stability in a Mediterranean region made up of political systems that allow different opinions to be expressed without – temporary – minorities fearing to be suppressed and therefore turning to violence.

People want to live peacefully and have a right to do so. The European Union can regain credibility in the Mediterranean region if its policies and actions promote the realisation of this general principle. If the European Union fails to do so in short-sightedly opting for "old" – but deceptive – stability, it cannot expect to be regarded as fair, credible and sincere partner in the future. This, again, would counter the long-term strategic interests of the European Union and of Mediterranean societies as well. The choice is to be made now.



Dr. Andreas Marchetti

VUES D'EUROPE / PUBLICATIONS

# „DIE GRUNDLAGEN EUROPAS SIND GUT.“

ENTRETIEN AVEC ANDREAS MARCHETTI DU CENTRE DE  
RECHERCHE POUR L'INTÉGRATION EUROPÉENNE (ZEI) À BONN

Krisen, Unstimmigkeiten und Zerwürfnisse: Europa hat in den vergangenen Jahren viel aushalten müssen. Skeptiker sehen bereits das balidge Ende der Europäischen Union kommen. Was wird nun aus Europa? Dieser Frage ist ein deutsch-französisches Forscherteam nachgegangen.

Das Interview führte Hanna Irmisch

Worum ging es bei dem Forschungsprojekt, das Sie gemeinsam mit Ihrem französischen Kollegen Louis-Marie Clouet vom ifri geleitet haben?

Wir haben untersucht, welche Entwicklungs-perspektiven Europa angesichts der aktuel- len Krisen hat. Dabei stand nicht nur die Analyse der krisenhaften Entwicklungen im Vordergrund, sondern auch die Frage nach den Handlungsgrundlagen der Europäischen Union.

Sie sprechen von Krisen im Plural. Welche Krisen haben Europa am meisten erschüttert?

Uns interessierten zunächst negative Trends im Einigungsprozess, namentlich das Sto-cken im Erweiterungs- und Vertiefungspro- zess. Diese wurden zwischenzeitlich aber noch von der Finanz-, Wirtschafts- und Wäh- rungskrise überlagert, die wiederum am Kern der europäischen Integration röhrt.

Sie betonen, dass Europa an einem Schei- deweg steht. Welche möglichen Wege kann Europa beschreiten?

Objektiv stellen sich vier Entwicklungen als möglich dar: Sofern europäische Politik von

einem neuen Gemeinschaftsgeist durchdrun- gen wird, kann es zu einer inhaltlichen „zwei- ten Gründung“ der Union kommen. Wahr- scheinlicher ist jedoch die Vorstellung eines Europas der (un)begrenzten Möglichkeiten: Ob Europa flächendeckend passende Ant- worten auf aktuelle Herausforderungen ge- ben kann, bestimmen die Entscheidungen der kommenden Jahre innerhalb der Uni- on. Alternativ könnte sich aber auch ein Ge- teiltes Europa entwickeln, das nach außen gut dasteht, aber an sozialen Spannungen leidet. Die negativste Entwicklung führt in Richtung eines flüchtigen Europas, in dem die EU an Bedeutung verliert.

Welche Rolle spielt die internationale Ein-bettung der Europäischen Union?

Das internationale Umfeld wirkt zweifach. Zum einen beeinflussen externe Faktoren (Weltwirtschaft, Ressourcen, Sicherheit) die EU unmittelbar. Zum anderen stellt das internationale Umfeld auch jenen Rahmen dar, in dem die Europäische Union als Ak- teur auftritt. Das betrifft die Ansätze zu ei- ner europäischen Außenpolitik, aber auch das Handeln der Europäer in internationa- len Organisationen.

Wie kann die EU bewusst und aktiv gegen einen Zerfall der Eurozone steuern?

Hier sind beide Ebenen, die Europäische Union als Ganzes und ihre Mitgliedstaaten, gefragt. Klar scheint, dass eine stärkere Verknüpfung der gemeinsamen Währungspolitik mit nationalen Haushalts- und Wirtschaftspolitiken notwendig ist. Dabei wird es auch um gegenseitige Solidarität gehen, die aber nur auf Basis von klaren Bedingungen akzeptabel ist.

### Muss Europa mit dunklen Zeiten rechnen?

Wenn Europa die richtigen Antworten schuldig bleibt, ist ein Bedeutungsverlust die logische Folge. Zwangsläufig ist dies aber keineswegs. Die Grundlagen Europas sind gut. Werden sie weise genutzt, muss uns vor der Zukunft nicht bange sein: Wie sich Europa entwickelt, liegt vor allem in der Hand der Europäer.

Sie unterstreichen die besondere Führungsrolle von Deutschland und Frankreich. Wie können diese beiden Länder die positive Entwicklung vorantreiben?

Deutschland und Frankreich können Kompromisse vorbereiten, durch ihre häufig divergierenden Ausgangspositionen und den institutionell gefestigten Willen zur Zusammenarbeit. Treten sie nicht arrogant auf, kann es ihnen gelingen, weiter die Lokomotive im Einigungsprozess zu sein. ▀

#### Publikationen/publications:

L.-M. Clouet/A. Marchetti : *L'Europe et le monde en 2020. Essai de prospective franco-allemande*, Presses Universitaires de Septentrion, 2011.  
A. Marchetti/L.-M. Clouet: *Europa und die Welt 2020. Entwicklungen und Tendenzen*, Schriften des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, 2011.



#### BIO EXPRESS

Dr. Andreas Marchetti ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in Bonn.

## **Is the European Federation a ‘Mission Impossible’?: A Critical Analysis of the German Constitutional Court’s Judgment on the Lisbon Treaty**

**UWE LEONARDY**

Centre for European Integration Studies, University of Bonn, Germany

**ABSTRACT** In its judgment on the Treaty of Lisbon, the Federal Constitutional Court of Germany stated that in establishing a European Federation the European Parliament by reason of its composition would not be a sufficient subject of democratic legitimization and that, in the event of the foundation of a European Federation, Germany would have to enact a new constitution by referendum. The article investigates these statements by analyzing the Court’s understanding of an “association of sovereign national states” (“Staatenverbund”), the EU as a supranational body, the notions of ‘constitutional identity’ and ‘sovereignty’, the requirements for democratic representation in the EU, the new categorization of EU competences and the needs for their delimitation. In the final part of the article the judicial prospects for a European Federation are examined and such prospects are found not to be a ‘mission impossible’.

## **EU-Diplomaten starten durch**

**Gemeinsam die Außenpolitik der EU zu stärken ist ihr Ziel. Die neue Behörde hat zwar noch kein eigenes Gebäude, dennoch werden bis Jahresende alle Mitarbeiter aus den 27 Staaten ihre Aufgaben beim Europäischen Auswärtigen Dienst aufgenommen haben.**

Der 1. Dezember 2009 markiert einen Wendepunkt für die Europäische Union. An diesem Tag trat der Vertrag von Lissabon in Kraft. Dieses heftig debattierte Dokument, dem Wesen nach Vorläufer für eine Europäische Verfassung, hat die bisher deutlichsten Veränderungen für die Gemeinschaft der 27 nach sich gezogen.

Unter anderem sind im Lissabonvertrag zwei neue permanente Ämter verankert: der Präsident des Europäischen Rates, seit Ende 2009 der Belgier Herman van Rompuy, und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, wie es etwas hölzern heißt. Die erste „Außenministerin“ der EU ist die britische Diplomatin Catherine Ashton.

Seit dem 1. Dezember des vergangenen Jahres unterstützt der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) sie bei ihrer Arbeit: 3.720 Vollzeitstellen und ein Budget von 464 Millionen Euro stehen der Baroness zur Verfügung, um in Brüssel und mit 136 Delegationen auf der ganzen Welt der europäischen Außenpolitik ein Gesicht zu geben. Diese Delegationen gab es bisher auch schon, meist finanziell und personell eher schlecht ausgestattet. Die Diplomaten wurden national entsandt.

Was also wird anders? Zuerst einmal wurden in Brüssel bestehende außenpolitische Unterstrukturen des Rates und der Kommission zusammengelegt und deren über 1.600 Beamte dem neuen Dienst unterstellt. „*Es wird künftig auch echte europäische Diplomaten geben*“, sagt Dr. Andreas Marchetti vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn. Denn es gibt nicht nur nationale Diplomaten der Mitgliederstaaten, die von ihren Außenministerien nach Brüssel entsandt werden.

EU-Diplomat können junge Europäerinnen und Europäer auch werden, wenn sie sich direkt für die europäische Beamtenlaufbahn bewerben und den „Grand Concours“, das Brüsseler Auswahlverfahren, erfolgreich durchlaufen. Ebenfalls dem EAD übertragen wurden der EU-Militärstab EUMS unter dem niederländischen Generalleutnant Ton van Osch und der Militärausschuss der Europäischen Union EUMC unter dem schwedischen General Hakan Syrén. Diese ranghöchsten Offiziere der EU berichten gemeinsam mit zivilen EU-Krisenberatern direkt an die Hohe Vertreterin.

„*Meine Doppelrolle als niederländischer Soldat und Generaldirektor EUMS finde ich interessant und lohnend*“, erklärt General van Osch. „*Das ist auch eine Rolle, die gelegentlich meine diplomatischen Fähigkeiten fordert.*“

## Das Potenzial für weltpolitisches Gewicht

Der deutsche Fregattenkapitän Nicolas Liche ist van Oschs Mitarbeiter und seit anderthalb Jahren beim Militärstab. „*Ich bin sicherlich im engeren Sinne kein Diplomat, da ich von meinem Dienstherrn der EU zur Verfügung gestellt wurde und formell keine nationale Position vertrete*“, beschreibt der Marineoffizier seine Doppelrolle. „*Dennoch repräsentiere ich natürlich Deutschland, da ich weiterhin meine deutsche Marineuniform trage und somit als Deutscher wahrgenommen werde.*“

Im Arbeitsalltag machen sich nicht nur die unterschiedlichen militärisch-strategischen Kulturen bemerkbar, sondern auch die zuweilen unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer. Entscheidungen zur Außen- und Sicherheitspolitik werden im Konsens, also einstimmig, getroffen. „*Bei maximal 27 Positionen ist das nicht immer ganz einfach und braucht Zeit*“, erklärt Liche. „*Dabei sind die unterschiedlichen militärischen Strukturen nur einer von vielen Faktoren.*“

Noch befindet sich der Europäische Auswärtige Dienst in der Aufbauphase. Bislang sind nicht alle Stellen besetzt, die Mitarbeiter in Brüssel arbeiten teils in verschiedenen Dienststellen. Dort, wo gearbeitet wird, treffen die verschiedenen Kulturen der Mitgliedsländer aufeinander, und es ist schon sprachlich eine Herausforderung, zu einem gemeinsamen und einstimmigen Ergebnis zu gelangen. Inwieweit schafft es der EAD als neue Institution einen ähnlichen Wandel zu durchlaufen wie die Europäische Kommission?

Andreas Marchetti erklärt die Chancen des EAD: „*Die Kommission war anfangs auch als reine ausführende Institution gedacht und hat in den 80er-Jahren sehr stark europäische Politik vorformuliert und mitgestaltet.*“ Marchetti glaubt, dass der EAD das Potenzial hat, wie die EU-Kommission zu einer mächtigen und genuin europäischen Einrichtung aufzuwachsen.

„Das steht und fällt mit den Persönlichkeiten an der Spitze. Lady Ashton hat mit Helga Schmid als stellvertretender Generalsekretärin eine deutsche Spitzendiplomatin in ihren Führungsstab berufen. Die kommenden Monate werden zeigen, ob Ashton und ihr Team es schaffen, sich weltpolitisches Gewicht zu erarbeiten.“

Herr Professor von Hagen, wozu benötigen Staaten ihre Goldreserven?

Heute sind die Goldreserven längst nicht mehr so wichtig wie früher.

Bis zum ersten Weltkrieg galt jedoch in vielen Ländern – auch in Deutschland – der so genannte Goldstandard. Der Wert des Geldes war fest an den Goldpreis gekoppelt, so dass Münzen



▲ Rheingold-Dukat,  
geprägt 1767.  
Im Vordergrund sind  
Goldwäscher bei  
der Arbeit zu sehen.

Foto: Volker Lautert/Uta Bonn

und Papiergele zu einem festen Kurs in Gold getauscht werden konnte. Zwischen allen Währungen, die dem Goldstandard unterlagen, galt damit auch ein fixer Wechselkurs.

Nach 1914 brach der Goldstandard zusammen. 1944 unterzeichneten die Finanzminister von 44 Ländern das so genannte Bretton-Woods-Abkommen, das sich nach dem Krieg zu einem Weltwährungssystem entwickelte. Die USA verpflichteten sich, durch Goldkäufe und -verkäufe den Wert des Dollar gegenüber dem Goldpreis stabil zu halten. Die anderen Staaten sorgten zugleich für einen stabilen Wechselkurs ihrer Währungen zum Dollar. Ziel war es, den Welthandel durch fixe Wechselkurse zu fördern. Der Preis dafür waren Einschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs in fast allen Ländern; das war der wichtigste Unterschied gegenüber dem klassischen Goldstandard.

1973 brach auch das Bretton-Woods-System auseinander. Seitdem brauchen wir eigentlich keine Goldreserven mehr. Dennoch verfügen die Zentralbanken teilweise noch über

riesige Bestände, die einen Teil des staatlichen Vermögens darstellen. Der Grund dafür, das Gold zu behalten, ist einfach: Wenn die Banken Gold in großen Mengen verkaufen, fällt der Preis so stark, dass die Zentralbanken und damit die Staaten große Vermögenseinbußen erleiden würden. Um solche Preiswirkungen zu vermeiden, sprechen sich die Zentralbanken der wichtigsten Länder untereinander ab, bevor sie größere Mengen Gold auf den Markt werfen.

Manche Ökonomen träumen heute noch von einer Rückkehr zum Goldwährungssystem. Doch das ist unrealistisch: Geldpolitik hat eine zu wichtige Steuerfunktion für die Wirtschaft; sie entscheidet mit über kurzfristiges Wachstum, Arbeitslosigkeit und Inflation. Eine Geldpolitik, die ihre Hauptaufgabe in der Stabilisierung des Goldpreises sieht, wäre in einem modernen, demokratischen Staat politisch nicht mehr akzeptabel.

Professor Dr. Jürgen von Hagen leitet das Institut für Internationale Wirtschaftspolitik an der Uni Bonn.

# Europas Zukunft

## Vier Szenarien der Entwicklung

Andreas Marchetti\*

» Aktuelle Entwicklungen prägen nicht nur die Schlagzeilen der Tagespresse und die Feuilletons der Zeitungen, vielmehr beeinflussen heutige Trends auch maßgeblich künftige Entwicklungen. Entsprechend sind die Auswirkungen der weiterhin virulenten Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise nicht nur kurzfristig zu überwinden, sondern auch auf ihre mittel- und langfristigen Folgen zu sehen. Gleches gilt für den Bereich der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung, gesellschaftliche und demographische Trends, die internationalen Beziehungen und die Stellung Europas in diesen.

Mit Blick auf derzeitige Entwicklungen und die Komplexität politisch-gesellschaftlicher Prozesse in Europa, gilt es im Sinne verantwortungsvoller Politikbeobachtung und -begleitung, auch mögliche Entwicklungsszenarien auszuformulieren, um Strategien zur Zukunftsausgestaltung aufzuzeigen.

Hierzu ist neben der Kenntnis der aktuellen Gegebenheiten die Bestimmung dessen vonnöten, was sich bereits heute als künftig relevant andeutet. Dabei ist zu unterstreichen, dass die einzelnen, auf einer breiten Expertise fußenden und im Folgenden skizzierten Szenarien der Zukunft Europas (hier: der Europäischen Union) keineswegs als Voraussagen zu verstehen sind, sondern vielmehr Möglichkeiten der Entwicklung bis 2020 aufzeigen.

Diese Möglichkeiten reichen von der „zweiten Gründung“ (Ludger Kühnhardt, Leiter des Zentrums für Europäische Integrationsforschung) der Europäischen Union als positivste Variante über das – wahrscheinlichste – Europa der (un)begrenzten Möglichkeiten bis hin zu eher negativen Tendenzen, die sich unter den Überschriften Zwei Europas oder gar Flüchtiges Europa zusammenfassen lassen.

### Die „zweite Gründung“ der EU

Im Falle einer positiven und aktiv vorangetriebenen politisch-gesellschaftlichen Entwicklung kann die Europäische Union zu einer neuen, weithin akzeptierten *raison d'être* finden, die sich daraus ableitet, dass sie und ihre Mitgliedstaaten weitgehend die in sie gesetzten Erwartungen entsprechend des aktuellen Anforderungsprofils erfüllen. Gerade eine sich wechselseitig verstärkende Kombination von zunehmender außenpolitischer Gel tung – auf solider personeller und breiter institutioneller Basis – und guter gesamtwirtschaftlicher Entwicklung führt zu erneuterter Akzeptanz des europäischen Einigungswerks im politischen Handeln und der öffentlichen Wahrnehmung.

Im Bewusstsein gemeinsamer Stärke und daraus abgeleiteter gesamteuropäischer Solidarität unterstützt die Europäische Union die nachhaltige Umgestaltung der europäischen Wirtschaft und tritt auch außenpolitisch weitgehend geschlossen auf. Der Union wird mittel- bis langfristig zudem zugetraut, die positive Entwicklung aus dem Bereich Wirtschaft und Außenbeziehungen in den von zunehmenden Fragmentierungen geprägten Bereich Soziales/Gesellschaft zu übertra-

\* Dr. Andreas Marchetti ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn.

gen. Dies spiegelt sich in einer behutsamen – positiven – Politisierung der europäischen Ebene wider, die zunächst nicht von den Bürgern, sondern den politischen Eliten ausgeht: Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden als wirkliche europäische Wahlen ausgetragen, indem die einzelnen Fraktionen Spitzenkandidaten für hohe EU-Ämter aufstellen. Wenn sich auch hieraus keine europäische Identität ableitet, so tritt neben das weiterhin dominierende lokale, regionale und nationale Zugehörigkeitsgefühl in der Öffentlichkeit ein immer konkreter werdendes Bewusstsein des notwendigen Zusammengehens in der Europäischen Union. Dies ist unter anderem auf die

konsequente Respektierung des Subsidiaritätsprinzips und klare Zuweisungen der politisch verantwortlichen Ebenen zurückzuführen, wodurch Kritiken an der EU auf das inhaltlich-realistische Maß zurückgeführt werden.

Die zunehmende Relevanz der Union und die ihr entgegengebrachte Akzeptanz führen dazu, die EU effizienter auszustatten. Dies führt nicht zwangsläufig zu einer neuerlichen Verfassungsdiskussion, vielmehr werden – sofern als notwendig erachtet – kleinere Änderungen am Vertragswerk entsprechend der Ausnahmemöglichkeit des ordentlichen Änderungsverfahrens vorgenommen. Zudem wird die Rotation in den unter-

### L'Europe en 2020

Les quatre scénarios présentés par Andreas Marchetti et Louis-Marie Clouet dans leur étude publiée en France et en Allemagne tiennent compte des conséquences de crises récentes en Europe sur le moyen et le long terme. Mais la complexité des processus sociopolitiques impose que divers scénarios soient envisagés à l'horizon 2020 pour la seule Union européenne.

- La *deuxième fondation de l'Union* est une de ces possibilités, c'est aussi la plus positive des quatre : dans ce cas, « l'Union s'oriente vers une nouvelle raison d'être, car elle continue à répondre largement aux attentes qui lui sont adressées dans le cadre actuel d'exigence. Elle se voit attribuer à moyen et à long terme la capacité de transposer à la sphère sociale les succès enregistrés dans les domaines de l'économie et des relations extérieures. »
- Une *Europe des possibilités (il)limitées* est la plus vraisemblable : dans cette hypothèse, « l'Union continue à se développer sur la base du traité de Lisbonne, qui fait ses preuves, même si l'UE n'arrive guère à remédier aux problèmes d'inefficacité qui se font jour ».
- L'option *Deux Europe* est plutôt négative : « Alors que l'Union européenne se renforce sur la scène extérieure et dans le domaine économique, et se développe de manière globalement positive, les différences de répartition et donc les écarts de richesse au sein de l'Union et de ses sociétés se creusent ».

● Une *Europe volatile* est également un scénario négatif, mais réaliste : dans ce cas, « l'Europe est mise à l'épreuve dans son existence même sous la pression d'évolutions tendanciellement négatives dans les domaines de l'économie et des relations

extérieures d'une part, et d'une évolution clairement négative dans le domaine social d'autre part ».

En conclusion, les auteurs de cet essai de prospective présentent des recommandations fondamentales quant à l'esprit selon lequel les autorités politiques nationales et européennes peuvent et doivent œuvrer dans les années à venir.

Réd.



schiedlichen Ratsformationen zunehmend als antagonistisch betrachtet und folglich aufgegeben. Auch wird die Finanzierung der EU gestärkt, entweder über eine relative Vergrößerung des bisherigen Budgets im Rahmen der bestehenden Modalitäten oder aber über eine Ausweitung der Eigenmittel der Union. In Bereichen von gesamteuropäischem Interesse werden klare, als verbindlich angesehene Strategien formuliert und bestehende neu gefasst, die das europäische und mitgliedstaatliche Handeln besser aufeinander abstimmen; denkbar ist dies in vielen Bereichen vom Außenhandel über Energie- und Ressourcensicherheit bis zu „klassischer“ Sicherheit und Verteidigung. Dabei können sich durchaus auch Avantgardegruppen in Bereichen von nur „teileuropäischem“ Interesse – unter Wahrung einer gesamteuropäischen Kompatibilität – herausbilden.

### Europa der (un)begrenzten Möglichkeiten

Die Europäische Union entwickelt sich auf Basis des Vertrags von Lissabon weiter, der sich bewährt, auch wenn die EU zutage tretende Ineffizienzen kaum abstellen kann. Leitbild des Funktionierens bleibt trotz der weithin gegebenen Durchdringung vieler politischer Bereiche durch die europäische Ebene die „traditionelle“ Monnet-Methode.

Inwieweit die Europäische Union auf Basis ihrer relativ starken Ausgangsposition vorhandene Entwicklungsmöglichkeiten tatsächlich wahrnehmen kann, ist v. a. abhängig von ihrer außenpolitischen Entfaltung und der – nicht nur politisch bestimmbaren – wirtschaftlichen Entwicklung. Unter den Bedingungen des Vertrags von Lissabon und der Fortführung der europäischen Politik entsprechend der eingespielten Verfahren kann sich die Union sowohl zum Positiven als auch zum Negativen entwickeln. Im Bereich der Ökonomie wird sich dies daran festmachen, ob die Innovationskraft der europäischen Wirtschaft – mit politischer Unterstützung – wirklich eine „neue“, also solide wissensbasierte und nachhaltige Ökonomie verwirklichen kann; im Bereich des auswärtigen Handels wird viel davon abhängen, ob es der Union gelingt – vielleicht institutionell über ihren Präsidenten oder den Hohen Vertreter –

kontinuierlich internationale Führung im Sinne des eigenen Leitbildes einer multilateralen Weltordnung zu leisten. Im positiven Falle wird sie ihre wirtschaftlichen und außenpolitischen Kompetenzen weiter konsolidieren können, da sie hierfür zunehmend seitens ihrer Mitgliedstaaten als die geeignete Handlungsebene angesehen wird. Dies wird sich zwar nicht in einer Stärkung ihrer diesbezüglichen vertraglichen Grundlagen niederschlagen, so aber doch in einer gewachsenen, auf die EU ausgerichteten Konformität seitens der Mitgliedstaaten und der damit einhergehenden Ausweitung „weicher Formen“ gemeinsamen europäischen Handels (Koordinierung, *best practices* etc.). Da dies weitgehend „souveränitätsschonend“ vorstatten geht und die staatliche Prerogative formal nicht weiter eingeschränkt wird, kann dies mittelfristig zum Ausgangspunkt für weitere Integrationsschritte werden.

Das Szenario *Europa der (un)begrenzten Möglichkeiten* deutet bereits über das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts hinaus: Als Szenario des Übergangs kann es aber sowohl in die näher ausgeführte Richtung einer positiveren und nachhaltigeren Entwicklung weisen und damit den Weg zu einer – ggf. auch institutionellen – *Zweiten Gründung der Union* eröffnen. Überwiegend indessen im Bereich der Wirtschaft und des auswärtigen Handels Stagnation oder gar Zurückdrängung, kann sich das *Europa der (un)begrenzten Möglichkeiten* in seinen Handlungsmöglichkeiten und seinem *Policy-Output* auch allmählich beschränkt sehen. Die Europäische Union würde sich zwar selbst dann in ihrer heutigen Form und Ausprägung noch einige Zeit als relativ stabil erweisen, könnte aber dauerhaft zunehmenden Anfechtungen von innen und außen nicht widerstehen, wodurch sie im Sinne eines Übergangs eher negativen Entwicklungen den Weg bereiten würde, die sich aller Voraussicht nach dann im dritten Jahrzehnt Bahn brechen würden. Dabei sind, abhängig besonders von der wirtschaftlichen Leistung, Entwicklungs muster in Anlehnung an die Szenarien *Zwei Europas* und *Flüchtiges Europa* denkbar.

Während sich die Europäische Union außenpolitisch und gesamtwirtschaftlich festigt und im Großen und Ganzen positiv entwickelt, verstär-

## Dokumente/Documents 2/2011, Seite 6 – 10

ken sich Verteilungsunterschiede und damit das Wohlstandsgefälle innerhalb der EU und ihrer Gesellschaften. Dies führt zu einer verstärkten, konfliktgeladenen Fragmentierung innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten aber auch zwischen diesen.

### Zwei Europas

Die innereuropäische Solidarität nimmt merklich ab, Verteilungskämpfe zwischen den Staaten werden zunehmend härter. Während sich soziale und gesellschaftliche Spannungen deutlich verschärfen, werden die Folgen des damit einhergehenden Nationalismus in Europa nach außen überspielt über die Herausbildung eines analogen „Euronationalismus“ (Timothy Garton Ash), der zumindest kurz- oder sogar mittelfristig eine tendenziell positive Entwicklung im Bereich Wirtschaft und Außenbeziehungen unterstützt: Aufgrund zunehmender innerer Spannungen und damit einhergehender offenerer egoistischer mitgliedstaatlicher Politikzielformulierung nimmt Europa zwar Abschied vom Leitbild einer kooperativen Macht, kann aufgrund seiner relativ soliden Ausgangsposition diese aber nach außen zunächst gut zur Durchsetzung der aggregierten Egoismen ihrer Mitgliedstaaten nutzen. Den Anspruch als normativer Akteur im Sinne einer moralischen Führungsmacht kann Europa nicht mehr aufrechterhalten: Immerhin provoziert es – mit seinem wirtschaftlich und außenpolitisch dominanten Auftreten – auf Dauer die Verweigerung zur Übernahme „europäischer“ Normen, wodurch es sich nach 2020 wohl auch außenpolitisch und schließlich auch wirtschaftlich zunehmend zurückgedrängt sehen dürfte.

Damit ist das Szenario *Zwei Europas* weder nach innen noch nach außen nachhaltig und ebenfalls ein Szenario des Übergangs, das aber im

Gegensatz zum Szenario *Europa der (un)begrenzten Möglichkeiten* kaum an einer negativen Entwicklung in der dritten Dekade des 21. Jahrhunderts vorbeiführen kann.

### Flüchtiges Europa

Tendenziell negative Entwicklungen im Bereich Wirtschaft und Außenbeziehungen einerseits und eine klar negative Entwicklung im Bereich Soziales/Gesellschaft andererseits stellen die Europäische Union auf eine existentielle Bewährungsprobe. An sie gestellte Erwartungen kann die Union – zum Teil aufgrund mangelnder Kompetenzen – nicht erfüllen, weshalb ihr immer weniger die Lösung anstehender Herausforderungen zugetraut wird. Obwohl auch die einzelnen EU-Mitgliedstaaten in ihrem *Policy-Output* entsprechend deutliche Unzulänglichkeiten aufweisen, sehen diese sich als Ansprechpartner bestätigt, und Nationalismus sowie offene Fremdenfeindlichkeit nehmen europaweit zu. Hiermit einher geht bei den handelnden Eliten eine deutliche Abnahme gesamteuropäischer Konformität und Identifikation. Das Einigungsprojekt wird grundsätzlich in Frage gestellt, auch wenn es als Rahmen beibehalten wird: In einer solchen Union können sich durchaus Avantgardegruppen herausbilden, die



sich aber zuvorderst zur Durchsetzung nationaler Interessen zusammenfinden. Damit verliert die Europäische Union ihr einziges, überspannendes und Konflikte abschwächendes Element, so dass sie bestenfalls noch als eines unter anderen internationalen Foren angesehen werden kann, in dem sich zuvorderst Regierungsvertreter zur Aushandlung nicht konvergenter Interessen oder zur – immerhin friedlichen – Austragung von Konflikten zusammenfinden. Aufgrund der zunehmenden Konfrontation innerhalb der Union wird trotz vielfältiger Möglichkeiten, mit qualifi-

zierten Mehrheiten zu entscheiden, eine Tendenz zur Intergouvernementalisierung deutlich, indem gerade die Blockademöglichkeiten im Gemeinschaftsverfahren ausgiebig genutzt werden und somit eine Weiterentwicklung der Union und ihrer Politiken in einem integrativen Sinne dauerhaft verhindert wird. Die EU wird somit auf die Verwaltung und beschränkte Gestaltung dessen reduziert, was unstrittig oder aber entsprechend der relativen Machtverhältnisse der Mitgliedstaaten untereinander auch gegen Widerstände durchsetzbar ist. All dies führt zu einer einseitig negativen Politisierung der Europäischen Union: Während die politischen Inhalte Anlass zu harten Auseinandersetzungen geben, fällt die öffentliche Anteilnahme und Partizipation signifikant ab. Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden zu *second-order elections*, die Tendenz zur politischen Aufwertung dieses Gremiums im Institutionengefüge der Union wird umgekehrt.

International werden die EU und ihre Mitgliedstaaten zunehmend marginalisiert. Mit einer alternden Bevölkerung, abnehmender Produktivität und zunehmenden inneren Problemen, denen sich die Mitgliedstaaten mehr schlecht als recht annehmen, sieht sich Europa politisch und wirtschaftlich auf den engen Horizont seiner geographischen Lage als westliche Halbinsel der eurasischen Landmasse reduziert, abhängig von anderen internationalen Akteuren, die sich als kohärenter, geeineter und damit widerstands- und durchsetzungsfähiger erweisen.

Unabhängig vom internen und externen Druck, der auf der EU und ihren Mitgliedstaaten lastet, und den daraus ableitbaren Herausforderungen oder Gefahren, lässt sich mit Verweis auf vorhandene Ressourcen festhalten, dass die Zukunft Europas maßgeblich vom Handeln der Europäer abhängt. Bezogen auf die heutige Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind diese Ressourcen trotz aller öffentlich artikulierten Krisenrhetorik beachtlich: Mit seinen 500 Millionen Einwohnern steht Europa für etwa ein

Fünftel weltweiter Im- und Exporte, gewährleistet als bedeutende Wirtschaftsmacht die Sicherung eines hohen Lebensstandards seiner Bewohner, hat mit dem Euro die relevanteste internationale Währung nach dem Dollar geschaffen und ist als bedeutender Akteur in Fragen von globaler Reichweite (z. B. Klima, Sicherheit) etabliert.

Mit Blick auf die skizzierten Szenarien geht es also weniger darum, Europa gänzlich neu zu erfinden, als vielmehr seine Potentiale konsequenter zu nutzen und gegebene Ineffizienzen abzustellen. Dies kann bewerkstelligt werden, indem in der

**„Mit Blick auf die skizzierten Szenarien geht es weniger darum, Europa gänzlich neu zu erfinden, als vielmehr seine Potentiale konsequenter zu nutzen und gegebene Ineffizienzen abzustellen.“**

Komplexität der europäischen Gesellschaften im allgemeinen und Politikaushandlungs- und -formulierungsprozesse im speziellen gegebene Inkohärenzen aktiv überwunden werden und verantwortungsbewusste politische Akteure entlang klar formulierter strategischer Prioritäten für die Kohärenz der Gesamtheit europäischer Politik Sorge tragen. Damit ließe sich unter anderem vermeiden, dass Erfolge in einem Sektor negative Nebeneffekte in anderen Politiken bewirken (z. B. Entwicklungszusammenarbeit vs. Agrarpolitik; restriktive Migrationspolitik vs. Arbeitskräftemanagement) oder „doppelte Standards“ die eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen (z. B. restriktive Migrationspolitik vs. Menschenrechtsagenda; Einforderung freien internationalen Handels vs. Protektionismus).

Ein Mehr an Kohärenz in der europäischen Politik würde die Berechenbarkeit europäischer Politik intern und extern erhöhen und könnte damit auch ihre Glaubwürdigkeit stärken – eine glaubwürdige Politik, die sich an den wiederholt beschworenen Werten der Europäischen Union und dem Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert, kann dann auch bessere Politik für die Zukunft bedeuten. Die Entscheidungen hierzu sind in einer sich stets wandelnden Welt heute zu treffen, die Grundlagen hierfür sind gut – bleibt die Frage nach dem politischen Willen und der öffentlichen Durchsetzbarkeit.

# STUDY VISIT by MEDAC

## Students to GERMANY

16th - 19th January, 2011

Following last year's successful academic exchange with the Centre for European Integration Studies (ZEI) of the Rheinische Friedrich-Wilhelms University in Bonn, MEDAC's students pursuing a Master's Degree in Diplomacy travelled to Bonn, Germany 15-19 January 2011. They were accompanied by the Director of the Academy, Prof. Calleya, and the holder of the German Chair for Peace Studies and Conflict Prevention at MEDAC, Dr. Monika Wohlfeld. This annual academic exchange with the theme of 'Germany in the EU and the Mediterranean' is funded by the German Ministry of Foreign Affairs through the German Academic Exchange Service as part of a grant agreement establishing the German Chair in Peace Studies and Conflict Prevention at MEDAC.

The State Secretary in the Ministry for Federal Affairs, Europe and the Media of the Federal State of North-Rhine-Westphalia, Mr. Marc Jan Eumann opened the workshop as a key note speaker in the presence of students and staff of ZEI and MEDAC, as well as a representative of the DAAD and the Maltese Ambassador to Germany, H.E. Mr. Karl Xuereb. Mr Eumann spoke about the current challenges for Germany in the EU, focusing in particular on the economic situation in Europe, the rescue packages for Greece and

Ireland, and the consequences of these developments for both the EU and Germany.

The following panel focused on the Union for the Mediterranean, with Dr. Marchetti from ZEI giving a balanced assessment of progress to date and challenges to the young framework for co-operation with and among EU and Mediterranean countries. The Ambassador of Malta, Karl Xuereb, provided an account of Malta's policies aimed at enhancing Euro-Med co-operation, including its interest in strengthening the Union for the Mediterranean.

Students also participated in an event at Deutsche Welle, organized by ZEI and the EC delegation in Bonn, which focused on the EU's external policy after the Lisbon Treaty and featured a discussion with Dr Gerhard Sabathil, Director for Strategy, Co-ordination and Analysis, Directorate-General External Relations at the European Commission. Dr. Sabathil explained the aims, structure and funding of the new External Action Service, which started operating recently, and the internal and global dynamic that the establishment of the service has created.



Left: Dr. Monika Wohlfeld with MEDAC students in Bonn.



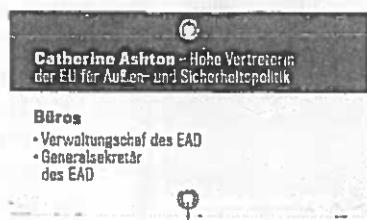
The German security and defense policy, especially Bundeswehr missions/operations abroad, was the subject of a presentation by a representative of the German Ministry of Defense. The structure and changing roles of the German military as well as its involvement in NATO, especially in the Afghanistan context, were discussed. Participants showed great interest in issues such as streamlining and reforming the German military, and domestic public perception of German military engagement abroad.

MEDAC students also visited the United Nations Campus and the House of German History. Moreover, the MEDAC group visited the European Central Bank (ECB), where experts briefed participants on the role and functions of the ECB, including its relations with neighbouring regions, and relations with the EU and international institutions and fora.

*Above: Dr. Monika Wohlfeld addressing one of the lectures for MEDAC students at ZEI.*

# EU-DIPLOMATEN STARTEN DURCH

Gemeinsam die Außenpolitik der EU zu stärken ist ihr Ziel. Die neue Behörde hat zwar noch kein eigenes Gebäude, dennoch werden bis Jahresende alle Mitarbeiter aus den 27 Staaten ihre Aufgaben beim **Europäischen Auswärtigen Dienst** aufgenommen haben.



Er 1. Dezember 2009 markiert einen Wendepunkt für die Europäische Union. An diesem Tag trat der Vertrag von Lissabon in Kraft. Dieses heftig debattierte Dokument, dem Wesen nach Vorläufer für eine Europäische Verfassung, hat die bisher deutlichsten Veränderungen für die Gemeinschaft der 27 nach sich gezogen.

Unter anderem sind im Lissabonvertrag zwei neue permanente Ämter verankert: der Präsident des Europäischen Rates, seit Ende 2009 der Belgier Herman van Rompuy, und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, wie es etwas hölzern heißt. Die erste „Außenministerin“ der EU ist die britische Diplomatin Catherine Ashton.

SEIT DEM 1. DEZEMBER des vergangenen Jahres unterstützt der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) sie bei ihrer Arbeit. 3.720 Vollzeitstellen und ein Budget von 464 Millionen Euro stehen der Baroness

zur Verfügung, um in Brüssel und mit 136 Delegationen auf der ganzen Welt der europäischen Außenpolitik ein Gesicht zu geben. Diese Delegationen gab es bisher auch schon, meist finanziell und personell eher schlecht ausgestattet. Die Diplomaten wurden national entsandt. Was also wird anders? Zuerst einmal wurden in Brüssel bestehende außenpolitische Unterstrukturen des Rates und >

## Y – Das Magazin der Bundeswehr, Berlin, 04/2011, S. 16-19

» der Kommission zusammengelegt und deren über 1.600 Beamte dem neuen Dienst unterstellt. „Es wird künftig auch echte europäische Diplomaten geben“, sagt Dr. Andreas Marchetti vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn. Denn es gibt nicht nur nationale Diplomaten der Mitgliedstaaten, die von ihren Außenministerien nach Brüssel entsandt werden. EU-Diplomat können junge Europäerinnen und Europäer auch werden, wenn sie sich direkt für die europäische Beamtenlaufbahn bewerben und den „Grand Concours“, das Brüsseler Auswahlverfahren, erfolgreich durchlaufen.

**EBENFALLS DEM EAD** übertragen wurden der EU-Militärstab EUMS unter dem niederländischen Generalleutnant Ton van

Osch und der Militärausschuss der Europäischen Union EUMC unter dem schwedischen General Hakan Syrén. Diese ranghöchsten Offiziere der EU berichten gemeinsam mit zivilen EU-Krisenberatern direkt an die Hohe Vertreterin. „Meine Doppelrolle als niederländischer Soldat und Generaldirektor EUMS finde ich interessant und lohnend“, erklärt General van Osch. „Das ist auch eine Rolle, die gelegentlich meine diplomatischen Fähigkeiten fordert.“

Der deutsche Fregattenkapitän Nicolas Liche ist van Oschs Mitarbeiter und seit anderthalb Jahren beim Militärstab. „Ich bin sicherlich im engeren Sinne kein Diplomat, da ich von meinem Dienstherrn der EU zur Verfügung gestellt wurde und formell keine nationale Position vertre-

te“, beschreibt der Marineoffizier seine Doppelrolle. „Dennoch repräsentiere ich natürlich Deutschland, da ich weiterhin meine deutsche Marineuniform trage und somit als Deutscher wahrgenommen werde.“ Im Arbeitsalltag machen sich nicht nur die unterschiedlichen militärisch-strategischen Kulturen bemerkbar, sondern auch die zuweilen unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsländer. Entscheidungen zur Außen- und Sicherheitspolitik werden im Konsens, also einstimmig, getroffen. „Bei maximal 27 Positionen ist das nicht immer ganz einfach und braucht Zeit“, erklärt Liche. „Dabei sind die unterschiedlichen militärischen Strukturen nur einer von vielen Faktoren.“

### KARRIERE



Der niederländische General van Osch

**PERSONAL** Ein Drittel der Mitarbeiter des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) wird von den Mitgliedsstaaten als Beamte auf Zeit entsandt. Aus Deutschland entsenden das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung Personal zum EAD.  
**BEWERBUNG** Neben dem nationalen Weg kann EU-Diplomat auch werden, wer sich direkt bei der EU bewirbt. Derzeit laufen die europäischen Auswahlverfahren für insgesamt 100 neue Stellen des EAD bei den Delegationen und in der Zentrale in Brüssel.

INFOS DAZU GIBT'S UNTER

[www.ead.bundeswehr.de](http://www.ead.bundeswehr.de)

## Y – Das Magazin der Bundeswehr, Berlin, 04/2011, S. 16-19

Noch befindet sich der Europäische Auswärtige Dienst in der Aufbauphase. Bislang sind nicht alle Stellen besetzt, die Mitarbeiter in Brüssel arbeiten teils in verschiedenen Dienststellen. Dort, wo gearbeitet wird, treffen die verschiedenen Kulturen der Mitgliedsländer aufeinander, und es ist schon sprachlich eine Herausforderung, zu einem gemeinsamen und einstimmigen Ergebnis zu gelangen. Inwieweit schafft es der EAD als neue Institution einen ähnlichen Wandel zu durchlaufen wie die Europäische Kommission? Andreas Marchetti erklärt die Chancen des EAD: „Die Kommission war anfangs auch als reine ausführende Institution gedacht und hat in den 80er-Jahren sehr starke europäische Politik vorformuliert und mitgestaltet.“ Marchetti glaubt, dass der EAD das Potenzial hat, wie die EU-Kommission zu einer mächtigen und genuin europäischen Einrichtung aufzuwachsen. Das steht und fällt mit den Personalkeiten an der Spitze. Lady Ashton hat mit Helga Schmid als stellvertretender Generalsekretärin eine deutsche Spitzendiplomatin in ihren Führungsstab berufen. Die kommenden Monate werden zeigen, ob Ashton und ihr Team es schaffen, sich weltpolitisches Gewicht zu erarbeiten. | STEFAN BITTERLE



## Coming Down From the Mountain: A Call for the United States to Rediscover Its Ideals

By Ludger Kühnhardt | Tuesday, May 24, 2011

There is no denying that the United States and Europe no longer see eye-to-eye. But the key to reinvigorating the often contentious transatlantic relationship, writes Ludger Kühnhardt, director of the Center for European Integration Studies in Bonn, might be a return to the American ideals embodied by George Washington and Elvis Presley.

**N**either the theory of decline, advocated by voices both inside and outside the United States, nor its oft-presented alternative, a robust belief in American exceptionalism, help get to the bottom of the waves of uncertainty that currently travel across the Atlantic Ocean.

---

**The United States has become a country in search of its soul, feeling vulnerable and more insecure than ever, and having lost much of its relaxed optimism of former decades.**

---

At the core of the problem lies the unsuccessful search for a new common frame of mind between the United States and the European Union as the political embodiments of the Atlantic, or Western, civilization.

The end of the Cold War left the United States as the world's only superpower. From then on, what lay ahead for the United States was business as usual, albeit without a powerful challenger. For Europe, the end of the Cold War meant the beginning of yet another period of transformation.

---

For Americans, in contrast, that transformation was suddenly obscured, if not obviated, by 9/11. It has become gradually apparent, however, that the end of the Cold War, not 9/11, was the truly defining moment in recent American history.

Perhaps because of this asynchronicity, we must also recognize an uncomfortable reality: The United States and the EU are still missing a new common frame of mind. How did that come about?

## The Globalist, 24. Mai 2011

In the absence of an ideological enemy and with the proud conviction that its own ideals could hardly be challenged by any other concept, the United States made a crucial change. It moved from an ideal to a material power. This material power basis, which of course had always been there, was increasingly decoupled from its idealistic underpinnings.

As a result, America soon was no longer an idea. America became a power — exceptional, so many thought, only and lonely. A certain Protestant self-righteousness was introduced into the political culture of a country that turned more inward, more national and less open than it had been for most of its history.

In Europe, a different mindset started to drive the post-Cold War era: Europe was headed toward becoming the European Union, based on a post-sovereign integration concept, accommodating different interests and reconciling diversity, including in size and political culture.

When the European Economic Community was founded in 1957, the six founding members had a majority of Catholic citizens. Yet the founding documents did not refer to any religious values. When the EU designed its (eventually aborted) Constitution in 2003-05, the most intensive controversy took place over the invocation of God.

Laicists and secularists seemed to dominate the scene. Yet the enlarged and deepened EU of the years after 1990 has become more Catholic in the original sense of the word (i.e., all-embracing) than any period of its predecessors since World War II: ecumenical, universal, embracing diversity under one umbrella. The United States, a key — if not the key — reference point until then, simply was no longer a direct part of this experience.

Instead, the lone superpower was confronted with a new ideological challenge of a totalitarian nature. Al Qaeda's disdain for the United States — and for Western civilization as a whole — was expressed through the mean and destructive forces of asymmetric warfare. September 11 became the symbol of Islamic totalitarianism.

This event also revealed different instincts on both sides of the Atlantic: While most Europeans (in agreement with the majority of peaceful Muslims around the globe) considered 9/11 an attack on all civilization, the United States had a narrower frame of mind. It declared it a war on the United States.

---

The discourse of the "decline of the West" seems to be rather a challenge for the U.S. part of the West than for its European sibling.

---

---

**Mount Vernon epitomizes the honest modesty of giving up material power in order to maintain the highest possible esteem and reputation by re-focusing on principles and ideals.**

"Homeland" security was strengthened, understandably so. But the universal interpretation of the principles and ideals which the United States of America, Europe and the Atlantic civilization as a whole are built on was placed somewhat on the back burner. The terrorist threat was answered with military means by the United States, while value aspects and normative implications were neglected. The United States acted as a superpower of might, not as a superpower of ideals.

---

It is little acknowledged that, in that process, the United States has somewhat become "Old Europe," a European-type of nation-state with particular security interests built on skepticism about, if not suspicion of, its surroundings, a nation-state proud of its power — but with mounting difficulties in communicating its ideals to the world.

In other words, the United States has turned into a type of state Europe had known aplenty in the century-long era between the Congress of Vienna in 1815 and the outbreak of World War II in 1914. Quite an irony, indeed.

In contrast, post-Cold War Europe, for all the criticism that is often heaped upon it, has taken on the mantle of the idealistic embodiment of politics, albeit in its post-sovereign, post-modern fashion.

As much as these distinctions are clichés, like all clichés they do hold some grain of truth. European politicians, supported by the Pope, were promoting the dialogue of civilizations. President George W. Bush and Osama bin Laden, meanwhile, were engaged in a battle of positioning themselves as the true and only legitimate interpreters of the true and only message of Jesus and of Mohammed, respectively.

In the case of bin Laden, the totalitarian arrogance was matched by the cruelty of terrorist activities against innocent women, children and men of all faiths. In the American case, the message that the world at large understood ever since was more mundane: The United States is materially exceptional — and the main expression of this exceptionalism is its military power. The issue of America as an idea, sadly, got somewhat lost in the process.

## The Globalist, 24. Mai 2011

In terms of truly historic events, we must recognize that it was in Afghanistan and in Iraq, of all places, not in dealings with the then-Soviet Union, where the United States encountered the real limits of this reliance on material, military-focused power.

On the home front, the debt crisis, along with a sense of vulnerability in the face of new rising powers in Asia, has done its part to undermine the sense of U.S. exceptionalism, too.

Domestic debates on the decline and, somewhat arrogantly, on the "rise of the rest" became fashionable. Europe, for its part, almost disappeared from the American radar. For now, the United States has become a country in search of its soul, feeling vulnerable and more insecure than ever, and having lost much of its relaxed optimism of former decades. For the time being, America has no project by which it could reinvent itself as the embodiment of an idea.

This critical remark does not at all imply that the EU is in perfect shape. The sovereign debt crisis, ongoing quarrels over migration policies and the absence of a sufficiently far-sighted policy to support the Arab Spring at Europe's doorstep (which ought to be done very much in the American spirit of the post-World War II era — with compassion and vision that is out of enlightened self-interest) are no less comforting than the present wave of navel gazing in the United States.

Yet one difference between the United States and the EU stands out. In its past, Europe has gone through all possible tragedies, and all European nations have experienced all the ups and downs history can offer. Out of this experience, the European sense for transformation and renewal goes beyond the fancy fascination of a simplistic dichotomy of either "rise" or "decline."

The discourse of the "decline of the West" seems to be rather a challenge for the U.S. part of the West than for its European sibling. Europe has been transformed after having been down. The United States still stands tall on the mountain and is not yet really confronting the idea that, in mountaineering terms, one has got to come down from the mountain in order to say that one "did the mountain."

Maybe it takes defeat to learn this modesty in face of ever-new chapters of history. Another, and probably gentler, strategy to come down from the mountain starts with an honest return to one's ideals and principles.

---

Graceland  
stands for Elvis Presley's unique message of transformation through means of culture — singing as an act of reconciling white and black America.

---

## The Globalist, 24. Mai 2011

American history does offer an example of "coming down from the mountain": George Washington stepped down twice, after victory, as general and as president, to return from the mountains of power to the mere hillside of Mount Vernon. This recognition of the primacy of ideals and values over power and material might made him the great man he is.

---

The 21st century, unlike the period after the Congress of Vienna, is no longer a zero-sum game of winners and losers. Rather, it is a century of multiple networked nodes.

---

Mount Vernon, his beautiful estate on the Potomac River in Virginia, is the most visited private home in the United States after Elvis Presley's Graceland in Memphis, Tennessee. Both estates carry powerful messages which, coincidentally, touch a similar chord.

Mount Vernon epitomizes the honest modesty of giving up material power in order to maintain the highest possible esteem and reputation by re-focusing on principles and ideals. Graceland stands for Elvis Presley's unique message of

transformation through means of culture — singing as an act of reconciling white and black America.

The sound of the "King of Rock and Roll" gave a voice to the idea of overcoming racial divide and hatred. Elvis was also surprisingly gentle and always ready to share. George Washington and Elvis Presley, to me, represent America as an ideal, an America that lives its values, principles and ideas.

They represent an America that goes beyond power and military might. An America that becomes stronger than ever before, by relying on the uniquely American creative force and driver of transformation, that pairing of maximum reach and self-limitation at the same time.

That is why Mount Vernon and Graceland symbolize America as the exceptional ideal more than any other places in the United States. These are not places one can associate with declinism or exceptionalism. Mount Vernon and Graceland stand for the power of transformation that is at the heart of America as a universal idea.

In reshaping or reconstituting the Atlantic civilization, we need to remember this: The 21st century, unlike the period after the Congress of Vienna, is no longer a zero-sum game of winners and losers. Rather, it is a century of multiple networked nodes.

The better these nodes are connected with each other, the more they will resonate with the best ideals and principles Europe and the United States stand for. This lesson of history is yet to be discovered by those who try to reinvigorate a common transatlantic frame of mind. This effort goes well beyond the surface of debates on a "declining" West and of U.S. "exceptionalism."

## Das historisch-politische Buch, Nr. 6/2011

- 562 Jürgen Mittag (Hg.): *30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament (1979-2009). Europawahlen und EP in der Analyse.* (Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, Bd. 12). 372 S., Nomos, Baden-Baden 2011, 49,- €.

Jürgen Mittag hat sich zusammen mit einem großen Kreis von Co-Autoren der verdienstvollen Aufgabe unterzogen, die Entwicklung des Europäischen Parlaments seit dessen erster Direktwahl 1979 nachzuzeichnen und systematisch zu analysieren. Die analytischen Zugänge sind so vielfältig wie die Dimensionen des unterdessen über dreißigjährigen Prozesses selbst. Dem politischen Prozeß und seiner wissenschaftlichen Analyse haftet anhaltend ein Mangel an Politik im strengen Sinne des Wortes an. Die prozeduralen und funktionalen Entwicklungslinien der bisherigen Geschichte des Europäischen Parlaments lassen sich leichter rekonstruieren als die Frage nach der eigentlichen Akzentuierung des politischen Willen, wie er im Europäischen Parlament von Abgeordneten und ihren Fraktionen, von Mehrheiten und Minderheiten zum Ausdruck gebracht wird. Lange haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments selbst diesem Betrachtungswinkel dadurch Vorschub geleistet, daß sie als große Koalition der Promotoren einer stärkeren institutionellen Rolle des Europäischen Parlaments im Gefüge der europäischen Organe auftraten. So wie es ihnen mehr um das Europäische Parlament an sich als um die mit ihm assoziierten politischen Willensakte und Erfolge ging, so reagierte die diesen Prozeß begleitende Wissenschaft. Insofern dieser Prozeß mit dem Lisbon-Vertrag von 2009 an sein Ende gekommen ist – das Europäische Parlament ist nun vollumfänglicher und gleichberechtigter Mitgesetzgeber neben dem Europäischen Rat in fast allen europäischen Policy-Feldern – ist der von Jürgen Mittag herausgegebene Sammelband eine kompakte und übersichtlich strukturierte Bestandsaufnahme des langen Weges hin zu einem echten Parlament auf europäischer Ebene. In der nun begonnenen Phase geht es nicht mehr um das Europäische Parlament und seine Stellung im EU-Institutionen-gefuge. Es geht darum, wie sich die Parlamentarier und ihre Fraktionen zu den großen (und den kleinen Fragen) positionieren, die in der EU verhandelt und entschieden werden. Entsprechend wird sich auch die wissenschaftliche Be-fassung mit dem Europäischen Parlament in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ändern: Von Institutionenkunde zu Politikfeldanalyse auf euro-päischer Ebene.

Lüdger Kühnhardt

## Germany's Exit from History?

By Ludger Kühnhardt | Tuesday, June 14, 2011

Buffeted by European and global headwinds, many in Germany wish for their country to “exit from history” and chart a more peaceful and insular course. But as Ludger Kühnhardt argues, Germany can only engineer a good future for its people as an engine of further European integration, as a partner of the United States and as a defender of universal human rights.

**W**hen President Barack Obama invited Chancellor Angela Merkel for dinner at the Georgetown restaurant 1789, pundits in the U.S. capital rushed to explain that no symbolism was involved, as the name of this restaurant refers to the founding year of Georgetown University — and not to the notorious French Revolution.

---

**The unspoken issue for many Germans is this: Shouldn't one think of ways to exit from the EU to escape the evil history others produce?**

---

Yet one could not help to think Ms. Merkel's state visit in early June 2011 was more about history than about the future. The German Chancellor was awarded the Presidential Medal of Freedom in recognition of her outstanding contribution to freedom in Europe. In the end, it seemed as if her visit was a good opportunity for the U.S. administration to celebrate itself.

For once, President Obama could bask in the memory of the great days of 1989 — to which neither he nor Angela Merkel had really contributed. Hence, it was a state visit of nostalgia. Merkel and Obama celebrated the good old days of German-American friendship, but did not give answers to the leadership questions of today and tomorrow for which they were elected in the first place. They did not judge the effects of 1989 on the German-American partnership.

Some German newspapers remained realistic enough and asked when and how Mr. Obama might present the political bill. Demanding more burden-sharing for the ongoing military campaigns in Afghanistan and Libya, demanding more support for reconstructing Iraq and other Arab countries or demanding more support for Greece and other countries with sovereign debt in the interest of the fledgling U.S. economic recovery — the sky is the limit.

## The Globalist, 14. Juni 2011

It would have been interesting to compare how Obama and Merkel reported the state visit back to their staff, aides and cabinets. Is the U.S. president saying that Germany would remain relevant but had become less relevant than in the past? And is the German chancellor reporting that the glamorous reception in Washington was but proof that no scars were left after the German abstention from the United Nations Security Council decision to intervene in Libya?

Germany, indeed, has become an issue of nostalgia and is only a secondary concern in forward strategic thinking. German government officials themselves try to portray this uncomfortable fact as a blessing by arguing that in the future Germany would lead from the second row. It remains difficult to explain, and even more difficult to understand, what that actually may mean.

For the United States — as for most other countries — leadership means leading from the front seat. The Libya issue is representative of a much deeper structural transformation underway in today's Germany.

During the latter half of the 19th century and much of the first half of the 20th century, Germans were inclined to think that the world was there for them: to provide them with their legitimate nation-state, to grant them their rightful place under the sun, to let them dominate it militarily or, worst, racially.

After the catastrophe of 1945, the notion of Germany's global centrality did not disappear: Now, it was up to the world to protect the Germans — from themselves and from Soviet aggression.

Then came 1989, the fall of the Berlin Wall and the end of the Cold War. With Germans united in one state all of a sudden, they became nothing but citizens of an ordinary sovereign country, ready to share this sovereignty out of enlightened self-interest with their European partners.

They also continued to share the strategic alliance with the United States, but a tacit divorce began to unfold. While the United States began to project NATO as a global military instrument, the Germans promoted a global future without violence. They had learned their lesson from history — and wanted the world to do so as well.

---

Some call this German dreamland a big Switzerland, which, its critics say, is a mountain in search of a purpose.

---

An exit from history? This could also be said about the abrupt u-turn of the German government on nuclear energy. While 443 nuclear power plants are operating around the planet in 43 countries, 65 more are in planning or under construction.

---

**Germany must remain an engine of further European integration, a partner of the United States and a defender of universal human rights.**

---

The German government, however, declared an exit from nuclear power as the morally sound way to cope with the future. Not only to cope with its country's future energy demand, but to cope with the future of mankind. In that view, the German exit from nuclear energy should, and surely would, serve as a model for others around the world. Germany had found again its language of (morally, others would say self-righteously) leading the way for the world.

The nuclear exit strategy is a logical expression of this trend. In bits and pieces, the contemporary German mindset has penetrated most issues of relevance for the future of mankind. This is about an exit from history in order to live a peaceful and green life. Neither the freedom fighters in Libya nor the nuclear construction planners in Poland or Brazil were impressed. But Germany, with about 1% of mankind's population, has come to find its restful soul.

Since the days of Goethe and his Faust, the world has been accustomed to the fact that two souls are dwelling in those German chests. The biggest struggle over the current state of mind is still to be fought out: continuously committing the country to European solidarity and its implications — or giving way to those who suggest retrenching from the benefits and costs of true, solid and lasting political EU integration.

The debate about the bailout necessities for indebted EU partner countries and, more generally, on the future of the euro, has taken a highly uncomfortable turn in Germany. The issue is no longer Greece and convergence criteria which, of course, must be adhered to strictly by every EU member state (including Germany).

The unspoken issue for many Germans is unfortunately this: Shouldn't one think of ways to exit from the EU to escape the evil history others produce and impose on Germany?

## The Globalist, 14. Juni 2011

So far, it is, and was, consensus in Germany that the historical fear of being encircled should never return into the public sphere of a country and society that has been blessed with the enormous luck of a second chance by history after 1945. The alternative is as bad: to bury one's head into the sand when confronted with the headwinds of the real world.

Political wisdom at home and good partnerships abroad may prevent such a drama from unfolding in Germany. But for the time being, nothing seems to be predictable and certain any more in German politics — except for two things: The Germans want protection from the realities of this world, and they want change only on the basis of an overly consensual political culture.

Some call this dreamland a big Switzerland, which, its critics say, is a mountain in search of a purpose. Germany has always acted best when it is a reliable and proactive partner in Europe *and* of the United States without letting the mountains cloud its vision.

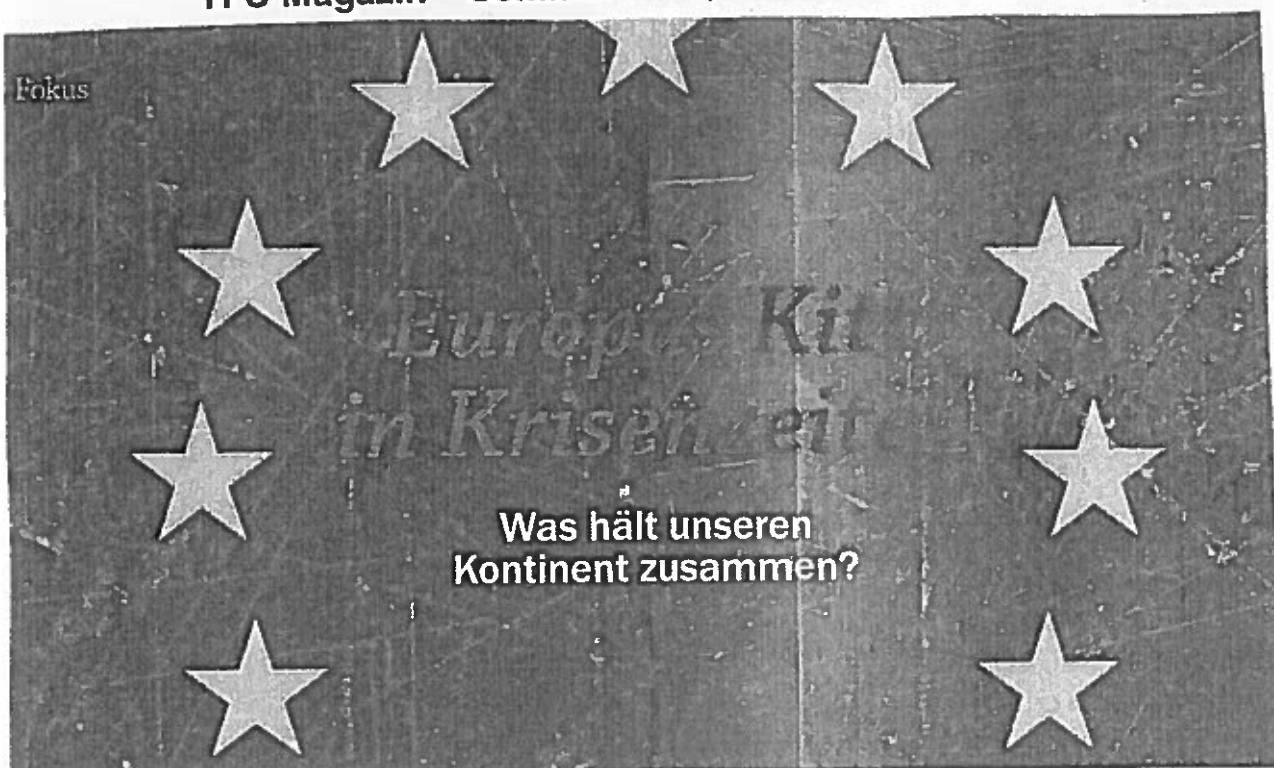
Only as an engine of further European integration, as a partner of the United States in global affairs and, most importantly, as a defender of universal human rights can Germany engineer a good future for its people.

---

After 1989, as the United States began to project NATO as a global military instrument, the Germans promoted a future without violence. They had learned their lesson from history.

---

Fokus



Die Europäische Union ist immer wieder der Anlass für hitzige Debatten in Politik und Medien. Für viele Menschen bleibt Europa ein abstraktes Gebilde, mit dem sie sich nicht identifizieren können. Was fehlt noch auf dem Weg zu einer Einheit auch auf zwischenmenschlicher Ebene? Über diese und weitere Fragen sprach Ria Voss für das YFU Magazin mit Dr. Andreas Marchetti, Spezialist für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsfragen am Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn und YFU-Austauschschüler in den USA 1991/92.

### Woran liegt es, dass Europa bisher noch nicht zu einer Einheit geworden ist?

Das Hauptproblem liegt darin, dass die Idee von gesamteuropäischer Solidarität, wie wir jetzt auch in den aktuellen Krisenentwicklungen sehen, noch nicht so weit verbreitet ist. Das heißt, es geht immer noch zurück auf nationalstaatliches Denken. Dabei wird häufig übersehen, dass wir alle in einem Boot sitzen und dass deswegen ein gemeinsames Handeln notwendig ist. Andererseits müssen die Europäer sich gegenseitig besser kennen lernen. So können sie sich besser miteinander identifizieren – so hält der „Kitt“ in Krisenzeiten auch wirklich.

### Wie könnte Europa denn besser zusammenhalten?

Der politische Diskurs sollte ehrlicher und informativer sein. Das heißt, dass man Staaten nicht gegeneinander ausspielt oder Probleme immer nur national betrachtet. Wir sollten nicht mit dem Finger auf Europa zeigen und sagen: Das eine ist Europa und das andere sind wir. Vielmehr sollte man die gegenseitigen Abhängigkeiten innerhalb von Europa viel stärker hervorheben und das Ganze wirklich als Einheit betrachten. In-

dem man stärker und transparenter über die Zusammenhänge informiert, tritt man auch stärker werdenden europakritischen Populismen entgegen. Man schafft eine Basis, auf der sich nicht nur Meinungen, sondern auch ehrliche Kenntnisse über Europa herausbilden.

### Wie kann Schüleraustausch helfen, Innereuropäische Grenzen im Bewusstsein der Menschen zu überwinden?

Durch die persönliche Austauscherfahrung werden Stereotypen abgebaut. Dadurch verringern sich auch Grenzen, weil man in dem Gegenüber nicht nur einen Angehörigen des anderen Staates erkennt, sondern einen ganz „normalen“ Mitmenschen, der durch seinen anderen kulturellen und sprachlichen Hintergrund eine wahnsinnig interessante Person ist. Dadurch steigt sich das gegenseitige Verständnis und auch das gemeinsame Miteinander verbessert sich.

### Wieso interessieren sich viele Jugendliche mehr für ferne Ziele wie die USA oder Neuseeland als für die europäischen Nachbarn?

Es liegt vielleicht daran, dass diese Länder durch die geografische Entfernung etwas Besonderes haben. Die meisten Jugendlichen haben bereits durch Urlaube oder Kurzaustausche Erfahrungen im europäischen Ausland gesammelt. So verheißen die USA eine ganz neue Erfahrung. Andererseits erscheint der Zugang zu Australien, Neuseeland und den USA durch die Sprache leichter.

Wenn man jedoch bedenkt, dass die europäische Wirtschaft immer mehr zusammenwächst, dann sind Sprachen wie Polnisch, Ungarisch oder Tschechisch sehr bedeutsam. Und gerade da kann Austausch, auch wenn er gegenüber den USA quantitativ nicht mithalten kann, helfen. Die Leute haben dann ein Profil, von dem sie auch letztlich ihr ganzes Leben lang zehren werden – privat wie auch beruflich.

### Ist eine gesamteuropäische Identität eine realistische Zukunftsvision?

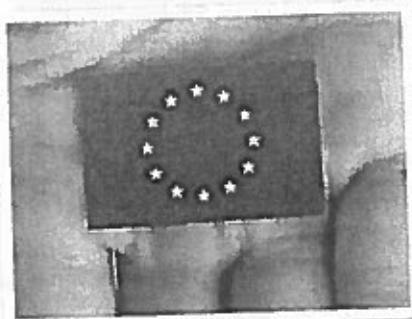
Ich denke, über kurz oder lang wird es in die Richtung einer gemeinsamen europäischen Identität gehen. Die europäische Politik erklärt ausdrücklich, dass dabei jedoch die europäische Vielfalt erhalten werden muss.

Es macht den Reiz Europas aus, dass man von vielen Orten einen Radius von 200 Kilometern ziehen kann und in einer anderen Kultur endet. Wichtig ist, dass trotz dieser Unterschiede auch die Gemeinsamkeiten viel stärker wahrgenommen werden. Das ist jedoch ein langsamer Prozess, der sich nicht an Einzelereignissen bemerkbar macht, sondern kontinuierlich vonstatten geht.

### „Durch die persönliche Austauscherfahrung werden Stereotypen abgebaut.“

**Das europäische Austauschprogramm von YFU geht über die Grenzen der Europäischen Union hinaus, z.B. bis nach Georgien und Aserbaidschan. Welche Bedeutung hat Deiner Meinung nach der Austausch für diese Länder?**

Die Austauschschüler sind Botschafter und zukünftige Multiplikatoren. Persönliche Kenntnisse von anderen Ländern und anderen Kulturen lassen die Schüler verstehen, dass die Menschen dort uns in ihren Ansprüchen, in ihren Wünschen und Hoffnungen sehr ähnlich sind. Die Jugendlichen erfahren, dass starke Gegensätze, die ein Blick auf die politische Landkarte vermuten lässt, nicht bestehen. So ist ja auch der YFU-Gedanke: das gegenseitige Verständnis vergrößern und die EU nicht exklusiv als Europa verstehen.



Europas Zukunft  
in die Hand nehmen:  
Austausch fördert  
Verständnis und  
Zusammenhalt.

### Was verstehst Du unter den Außengrenzen Europas?

Darauf gibt es keine eindeutige Antwort. Es gibt keine objektive geografische Grenze, denn auch Geografie ist politisch. Die klassische Grenze wird beim Ural gezogen und dann ist die große Frage auf dem Weg zum Schwarzen Meer, ob der Südkasus dazu gehört oder nicht. Richtung Westen geht es über den Bosporus durch das Mittelmeer bis zur Straße von Gibraltar. Aber man kann Europa auch anders denken, entgegen der Logik, dass die Zivilisationen konfliktuell aufeinander stoßen müssen. Ein Beispiel wäre die Türkei, die seit der Republikgründung 1923 auf dem Weg nach Europa ist und ich denke, wir sollten diesen Weg nicht versperren, weil es ein sehr gewinnbringendes politisches Projekt ist.

## „Ein Austauschjahr wirkt...!“

### Rückblick nach fünf Jahren

In Bonn, Bremen und Dinkelsbühl trafen sich ehemalige Austauschschüler nach fünf Jahren zu einem „Revival“ ihrer Vorbereitungstagungen (VBT). Sie freuten sich über das Wiedersehen und gingen in Gesprächskreisen und Workshops folgenden Fragen nach: Wie funktionierte rückblickend betrachtet die Anpassung im Austauschjahr, wie die Rückanpassung nach der Heimkehr? Was ist Heimat? Welche Verantwortung ergibt sich aus einem Austauschjahr? Welche Bindungen aus dem Austauschjahr sind bis heute geblieben?

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten viel Lust auf Gespräche über ihre Austauscherfahrung, auch wenn diese schon Jahre zurückliegt, wie Julian Reese als Leiter des Wochenendes in Bremen berichtet. Viele haben die Erfahrung gemacht, dass es nicht immer leicht ist, mit anderen, die keine Austauschschüler waren, über die Erfahrungen zu sprechen.

Zwei Referenten bereicherten die Veranstaltungen in Bonn und Bremen durch Ihre inhaltlichen Beiträge: Anja Wrulich, Diplom-Pädagogin und Mitarbeiterin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, sprach mit den Ehemaligen darüber, welchen Stellenwert die sozialen Beziehungen aus dem Austauschjahr noch heute haben und wie man die Kontakte pflegen kann. Dr. Andreas Marchetti, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn, gestaltete gemeinsam mit dem YFU-Leitungsteam einen Workshop zum Thema Europa: Wie wichtig ist Europa? Wie entsteht ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl? Diese Fragen diskutierten die YFU-Ehemaligen aus ihrer besonderen Sicht, wobei sie sich auch ihrer eigenen Rolle und Verantwortung bewusst wurden (siehe auch Interview mit Andreas Marchetti auf Seite 6 und 7).

Peter Fischer aus dem Leitungsteam der Veranstaltung in Bonn: „Es ist schön zu sehen, wie das Austauschjahr auch nach fünf Jahren wirkt und welchen Einfluss es auf die Entwicklung der Teilnehmer gehabt hat und haben wird!“ Die Veranstaltungsreihe, die Teilnehmer und Leiter größtenteils sehr positiv bewerteten, wird 2012 fortgesetzt.



„Ich habe am vergangenen Wochenende am VBT-Revival in Bonn teilgenommen! Es war richtig toll und eine super Möglichkeit, das Austauschjahr wieder aufleben zu lassen! Nun habe ich Interesse an einer ehrenamtlichen Mitarbeit.“

Jessica-Maricon Bott



Illustration: © Pixelwolf | Fotolia.com

Autorin | Elisabeth Wicher

→ Die Bundesrepublik Deutschland ist Teil einer »immer engeren Union der Völker Europas, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgerlich getroffen werden«. ¶...

n Vielfalt geeint«, so lautet der Wahlspruch der Europäischen Union. Tatsächlich fasst dies die Stärke des Staatenverbandes treffend zusammen. Durch Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes und die Herausbildung gemeinsamer Unionsorgane erhöhen die Mitgliedstaaten ihren Einfluss und ihre Effektivität. Gleichzeitig haben die Selbstbestimmung der Länder und die Identität der Regionen einen hohen Stellenwert. Die Stärkung und Förderung von Regionen ist eine Forderung, die die Europäische Union an ihre Mitgliedstaaten stellt.

Unmittelbar nach seiner Wahl durch den Sächsischen Landtag im September 2009 bekannte sich der neue Präsident, Dr. Matthias Rößler, zu drei besonders wichtigen Schwerpunkten für die Arbeit des Parlamentes: der Pflege der in tausend Jahren

Geschichte und Staatlichkeit wurzelnden sächsischen Identität, einer nachhaltigen und generationengerechten Politik und der Gestaltung der Rolle Sachsens in Mitteleuropa.

Rößler belegt die Sinnhaftigkeit dieses Schwerpunktes mit dem seit der Friedlichen Revolution von 1989 deutlich erkennbaren Aufbruch der mitteleuropäischen Bürgergesellschaft und der Tatsache, dass Deutschland und hier der Freistaat in besonderem Maße eine »Brücke in der Mitte des Kontinents« darstelle und so die wachsende Wirtschaftsdynamik und Integration zwischen West und Ost auch entsprechend fördern helfen könne.

Vor diesem Hintergrund bat er Professor Ludger Kühnhardt vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln, das vom Präsidium des Sächsischen Landtages im Oktober des vergangenen Jahres bestätigt wurde.

Kühnhardts Konzept sieht das »Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag« als eine Institution, welche das Bewusstsein europäischer Verbundenheit in der Region – namentlich im Freistaat selbst – stärken

## Landtagskurier, Dresden, 7/11, S. 10-11

soll. Das Ideal der freiheitlichen Bürgergesellschaft und ihrer Freiheitsbemühungen soll gewürdigt und bestärkt werden. Ziel ist, einen wichtigen Impuls für die Neubelebung der Mitteleuropathematik zu liefern.

Die Region Mitteleuropa ist geografisch wie politisch nur schwer eingrenzbar, historisch und kulturell aber eng verbunden. Die Rückbesinnung auf die Gemeinsamkeit der Freiheitsrevolution von 1989 kann als Ausgangspunkt dienen, die Region zu definieren und zu einem. Die besondere Bedeutung der mitteleuropäischen Bürgergesellschaft für den Freiheitsprozess in den 1980er-Jahren muss wach gehalten werden, denn es waren vor allem die Bürger, die die Freiheitsrevolution trugen und die anachronistische Teilung Europas durch den »eisernen Vorhang« überwanden.

Im Rahmen des Forums finden Sachsen, Polen, Österreich, Ungarn, die Slowakei und Tschechien zusammen. Sachsen spielte in der mitteleuropäischen Geschichte über Jahrhunderte eine bedeutende Rolle und prägte die Entwick-

lung des gesamten mitteleuropäischen Raumes. Die Teilung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hat das Bewusstsein, ein kulturelles, wirtschaftliches, geschichtliches und wissenschaftliches Zentrum zu sein, erheblich geschwächt. Deshalb soll das Forum Mitteleuropa einen Beitrag dazu leisten, dass die Osterweiterung der EU nach Ende des Kalten Krieges nicht nur institutionell erfolgt, sondern auch für die Bürger greifbar wird.

Mit dem Großteil der mitteleuropäischen Länder verbinden uns das historische Schicksal der gemeinsamen Unterdrückung im sowjetisch beherrschten Ostblock, die Erfahrung einer erfolgreichen demokratischen Revolution sowie die eines schmerhaften gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Aber natürlich teilen wir Mitteleuropäer auch viele gemeinsame Interessen im zusammenwachsenden Europa, wie eine gemeinsame Kultur und das Ideal der europäischen Idee.

Die identitäts- und freiheitsbezogene Mitteleuropa-Idee von 1989/90 beinhaltet die

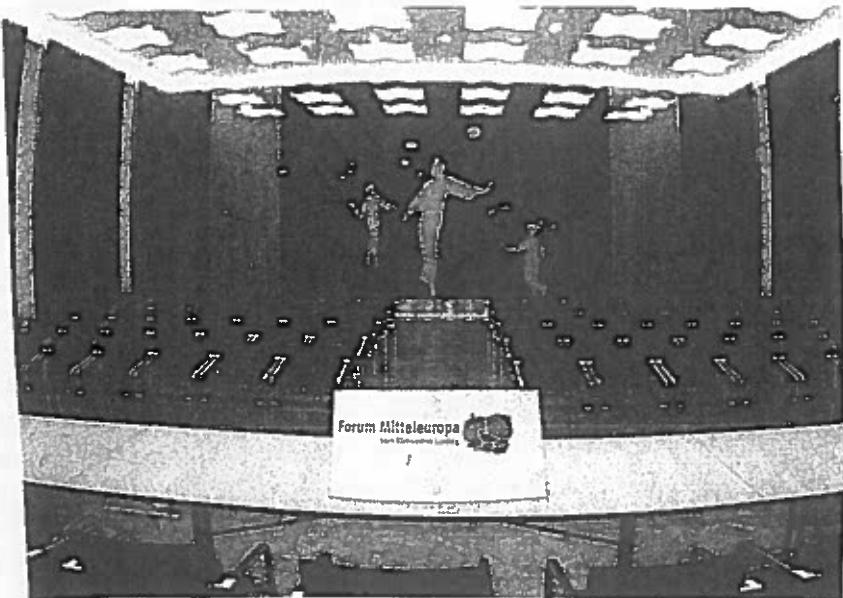


Foto: S. Giersch

## Landtagskurier, Dresden, 7/11, S. 10-11

Abkehr von der Vorherrschaft eines dominanten Zentrums zu gunsten der Anerkennung von Vielfalt im Raum großer Kultzentren und historisch gewachsener Regionen. Mitteleuropa ist seit der Friedlichen Revolution Inbegriff von Bürgerfreiheit ohne Zwangszentrum und Zwangsordnung.

Sowohl kulturgeschichtlich als auch geografisch wurde der identitätsbezogene Mitteleuropa-Begriff mit vollzogener Mitgliedschaft der EU-Staaten formal erfüllt, jedoch ist bei den Bürgern eine Verinnerlichung der gemeinsamen Mitgliedschaft in der Europäischen Union noch nicht vollständig erreicht. Dieser Entwicklung soll mit der Idee für das »Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag« entgegenwirkt werden.

Die Teilnehmer des Forums sollen an mitteleuropäische Traditionen anknüpfen und gemeinsam nach Perspektiven für die Entwicklung der Region in der EU suchen. Die politische, wirt-

schaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Geschichte sowie die Bedeutung Mitteleuropas sollen in das öffentliche Bewusstsein vordringen. Es soll eine Plattform entstehen, sodass die Bürgerinnen und Bürger miteinander ins Gespräch kommen können bei der Suche nach Perspektiven und Lösungsansätzen für grenzüberschreitende Fragen. Die Trägerschaft und das Selbstverständnis des Sächsischen Landtags rückt die Bürgergesellschaft ins Zentrum der Planung und Realisierungsarbeit. Das Forum erwächst aus der Bürgergesellschaft und wird von deren Repräsentationsorgan, dem Sächsischen Landtag, getragen.

Von tschechischer Seite nimmt der Schriftsteller, Bürgerrechtler und Direktor der Diplomatischen Akademie in Wien sowie ehemalige Botschafter der Tschechoslowakei in Deutschland, Jiří Gruša, am Mitteleuropaforum teil. Die Vizevorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien und Mitglied des Ausschusses für europäische Angelegenheiten in der Slowakischen Republik und Schauspielerin Magdalena Vásáryová ist slowakisches

Mitglied beim Mitteleuropaforum. Ungarisches Mitglied ist der Historiker und ehemalige Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland sowie Botschafter Ungarns beim Heiligen Stuhl, Gabor Erdödy. Der ehemalige Vizekanzler der Republik Österreich, Wissenschaftsmanager, Politiker und Vorstandsvorsitzende des Instituts für Mitteleuropa und den Donauraum Wien, Erhard Busek, tritt von österreichischer Seite beim Mitteleuropaforum auf. Aus Polen wird der ehemalige Generalkonsul der Republik Polen in Leipzig, Ryszard Król, an dem Austausch teilnehmen.

Außerdem sollen der Urheber des Konzepts, Prof. Dr. Kühnhardt, sowie Prof. Dr. Neuss, Professorin für Internationale Politik aus Chemnitz, und Prof. Dr. Trobst, Leitender Wissenschaftler für das Gebiet Kulturstudien Ostmitteleuropas am GWZO und Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig, als wissenschaftliche Unterstützer fungieren.

Die Auftaktveranstaltung des »Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag« findet vom 28.-30. September 2011 im Ständehaus in Dresden statt.



## Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag

Die 1. Veranstaltung des „Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag“ fand vom 28.-30. September 2011 im Ständehaus in Dresden statt.

### Hintergrund

Unmittelbar nach seiner Wahl durch den Sächsischen Landtag im September 2009 bekannte sich der neue Präsident, Dr. Matthias Rößler, zu drei besonders wichtigen Schwerpunkten für die Arbeit des Parlamentes: Die Pflege der in tausend Jahren Geschichte und Staatlichkeit wurzelnden sächsischen Identität, eine nachhaltige und generationengerechte Politik und die Gestaltung der Rolle Sachsens in Mitteleuropa.

Rößler belegt die Sinnhaftigkeit dieses letzten Schwerpunktes mit dem seit der Friedlichen Revolution von 1989 deutlich erkennbaren Aufbruch der mitteleuropäischen Bürgergesellschaft und der Tatsache, dass Deutschland und hier der Freistaat in besonderem Maße eine „Brücke in der Mitte des Kontinents“ darstelle und so die wachsende Wirtschaftsdynamik und Integration zwischen West und Ost auch entsprechend befördern helfen könne.

Vor diesem Hintergrund bat er Professor Ludger Kühnhardt vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung in Bonn, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln, das vom Präsidium des Sächsischen Landtages im Oktober des vergangenen Jahres bestätigt wurde.

Dieses Konzept sieht das „Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag“ als eine Institution, welche das Bewusstsein europäischer Verbundenheit in der Region – namentlich im Freistaat selbst – stärken soll. Vor allem das Ideal der freiheitlichen Bürgergesellschaft und ihrer Freiheitsbemühungen sollen gewürdigt und bestärkt werden. Ziel ist, einen wichtigen Impuls für die Neubelebung der Mitteleuropathematik zu liefern.

Im Rahmen des Forums finden nun Sachsen, Polen, Österreich, Ungarn, die Slowakei und Tschechien zusammen. Es wurde ein Kuratorium unter Vorsitz des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler mit hervorragenden Persönlichkeiten der Bürgergesellschaften der mitteleuropäischen Mitgliedstaaten berufen.

Von tschechischer Seite nimmt der Schriftsteller, Bürgerrechtler und Direktor der Diplomatischen Akademie in Wien, sowie ehemaliger Botschafter der Tschechoslowakei in Deutschland, Jiří Gruša am Mitteleuropaforum teil. Die Vizevorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien und Mitglied des Ausschusses für europäische Angelegenheiten in der Slowakischen Republik und Schauspielerin Magdalena Vásáryová ist slowakisches Mitglied beim Mitteleuropaforum. Ungarisches Mitglied ist der Historiker und ehemalige Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland sowie Botschafter Ungarns beim heiligen Stuhl, Prof. Dr. Gabor Erdödy. Der ehemalige Vizekanzler der Republik Österreich, Wissenschaftsmanager, Politiker und Vorstandsvorsitzende des Instituts für Mitteleuropa und den Donauraum Wien, Prof. Dr. Erhard Busek tritt von österreichischer Seite beim Mitteleuropaforum auf. Aus Polen nimmt der ehemalige Generalkonsul der Republik Polen in Leipzig, Ryszard Król, an dem Austausch teil. Außerdem fungieren der Urheber des Konzepts, Prof. Dr. Kühnhardt, Prof. Dr. Neuss, Professorin für Internationale Politik aus Chemnitz und Prof. Dr. Troebst, Leitender Wissenschaftler für das Gebiet

## Sächsischer Landtag, [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de), 01.12.2011

Kulturstudien Ostmitteleuropas am GWZO und Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig, als wissenschaftliche Unterstützer.

Das „Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag“ wird 2012 fortgeführt. Höhepunkt wird die Veranstaltung zum Thema Kultur im September des nächsten Jahres sein.

Lesen Sie auch den Bericht über das Forum in der nächsten, der 8. Ausgabe unseres Landtagskuriers.



Das Kuratorium mit  
Ministerpräsident Tillich

Auftaktveranstaltung am  
Abend im Ständehaus



Prof. Dr. Kühnhardt



Beratung des Kuratoriums  
im Ständehaus

## All-AZIMUTH, Ankara, 9.12.2011

### Prof.Dr. Ludger Kühnhardt, Director, Center for European Integration Studies, Bonn University

#### Europe in Transition: Lessons Learned

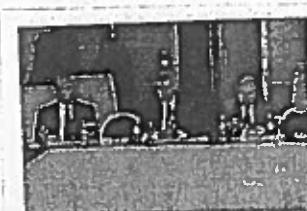
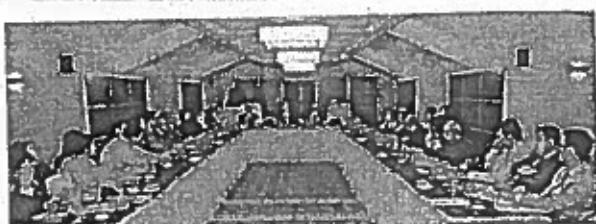
On December 6, 2011, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Director of the Center for European Studies at Bonn University addressed a Bilkent International Security and Strategy Seminar (BISSS) at the Bilkent Hotel.

Prof Kühnhardt, referring to the current "Euro Crisis", focused on how the EU positions itself in the globalizing world of the 'post-post-Cold War era'. As neither the Lisbon Treaty nor the European Constitution has proven capable of paving the way for political union or institutional integrity, Europeans, with this fiscal crisis, are becoming increasingly aware that Europe is at a crossroads: It may become either a peripheral structure or a federation.

For Prof. Kühnhardt, since the beginning of the EU, it has endless series of crises *in* integration which are different from crises *of* integration. To determine whether the debt crisis is yet another crisis in integration, he introduced the idea of crisis as an engine of progress in European integration and challenge and response as one explicatory variable. He indicated that at the root of the current crisis are 1) the absence of a fiscal union and 2) national policy failures, to be named as 'sovereign debt crises'. However, beyond fiscal solutions, he suggested that in the long term a sense of potential reengineering of economic growth and development are important as much as a European federation in order to make all European structures functional.

Discussing the debt crisis, Prof. Kühnhardt described three dimensions of responses: debt relief, continuity of crisis management, and moving beyond the technicalities of crisis management. The last of these, he emphasized as the focus of the discussion, is significant to explain how to structure mechanisms in Europe in order to further facilitate a political union. Considering the variety of local political actors and their reflections in the media, the biggest challenge will be to find elements of society operating as a political "European society".

Lastly, as for Turkey's membership process to the EU, Prof. Kühnhardt noted that when both sides discussed this issue, they discussed it within the framework of "Turkey and EU relations". However, he suggested that there should be more discussion about possible scenarios of "Europe with Turkey" or "Turkey in Europe".



## Eyes on Europe Brüssel, N° 15/Winter 2011

### Von spontanem Protest zu europäischer Politik?

«Wutbürgen» ist das Wort, das 2010 in Deutschland zum «Wort des Jahres» gekürt wurde. In Deutschland und in aller Welt schlägt das Phänomen der Bürgerbeteiligung große Wellen. Viel diskutiert wird dabei die Frage, ob diese spontanen Proteste zu Bürgerbewegung werden, die sich langfristig auf politischer Ebene implantieren und reellen Einfluss auf aktuelle Fragen nehmen werden. Prof. Dr. Ludger Kühnhardt stellt sich diesem Thema und entwickelt eine These zu den Folgen einer institutionell integrierten Bürgerbewegung für die europäische Integration.

Ein Gespenst geht um in der Welt und das Gespenst heißt Bürgerbeteiligung. Ob in Kairo, Stuttgart oder New York - die Motive für Protest und Aufbruch sind enorm unterschiedlich und doch vereinigt die spontanen Demonstrationen in aller Welt eines: sie haben eine neue Dimension des Engagements von Bürgern in ihren eigenen Angelegenheiten zum Ausdruck gebracht. Sie sind höchst unterschiedlich motiviert und in ihren Zielsetzungen kaum miteinander zu vergleichen. Aber eines ist allen gemeinsam, die den Arabischen Frühling beförderten, die gegen das Modernisierungsprojekt des Stuttgarter Hauptbahnhofs protestierten oder die sich in allen Großstädten der Welt zum Protest gegen Finanzmacht und Währungskrisen trafen: Zusammengerufen und zusammengehalten werden sie durch die sozialen Netzwerke, durch das Internet. Man muss nicht mehr lange herum suchen, ob einem dieses oder jenes Programm einer politischen Partei gefällt oder diese oder jene Plattform einer Bürgerinitiative. Der Aufstand der Spontanen ist so spontan und vor allem so rasch wie die Geschwindigkeit von Twitter und Facebook. Dies besagt noch nichts über die langfristige Wirkung der Empörten, weder in Kairo noch in Stuttgart oder in New York. Weltweit hat sich im vergangenen Jahr eine neue Qualität des öffentlichen Engagements gezeigt. Spontan und

rasch, ohne langwierige Ankündigungen und Vorbereitungen, mit Schwung und gewaltigem Medienecho. Unklar ist, ob aus dem öffentlichen Engagement ein politischer Effekt von Dauer wird. Dazu ist es erfolgreich, dass der Referenzpunkt der Spontankultur sich auf einen angemessenen politischen Aktionsraum bezieht. Nach Stand der Dinge kann dies nur die Europäische Union sein.

Vielfach wird argumentiert, dass der aktuelle Bürgerprotest sich gegen die Auswüchse der Globalisierung richtet und daher die Weltgemeinschaft an sich als Adressaten hat. Oder es sei, so heißt es, ein diffuser Protest gegen den Kapitalismus, der bekanntermaßen

kein Vaterland hat. Entsprechend wird häufig angenommen, dass die Protestwirkungen gering bleiben, weil sie sich außerhalb und jenseits der politischen Koordinatensysteme und Entscheidungsstrukturen bewegen. So mag es gewesen sein, so muss es aber keineswegs bleiben. Entscheidend ist die Antwort auf die Frage, in welchem Verhältnis der neu entstandene Bürgerprotest zum Projekt der europäischen Einigung steht.

Fast ritualistisch ist von Skeptikern immer wieder ins Feld geführt worden, die EU sei zu bürokratisch und zu unpolitisch, um zu den großen Fragen unserer Zeit eine überzeugende Position abzugeben und Wirkung zu entfalten. Die Schuldenkrise hat es gezeigt: Das Gegenteil ist der Fall. Die EU ist kein Globalisierungsverhinderer, sondern sie ist eine Form der vorweggenommenen Globalisierung in einer Region. Sie ist ein Regierungs- und Regulierungssystem, das in einer rechtlich verfassten Region das öffentliche Leben immer stärker gestalten kann. Das ist häufig quälend langsam, widersprüchlich und von dem eigenartigen medialen Vorgang begleitet, als seien die nationalen europäischen Regierungen für die guten Nachrichten zuständig, die EU aber für die schlechten. Die Schuldenkrise zeigt, dass das Gegenteil der Fall ist: einzelne nationale Regierungen haben versagt in der Bankenregulierung, in der Haushaltsdisziplin, in der Einhaltung europäischer Normen und Kriterien, so kann die Antwort nur lauten: Die EU benötigt eine vertiefte Integration, um mit den Folgen der innereuropäischen Schuldenkrise und der weltweiten Finanzmarktkrisen zurechtzukommen.

In Bezug auf die dringend erforderliche Ausgestaltung einer europäischen Öffentlichkeit stellen sich zwei Perspektiven:

1. Wann und unter welchen Vorzeichen wird sich die spontane Bewegung europäischer Bürger zu einer Initiative mutieren, die ein Volksbegehren wie es nach dem Lissabon Vertrag möglich geworden ist, einleitet? Dazu ist eine Anzahl von 1 Million Unterschriften erforderlich, wodurch die Europäische Kommission sich gezwungen sähe, einen

## Eyes on Europe Brüssel, N° 15/Winter 2011

politischen Prozess der Befassung mit der eingeforderten Materie und mithin ein Gesetzgebungsverfahren, z.B. zu einem Aspekt der Finanzmarktregelung, einzuleiten. Das Bürgerbegehren präjudiziert kein Ergebnis, denn dieses kann nur die Folge von Aushandlungsprozessen in den dafür legitimierten europäischen Organen sein. Aber ein europäisches Volksbegehren würde einen politischen Prozess einleiten, der sonst möglicherweise lange auf sich warten lassen würde.

2. Wann und unter welchen Vorzeichen wäre es denkbar, dass sich aus den spontanen Bürgerbewegungen der letzten Zeit eine europäische politische Partei herausbildet, die mit einer gemeinsamen Plattform bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 antritt? Schon während des Wahlkampfes zum Europäischen Parlament 2009 hat es Bemühungen gegeben, einen pro-europäischen, Internet-gestützten Wahlkampf zu initiieren - mit noch schwachem Effekt. 2014 könnte dies anders werden, wenn die Möglichkeiten der sozialen Netzwerke effektiv genutzt werden. Bürgerbeteiligung geht heute schneller denn je zu organisieren. Sie kann aber ebenso schnell wieder verpuffen, wenn sie sich nicht auf den Marsch in und durch die Institutionen einlässt. Dies haben Generationen von Bürgerbewegten immer wieder erfahren. Es ist heute nicht anders. Neu und anders aber ist die Tatsache, dass weder eine anonyme, abstrakte Weltgemeinschaft noch der zu eng und erstarrt gewordene Rahmen des Nationalstaates Referenzpunkt für die angemessene politische Befassung mit den wichtigsten politischen Materien der Gegenwart sein kann. Mit der Europäischen Union besteht ein spezifischer Raum des supranationalen Aushandlungsprozesses. Ihn zu gestalten ist Sache der Unionsbür-

ger. Gewöhnlich entsteht Engagement nicht aus purer Langeweile und unter den Bedingungen einer entspannten Betrachtung der Dinge. Unmut und Druck sind stets Motoren von Aufbruch und Veränderung gewesen. Dieses im Rahmen der Europäischen Union zu initiieren, könnte, sollte und müsste die eigentlich bleibende historische Innovation sein, die sich aus der Spontanbürgerbewegung dieser Zeit entfaltet. Der Sache nach kann es so sein, den Möglichkeiten nach ebenso. Bleibt allein die Frage, ob und wie die Empörten von heute zu Europäern von morgen werden.

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wurde die EU als Europa der Institutionen gebaut. Gleichzeitig ist die EU eine Union ihrer Bürger. Die Kluft zwischen beiden - den Institutionen und den Bürgern - ist auch deshalb so groß, weil die intermediäre Ebene im bisherigen Europa kaum vorgekommen ist: die europäische Gesellschaft, die die Bürger zusammenführen kann und auf die Entscheidungsprozesse der Institutionen hin bezieht. Gesellschaften werden in der EU noch immer national definiert und wahrgenommen. Dies ist ein großes, nicht länger akzeptables Defizit. Denn die großen Fragen, die sich in verschiedener Form eine öffentliche Bahn gebrochen haben, sind Ausdruck einer gemeinsamen europäischen Gesellschaftssituation. Es kommt allein darauf an, einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Unionsbürgern und der Ordnung der EU voranzubringen. Wo immer dies gelingt, wird der Protest, der so unterschiedliche Ursprünge und Ausdrucksformen hat, in aller gebotenen pluralistischen Vielfalt der Standpunkte und der Ziele zu einem neuen europäischen Aufbruch beitragen können. In diesem Sinne könnte 2011 doch noch als ein europäisches Jahr enden.

**Ludger Kühnhardt:** Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) und Professor des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

# World Security Network, London, 24.01.2012

## The Arab Spring revisited: How the Arab Monarchies can survive

Revolutions are not processes of social engineering. They unfold as an intrinsically unpredictable flow of events. Structurally, revolutions will go through phases, often through contradictory periods. Hardly any revolution will evolve without turbulences and phases of consolidation. And: Revolutions do not happen without moments of stagnation, surprising advancement and unexpected transformation.

### I.

The beginning of the Arab Spring in 2011 has not been of a different nature. It started as a fundamental surprise to most, took different turns in different countries and was far from being over by the end of 2011. Transatlantic partners are fully aware of the stark differences among Arab countries. They realize the genuine nature of each nation's struggle for democracy. Yet, they are inclined to take the Western experience with democracy as key benchmark for judging current progress in the Arab world. The constitutional promise of the US or the success of the peaceful revolutions in Eastern and Central Europe in 1989/90 is inspiring, yet also calls for caution in judging and projecting the Arab Spring. Preconditions have to be taken into account. Beside, the history of Europe's 19th and 20th century also suggest room for failure in the process of moving toward rule of law and participatory democracy. Some cynics have already suggested that the Arab Spring could be followed by an Arab Autumn or even Winter. Even if one discards such previsions as inappropriate self-fulfilling prophecy, certain European experiences should probably not be forgotten:

- In the 1830s, Germany experienced its own Spring toward pluralism and democracy, then called "Vormärz". That German spring movement ("Sturm und Drang") was essentially a cultural uprising without the follow-up of transformational political change.
- In 1848, across Europe revolutionary upheavals promoted the hope for an early parliamentary constitutionalism across the continent. In most places, this hope was soon to be replaced by variants of a restrictive consolidation of the ancient regimes.
- In 1989, the experience of Romania deviated strongly from most of the peaceful revolutions across Europe. Ousting and even killing the former dictator was a camouflage for the old regime to prevail for almost another decade. While the rest of Central and South Eastern Europe struggled with regime change and renewal, Romania prolonged regime atrophy and resistance to renewal.

No matter what direction the Arab Spring may take in the months and years ahead, two trends are startling for now:

1. The Arab Spring has initiated a wide range of different reactions and trends in each of the Arab countries. The assumption of a homogenous Arab world has become a myth. Likewise, the assumption of permanently stagnant and immobile Arab societies has become a myth. The quest for dignity, voice and inclusion under rule of law and a true structure of social pluralism has been the signature of peaceful protest all over the Arab world. The reactions of incumbent regimes have demonstrated a variety of strategies, but also different levels of strength, legitimacy and criminal energy.



**GCC Foreign Ministers.** *"Power based on traditional legitimacy continues to play a stabilizing role in the transformation of societies and their political systems. Traditional hereditary rule seems to be able to maintain power with more respect, possibly even with acquired legitimacy, and with lesser need for the exercise of violence against its own citizens."*

## World Security Network, London, 24.01.2012

2. Most surprising has been the relative resilience of the Arab monarchies to the Arab Spring: Morocco and Jordan, Saudi Arabia and Oman, Kuwait and the United Arab Emirates, Qatar and Bahrain have been reasonably unaffected and stable (in spite of the temporary clashes in Bahrain and their oppression with the help of Saudi-Arabia's army). While the quest for dignity, voice and inclusion has posed a challenge to all regimes in the Arab world, Arab monarchies emerged relatively undisturbed from the first wave of popular unrest and protest. This contrasts with the protest against personal rule in most Arab republics: The flight of a corrupt President whose security apparatus was no longer predictable (Tunisia), the arrest of a deposed President who seemed to be in fullest command of its security apparatus, but could not maintain support of his army (Egypt), the semi-deposition of a ruler who was torn between security factions and split traditional loyalties (Yemen), the criminal attack on its own people by the security forces loyal to a beleaguered President (Syria), the oppression of all potential unrest by an old regime still in its last sight of absolute power (Algeria), and the launching of a war by a delegitimized ruler against his own people (Libya) were variations of a complex theme across Arab republics. Lebanon has been a special case for years, with its own transformational revolution ("Cedar Revolution") going on since 2005. Iraq and Sudan have also been of a unique character due to their specific domestic and geopolitical constellation.

How can one explain the almost paradoxical phenomenon that hereditary monarchies - at least for the time being - seem to be less affected by the protest against personal rule and patrimonial authoritarianism that has resonated across the Arab world? One initial observation is undeniable: Saudi-Arabia is particularly interested in supporting Arab monarchies and it is doing so with an enormous amount of money. In fact, Saudi Arabia may even be interested in preventing too far-reaching democratization in Arab republics. But the vested interests of the Saudi family alone do not explain why Arab monarchies tend to be more resilient to the current wave of protest to be heard all over the Arab world. One has to go beyond the obvious and look for structural explanations. Most evident - and well beyond the Arab world - is the fact that power based on traditional legitimacy continues to play a stabilizing role in the transformation of societies and their political systems. Usually, republican authoritarian personal rule built on a political ideology (i.e. independence, socialism, nationalism, development) can only be maintained through a security apparatus and the pressure it can exert on a rising popular demand for change. In contrast, traditional hereditary rule seems to be able to maintain power with more respect, possibly even with acquired legitimacy, and with lesser need for the exercise of violence against its own citizens. The most interesting question stemming from this observation is as follows: do we know what it may take for monarchies to be successful over time? It is not enough to simply recall the religious rooting of Arab monarchical legitimacy as it is especially the case in Saudi-Arabia and in Morocco. No matter their religious or similar moral-based authority: The historic record of monarchies confronted with the pressure for change is mixed. Reference to traditional religious sources of legitimacy has not been enough for several monarchies to survive the winds of change their societies were confronted with. While going beyond this perspective, several insights into the nature of hereditary rule that has stood the test of societal change are pertinent and may serve as a useful mirror to be kept in mind as the future path of hereditary rule in the Arab world is unfolding.

### II.

The historic record of hereditary rule when confronted with the challenges of social, political or economic transformation or even revolution has not been all too impressive. From the 17th century (Great Britain) to the 19th century (France, Spain, Portugal, Brazil, Mexico) and to 20th century (Germany, Russia, Austria-Hungary, Yugoslavia, Ethiopia, China, Greece, Cambodia, Persia, Nepal, Egypt, Libya, Iraq) more



# World Security Network, London, 24.01.2012

monarchies were toppled than rebuild whenever their societies were fundamentally transformed. The current European hereditary monarchies (United Kingdom, Denmark, Norway, Sweden, the Netherlands, Belgium, Spain, Luxemburg, Monaco, Liechtenstein) as well as non-European monarchies (Japan, Malaysia, Thailand, Brunei, Bhutan, Cambodia, Tonga, Lesotho, Swaziland plus the Arab monarchies) are rather the exception to the rule – the global trend seems to favor republican political order as the answer to socio-economic and political modernization. However, restorations in Great Britain (17th century) and in Spain (20th century) as well as the transformation of Imperial rule in Japan after 1945 indicate the potential for the revival of hereditary rule in times of great upheaval. The panorama of an ongoing survival of almost two dozen monarchies and systems of hereditary rules should not forget the more than two thousand year old electoral monarchy of the Catholic Church. After all, the Pope is also head of state of the Vatican.

What are the main lessons to be drawn from the survival or revival of hereditary rule elsewhere that could be of inspirational insight for the future of contemporary Arab hereditary rulers?

1. No warfare with or threat of violence toward any neighbor. Consolidated monarchies across the world have recognized the legitimacy of borders and the sovereign rights of their neighbors. This, in turn, has helped consolidated monarchies to stay out of international conflicts over territory or power.

For Arab monarchies, this global experience would imply that for the sake of their own interest they would be well advised to search for peace with Israel; to recognize Israel and to facilitate a two-state solution which would allow Israel to live in security and an independent Palestinian State to live in decency without any border dispute between either of the two states and between them and the Arab monarchies.

2. Turn from a rule of fear into a symbol of respect and national unity. Consolidated monarchies have been able to disconnect the court from the national security apparatus and to project themselves as benevolent symbols of national unity, sometimes coupled with a certain religious authority.

For Arab monarchies, this global experience would imply to transfer security forces and the military to full parliamentary control; to initiate lustration processes aimed at bringing to justice past crimes of the security apparatus without deconstructing the security apparatus as such; to introduce strict rule of law also over all security forces and military authorities without sidelining them from the future processes of society and politics.

3. Separate authority from power. Consolidated monarchies have decoupled their traditional authority from the daily business of politics and the structure of national power. They have accepted an independent government and parliamentary rule as the main source of national political power. Consolidated monarchies have surrendered their power to constitutional rule and thus maintained their symbolic and traditional authority.

For Arab monarchies, this global experience would imply to empower parliamentary governance through a prime ministerial system with full accountability to the respective parliamentary majority; to terminate the appointment of prime ministers or members of parliaments, including the Upper House; to initiate a process of rewriting the national constitution aimed at properly organizing a new national consensus framed by a constitution-based parliamentary monarchy.

4. Disassociate personal wealth from the wealth of the country. In consolidated monarchies, the personal budget of the monarch and the court has been disconnected from the sources of wealth of the country. The budget of today's monarchs may still be less accountable than other elements of public spending, but the allocation of the court's budget in consolidated monarchies is no longer based on the ruler's arbitrary access to public goods.

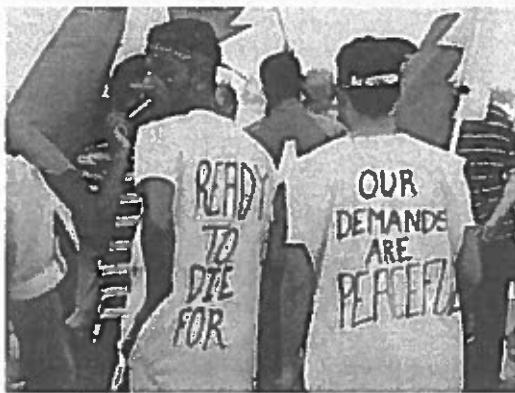
Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Director of the Center for European Integration Studies (ZEI) at Bonn University in Germany and a member of the International Advisory Board of the World Security Network Foundation: "What can we learn from the survival of consolidated monarchies: 1. No warfare with or threat of violence toward any neighbor. 2. Turn from a rule of fear into a symbol of respect and national unity. 3. Separate authority from power. 4. Disassociate personal wealth from the wealth of the country."

## World Security Network, London, 24.01.2012

For Arab monarchies, this global experience would imply to separate state funds from the funds available for the monarch and his entourage; to install parliamentary control over the allocation of resources for the hereditary sovereign and a solid system of accountability for auditing these resources.

### III.

The path to constitutional and parliamentary monarchy among those countries that have been able to successfully transform from personal rule to parliamentary monarchy has always been long and often arduous. In most cases, it went through similar stages, worth being recalled as the Arab Spring unfolds.



**Protesters in Bahrain in 2011. "Arab hereditary rulers would be well advised to address key structural challenges such as promoting a pluralistic civil society, strong legal sector reforms and private investment that are vital for a peaceful and sustainable transformation in their respective society."**

1. Originally, personal rule was based on control of territory and people. Gradually, intermediary elites were installed by the ruler or emerged against the initial will of the ruler. In a long process, they advanced the notion of legal rule over personal rule (i.e. Magna Carta). Arab hereditary monarchs would be well advised to respond to the quest for freedom and justice from within their citizenry with a sustained support of independent legal structures.
2. The growing diversification of economic activities - especially the emergence of capital-based production and division of labor - generated functional elites (bankers, owners of trading houses and production) with growing demand for political inclusion and participation. Arab hereditary monarchs would be well advised to support the establishment of independent representation of functional elites (including business associations and trade unions) recognized as a genuine sphere of open and legitimate political discourse with the objective to fully participate in the public policy dialogue.
3. The claims of a new bourgeoisie for political inclusion led to an advanced rule of law and opened the way for democratic participation which in turn stabilized the socio-political system (middle class). Arab hereditary monarchs would be well advised to do their utmost to help their societies moving beyond the prevailing oligarchic structures, often of a rent-seeking mindset. It is here that the experience of Turkey's economic development may be a source of inspiration for the transformation necessary in the Arab world, beyond the Arab monarchies.
4. Time and again, parliamentary rule came under pressure by the aspiration of personal rule in the name of contingent social, cultural and intellectual ideas and ideologies. However, no republican dictator was ever able to exercise the "natural" features of traditional rule over such a long time that he could translate his rule into legitimate hereditary succession. Today, North Korea's ruling family and the ruling family of Assad in Syria – and in a limited way the regimes of Kabila in Congo and of Ali Bongo in Gabon – are the exception to this rule. Yet, these contemporary hereditary dictatorships have been unable to generate legitimacy for their specific version of authoritarian or pseudo-democratic hereditary succession. A democratic exception to this phenomenon is provided by the current situation in Singapore: the first prime Minister Lee Kuan Yew's son is the country's respected and legitimate third Prime Minister, Lee Hysien Loong. Arab hereditary monarchs would be well advised to disconnect any family member from public offices that ought to be mandated by the authorized government which, in turn, should be held accountable by the respective parliament.

# World Security Network, London, 24.01.2012

5. Most personal and patrimonial rulers in post-colonial societies did resort to similar mechanisms of maintaining their position: patronage, clientelism, theft, corruption, crime and violence usually were the most prominent features. As republican dictators are lacking the features of traditional authority, they try to resort to charismatic rule, violence and coercion, none of which can generate the necessary features required for transition toward legitimate hereditary succession. Arab hereditary monarchs would be well advised to match political openness and transparency with personal modesty and decency in spending behavior.

For now, the strongest source of authority of contemporary monarchies in the Arab world (and elsewhere) is the traditional legitimacy attributed to their rule. Besides a reflection on the insights drawn from other consolidated monarchies in today's world, the current Arab hereditary rulers would be well advised to address key structural challenges that are vital for a peaceful and sustainable transformation in their respective society:

1. Consolidate open spaces in which a pluralistic civil society can thrive. Relate these open spaces to the political arena and include open political spaces into the national dialogue on constitutional reform.
2. Rehabilitate the authority of the public sphere by promoting multi-party systems. Election thresholds of 3 to 5 percent ought to guarantee that these multi-party systems help consolidating the new constitutional consensus.
3. Promote strong legal sector reforms including all levels of the judiciary and the penitentiary system. Initiate public education programs that raise the awareness of the primacy of rule of law over any system of personal patronage, coercion or arbitrariness.
4. Most importantly: Promote private investment – both domestic and international - with the prime aim of providing sustainable employment opportunities for the young generation. In the end, only a stable middle class based on qualified and appropriate means of education and vocational training can guarantee long-term stability in any Arab society.

## IV.

The Arab Spring has opened a new chapter in the political history of the Arab world. The outcome is far from predictable. It may vary from country to country and it may drag on with different speed and intensity for years, if not for decades. But a beginning has been made thanks to the courage of non-violent people, who want to revitalize their societies on the basis of dignity, freedom and justice. In a geopolitical context, the historic opportunity which the Arab Spring represents will, at least, lead to two fundamental reconfigurations:



Catherine Ashton, High Representative of the EU, and Amr Moussa, former Secretary-General of the League of Arab States. *"Transatlantic partners will have to re-define their strategies toward the Arab world. They ought to devise a joint strategy to engage Arab monarchies in multifold processes of transformation aimed at advancing the reality of consolidated, legitimate and modernized monarchies that eventually accept the frame of parliamentary constitutionalism."*

## World Security Network, London, 24.01.2012

1. The traditional prejudice according to which Africa is divided between North Africa and sub-Saharan Africa will fall. The issue of overcoming personal rule and introducing constitutional change aimed at enabling rule of law-based pluralistic democracy is as pertinent in most of Sub-Saharan Africa as it is in the Arab World. In both regions the issue reflects the deficits of post-colonial politics. Hence, the uprising of the Arab Spring has been watched with great intensity in Sub-Saharan Africa, with enthusiasm among young people and with worry among some of the petrified post-colonial elites. The Arab Spring will repeat itself in several sub-Saharan societies. There, it will most likely bring about the same mixed picture of success, stagnation and failure as we see in the Arab world. Thus, it will support the trend (and the need) for a differentiated perception of Africa. Instead of continuously and erroneously imagining Africa as one, the long-term constitutional effect of the Arab Spring will help to distinguish between an emerging Africa of successful political transformation beyond the post-colonial era, and a stagnating Africa that remains trapped in post-colonial structures of personal rule and patrimonialism.

2. Transatlantic partners will have to re-define their strategies toward the Arab world. Neither policies of fear and stereotypes based on distorted notions of identity nor attitudes of benevolent paternalism will help to redefine American and European relations with the Arab societies and their emerging new political structures. Transatlantic partners need to engage the Arab world – and eventually Africa, too – into a comprehensive agenda of transformation.

As for the transatlantic partners, it will be necessary to move beyond the traditional security paradigm. For a long time, Arab monarchies were considered Western security partners based on geopolitical considerations with little consideration for domestic issues. In the future, the Arab monarchies can be stable security partners of the West if their legitimate domestic stability provides the ground for predictable international behavior. The necessary transformation processes will accompany Arab hereditary rulers for many years to come. Transatlantic partners ought to engage Arab monarchies in multifold processes of transformation aimed at advancing the reality of consolidated, legitimate and modernized monarchies that eventually accept the frame of parliamentary constitutionalism. The notion of parliamentary monarchy may be new to Arab hereditary systems. It is, however, not impossible to achieve such a stage as other monarchies around the world have proven. In fact, it may well be the only realistic option for Arab monarchies to prevail over time.

Currently, the transatlantic partners pursue independent strategies of cooperation with the Arab world. In spite of a strong normative overlap, their strategies also represent different interests and genuine approaches. The enormous challenge of the current opening of the Arab political space should be seen as a golden opportunity for both the United States and the European Union to define a joint strategy of their future engagement with the Arab world. Its formative ideas should be transformation and legitimacy, its long term objectives stability and partnership, and its driving instruments geared at promoting civil society and the private sector.

Some monarchies went through stages of transformation that stretched over centuries. The hereditary rulers in the Arab world may not have so much time. What is truly new of the events of 2011 is the spirit of the Arab Spring: self-empowerment of Arab societies, bringing back dignity and hope to frustrated and marginalized societies, enabling millions of citizens to act as proud, self-confident and open partners of their neighbors. This might only be the first step in a long, complex and often vexed journey. Currently, the main focus among transatlantic partners is on the future of Arab republics which are torn between the most extreme possible scenarios. Some may think that Arab monarchies will be the last to reform and hence can be neglected right now. There are good reasons to argue for the opposite. Unreformed Arab monarchies could undermine any progress currently made in Arab republics. But reformed, transformed and consolidated Arab monarchies could become reliable agents for change and legitimacy in a renewed Arab world.

written by: Prof. Dr. Ludger Kuehnhardt

## **IAO lança programa financiado pela Alemanha em cerca de um milhão de euros**

**Instituto de África Ocidental (IAO) lança em Março deste ano, na Cidade da Praia, um programa de investigação financiado pelo Ministério federal alemão da Educação no montante de um milhão e 750 mil euros.**

A informação foi avançada hoje à Inforpress na Praia à margem da reunião do Conselho Científico do IAO pelo director geral do Instituto, John Igue, segundo o qual o programa de quatro anos é financiado através do Centro de Integração de Estudos Europeus da Universidade de Bona (ZEI, sigla em alemão).

Este financiamento é fruto de uma visita de três dias efectuada a Bona (Alemanha) em finais de 2011 por uma delegação do IAO chefiada pelo presidente do conselho de administração (PCA), José Brito.

Na ocasião, José Brito não tinha dúvidas de que haveria financiamento para três projectos de investigação que o Instituto da África Ocidental negociou com o ZEI, pelo que considerou que a parceria seria "efectivamente" o primeiro programa de actividade com "algum nível" do Instituto.

"São três áreas de análise que podemos aprofundar nos próximos quatro anos, a primeira área é sobre o processo de formulação das políticas de integração regional. A segunda visa a análise de toda a problemática de integração através do comércio e a terceira pretende criar competências no domínio da integração regional, através de financiamentos de programa de mestrado e doutoramento no domínio da integração regional", explicara José Brito.

Segundo John Igue, o IAO não poderia ter iniciado as suas actividades para 2012 sem que o Conselho Científico tivesse reunido para apresentar as próximas directivas, daí a realização desta reunião de dois dias que decorre na Cidade da Praia.

O encontro debruça-se sobre propostas de pesquisas, o diálogo científico, político, económico, juventude e género, o reforço de capacidades e as parcerias.

"Na Praia, somos somente nove membros, portanto não poderemos sozinhos impulsionar as ambições do IAO, pelo que somos obrigados a negociar as futuras colaborações com os possíveis parceiros", indicou, avançando que se prevê parcerias com instituições de pesquisa da Europa, América Latina, África Ocidental e Ásia.

O IAO foi criado oficialmente pelo Governo de Cabo Verde a 28 de Julho de 2010 para a integração regional e as transformações sociais, dando-lhe estatuto e carácter internacional, independente e autónomo.

O Instituto integra os 15 Estados membros da Comunidade Económica dos Estados da África Ocidental (CEDEAO) e ainda a Mauritânia.

Estão representados no IAO, também a Organização das Nações Unidas para a Educação, Ciência e Cultura (UNESCO), a União Económica e Monetária Oeste Africana (UEMOA), o grupo Ecobank, investigadores e outras personalidades ligadas à economia, política e cultura.

## Embaixada e Consulados Gerais da Alemanha no Brasil

**INSTITUTO DA ÁFRICA OCIDENTAL: Alemanha investe 1,75 milhões de euros em projeto em Cabo Verde**

Criado por iniciativa do Governo de Cabo Verde com o objetivo de promover a integração regional e as transformações sociais na costa oeste africana, o Instituto da África Ocidental (IAO) acaba de ganhar um parceiro de peso. Nesta semana, o Ministério da Educação da Alemanha, através do Centro de Integração de Estudos Europeus da Universidade de Bonn, anunciou que vai investir 1,75 milhões de euros no primeiro projeto de pesquisa do órgão. O acordo foi acertado no final de 2011, durante a visita de uma delegação do IAO à Alemanha, chefiada pelo ex-Ministro das Relações Exteriores de Cabo Verde, José Brito.

Com previsão de duração de quatro anos, o projeto contemplará ao menos uma das áreas de pesquisa que o Instituto da África Ocidental pretende desenvolver: o processo de formulação de políticas de integração regional; a análise de toda a problemática de integração através do comércio; e criação de competências no domínio da integração regional, através de financiamentos de programa de mestrado e doutoramento no domínio da integração regional.

Parte do quadro da Comunidade Econômica dos Estados da África Ocidental (Cedeao), o Instituto da África Ocidental integra conta com o apoio de 16 países (Benin, Burkina Fasso, Cabo Verde, Costa do Marfim, Gâmbia, Gana, Guiné, Guiné-Bissau, Libéria, Mali, Niger, Nigéria, Senegal, Serra Leoa, Togo e Mauritânia), da Organização das Nações Unidas para a Educação, Ciência e Cultura (UNESCO), da União Econômica e Monetária Oeste-Africana (UEMOA) e do grupo Ecobank (Banco Pan-Africano), bem como de investigadores e outras personalidades ligadas à economia, à política e à cultura.

## **Instituto de África Ocidental é o elo que faltava à integração regional – DG**

O Instituto de África Ocidental (IAO) é o elo que faltava às experiências que a sub-região conheceu desde os anos 50 do século XX porque se dedica "exclusivamente" à integração regional, disse hoje o director-geral (DG), John Igue.

Em entrevista à Inforpress, John Igue afirmou que o IAO, criado oficialmente em Junho de 2010 e com sede na Cidade da Praia, é a única organização para a integração regional e as transformações sociais existente até hoje na sub-região que "goza realmente" de autonomia em relação aos seus promotores.

O Instituto de África Ocidental, explicou, foi criado para ser independente, o que lhe confere total liberdade de pensamento e acção, devendo trabalhar para apresentar resultados.

Para John Igue, as experiências de integração regional, tais como a Comunidade Económica dos Estados da África Ocidental (CEDEAO) e a União Económica e Monetária da África Ocidental (UEMOA) entre outras, foram implementadas "no quadro das relações sentimentais, essencialmente a partir da amizade que unia os chefes de Estado da época, ou de relações hegemónicas da França para controlar o seu espaço colonial".

"Em nenhuma dessas instituições houve um estudo sobre a modalidade de criação e sobre as possibilidades de sucesso dessas experiências", explicou o director-geral do IAO, dizendo que faltou também a definição dos pilares sobre os quais essas organizações deveriam se apoiar para funcionar.

Destacou o caso da UEMOA, que tem o franco CFA como elemento federador essencial. "Mas o CFA não é a nossa moeda, é uma moeda francesa, chama-se franco, nenhum país da sub-região é a França, portanto uma moeda que não é a nossa não pode ser considerada como um pilar da integração", argumentou.

Mas em todos os seus anos de existência, a UEMOA realizou todas as reformas necessárias para construir o mercado comum no espaço da União, observou.

"Mas o mercado comum não foi construído. Depois que a organização existe, temos apenas três por cento de progressos no comércio regional e isso entre 1994 até agora. Assim como não foi aplicada convenientemente a tarifa comum", indicou.

Isso significa, segundo o responsável, que essas organizações não cumpriram o seu objectivo fundamental, razão porque foi criado o IAO, "para que possa reflectir sobre os problemas essenciais" da integração oeste africana.

E está sedeadas em Cabo Verde por diversas razões. Destacou primeiramente o facto de ter sido da África que Cabo Verde e a Guiné-Bissau fizeram a luta pela independência, mas também porque existe um debate sobre quem é ou deve ser o forte parceiro estratégico do arquipélago no mundo: a África ocidental ou a Europa.

A tendência que se constata, lembrou, é que Cabo Verde está muito próximo de Portugal contra quem fez a luta de libertação, apresentando-se como um dos seus maiores parceiros.

## **Expresso das ilhas, Praia, 20.02.2012**

"Não estamos de acordo com isso no continente", disse John Igue, realçando que o IAO está aqui para mostrar que o Instituto é solidário com Cabo Verde, que é parte da África Ocidental.

"Um povo que lê mal a sua história está perdido", afiançou John Igue, ressalvando o papel da Cidade Velha como um dos maiores mercados de escravos do mundo, escravos esses que eram africanos, frisou.

A segunda razão porque o IAO está nas ilhas é que "a África Ocidental fez pouco por Cabo Verde", criticou o director-geral, para quem a sub-região deveria tentar fazê-lo chegar mais perto do continente.

"À excepção da implantação cabo-verdiana em Dakar (Senegal) há muito poucas coisas em termos de relações reais entre Cabo Verde e a África Ocidental", afirmou, acrescentando que a prova é a inexistência de um barco que vá a Dakar, a Abidjan (Cotê d'Ivoire) ou a Lagos (Nigéria) a partir do arquipélago.

Como as relações não estão desenvolvidas entre Cabo Verde e o continente, isso justifica a hesitação na sua escolha como um parceiro estratégico, reconheceu John Igue, admitindo que a razão principal está no desconhecimento das oportunidades que o continente pode oferecer às ilhas e vice-versa.

Neste particular, confessou que "foi um escândalo" ver como as mulheres se vestem aqui em comparação com o que se passa na sub-região.

"Para mim, foi um choque quando cheguei aqui", declarou o director-geral do IAO, ao sugerir que "é preciso mudar tudo isso" para "eliminar" trajes como mini-saia e busto nu, pelo que propôs a realização de intercâmbios entre os jovens dos diferentes países da África Ocidental, de modo a fomentar as relações humanas entre os seus povos.

A terceira razão porque o Instituto veio para Cabo Verde, é que o país "fez muitos progressos em matéria de governança (boa governação)", sendo por isso um modelo. "Seria bom se pudessemos usufruir dessa experiência", apontou John Igue.

Da sua parte, Cabo Verde tem como grande desafio consolidar a sua identidade cabo-verdiana e africana, o que passaria pela música "imbatível" que tem, produção em massa do pano de terra, por exemplo, e outros produtos com impacto na economia, afirmou John Igue, que sonha com relações permanentes com o continente, principalmente através da via marítima para o incremento da troca comercial.

O IAO tem como fundadores a UNESCO, a CEDEAO, a UEMOA, o Governo de Cabo Verde e o grupo Ecobank. A iniciativa foi validada pela Cimeira dos Chefes de Estado da CEDEAO em Dezembro de 2008, em Ouagadougou (Burkina Faso).

Em Outubro de 2009, a UNESCO aprovou a criação do IAO na qualidade de instituto de categoria 2, estando sob os seus auspícios.

O seu programa de actividades assenta-se em quatro domínios de actividade: a investigação, o diálogo entre todos os actores da região, o reforço das capacidades e a parceria, tendo na solidariedade e na concertação entre os países oeste africanos as maiores vantagens para a integração regional.

Os países da África Ocidental são Cabo Verde, Senegal, Mali, Niger, Gâmbia, Guiné-Bissau, Guiné Conakri, Burkina Faso, Serra Leoa, Libéria, Cotê d'Ivoire, Ghana, Togo, Benin e Nigéria.

### Brauchen wir eine klare Identität für Europa?

Mehr Macht für Europa? Und wenn ja, in welchen Bereichen und wie vermeiden wir noch mehr Bürokratie? Diese Fragen prägten das politische Forum der diesjährigen Altfredeburger Studienwoche am 25. Februar 2012 in der Andreas Hermes Akademie in Bonn. Einführend stellte dazu Gastdozent, Dr. Andreas Marchetti vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Uni Bonn die EU als Erfolgsmödell dar. Die Sicherung von Freiheit, Sicherheit, Wohlstand und Frieden sei auch unter den heutigen Vorzeichen der Wohlstandsgesellschaften, der offenen Binnengrenzen und der Globalisierung der Märkte von zentraler Bedeutung. Dr. Marchetti sieht die Kraft der EU stärker als die Summe der einzelnen Mächte. Entsprechend beantwortete er die Frage „Mehr Macht für die EU?“ mit einem „Ja“. Deutlich hob er hervor, dass dies nicht automatisch mit einem Weniger an Macht für die beteiligten Staaten einhergehen müsse. Sondern es gehe darum, Souveränität zusammen zu legen statt abzugeben und „gemeinsam stark“ zu sein.

Die anschließende Diskussion spannte einen Bogen von der Bürokratisierung am Beispiel der EU-Verordnung zur Gurkenkrümmung, über die Entfremdung durch „Brüsselialisierung“, bis hin zu den Visionen und den Werten des gemeinsamen Europas. Werte wie Nahrungsmittelsicherheit, so ein Teilnehmer, aber auch Demokratische Freiheit und Frieden seien den Europäern heute nicht mehr bewusst, weil oftmals eine Selbstverständlichkeit. Hier fehle in Europa die Vision und die Visionäre. Beide seien aber dringend erforderlich, um nicht nur die Zügel in die richtige Richtung zu lenken, sondern die Ziele auch klar zu transportieren, waren sich die Diskussionsgäste auf dem Podium, Dr. Marchetti, Anna-Maria Schückler, Teilnehmerin des TOP Kurses 2012, Willi Kampmann, Leiter des DBV-Büros in Brüssel und Michael Schwab, Vorsitzender der Europäischen Landjugend, einig. Michael Schwab stellte mit seinen Erläuterungen und Erfahrungsberichten sehr beeindruckend dar: Die Menschen in Europa haben ganz unterschiedliche Sorgen und Herausforderungen und damit auch unterschiedliche Erwartungen an die EU. Die Europäische Landjugend habe sich deshalb auf die Fahnen geschrieben, europäische Kontakte auszubauen, Verständnis zu schaffen, Menschen europaweit zusammen zu bringen. Willi Kampmann, DBV, unterstrich als überzeugter EU-Befürworter die Chancen eines solchen Zusammenwachsens. Sein größter Kritikpunkt: Europa habe derzeit innerhalb der Mitgliedsstaaten noch keine Lobby. Aber mit Blick auch auf die Landwirtschaft sei er der festen Überzeugung, dass die EU-Politik verlässlicher als jede regionale Politik sei. Um diesem Zusammenwachsen weiterhin Vorschub zu geben, so Anna-Maria Schmückler, sehe sie vor allem die menschliche Seite. Alle Aktivitäten, um den Austausch und damit die Kontakte zu fördern, trügen zu Verständnis und Toleranz bei. Denn „im Mittelpunkt – auch der EU – steht der Mensch.“

Die Diskussion zur Frage „Mehr Macht für Europa?“ fand im Rahmen der jährlich stattfindenden Studienwoche der „Altfredeburger“ – vom 23. bis 26.02.2012 – in der Andreas Hermes Akademie in Bonn statt. Die „Altfredeburger“ sind aktuelle wie auch ehemalige Teilnehmer von Studien- bzw. TOP Kursen zur Ehrenamtsqualifizierung. Im Rahmen der Studienwoche werden alljährlich aktuelle agrar- und gesellschaftspolitische Themen erörtert.

Marietheres Förster, Andreas Hermes Akademie / roRo

[http://www.herd-und-hof.de/index/cmd/details\\_print/modul/portal/kernwert/landwirtschaft/block/catalogue\\_1/field/3355/show/0/search//](http://www.herd-und-hof.de/index/cmd/details_print/modul/portal/kernwert/landwirtschaft/block/catalogue_1/field/3355/show/0/search//)

# General-Anzeiger Bonn, 13.03.12

Zum 90. Geburtstag von Karl Dietrich Bracher

## Sorge um Freiheit und Demokratie

Von Ludger Kühnhardt

BONN. Die deutsche und europäische politische Kultur haben dem geistigen Beitrag von Karl Dietrich Bracher Prägendes und Bleibendes zu danken.

"Das Europa der Krisen hat nicht nur überlebt, sondern am Ende der Zerstörungen und Zerspaltungen eine neue gewaltige geschichtliche Chance erhalten, die es nicht wieder durch Rückfälle in die Verhaltensweisen der Selbstüberhebung oder der Resignation verspielen möge." Mit diesen Worten rundete Karl Dietrich Bracher die erweiterte Neuauflage seines wichtigen Werkes "Die Krise Europas" (Frankfurt 1993) ab.

Dem Nestor der Zeitgeschichtsforschung und historisch orientierten Politikwissenschaft in Deutschland war es nach dem Sturz der kommunistischen Diktaturen und der Überwindung der Teilung Europas mit seinem Buch vergönnt, selbst den Bogen zum guten Ende der geschichtlichen Phase zu spannen, den er seit seinen ersten wissenschaftlichen Werken in Sorge um Freiheit, Demokratie und Europas Kultur begonnen hatte.

Die deutsche und europäische politische Kultur haben dem geistigen Beitrag von Karl Dietrich Bracher Prägendes und Bleibendes zu danken. Sein wissenschaftliches Werk und Wirken als langjähriger Ordinarius für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (von 1959 bis 1987) diente jenen Renaissancen, die er nach dem revolutionären Sturmjahr 1989 erfreut beschreiben konnte: die Renaissance der postnationalen Demokratie, die Renaissance von freier Gesellschaft und Wirtschaft, die Renaissance Europas und des Föderalismus.

Bracher hat die geistig-politischen Entwicklungen Europas im Kontext eines Oeuvres aufgefaltet, das vielen vergleichend und historisch, ideengeschichtlich und politikorientiert arbeitenden Wissenschaftlern ebenso lehrreich wurde wie vielen nach Sinnzusammenhängen und Perspektiven suchenden Politikern, die bei Bracher Rat suchten. In beide Richtungen - Wissenschaft und Politik - stil- und schulbildend gewirkt zu haben, darin liegt die bleibende Wirkung Karl Dietrich Brachers.

Der römische Philosoph Seneca hat die Sentenz überliefert, es sei besser, weise als lange zu leben. Karl Dietrich Bracher ist beides vergönnt - ein großer, weiser Lehrer Europas, der am 13. März 2012 auf neun Lebensjahrzehnte zurückblicken kann.

*Professor Ludger Kühnhardt war der letzte Assistent von Professor Bracher und leitet heute das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn.*

## STUDY VISIT to GERMANY

6th - 10th February, 2012

**M**EDAC's Master of Diplomacy (M.Dip.) students participated in a study visit to Bonn, Germany, between the 6th and the 10th of February. The third such study visit was organized with the Centre for European Integration Studies (ZEI) of the Rheinische Friedrich-Wilhelms-University in Bonn and was funded by the German Foreign Ministry. A group of 17 MEDAC students and accompanying staff, together with ZEI M.A. students and staff were welcomed by Professor Kühnhardt, Director ZEI, the German Chair at MEDAC and a representative of the German Academic Exchange Service (DAAD).

The keynote address on 'The Meaning of Freedom and the Future of the European Union' was delivered by Mr. Tunne Kelam, MEP. Further keynote presentations on recent changes and developments in the Maghreb region which included 'German reflections and policies', by Ms. Barbara Wolf, Director of the Broader Middle East and North Africa and Euromed Division of the German Foreign Ministry, and 'Malta in the EU and the Arab Spring', by H.E. Mr. Karl Xuereb, Ambassador of Malta to the Federal Republic of Germany, provided ample material for debate.

MEDAC students and staff also took part in a panel discussion at Deutsche Welle with Bonn Master of European Studies students on the topic 'Europe - an ever closer Union in view of growing global challenges?', with Dr. Falkowski, former EU Ambassador. Students from MEDAC

and ZEI provided short remarks on selected issues in response to the presentation.

Discussions with a representative of the German Federal Ministry of Defence on German security and defence policy, an NGO representative on energy change in Germany and the implications for neighbouring regions, a visit to the United Nations offices in Bonn, during which UN speakers introduced *inter alia* the UN Volunteers activities in conflict situations, as well as cultural activities rounded up the visit. Finally, a full day program of presentations and discussions was prepared for the MEDAC group at the European Central bank in Frankfurt.

The study visit constituted an integral part of the academic programme for M.Dip. students.



## MEDAC Newsletter, Nr. 14, Malta, Spring 2012



*Top:* Professor Ludger Kühnhardt, Director of ZEI, University of Bonn, welcoming the MEDAC group in Bonn.

*Above:* From left to right: Mr. Gebhardt Reul, German Academic Exchange Service (DAAD); H.E. Ambassador Karl Xuereb, Ambassador of Malta to Germany; Ms. Barbara Wolf, Director of the Broader Middle East and North Africa and Euromed Division of the German Foreign Ministry; Mr. Tunne Kelam, MEP; Dr. Monika Wohlfeld, German Chair for Peace Studies and Conflict Prevention at MEDAC; Professor Ludger Kühnhardt, Director of ZEI, University of Bonn.

# Normalität statt Getöse

Die Ministertreffen haben etwas Spektakuläres, das Parlament interessiert kaum jemanden – so kommt die EU den Bürgern nicht näher

von LUDGER KÜHNHARDT

In den Mitgliedstaaten der EU wird immer noch vorzugsweise so getan, als werde dort autonom regiert – während in den EU-Organen oft so getan wird, als habe das Regulieren mit Regieren nichts zu tun. Jede solide politische Ordnungsstruktur basiert auf dem Prinzip des Regierens und den nachgeordneten Funktionen des Regulierens. So sollte es auch in der EU sein, um das kostbarste Gut nicht weiter aufs Spiel zu setzen, das inmitten der Staatsschuldenkrise allenthalben verlorenzugehen droht: Vertrauen.

Das Europäische Parlament ist zusammen mit dem Rat der Europäischen Union gleichwertiger Gesetzgeber in fast allen europäischen Politikmaterien. Während die Debatten (und Entscheidungen) des Europäischen Parlaments in den Medien aber nur geringen Niederschlag finden, wird der Rat der Europäischen Union ebenso wie der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs vorwiegend als ein nationales Interessendurchsetzungsorgan porträtiert.

Er ist dies natürlich auch. An erster Stelle aber sind der Rat der Europäischen Union und der Europäische Rat europäische Organe. Die Art und Weise, wie EU-Beschlüsse dargestellt und interpretiert werden, zieht sie fatalerweise immer sofort in die Sphäre der jeweiligen nationalen Interessensartikulation zurück: Jeder Minister, der sein Land in einem Rat der Europäischen Union vertritt und erst recht jeder Regierungschef spricht am Ende eines Ratstreffens fast ausschließlich zu seinen jeweils nationalen Medienvertretern.

2010 und 2011 ist der Europäische Rat sechzehn Mal zusammen-

getreten – anstatt der vertragsüblichen zwei Mal pro Halbjahr. In diesem Jahr wird der Reigen fortgesetzt. Aus Ratstreffen sind Krisentreffen geworden, deren Wahrnehmung die Exekutivlastigkeit der EU verstärkt. Die Erwartungen, die an solche Krisentreffen gerichtet werden, können in der Regel jedoch nicht eingelöst werden. Die Materie ist viel zu komplex, als dass von einem einzigen Treffen ein wie auch immer gearteter „Durchbruch“ ausgehen könnte. Spektakuläre Nachtsitzungen führen im Ergebnis mithin eher zu einer weiteren Zerrüttung der Autorität der beteiligten Politiker – und zu deren permanenter Übermüdung. Gleiches gilt für die Treffen der Finanzminister der Eurogruppe.

Es wäre ein hilfreicher Schritt zur europäischen Normalisierung des Regierens, wenn alle Treffen des Europäischen Rates, der Eurogruppe und aller Räte der Europäischen Union stets am Vormittag und nicht erst am frühen Abend beginnen würden – so wie jeder Unionsbürger dies von den Treffen seiner nationalen Regierung gewohnt ist. Den Zusammenkünften muss die Aura des Spektakulären genommen werden. Sie sind im Kern gewöhnliche Arbeitstreffen im Rahmen des europäischen Regierungssystems, die von der Eskalations-

Es mangelt nicht an einem europäischen Staatsvolk, sondern an Phantasie.

symbolik befreit werden sollten. In der Konsequenz des Vertrages von

Lissabon muss dem „ordentlichen europäischen Gesetzgebungsverfahren“ ein ordentliches europäisches Regierungsverfahren zur Seite gestellt werden.

Zum ordentlichen Regieren gehört auch eine ordentliche öffentliche Diskussion seiner Inhalte und Zielsetzungen. Es wäre an der Zeit, dass öffentliche Fernsehanstalten europäische Talkshows über die Inhalte, die unterdessen die meisten Bürger in allen Unionsstaaten berühren, mit Teilnehmern aus mehreren EU-Staaten wenigstens im monatlichen Turnus ermöglichen würden. Was im Europäischen Parlament als Debatte funktioniert, sollte den interessierten Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern als Talkshow im öffentlichen Fernsehprogramm nicht länger vorenthalten werden.

Solche Debatten können mithelfen, dass statt der ständigen Drohung mit irgendwelchen nationalen Referenden zum Euro europaweite Referenden zu langfristig relevanten gemeinsamen Fragen in der EU erwachsen. Der Artikel 11 des Lissabon-Vertrags gibt es allen Unionsbürgern an die Hand: Das Instrument des Bürgerbegehrens, um mit Hilfe von einer Million Unterschriften ein Gesetzgebungsverfahren in der EU einzuleiten. Die Themenpalette, die sich als dazu geeignet vorstellen ließe, ist breit – von ökonomischen Fragen im Kontext der Finanzmarktregelung bis zu Sozialthemen wie der Sicherung des arbeitsfreien Sonntags in der EU. An einer europäischen Gesellschaft fehlt es nicht mangels eines europäischen Staatsvolkes, sondern mangels der Phantasie, eine Union der Gesellschaften überall dort zu organisieren, wo dies funktional läufigt möglich wäre.

Es bedarf dringend eines europäischen Wahlrechts für die Wahlen zum Europäischen Parlament, damit endlich ein Anreiz entsteht, EU-weite Parteien zu gründen, die mit EU-weiten Wahlprogrammen und Spitzenkandidaten für das Amt des nächsten EU-Kommissonspräsidenten ihre politischen Präferenzen einheitlich vor allen Wahlberechtigten in der EU präsentieren. Es wäre schon hilfreich, wenn 2014 auch nur ein Teil der Abgeordneten des Europäischen Parlaments über gemeinsame EU-weite Wahllisten gewählt werden könnte.

Auch wenn es derzeit schwerfalen mag, optimistisch nach vorne zu schauen: Europa muss künftig in Kategorien eines europäischen Gesellschaftsverständnisses neu gedacht werden. Das ist in erster Linie Aufgabe der europäischen Zivilgesellschaft. Bisher rahmen Europas Staaten die Gesellschaften im Raum der Europäischen Union ein, zuweilen sperren sie sie aber auch geradezu ein. Europas Gesellschaft, das sind aber nicht nur die rund fünf Millionen EU-Bürger, die außerhalb ihres Heimatlandes leben, und die Akteure in den Brüsseler EU-Organen. Mit mehr Phantasie kann, ja muss neben der Union der Staaten und Bürgerrechte eine Union der Gesellschaften entstehen.

Die Konstruktion des europäischen Regierens wird infolge der Komplexität der europäischen Vielfalt und der ihrer Heterogenität auch weiterhin eher vom Prinzip der Gewaltenverschränkung als vom klassischen Topos der Gewaltenteilung bestimmt sein. Ein einheitlicher Präsident des Rates und der Kommission wäre eine hilfreiche Klammer zwischen legislativem und exekutivem Arm. Letztlich könnte die Direktwahl des europäischen Präsidenten im Zusammenhang mit der Wahl zum Euro-

### Die Fiskalunion ist der entscheidende Schritt zu einer europäischen Regierung.

päischen Parlament den Mehrheitswillen, wie er sich in direkten Wahlen artikuliert, in allen europäischen Institutionen zur Wirkung bringen.

Die Fiskalunion, die zurzeit mit bemerkenswerter politischer Kraft vorangetrieben wird, darf nicht nur Sanktionsunion für Sünder gegen die Stabilitätskriterien des

Euro sein. Einnahmen und Ausgaben der einzelnen EU-Mitgliedstaaten stehen schon heute unter verstärkter regulatorischer Aufsicht der Europäischen Kommission. Eine echte Fiskalunion muss zu einer Wachstums- und Gestaltungsunion werden, denn das sparsame Haushalten allein ist nicht der Zweck der europäischen Integration. Zweck der europäischen Integration ist die Gestaltung des europäischen Gemeinwohls. Damit wirft eine Fiskalunion nicht nur die Frage nach den richtigen

Gemeinschaftsmechanismen zum Schutz des Euro auf, gleichgültig ob Europäischer Einlagenfonds oder Eurobonds. Über kurz oder lang wird eine Fiskalunion auch die in Deutschland ungeliebte Einführung einer EU-Steuer bei gleichzeitiger Reduzierung der nationalen Steuersätze thematisieren müssen. Es sollte nicht überraschen, wenn aus der Fiskalunion heraus auf Dauer auch der heilsame und sparsame Sprung zu gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsausgaben als der zwingenden finanzpolitischen Voraussetzung einer EU-Armee gelingen würde. Jenseits aller Souveränitätsabstraktionen gilt: Die Fiskalunion sanktioniert das

Regieren in der EU und ist, wenn sie gelingt, der entscheidende Schritt zu einer europäischen Regierung, die diesen Namen verdient, auch wenn die meisten nationalen Akteure sich gegen eine solche Bezeichnung noch lange sperren werden. Der Zweck des Regierens in Europa aber ist nicht sparen und Strafen, sondern Regieren und Gestalten.

Inmitten der letzten großen europäischen Währungskrise vor dem Euro wurde in den 1980er Jahren mit einem strategischen politischen Projekt die Perspektive formuliert, um das Licht am Ende

des damaligen Tunnels nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems und angesichts endloser Klagen über die „Eurosclerosis“ zu benennen: die Vollendung des Binnenmarktes unter dem Label „Europa 1992“. In der heutigen Europäischen Union leben nur noch etwas mehr als sieben Prozent der Weltbevölkerung. Deutschland bringt wenig mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung auf. In dem aktuell grassierenden Krisengefühl und seinem medialen Getöse darf die ebenso schlichte wie grundsätzliche Frage nach dem strategischen Zweck der EU nicht länger vernachlässigt werden: Europa wozu? Wer europäisch denkt, kann nur eine Antwort geben: Selbstbehauptung nach außen auf der Basis von Solidarität nach innen. Die Vollendung der Europäischen Union wird mit der Kontrolle der Schuldenkrise nicht ausgestanden sein. Die Alternative zur in vielerlei Hinsicht längst bestehenden europäischen Föderation aber ist unzweideutig: die Marginalisierung aller Staaten Europas in immer mehr Fragen von globaler Relevanz – auf Kosten des Wohlergehens der nächsten Generationen.

Ludger Kühnhardt ist Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn.

## WAS EINT EUROPA?

### ANFRAGEN AN EINE GEMEINSAME EUROPÄISCHE KULTUR

Angesichts der Erschütterung der Europäischen Gemeinschaft durch die Schuldenkrise warnen Beobachter immer wieder vor dem Zerbrechen der europäischen Idee. Helfen können neben den notwendigen Korrekturen struktureller Konstruktionsfehler der Blick auf tragende Gemeinsamkeiten.

In der Reihe Fokus Europa warnte der Bonner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ludger Künhardt jedoch davor, Einheit und gewachsene Vielfalt gegeneinander auszuspielen. „Das uns Gemeinsame ist das Widersprüchliche“. Die Europäische Gemeinschaft ist eher gegenläufig zur langen Geschichte von Kriegen und Konflikten, sowie kulturellen, konfessionellen und sozio-ökonomischen Spaltungen entstanden. Künhardt zeigte sich überzeugt, dass die europäische Identität nicht primär als eine kulturelle, sondern vielmehr als eine politische zu verstehen ist. Die entstandene Kultur im Dreieck von Jerusalem, Athen und Rom, von Gottesglaube, Vernunft und Recht, habe nicht zur politischen Einigung geführt. Durch die Römisches Verträge grundgelegt, entstand eine Union von Staaten und von Bürgern mit Bürgerrechten. Die Angst vor dem Verlust kultureller Identität der Staaten und der Gemeinschaft geht für Künhardt von einer falschen Annahme aus. Es geht vorrangig nicht um eine gemeinsame Kultur, sondern um die politische Identität. Hierzu fehlt aber ein europäisches Gesellschaftsverständnis, ein Schamier zwischen politischen Entscheidungsabläufen und den Bürgern. Dieses Verständnis kann nur im kostbarsten Wert der Union ruhen, dem Vertrauen in die Solidarität. Im Gegensatz zur Freiheits- und Gleichheitsidee ist die Solidarität für Künhardt noch nicht richtig entdeckt.

Auch der Duisburger Politikwissenschaftler Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt bezeichnete bei der Veranstaltung die Solidarität als ersten, für die Gemeinsamkeiten in Europa zentralen Wert. Für ihn kann die Krise nur bestanden werden, wenn es ein Minimum an gemeinsamen Werten und Weltdeutungen gibt. Diese Identität, die z.B. dazu führt, im Einigungsprozess andere Gesellschaften ein- oder auszuschließen, kann nur durch einen gemeinsamen Fundus an Erfahrungen und Erinnerungen sozial konstruiert werden. So hätten die EU-Bürger den Beitritt osteuropäischer Staaten eher befürwortet als den Beitritt der Türkei. Hier sahen sie in deutlich geringerem Maße eine Identität gegeben. Für Axt führen Modernisierungsprozesse langfristig zu Veränderungen von Werthaltungen. Bei allen kulturellen Differenzen dürfe aber nicht übersehen werden, dass die zentralen europäischen Werte ihren Ursprung in wichtigen Etappen der europäischen Geschichte haben. Sich dieser Werte zu versichern, ist für die Krisenbewältigung unabdingbar. (Sch)

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.“

Art 2 des EU-Vertrages

# Policy Review, No. 173, Stanford CA, June 1, 2012

## The Resilience of Arab Monarchy

How hereditary rulers should respond to popular pressure

**R**EVOLUTIONS ARE NOT mechanical processes of social engineering. They unfold as an intrinsically unpredictable flow of events. Structurally, revolutions will go through phases, often through contradictory periods. Hardly any revolution will evolve without turbulences and phases of consolidation. And revolutions do not happen without moments of stagnation, surprising advancement, and unexpected transformation. The beginning of the Arab Spring in 2011 has not been of a different nature. It started as a fundamental surprise to most, took different turns in different countries, and was far from over by the end of 2011. Transatlantic partners are fully aware of the stark differences among Arab countries. They realize the genuine nature of each nation's struggle for democracy. Yet, they are inclined to take the Western experience with democracy as the key benchmark for judging current progress in the Arab world. The constitutional promise of the U.S. or the success of the peaceful revolutions in Eastern and Central Europe in 1989 and 1990 are inspiring, but one must be cautious in applying them to the Arab Spring. Preconditions have to be taken into account. Beside, the history of Europe's 19th and 20th century also suggest room for failure in the process of moving toward rule of law and participatory democracy. Some cynics have already suggested that the Arab Spring could be followed by an Arab autumn or even winter.

Even if one discards such visions as inappropriate self-fulfilling prophecy, certain European experiences should probably not be forgotten. In the 1830s, Germany experienced its own Spring toward pluralism and democracy called Vormärz. That German spring movement (Sturm und Drang) was essentially a cultural uprising without the follow-up of transformational political change. In 1848, across Europe, revolutionary upheavals promoted the hope for an early parliamentary constitutionalism across the continent. In most places, this hope was soon to be replaced by variants of a restrictive consolidation of the ancient regimes. In 1989, the experience of Romania deviated strongly from most of the peaceful revolutions across Europe. Ousting and even killing the former dictator was a camouflage for the old regime to prevail for almost another decade. While the rest of Central and South Eastern Europe struggled with regime change and renewal, Romania prolonged regime atrophy and resistance to renewal.

*For the time, the Arab Spring has evolved into the prelude of revolutionary transformation that will go on for many years.*

For the time being, the Arab Spring has evolved into the prelude of a revolutionary transformation that will go on, most likely for many more years to come. The Prague Spring of 1968, in the former Czechoslovakia, comes to mind. It was welcomed with euphoria in the West and in secrecy by many citizens under communist rule in the east of Europe. Yet, it turned out to be just the beginning of a transformative period in the communist world. It took another two decades before a substantial change of the political order in most communist states came about. The Prague Spring was the spring of a generation, not the spring of a year.

No matter what direction the Arab Spring may take in the years ahead, two trends are startling. First, the Arab Spring has initiated a wide range of different reactions and trends around the Arab world. The homogenous Arab world is a myth. Likewise, the notion that Arab societies are permanently stagnant and immobile is a myth. The quest for dignity, voice, and inclusion under rule of law, and a true structure of social pluralism, has been the signature of peaceful protest all over the Arab world. The reactions of incumbent regimes have demonstrated a variety of strategies but also different levels of strength, legitimacy, and criminal energy. Second, and more surprising, is the relative resilience of the Arab monarchies to the Arab Spring: Morocco and Jordan, Saudi Arabia and Oman, Kuwait and the United Arab Emirates, and Qatar and Bahrain have been reasonably unaffected and remain stable (in spite of the temporary clashes in Bahrain and their oppression with the help of Saudi Arabia's army). While the quest for dignity, voice, and inclusion has posed a challenge to all regimes in the Arab world, Arab monarchies emerged relatively undisturbed from the first wave of popular unrest and protest.

This contrasts with the protest against personal rule in most Arab republics: the flight of a corrupt president whose security apparatus was no longer predictable (Tunisia); the arrest of a deposed president who seemed to be in fullest command of his nation's security apparatus but could not maintain support of his army (Egypt); the eventual deposition of a ruler who was torn between security factions and split traditional loyalties (Yemen); the criminal attack on its own people by the security forces loyal to a beleaguered president (Syria); the oppression of all potential unrest by an old regime still clutching to absolute power (Algeria); and the military defeat of a dictator after he had launched a war against his own people (Libya) were variations of a complex theme across Arab republics in 2011. Lebanon has been a special case for years, with its own transformational revolution (the Cedar Revolution) going on since 2005. Iraq and Sudan have also been of a unique character due to their specific domestic and geopolitical position in the past decade.

*How is it that hereditary monarchies seem to be less affected by the Arab protests than other forms of government?*

How can one explain the almost paradoxical phenomenon that hereditary monarchies — at least for the time being — seem to be less affected by the protest against personal rule and patrimonial authoritarianism that has resonated across the Arab world? One initial observation is undeniable: Saudi Arabia is particularly interested in supporting Arab monarchies. In fact, Saudi Arabia may even be interested in preventing too-far-reaching democratization in Arab republics. But the vested interests of the Saudi family and its financial leverage alone do not explain why Arab monarchies tend to be more resilient to the current wave of protest heard all over the Arab world. One has to go beyond the obvious and look for structural explanations. Most evident — and well beyond the Arab world — is the fact that power based on traditional legitimacy continues to play a stabilizing role in the transformation of societies and their political systems. Usually, republican, authoritarian, personal rule built on a political ideology (e.g., independence, socialism, nationalism, development) can only be maintained through a security apparatus and the pressure this apparatus can exert on a rising popular demand for change. In contrast, traditional hereditary rule seems to be able to maintain power with more respect, possibly even with acquired legitimacy, and with less need for the exercise of violence against citizens.

# Policy Review, No. 173, Stanford CA, June 1, 2012

The most interesting question stemming from this observation is: Do we know what it may take for monarchies to be successful over time? It is not enough to simply recall the religious roots of Arab monarchical legitimacy, especially the case in Saudi-Arabia and in Morocco. No matter their religious or moral-based authority, the historical record of monarchies confronted with the pressure for change is mixed. Reference to traditional religious sources of legitimacy has not, in the past, been enough for some monarchies to survive the winds of change with which their societies were confronted. While going beyond this perspective, several insights into the nature of hereditary systems have stood the test of societal change. They are pertinent and may be a useful mirror to keep in mind as the future path of hereditary rule in the Arab world unfolds.

## THE HISTORICAL FATE OF HEREDITARY RULE

**T**HE HISTORICAL RECORD of hereditary rule when confronted with the challenges of social, political, or economic transformation, or even revolution, has not been very impressive. From the 17th century (Great Britain) to the 19th century (France, Spain, Portugal, Brazil, Mexico) and to 20th century (Germany, Russia, Austria-Hungary, Yugoslavia, Ethiopia, China, Greece, Cambodia, Persia, Nepal, Egypt, Libya, Iraq), more monarchies were toppled than rebuilt whenever their societies were fundamentally transformed. The current European hereditary monarchies (United Kingdom, Denmark, Norway, Sweden, the Netherlands, Belgium, Spain, Luxembourg, Monaco, Liechtenstein) as well as non-European monarchies (Japan, Malaysia, Thailand, Brunei, Bhutan, Cambodia, Tonga, Lesotho, Swaziland plus the Arab monarchies) are rather the exception to the rule — the global trend seems to favor republican political order as the answer to socioeconomic and political modernization (and many of these monarchies are such only figuratively). However, restorations in Great Britain (in the 17th century) and in Spain (in the 20th century) as well as the transformation of imperial rule in Japan after 1945 indicate the potential for the revival of hereditary rule in times of great upheaval. The panorama of an ongoing survival of almost two dozen monarchies and systems of hereditary rules should not obscure the more than 2,000-year-old electoral monarchy of the Catholic Church. After all, the Pope is also head of state of the Holy See.

The main lessons to be drawn from the survival or revival of hereditary rule elsewhere could be of inspirational insight for the future of contemporary Arab hereditary rulers. These lessons include the need to prevent or terminate warfare with, or the threat of violence toward, any neighbor. Consolidated monarchies across the world have recognized the legitimacy of borders and the sovereign rights of their neighbors. This, in turn, has helped consolidated monarchies stay out of international conflicts over territory or power. For Arab monarchies, this global experience would imply that for the sake of their own interest they would be well-advised to search for peace with Israel: to recognize Israel and to facilitate a two-state solution that would allow Israel to live in security and an independent Palestinian state to live in decency, without any border dispute between either of the two states and between them and the Arab monarchies.

Among the fundamental lessons to be learned from the struggle of monarchic survival elsewhere would be the need to turn the monarchy from a rule of fear into a symbol of respect and national unity. Consolidated monarchies have been able to disconnect the court from the national security apparatus and to project the monarch as the benevolent symbol of national unity, sometimes coupled with a certain religious authority. For Arab monarchies, this global experience would imply full parliamentary control over security forces and the military; initiate litigation processes aimed at bringing to justice past crimes of the security apparatus without deconstructing the security apparatus as such; and introduce strict rule of law over all security forces and military authorities, without sidelining them from the future processes of society and politics.

### *Historically, hereditary rule has not done well when confronted by social, political, or economic challenges.*

A third essential suggestion would imply the need to separate authority from power. Consolidated monarchies have decoupled their traditional authority from the daily business of politics and the structure of national power. They have accepted an independent government and parliamentary rule as the main source of national political power. Consolidated monarchies have surrendered their power to constitutional rule and thus maintained their symbolic and traditional authority. For Arab monarchies, this global experience would imply empowering parliamentary governance through a prime ministerial system with full accountability to the respective parliamentary majority, to terminate the appointment of prime ministers or members of parliaments, including the upper houses; to initiate a process of rewriting the national constitution aimed at properly organizing a new national consensus framed by a constitution-based parliamentary monarchy.

A fourth and certainly not final lesson to be learned would be the need to disassociate personal wealth from the wealth of the country. In consolidated monarchies, the personal budget of the monarch and the court has been disconnected from the sources of wealth of the country. The budget of today's monarchs may still be less accountable than other elements of public spending, but the allocation of the court's budget in consolidated monarchies is no longer based on the ruler's arbitrary access to public goods. For Arab monarchies, this global experience would imply separating state funds from the funds available for the monarch and his entourage, and installing parliamentary control over the allocation of resources for the hereditary sovereign and a solid system of accountability for auditing these resources.

It is obvious that the specific historical, political, sociological, and economic context in which the democratization and parliamentarization of, say, the monarchies of Norway, Sweden, Denmark, the Netherlands, Belgium, and Spain took place cannot repeat itself in today's Arab world. Arab transformation will continue down its own contingent path, which will likely be one that doesn't follow Western expectations and aspirations.

## KEY CHALLENGES FOR ARAB SPRING SUCCESS

**T**HE PATH FOR those countries that have been able to successfully transform from personal rule to parliamentary monarchy has always been long and often arduous. In most cases, it went through similar areas, worth recalling as the Arab Spring unfolds.

Originally, personal rule was based on control of territory and people. Gradually, intermediary elites were installed by the ruler or emerged against the initial will of the ruler. In a long process, they advanced the notion of legal rule over personal rule in a long process (e.g., the Magna Carta). Arab hereditary monarchs would be well-advised to respond to the quest for freedom and justice from within their citizenry with a sustained support of independent legal structures.

# Policy Review, No. 173, Stanford CA, June 1, 2012

The growing diversification of economic activities — especially the emergence of capital-based production and division of labor — generated functional elites (bankers, owners of trading houses and production) who had demanded political inclusion and participation. Arab hereditary monarchs ought to support the establishment of independent representation of functional elites (including business associations and trade unions), recognizing them as a genuine sphere of open and legitimate political discourse, with the objective to fully participate in the public policy dialogue.

The calls for political inclusion of a new bourgeoisie led to an advanced rule of law and opened the way for democratic participation, which in turn stabilized the sociopolitical system. Arab hereditary monarchs should do their utmost to help their societies move beyond the prevailing oligarchic structures of a rent-seeking mindset. It is here that the experience of Turkey's economic development may be a template for the transformation necessary in the Arab world, beyond the Arab monarchies.

Time and again, parliamentary rule came from aspirations of personal rule in the name of contingent social, cultural, and intellectual ideas and ideologies. However, no republican dictator was ever able to exercise the "natural" features of traditional rule over such a long time that he could translate his rule into legitimate hereditary succession. Today, North Korea's ruling family and the ruling family of Assad in Syria — and in a limited way the regimes of Kabila in Congo and of Ali Bongo Ondimba in Gabon — are exceptions to this rule. Yet these contemporary hereditary dictatorships have been unable to generate legitimacy for their specific versions of authoritarian or pseudo-democratic hereditary succession. A democratic exception to this phenomenon is provided by Singapore: the third prime minister, Lee Hsien Loong, is the son of the first prime minister, Lee Kuan Yew. Arab hereditary monarchs would be well-advised to remove any family member from public offices.

Most personal and patrimonial rulers in postcolonial societies resorted to similar mechanisms to maintain their position: patronage, clientelism, theft, corruption, crime, and violence. When republican dictators lack the features of traditional authority they try to resort to charismatic rule, violence, and coercion, none of which can generate the necessary features required for transition toward legitimate hereditary succession. Arab hereditary monarchs should match political openness and transparency with personal modesty and decency in spending behavior.

*Contemporary monarchies' strongest source of authority is the traditional legitimacy that is attributed to their rule.*

For now, the strongest source of authority of contemporary monarchies in the Arab world (and elsewhere) is the traditional legitimacy attributed to their rule. Beside learning from other consolidated monarchies, the current Arab hereditary rulers might think about addressing the key structural challenges that are vital for a peaceful and sustainable transformation in their societies.

Among the insights would be understanding the importance of consolidating open spaces in which a pluralistic civil society can thrive. Rulers should relate these open spaces to the political arena, and include open political spaces in the national dialogue on constitutional reform.

Another set of necessary steps to stabilize a monarchy under pressure would be rehabilitating the authority of the public sphere by promoting multiparty systems. All too often, failed monarchic systems tend to rely on the support of a state party that pretends to deal with social concerns but really prevents social preferences from being fully expressed. Only a full-fledged pluralistic, multiparty system can aggregate social interests and advance these interests onto the political agenda and into the decision-making process. Election thresholds of three to five percent may guarantee that these multiparty systems help consolidate the new constitutional consensus.

Reform-oriented monarchs need to promote strong legal sector reforms including all levels of the judiciary and the penitentiary system, and initiate public education programs that raise the awareness of the primacy of rule of law over any system of personal patronage, coercion, or arbitrariness.

Most importantly among all the necessary reforms (and yet all too often neglected) is the need to promote private investment — both domestic and international — with the prime aim of providing sustainable employment opportunities for the young generation. Reforming a hereditary political system is impossible if the economic order underlying this system and usually intrinsically linked to it will change, too. Usually this requires breaking up the monopolistic and oligarchic structures that almost intrinsically connect hereditary political rule with accumulated economic privileges and powers. These kind of feudal ligatures are not able to generate private initiative that goes beyond sustaining the ruling elites. In the end, in a hereditary political system as much as in any other republican democracy, only a stable middle class based on education and vocational training can guarantee long-term stability. This also happens to be the case in practically all Arab societies today.

## TRANSATLANTIC PARTNERS

THE ARAB SPRING has opened a new chapter in the political history of the Arab world. The outcome is far from predictable. It may vary from country to country and it may drag on with different speeds and intensity for years, if not decades. It began thanks to the courage of nonviolent people who wanted to revitalize their societies on the basis of dignity, freedom, and justice. In a geopolitical context, the historic opportunity the Arab Spring represents will, at least, lead to two fundamental reconfigurations:

On the one hand, the traditional prejudice according to which Africa is divided between North Africa and Sub-Saharan Africa will end. The issue of overcoming personal rule and introducing constitutional change aimed at enabling law-based pluralistic democracy is as pertinent in most of Sub-Saharan Africa as it is in the Arab world. In both regions the issue reflects the deficits of postcolonial politics. Hence, the Arab Spring has been watched with great intensity in Sub-Saharan Africa — with enthusiasm among young people and with worry among some of the petrified postcolonial elites (in Uganda, for example). In the years to come, one might predict, the Arab Spring will repeat itself in several sub-Saharan societies. There, it will most likely bring about the same mixed picture of success, stagnation, and failure we see in the Arab world. Thus, it will support the trend (and the need) for a differentiated perception of Africa. Instead of continuously and erroneously imagining Africa as one, the long-term constitutional effect of the Arab Spring will help distinguish between an emerging Africa of successful political transformation beyond the postcolonial era, and a stagnating Africa that remains trapped in postcolonial structures of personal rule and patrimonialism.

On the other hand, transatlantic partners will have to redefine their strategies toward the Arab world. Neither policies of fear and stereotypes based on distorted notions of identity nor attitudes of benevolent paternalism will help to redefine American and European relations with the Arab societies and their emerging new political structures. Transatlantic partners need to engage the Arab world — and eventually Africa, too — in a comprehensive agenda of transformation.

## Policy Review, No. 173, Stanford CA, June 1, 2012

As for the transatlantic partners — the United States and the European Union — it will be necessary to move beyond the traditional security paradigm. For a long time, Arab monarchies were considered Western security partners based on geopolitical considerations, with little consideration for domestic issues. In the future, the Arab monarchies can be stable security partners of the West if their legitimate domestic stability provides the ground for predictable international behavior. The necessary transformation processes will accompany Arab hereditary rulers for many years to come. Transatlantic partners ought to engage Arab monarchies in multifold processes of transformation aimed at advancing modernized monarchies that eventually accept the frame of parliamentary constitutionalism. The notion of parliamentary monarchy may be new to Arab hereditary systems. It is, however, not impossible to achieve, as other monarchies around the world have proven. In fact, it may well be the only realistic option if Arab monarchies are to prevail over time.

### *A new problem for the West: How to deal with Islamic parties that have gained legitimacy at the ballot box?*

Currently, transatlantic partners pursue independent strategies of cooperation with the Arab world. In spite of a strong normative overlap, their strategies also represent different interests and approaches. The U.S. and the EU were taken by surprise when the Arab Spring started. For the U.S., the main initial issue seemed to be the impact of the Arab Spring on the future of Israel. (Both the U.S. and Israel will have to learn that nothing will change for the better in the Middle East without a serious return to negotiations over a two-state solution that includes security for Israel and viable statehood for the Palestinians.) For the EU, the initial approach to the Arab Spring was technocratic, as enshrined in the EU's Neighborhood Policy toward its eastern and southern neighbors. The EU will have to realize that providing more program and project support for democratic transformation is no strategy to respond to comprehensive uprising.

The first wave of democratic elections in Arab reform countries has posed a new set of problems for the West: How to deal with Islamic political parties that gained legitimacy at the ballot box? Western analysts and media differentiate between radical parties and more moderate, reformist parties. The Islamic parties that surfaced in the aftermath of regime change in the Arab world did indeed begin to take different routes. One set of parties found inspiration in the Turkish Justice and Development Party and declared loyalty to constitution-based rule of law, the legitimacy of the secular state, and the desire to contribute to a renewal of public morale based on Islamic norms. Another set of parties promulgated the reconciliation of democratic constitutionalism and sharia. Finally, a third set of parties is undecided on the recognition of constitutional liberties and political pluralism. In most Arab transformational countries, the Western world may have to learn to deal with moderate Islamic governments. This is as challenging for some in the West as the idea of continuing to cooperate with Arab monarchies that underwent only gradual transformation. As for the future of Arab monarchies, the West might end up with both hereditary rulers and Islamic governments. Formulating a reasonable and positive strategy to cope with such situations is urgent.

In the end, from a Western point of view, the current opening of the Arab political space should be seen as a golden opportunity. The United States and the European Union would be well-advised to define a joint strategy for future engagement with the Arab world. The strategy's formative ideas should be transformation and legitimacy, its long-term objectives stability and partnership, and its driving instruments geared at promoting civil society and the private sector.

### *The spirit of the Arab Spring is truly new. It has brought back dignity and hope to millions of frustrated citizens.*

In the global past, some monarchies went through stages of transformation that stretched over centuries. The hereditary rulers in the Arab world may not have so much time. What was truly new about the events of 2011 is the spirit of the Arab Spring: the self-empowerment of Arab societies, bringing back dignity and hope to frustrated and marginalized societies, enabling millions of citizens to act as proud, self-confident, and open partners of their neighbors. This might only be the first step in a long, vexed journey. Currently, the main focus among transatlantic partners is on the future of Arab republics, which are torn between the most extreme possible scenarios. Some may think that Arab monarchies will be the last to reform and hence can be neglected. There are good reasons to argue for the opposite. Unreformed Arab monarchies could undermine any progress currently made in Arab republics. But reformed, transformed, and consolidated Arab monarchies could become reliable agents for change and legitimacy in a renewed Arab world.

In this context, even the future of regional groupings in the Arab world has become an open issue. When Saudi Arabia invited Morocco and Jordan to join the Gulf Cooperation Council, the other GCC partners were not amused. No matter how realistic this perspective in the end may be, it certainly indicates that Saudi Arabia is prepared to strengthen Arab monarchies at the expense of cohesion and deepened integration in the Gulf region. While Morocco and Jordan are engaged in a new phase of advanced internal reforms, the Saudi offer was rather understood as a means to curb and curtail reforms that may challenge the existing structure of power in Morocco and Jordan.

A realistic assessment cannot exclude new periods of stagnation and resistance to change in certain Arab monarchies. Skeptics point to the financial support from Saudi Arabia for the more traditional, if not extremist, part of the Islamic movement in Egypt and say it's an indication of reactionary potential, both in revolutionary Arab republics as well as in nonreformist monarchies. Optimists laud the support for the Libyan rebels offered by Qatar and the relative openness in Qatar itself, symbolized by the headquarters of Al Jazeera TV there. It is difficult to foresee which side will eventually prevail. The intrinsic links between Arab monarchies and Arab republics are manifold. Yet the West ought to understand that the instability of autocratic Arab republics does not necessarily imply that Arab monarchies are the most resistant to change in the Arab world and that eventually they will disappear.

The next steps in the ongoing Arab revolution cannot be predicted. Though hopes can fail, it would be premature to downplay the potential of hereditary Arab monarchies to transform themselves into parliamentary monarchies. The advantage of the Gulf monarchies is their strong economic basis. Arab oil and gas resources are not unlimited, however. Moreover, the social structure of the Gulf monarchies (with large, poorly treated migrant labor populations) is not without implications for the future of Arab societies. Moving from rent-seeking structures to complex functional economies in which Arab youth will find its legitimate and happy place in life will not be easier in Arab monarchies than in Arab republics. Political surprises — especially in the process of succession — cannot be ruled out. But the Arab Spring, at last, has opened the windows of change in the Arab world. This is a promising new beginning that allows the West a new look at Arab societies and the implications of their development. The future of Arab monarchies is one of the important aspects in the new mapping of the Arab world.

Ludger Kühnhardt is director of the Center for European Integration Studies (zei) at Bonn University.

## EU-boykot af formandskab er uden fortilfælde

EU-parlementarikere gør ret i at protestere mod dansk EU-formandskab, der ikke holder sig til Lissabon-traktatens spilleregler. Sådan lyder vurdering fra tyske EU-ekspert, der betegner opråbet til boykot som en alvorlig situation

Da et flertal af EU-parlementarikere i går valgte at boykotte det danske EU-formandskab i protest mod manglende indflydelse på en ny Schengen-afståelse, var der både tale om en unik handling uden fortilfælde og en forståelig reaktion.  
»Der findes efter mit vidende ingen fortilfælde, hvor parlamentet har boykottet rådet. I virkeligheden vil jeg slet ikke betegne det som en boykot. Snarere er der tale om, at parlamentet kræver at blive hørt. Det er snarere rådet, der har boykottet parlamentets inddragelse i lovgivningsarbejdet.«

Sådan lyder vurderingen fra EU-eksperten Ludger Kühnhardt, professor ved Institut für europäische Integrationsforschung ved universitetet i Bonn.

Som sådan betragter Kühnhardt parlamentets vrede som forståelig.

»Parlementarikerne er med rette ophidset over, at ministerrådet i sine forberedelser til den nye Schengen-afståelse i modstrid med Lissabon-traktatens bestemmelser, nærmere betegnet paragraf 77, forbigår parlamentet, der repræsenterer mere end 150 mio. europæere. Så længe rådet ikke accepterer parlamentet som ligeberettiget samtalepartner, kan jeg godt forstå, at det er kommet til en blokade.«

### Krav på deltagelse

Schengen-afståelsen, der omhandler grænsekontrol og fri bevægelighed mellem EU's medlemslande, fortsætter således med at skabe europæisk bolgegang.

Tirsdag blev den danske justitsminister Morten Bodskov (S) mødt af buhråb, mens ledere af parlamentets forskellige politiske grupper i hårdt vendt er gået i rette med det danske formandskab. Indledningsvis blev der truet med en total boykot af alle forhandlinger under det danske formandskab, men indtil videre omfatter boykotten udelukkende forhandlinger om Schengen. I løbet af i går forsøgte Europa-parlamentets præsident Martin Schulz at moderere de hårdt toner, som »det danske EU-formandskab er del af et komplekt europæisk regeringssystem, hvor parlamentet repræsenterer folket. Derfor har de krav på at blive deltagiggjort. Den, der ikke respekterer eller misbruger dette forhold, gør sig skyldig i at af demokratise den europæiske politik. I disse EU-skeptiske tider er der ikke tale om en særlig hensigtsmæssig måde at styrke opbakningen til den europæiske integration.«

### Magtkamp om traktat

I folge Lissabon-traktaten er EU-parlamentet i udgangspunktet sikret indflydelse på lovgivning. Det er den indflydelse, som i folge de utilfredse parlamentarikere er under pres af det danske formandskab, der har forestået en ny aftale i ministerrådet.

Efter planen skal Schengen-landene fremover selv have udvidede beføjelser til at lukke deres grænser i afgrænsede perioder.

Parlamentarikernes utilfredshed kommer i forlængelse af en længere kamp om magt.

»Det er en alvorlig situation«, vurderer Ludger Kühnhardt, »fordi der er tale om en magtkamp om hvordan Lissabon-traktaten skal anvendes. I Europa er der en tilbojelighed til at tro, at det er vedtagelsen af de store traktater, der markerer vigtige etaper i den europæiske integration. I virkeligheden er det i perioderne mellem traktater, at den europæiske integration tager form og bliver fortolket.«

Kühnhardts vurdering understøttedes af Tanja Börzel, leder af Jean Monnet-centeret, Freie Universität Berlin. »Aftalen svækker kommissionen og holder parlamentet helt ude af indflydelse. At parlamentet er rasende, kan man således godt forstå.«

Beim G20-Gipfeltreffen wird die Euro-Krise ein zentrales Thema sein. Die EU muss nicht nur ihr Rettungsmanagement erläutern, sondern auch gegen den drohenden Ansehensverlust im Club der Mächtigen ankämpfen.

Wenn sich die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer am 18. und 19. Juni in Mexiko zu ihrem Gipfel treffen, dürfte die Euro-Schuldenkrise das beherrschende Thema sein. Die Erwartungen sind hoch. Besonders die globalen Finanzmärkte warten gespannt darauf, ob es den G20 gelingt, Antworten auf die Krise zu finden. Für die hochrangigen EU-Teilnehmer wird es auf dem Gipfel vor allem darum gehen, Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit zu beweisen. Denn je länger die Krise in Europa andauert, desto mehr zweifelt der Rest der Welt an der Durchsetzungsfähigkeit Brüssels. Vordergründig geht es beim G20-Treffen um die Finanzkrise, aber hintergründig auch um das Ansehen der ganzen EU. Insgeheim steht die Union als wirtschaftliche und politische Institution im globalen Machtpoker auf dem Prüfstand.

## EU als sinkender Stern?

Seit Beginn der Finanzkrise wirke Europa nicht besonders glaubwürdig, urteilt Almut Möller von der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" gegenüber der Deutschen Welle. In Gesprächsrunden während ihrer außereuropäischen Auslandsreisen werde "immer wieder der Machtverlust Europas thematisiert." Man stelle die Frage, ob die Europäer die Krise überhaupt bewältigen könnten. Dieses mangelnde Zutrauen behindere die EU auf wichtigen internationalen Gipfeln, folgert die Wissenschaftlerin. "Wenn schon die Wahrnehmung der Gipfelparteien ist: Der Stern der Europäischen Union ist noch nicht mal aufgegangen, da sinkt er schon", dann habe es die EU schwer, ihre Vorstellungen politisch durchzusetzen.

Eine weitere Schwierigkeit ist die mangelnde Geschlossenheit der EU. Für das Ausland ist das Interessengewirr zwischen EU-Beschlüssen und der zum Teil gegenläufigen Interessen-Politik einzelner Mitgliedstaaten nur schwer zu entschlechten. Im Grunde hat die berühmt gewordene Aussage des ehemaligen US-Außenministers Henry Kissinger zu Europa noch immer ihre Berichtigung. Kissinger klagte, er wisse ja nicht, wen er in Europa anrufen müsse, weil Europa eben immer mit vielen statt mit einer Stimme spreche.

## Verwirrung bei Nichteuropäern

Geopolitisch wirke die EU nicht als Einheit, kritisiert Professor Ludger Kühnhardt vom "Zentrum für Europäische Integrationsforschung" der Universität Bonn im DW-Interview. "Europa stellt sich in dieser Frage, wie leider so vielen anderen Fragen, international schlecht dar." Kühnhardt bemängelt, dass Europa beim G20-Gipfel sowohl mit Vertretern der Europäischen Union als auch mit EU-Mitgliedsstaaten vertreten ist. "Für jeden Außenstehenden - besonders für die neuen aufstrebenden Mächte Indonesien, Lateinamerika und Südafrika - ist das ein verwirrendes Erscheinungsbild. Das ist nicht hilfreich, um bei den G20-Gipfel-Teilnehmern den Eindruck eines staatengemeinten Kontinents aufkommen zu lassen." Kühnhardt weist darauf hin, dass Teile der Wissenschaft und der Politik seit Jahren fordern, dass die EU an dem G20-Gipfel mit einer gemeinsamen Repräsentanz und nicht auch durch einzelne Mitgliedsstaaten vertreten sein sollte.



Almut Möller wird mit Fragen zum Machtverlust Europas konfrontiert



Angela Merkel will eine politische Union Europas

An Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die Diskussion nicht spurlos vorübergegangen. Mit einem Appell für ein "Mehr an Europa" trat sie die Flucht nach vorne an und dokumentierte damit indirekt wie bedrohlich sie die europäische Krise inzwischen einschätzt. Vor deutschen Medienvertretern setzte sie nicht nur für eine Fiskalunion ein, die sie bereits mehrfach gefordert hatte. Am vergangenen Donnerstag (07.06.2012) sprach sie auch ungewohnt offen davon, eine politische Union voranzutreiben. "Das heißt, wir müssen Schritt für Schritt Kompetenzen an Europa abgeben, Europa auch Kontrollmöglichkeiten einräumen", sagte Merkel.

## Gemeinsame europäische Lösungen

Den Zeitpunkt ihres Plädoyers wählte die Kanzlerin mit Bedacht. Sie muss aufs Tempo drücken, schließlich steht nicht nur das G20-Treffen bevor, sondern am kommenden Wochenende wird in Griechenland gewählt. Dann entscheidet sich, ob erstmals ein Land die Eurozone verlassen muss. Ende Juni findet zudem der nächste EU-Gipfel statt, auf dem wichtige Weichenstellungen zur Finanzkrise beschlossen werden sollen.

"Ein mehr an Europa ist die richtige Strategie", pflichtet Professor Kühnhardt der Kanzlerin bei. Die Krisenursachen seien allesamt national verschuldet. Deshalb könnten die Lösungen nur gemeinsame europäische sein. Almut Möller von der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" sieht eine politische Union ebenfalls positiv. Allerdings ist sie skeptisch, ob dies derzeit auch von allen EU-Staaten angestrebt wird. Vor allem weil eine Union mit der Abgabe von Kompetenzen an Brüssel verbunden wäre: "Wenn man Nationalstaaten unter Druck setzt, sind sie nicht intuitiv bereit, Macht abzugeben. Denn das beschneidet sie in ihren Zuständigkeiten, in ihrer Souveränität und in ihrer Unabhängigkeit". Zudem seien die Nationalstaaten mit der Eurokrise beschäftigt und würden eher nach innen als nach außen schauen.

## Selbstbewusstes Auftreten der EU



Professor Kühnhardt plädiert für mehr Selbstbewusstsein

Um die Märkte ein Stück weit zu beruhigen und den Kritikern der europäischen Idee den Wind aus den Segeln zu nehmen, muss die EU zunächst auf dem G20-Gipfel ein Zeichen der Geschlossenheit setzen. Aber um in Mexiko zu überzeugen, sei ein selbstbewussteres Auftreten als bisher nötig, sagt Ludger Kühnhardt vom "Zentrum für Europäische Integrationsforschung", denn "Europa macht sich zum Teil schwächer als es ist". Dabei hat die EU seiner Ansicht nach allen Grund, Stärke zu zeigen, sofern sie als wirkliche Gemeinschaft auftritt.

Als Beispiel nennt er die Handelsbeziehungen mit Afrika: China und die USA hätten jeweils ein Handelsvolumen mit Afrika von 100 Milliarden Dollar, die Staaten der Europäischen Union hätten aber zusammen ein Handelsvolumen von 250 Milliarden Dollar. "Wenn wir unsere Zahlen addieren, sind wir der Stärkste", folgert Kühnhardt. Dies gelte auch in Bezug auf politische Themen. "Wenn Europa nur als Addition von Einzelstaaten wahrgenommen wird, fallen wir logischerweise zurück gegenüber den aufstrebenden Schwellenländern." Diese hätten eine viel größere und jüngere Bevölkerung, die an Konsum, an Kaufkraft, an Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse, an Aufbruch und Fortschritt interessiert sei, während Europa ältere. Aber in der Summe, in der Kombination der Potentiale, der Möglichkeiten und auch der gemeinsamen Ausstrahlung sei Europa nach wie vor "neben den USA die wichtigste Gestaltungsmacht auf der Erde. Wir stellen uns nur häufig schlechter dar als wir sind, weil es an einer gemeinsamen Regierung der EU, die tatsächlich diesen Namen verdient, mangelt."

## Europa en transición – Lecciones a aprender

### Resumen

En la era de la cobertura mediática global e instantánea, es muy fácil perder la perspectiva y el horizonte. Una semana es mucho tiempo en política, según el dicho. Se podría añadir que una semana de cobertura mediática puede serlo aún más. Pero después de meses de cobertura mediática, un simple suceso puede pasar de ser un hecho a ser ficción, o en sentido inverso, de ser ficción a ser un hecho constatado. Un evento puede devenir un proceso, un reto puede pasar a ser un problema y una dificultad puede convertirse en una crisis. A veces, la línea que separa causa y efecto puede quedar difuminada por el sutil poder de la cobertura mediática y la taquigrafía con la que inevitablemente se conceptualiza un fenómeno. Las explicaciones pueden dar lugar a etiquetas, para bien y para mal.

La Unión Europea ha experimentado esta experiencia, similar a la de una montaña rusa, durante los últimos tres años. A primera vista, cuando Lehmann Brothers quebró en 2008, se atribuyeron las causas originales de esta debacle a la crisis hipotecaria (la burbuja subprime) en los Estados Unidos. Demasiadas hipotecas demasiado baratas hicieron a demasiados estadounidenses propietarios de una vivienda que de repente no pudieron seguir pagando. Parecía ser un problema estrechamente estadounidense por haber vivido por encima de sus posibilidades. El reto de Europa parecía limitarse a evitar un contagio de la crisis financiera de los Estados Unidos. Tres años más tarde, las mareas de la fortuna cambiaron. La crisis de la deuda soberana en Grecia, Portugal, Irlanda y la vez también en España e Italia se ha transformado en una crisis del euro, o incluso del conjunto de la Unión Europea. No hay que olvidar que también Francia y Alemania tienen enormes deudas públicas. Bajo la ola de sensaciones de temor, no solo se confundieron causas y efectos, sino también los contextos e implicaciones. Ha llegado el momento de poner las cosas de nuevo en perspectiva para entender cada uno de ellos. Yo voy a intentarlo ofreciendo diez puntos de reflexión.

### Palabras Claves: Europa- Transición

1. Con el fin de la Guerra Fría, se inició la búsqueda de un nuevo orden mundial. Durante casi dos décadas, el marco conceptual de esta búsqueda recibió el nombre de era de la "Pos Guerra Fría". Para Europa, la era de la Pos Guerra Fría se caracterizó por una serie excesiva de eventos transformativos. El Tratado de Maastricht fue firmado en 1991 y entró en vigor en 1993 convirtiendo las Comunidades Europeas en la Unión Europea. El Tratado allanó el camino para una Unión Económica y Monetaria que al final llevaría a la introducción, en 2002, de la Moneda Única: el euro. También abrió la puerta para la evolución de una unión política que ha permanecido como un híbrido hasta el presente, con una especial orientación hacia asuntos de política exterior y de seguridad. En 1999, se formalizaron las negociaciones para la expansión de la UE hacia los países post-comunistas del centro, este y sur de Europa – con Turquía siendo también reconocida como un país candidato al ingreso en la UE, que daría lugar al ingreso de diez países ex comunistas y de Malta y Chipre en 2004 y 2007. En la búsqueda de más democracia, transparencia y eficiencia, la Unión Europea inició un proceso revolucionario de constitucionalización en 2002. Aunque el Tratado Constitucional fracasó en dos referéndums en Francia y los Países Bajos en 2005, su sustituto, el Tratado de Lisboa, se firmó en 2007 y entró en vigor en 2009. Desde entonces, la Unión Europea está ocupada con su crisis fiscal, etiquetada muy a la ligera como crisis del euro.

Aunque veinte años es en realidad un largo periodo, es justo decir que las dos últimas décadas han sido sustanciales, dinámicas y transformativas para la Unión Europea. El proyecto de integración regional se ha consolidado y ampliado - tanto en profundidad como en amplitud-, y los retos han puesto a prueba la capacidad de absorción de los ciudadanos de la Unión. Con la llegada a su fin de la era de la "Pos Guerra Fría", la Unión Europea se enfrenta con un reto interno sin precedentes y con una situación internacional inédita a menudo debatida bajo la etiqueta del "cambio en el equilibrio del poder global". Ello deja tan solo dos alternativas a la UE. O bien vive a la altura de las circunstancias del nuevo contexto global, o bien se atrinchera en algún tipo de burbuja protectionista y corta de miras. Europa fracasaría en intentar de hacer del mirarse a sí misma y del parroquialismo una virtud. Este enfoque sólo daría lugar a excluyentes y al mismo tiempo retroalimentadas variantes de populismo si no de neo-nacionalismo a lo largo y ancho de la UE.

2. Los procesos de integración regional no pueden ocurrir sin situaciones de puntos muertos, fracasos o crisis. Así como los procesos de integración regional no son perfectas operaciones de ingeniería social si no hechas por el hombre y basados en el rol de los diferentes actores, estarán inevitablemente sujetos a momentos de intentos y errores, de rodeos y de consecuencias inesperadas. Los procesos de integración regional no pueden seguir pautas teóricas, sin importar lo que los actores implicados y académicos digan al respecto. Sorpresas con origen en sucesos impredecibles, efectos indirectos de fenómenos endógenos y exógenos o causalidades como resultado de conflictos de intereses son inherentes a cualquier historia de integración regional. La única distinción posible de naturaleza significativa se puede hacer entre las crisis DE integración y las crisis EN LA integración. Durante cinco décadas, la integración Europea ha sido acompañada por crisis EN LA integración. En más de una ocasión, estas crisis EN LA integración han desencadenado nuevos niveles en la profundidad de la integración. La pregunta abierta por la actual crisis fiscal en la UE, que a su vez ha generado una cierta crisis de confianza en la integración europea, es la siguiente: ¿Cómo podemos saber si esta crisis se trata de otra crisis EN LA integración o de una mucho más dramática crisis DE integración? La respuesta honesta es: No se sabe con certeza categórica y científica. Lo que el hombre construye, lo puede derribar. Pero hasta que se demuestre lo contrario, podemos deducir de las lecciones históricas anteriores y causalidades actuales que también el actual conjunto de retos al que se enfrenta la Unión Europea se trata de una crisis EN LA integración que eventualmente podría fortalecer y profundizar el proyecto de integración. Y, los próximos pasos necesarios en la integración europea generarán el apropiado liderazgo.

3. Los argumentos en contra de esta hipótesis están basados en la primacía de una perspectiva nacional estática. Mientras la crisis fiscal que se inició en 2008/09 pone a prueba la confianza depositada en el proyecto europeo, la mayoría de los voluntarios recurrirán finalmente al probado sistema político que combina identidad, democracia y rendición de cuentas: sus respectivos estados-nación. La UE podría implosionar en la ausencia de una identidad transnacional, solidaridad y democracia. En el mejor de los casos, se evaporaría en la marginalidad. El argumento a favor de la hipótesis opuesta y sin sentido, de que el actual conjunto de retos constituye una constructiva crisis en la integración – está inicialmente apoyada en la asunción normativa de que la voluntad política de continuar con la Unión Europea y su promesa de una "cada vez más profunda Unión" entre sus estados y pueblos es inevitable si Europa quiere controlar su destino en un mundo cada vez más cambiante. En segundo lugar, el argumento está apoyado en la asunción funcional de que la integración Europea ha alcanzado un estado de irreversible solidez institucional que será inevitablemente seguido por las estructuras y respuestas apropiadas. En tercer lugar, el argumento está dirigido por una reformulación de la naturaleza de la crisis actual en contra de las perspectivas que de manera desafortunada están demasiado a menudo moldeadas por el inmediato bombo mediático y la cacofonía política.

4. La versión taquigráfica de los medios para la definición de la crisis actual hace referencia a una crisis del euro, a un sentido de desconexión entre las percepciones y perspectivas de los diferentes estados miembros de la UE, a una cierta re-nacionalización de la política europea y, más importante aún, de actitudes europeas. La situación actual, bajo esta perspectiva, avanza los límites de la integración europea. Parece poner el foco en las debilidades de

# Argonautas Argentina, San Luis, Año 2, N° 2, Julio 2012

un proyecto carente de identidad a largo plazo y del compromiso transformativo de un liderazgo común.

El contra-argumento dice así: en el origen de la actual crisis están los graves fracasos en las políticas de varios estados miembros. La UE y sus instituciones no son los responsables, si no los actores nacionales que mantienen prisionera a la UE con sus políticas irresponsables a costa de sus vecinos. La UE no hace frente a una crisis del euro, si no a una crisis de la deuda soberana de varios estados miembros que han practicado políticas de sobre-gasto durante mucho tiempo, ayudados por bancos en otros estados miembros que han empujado a esos países a convertirse en adictos a lo que serían créditos blandos sin tener un nivel suficiente de productividad, competitividad yusteridad fiscal.

En realidad, es posible argumentar que la crisis de la deuda soberana de la UE ha manifestado y agravado la inapropiada asimetría entre una europeizada unión monetaria, compartida hoy por 17 estados miembros de la UE y la continua primacia de los gobiernos nacionales en las decisiones macroeconómicas y la observación de la ley. El fracaso de la implementación de los ambiciosos objetivos de la Agenda de Lisboa de 2000 – que pretendía hacer de la UE la economía del conocimiento más dinámica del mundo- tiene su origen en el insuficiente cumplimiento por parte de los estados miembros de las reformas estructurales necesarias. El mismo final puede esperarse a la revisada Agenda de Lisboa de 2010 si la unión monetaria no va acompañada de una unión económica en toda regla. Llamémosla gobernanza económica o piensen en la propuesta del Ex-Presidente del Banco Central Europeo, Trichet, de crear un Ministerio Europeo de Finanzas, pero la alternativa es evidente: o bien la Unión Europea continúa haciéndose cargo de asimetrías económicas y fiscales, o es capaz de enmarcar dichas asimetrías entre economías fuertes y débiles, exportadoras y no competitivas en un verdadero sistema federal de toma de decisiones y obediencia de la ley.

5. La actual encrucijada en la integración europea es un examen a la confianza y la solidaridad. Durante más de doscientos años, el pensamiento político en Europa se concentraba en las nociones de libertad y en variaciones de las ideas de igualdad y justicia. La tercera categoría normativa asociada con el legado de la Revolución Francesa, solidaridad, ha sido abandonada. No ha sido europeizada. Y en su connotación más teológica, espiritual y religiosa – como hermandad- no ha sido politizada. Confianza y solidaridad no pueden ser impuestas ni pueden ser prescritas sin entender su reciprocidad. La idea de confianza y solidaridad es un dar y recibir, una calle de doble sentido en la que ambas partes se ponen de acuerdo en una promesa de consenso predecible, seguro y reciproco; sobre los derechos y deberes relacionados con un concepto viable y sostenible de confianza y solidaridad.

En términos reales, esto significa que todos los estados miembros de la UE necesitan tratarse como socios – incluyendo un respeto total por las normas, reglas y principios políticos comúnmente adoptados. Al final, esto es lo que han hecho los contribuidores netos a un rescate de los países con una deuda soberana excesiva. Es lo que esperan que hagan los países receptores de transferencias de recursos de la Unión cuando aplican las estrictas medidas de austeridad que permiten a dichos países regresar a niveles de credibilidad fiscal en sintonía con las normas de la UE y los criterios de las agencias internacionales de calificación crediticia.

La parte más difícil es preparar dichas operaciones de una manera que generen apoyo y legitimidad en las respectivas sociedades. Desde que la Unión Europea ha ido más allá de las mecánicas de una unión de estados, sus políticas afectan profundamente la vida de los ciudadanos y los contribuyentes de toda la UE. Su mutua interdependencia no ha sido nunca puesta a prueba como ahora con la actual crisis de la deuda soberana y los programas de rescate de la UE. El frágil nivel de solidaridad y confianza mutual entre la ciudadanía permanece la mayor responsabilidad para la UE, probablemente en los años venideros. Probablemente, será solo entonces cuando sea posible que la medida fiscal más integracionista para tratar con situaciones similares en el futuro – la creación de los euro-bonos- gane aceptación en la Zona Euro.

6. La UE y los bancos han decidido reducir a la mitad la deuda de Grecia. Muchos economistas vaticinan que una eventual reestructuración de la otra mitad de la deuda soberana griega sea inevitable. Los políticos intentan empujar tal inevitable situación hacia 2013 cuando el Mecanismo Europeo de Estabilidad Financiera, con la responsabilidad conjunta del sector público y el sector bancario privado esté en vigor. Una restructuración organizada de la deuda en el seno de una unión monetaria no ha ocurrido nunca anteriormente. La precaución y las dudas sobre avanzar hacia tal decisión son más que comprensibles. El temor de que una reestructuración de la deuda soberana griega pudiera desencadenar un efecto similar en otros estados miembros es notorio, especialmente con relación a Italia.

Por ahora, sólo tres opciones más allá del nivel de las medidas técnicas para tratar con las causas subyacentes de la crisis de la deuda Europea son factibles:

(a) Condonaciones limitadas y continuas sin claras reestructuraciones de la deuda. Como consecuencia, los inversores deberían aceptar que los países de la Eurozona no quieren o no pueden hacerse cargo de los excesos de gasto en algunos estados miembros. Sin disciplina fiscal, la inversión no entraría en la Zona Euro o incluso la abandonaría. Para prevenir la importación de la inflación, los tipos de interés deberían aumentarse – esto a su vez prolongaría e incluso agravaría la crisis de la deuda.

(b) La gestión de la crisis llevada a cabo por la UE desde 2010 no parará la rueda de la crisis y una quiebra de Grecia (y posiblemente de otros países de la Zona Euro con excesivos niveles de endeudamiento) podría ocurrir, a pesar de todas las medidas políticas actuales. Debido a que los bancos prestamistas están gravemente afectados, una avalancha de quiebras bancarias y nacionalizaciones podría tener lugar. El resultado sería un desmoronamiento de la cohesión en la actual Zona Euro con la salida de algunos países y/o el surgimiento de un sistema monetario de dos niveles. El final del mercado único tendría efectos desastrosos en la credibilidad global y en la cohesión interna de Europa.

(c) De esta crisis podría surgir una nueva y sustancial ola de federalismo económico y político. Esto podría incluir un robusto sistema de gobernanza económica, incluyendo la imposición de reglas fiscales y medidas de austeridad, la introducción de euro-bonos y un nuevo y sofisticado sistema regulatorio financiero que evite la reaparición de otra crisis como la actual. En realidad, los estados miembros de la UE irían pasando más soberanía económica y política a los órganos de la Unión Europea. La UE avanzaría de esta manera hacia un gobierno económico y, finalmente, político común.

7. Actualmente, los 17 gobiernos de la Zona Euro engloban a 40 partidos políticos. Un amplio espectro de intereses y posiciones políticas están representados, haciendo eco de un amplio espectro de orientaciones políticas. A pesar de las innovaciones que el Tratado de Lisboa ha traído a la interacción entre los órganos de la UE y los parlamentos nacionales, los vínculos sociológicos entre las sociedades de la UE no han experimentado tal progreso. Las elecciones se ganan o pierden en los estados miembros, incluidas las elecciones al Parlamento Europeo. Por ello, es fácil culpar a "Bruselas" por cualquier situación incómoda o perversa mientras los gobiernos nacionales quieran ser elegidos por cualquier cosa que funcione bien en la UE. Mientras no haya partidos políticos de ámbito europeo que compitan para obtener una mayoría en el Parlamento Europeo (que entonces sería capaz de hacer rendir cuentas al Consejo Europeo por cualquier decisión u omisión importante para la UE) el sistema de la UE permanecerá como un híbrido y será inconcluso.

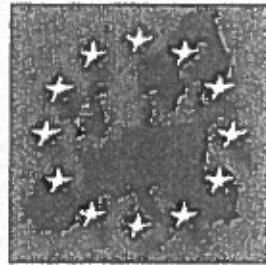
Durante bastantes años, el establecimiento de una fuente de ingresos directa para la UE continuará siendo la prueba más crucial para superar las actuales deficiencias estructurales. Hasta el momento, los estados miembros de la UE son muy reacios a aceptar propuestas de la Comisión Europea, apoyada por el Parlamento Europeo, para establecer un impuesto directo europeo – incluso si ascendiese a tan sólo un uno por ciento del actual tramo europeo del impuesto al valor agregado y por supuesto significaría una reducción proporcional de las aportaciones nacionales directas al presupuesto de la UE. Por ahora, la UE práctica lo contrario de la máxima que desencadenó la Guerra de la Independencia de los Estados Unidos: mientras en Norteamérica, el grito de guerra de los padres fundadores era el de "ningún impuesto sin representación", un análisis de la UE actual y su parlamento debería concluir lo siguiente: A pesar de los mecanismos generales de decisión más o menos basados en la co-decisión entre el Parlamento Europeo y el Consejo Europeo, la realidad es la de una "representación sin impuestos". Esta situación no es sostenible si se quiere incrementar la responsabilidad en asuntos fiscales en la UE.

8. El estado actual de la integración europea está sufriendo intrínsecamente de una actitud muy extendida de percibir la Unión Europea desde sus límites y no desde sus oportunidades. Internamente, esta actitud miope se traduce en populismo; externamente, se traduce en una moda que perciba las tendencias globales como amenazas más que como oportunidades para asociaciones transformativas. Esto es especialmente visible (y desplorable) en las reacciones dubitativas y burocráticas de la UE – en los niveles de los órganos de la Unión, estados miembros, sociedad civil y los medios de comunicación – sobre la Primavera Árabe de 2011. En lugar de abrazar la genuina búsqueda de dignidad, libertad y derechos universales del hombre expresados por las juventudes no violentas pero frustradas a lo largo del mundo árabe, la Primavera Árabe generó en Europa una especie de mezcla de escepticismo basado en el esperar y ver, de fijación por los problemas migratorios y de impotencia a la hora de convertir la Primavera Árabe en un elemento estratégico para crear una nueva asociación para la transformación democrática del mundo árabe, todo ello en conjunto con una nueva y proactiva iniciativa para revitalizar las estancadas negociaciones de paz en Oriente Medio, que por un lado persiga la solución de dos estados con reconocimiento y garantías de seguridad para Israel, y por el otro un estado palestino viable. Bajo el actual marco conceptual europeo, es poco probable que la UE en su totalidad, haga cualquier movimiento en cualquier dirección sobre las negociaciones de acceso con Turquía. Mientras muchas sociedades sigan viendo a Europa desde sus límites, sus líderes no adoptarán políticas que acepten la oportunidad y fomenten la visión. Por lo tanto, el asunto turco continuará siendo tratado como en los últimos años desde que se abrieron formalmente las negociaciones en 2005: las negociaciones continuarán ya que nadie quiere ser culpado de cualquier efecto negativo que siguiera a una eventual paralización de las negociaciones, mientras que al mismo tiempo, las negociaciones de acceso permanecerán inconclusas ya que nadie quiere tener el coraje de hacer avanzar realmente la agenda. En la actualidad, la frustración organizada es el mejor escenario en las relaciones UE-Turquía.

9. Ningún analista o actor político sería capaz de avanzarse tres pasos en un proceso político que se alarga durante años o incluso décadas. Cuando la Comunidad Económica Europea se fundó en 1957, sólo unos pocos con mucha visión y compromiso estaban convencidos de que en unas décadas una moneda común se convertiría en la lógica e inevitable expresión del camino que se inició con los Tratados de Roma. Cuando el Tratado de Maastricht de 1991 preparó finalmente el escenario para la introducción del euro, nadie era capaz de anticipar los grandes desarrollos posteriores: las reticencias de los líderes nacionales a sincronizar una unión económica y monetaria con una unión política estaba principalmente basada en la asunción de que una moneda común podía existir sin una política exterior común. En 2001, cuando la UE ya había introducido el euro, el desastrosa escándalo de cuatro grecas en los Balcanes abrió los ojos de aquellos escépticos de la necesidad de Europa de contar con una Política Exterior y de Seguridad Común para proyectar sus valores y principios más allá de sus inmediatas fronteras. En 2011, la UE se encuentra de nuevo a sí misma en una doble prueba de choque: ninguna unión monetaria puede funcionar sin gobernanza económica y ninguna política exterior y de seguridad puede funcionar sin unos verdaderos consensos y puntos de vista estratégicos. No fue coincidencia que la crisis sobre la deuda griega y el antagonismo entre Alemania, Francia e Inglaterra sobre la intervención humanitaria para llevar a su fin al régimen dictatorial libio de Gaddafi pasaran al mismo tiempo. Ambos parecieron durante demasiado tiempo ser asuntos secundarios para el buen funcionamiento y bienestar del núcleo de Europa. Fue un doble error. Ahora más que nunca, la cohesión de la política interna y el posicionamiento estratégico global coherente van de la mano. Son dos caras de la misma moneda. Se retroalimentan ya sea en forma de soluciones que surgen de pensar en categorías de límites o soluciones que surgen de pensar en categorías de oportunidades. Maastricht 1991 – Grecia 2011– queda por ver qué apariencia tendrá Europa de cuestas adentro y cómo operará globalmente en 2031. Sólo sabemos que para entonces, el peso de Europa sobre la población global se habrá reducido más aún (hasta aproximadamente un siete por ciento). Si Europa quiere seguir siendo dueña de su propio destino, la Unión Europea necesitará convertirse en un sistema verdaderamente federal por elección o bien se convertirá en una fuerza marginal por destino.

10. Desde el final de la Guerra Fría, la Integración regional se ha convertido en un nuevo elemento del orden mundial. Las agrupaciones regionales más antiguas han sido revisadas, otras nuevas, destacando MERCOSUR, han sido fundadas. A menudo la Unión Europea sirvió como punto de referencia, si no como modelo. Ha llegado el momento para la UE de aprender de los demás: desde el pensamiento estratégico de los EE.UU. o el dinamismo optimista de China, India y América Latina hasta la búsqueda del renacimiento de África. Este cambio de actitud no es un juego de suma-cero. No es simplemente sobre el cambio en los poderes globales ni tampoco sobre él a menudo mencionado declive de Occidente. El cambio necesario de actitud es sobre cómo adelantar los ingredientes normativos y legales, institucionales y estructurales, procesales y políticos de la gobernanza global que están a la altura de los retos y oportunidades del siglo XXI. La Unión Europea tiene un lugar en este proceso de configuración de la globalidad como un catálogo de experiencias, como una fuente de diversidad en la unidad, como inspiración para lidiar con los retos y como vara de medir para gestionar los cambios en el contexto regional. Las relaciones UE-MERCOSUR están en una encrucijada. Hasta el momento, estas visionarias relaciones bilaterales han sido desarrolladas de una manera miope. El establecimiento de relaciones comerciales bilaterales ha estado en el centro de las relaciones MERCOSUR-UE desde el inicio de los años 90. Las negociaciones sobre un acuerdo de asociación bilateral se paralizó por los obstáculos usuales que ya conocemos todos bien, con origen en las responsabilidades domésticas y las percepciones fragmentadas de cada una de las agrupaciones sobre sus respectivos roles globales. Ha llegado el momento de un renovado inicio bilateral basado en reciprocidad y asociación, basado en un compromiso guiado por el deseo mutuo de compartir experiencias para establecer una comunidad conjunta de aprendizaje. El nuevo inicio debe también ser de mayor amplitud que la agenda anterior, yendo más allá de los obstáculos comerciales, subsidios a la agricultura o de otro tipo o comunicados diplomáticos de carácter ritual. Hemos entrado en la era de la pos-pos Guerra Fría, las relaciones bilaterales entre MERCOSUR y la Unión Europea deben reflejar y conformar esta nueva era. Estas relaciones deben ser estratégicas y amplias, deben incluir dimensiones políticas, económicas y sociales. Juntos, MERCOSUR y la UE deben en primer lugar y principalmente reconectar sus respectivas ambiciones con sus respectivas poblaciones. Seguidamente, deben enmarcar sus respectivas ambiciones de una manera que permita a ambas agrupaciones realizar una contribución a la gobernanza global. Haciéndolo, MERCOSUR y la Unión Europea deben demostrar su valor agregado, para sus propios ciudadanos y para el conjunto de la Humanidad.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt. (lkuehnhardt@uni-bonn.de)  
Universität Bonn, ZEI (Alemania)



**"Diskus" - Kurswechsel in der Europapolitik?**

In der Ausgabe von "Diskurs" gibt es dieses Mal einen Mitschnitt der Podiumsdiskussion vom 31. Mai in der Villa Lessing. Zu hören am Freitag, 20. Juli, um 19.15 Uhr, auf SR 2 KulturRadio.

(13.07.2012) Die deutsch-französischen Beziehungen nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich waren das Thema einer Podiumsdiskussion am 31. Mai in der Villa Lessing in Saarbrücken mit Dr. Gregor Halmes, Universität des Saarlandes, Gérard Foussier, Präsident des Bureau International de Liaison et de Documentation/Chefredakteur "Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog" und Dr. Andreas Marchetti, Zentrum für europäische Integrationsforschung, Uni Bonn. Moderiert wurde die Diskussion von Lisa Huth.

Ein Mitschnitt dieser Podiumsdiskussion ist zu hören in der Sendung "Diskurs" am Freitag, 20. Juli, 19.15 Uhr, auf SR 2 KulturRadio.

## BMBF, Internationales Büro, Bonn, 20.07.2012

Forschungskooperation zwischen dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn und dem West Africa Institute (WAI), Praia

**Förderkennzeichen:** AFR 10/001

**Projektdauer:** 01.06.2010 - 31.12.2011

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) beabsichtigt den Aufbau des West Africa Institute (WAI) in Praia, Kap Verden zu begleiten und die Entwicklung des WAI zu einer sich selbst tragenden wissenschaftlichen Institution der Analyse und nachhaltigen Förderung regionaler Integration in Westafrika zu ermöglichen. Regionale Integration ist in Westafrika ein wichtiges Instrument, um Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. Die Economic Community of West African States (ECOWAS) hat sich seit 1975 von einer zunächst auf wirtschaftliche Fragen beschränkten Organisation zu einem wichtigen politischen Akteur entwickelt. Um weiter vorhandene Fehlentwicklungen in diesem Prozess zu erkennen und erfolgreiche Ansätze zu verstetigen, wurde 2008 die Gründung des WAI als erstem Forschungsinstitut und Think-Tank zu diesem Themenbereich beschlossen. Im Sinne der Internationalisierungsstrategie des BMBF wird das ZEI in einer auf 5 Jahre angelegten Forschungskooperation den Aufbau des Instituts anhand von konkreten Projekten betreuen. Ziel der Anbauphase ist es dabei Haupthindernisse gelungener Integration in Westafrika im Lichte europäischer Erfahrungen zu identifizieren.

**Projektpartner Deutschland:**

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn  
Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Walter-Flex-Str. 3  
53113 Bonn  
Herr Prof. Dr. Ludger Kühnhardt  
Telefon: 0228/731801  
Fax: 0228/731802  
[l.kuehnhardt@uni-bonn.de](mailto:l.kuehnhardt@uni-bonn.de)

**Ausländischer Projektpartner:**

West Africa Institute  
West Africa Institute  
Edificio das Naes Unidas, Achada de Santo Antnio  
304 Praia, Kap Verden, Sonstige  
Herr Dr. Andre Corsino Tolentino  
Telefon: 00238 2607879  
[tolentino.corsino@gmail.com](mailto:tolentino.corsino@gmail.com)

# Warnung vor den Technokraten

Große Demokratiedefizite werden innerhalb der Europäischen Union erkannt

In zehn Jahren haben wir keinen deutschen Historikertag mehr, sondern einen europäischen, keinen deutschen Kirchentag, sondern einen europäischen und keine deutsche Olympiamannschaft, sondern eine europäische“ – dessen war sich Ludger Kühnhardt (Bonn), auf die Frage, wie Europa in zehn Jahren aussieht, sicher. Mit dieser Überzeugung stand er aber allein unter den Diskutanten des Podiums „Scheitert Europa, scheitert der Euro? Euro-Krise und deutsche Frage – historische Dimensionen und Perspektiven“.

Angefangen hatte alles mit Konfusion, denn trotz der Aktualität der Frage und der Tatsache, dass die Diskussion die einzige Veranstaltung zu der Zeit war, wurden die Veranstalter vom Publikumszuspruch überrascht und mussten in einen größeren Hörsaal umziehen, dessen 350 Plätze dann auch fast gänzlich besetzt waren. Den Einstieg in die Debatte, die von Klaus Wiegrefe (Spiegel) geleitet wurde, bot die aktuelle Frage, ob besonders in den südeuropäischen Staaten eigentlich für überwunden gehaltene Deutschland-Bilder aktiviert würden. Andreas Wirsching (München) stimmte dem zu, habe Deutschland durch seine Haltung in der Krise doch Vertrauen in diesen Ländern verloren. Er machte allerdings auch klar, dass es eine Kluft in der Deutschland-Wahrnehmung zwischen den politischen Eliten und der Boulevardpresse gebe und man die Bilder vom hässlichen Deutschen nicht unbedingt ernst nehmen sollte. Andreas Rödder (Mainz) kam auf das Strukturproblem zu sprechen, dass Deutschland zu groß sei, um sich Europa unterzuordnen, aber zu klein, um es zu dominieren. Otto Depenheuer (Köln) sah denn auch die Gemeinschaftswährung als Versuch, just dieses Problem zu lösen und Deutschland in Europa einzubinden.

Im Folgenden schälten sich zwei große Problempunkte heraus. Zum einen sei Europa bis zur deutschen Wiedervereinigung ein Elitenprojekt gewesen. Die Bürger hätten kaum Anteil daran gehabt, und eine europäische Öffentlichkeit habe es nie gegeben. Erst seit Beginn der Krise werde über Europa diskutiert. Dies ist laut Depenheuer vor allem darauf zurückzuführen, dass die Bürger das Gefühl haben, dass besonders in der europäischen Zentralbank Leute entscheiden, die über keinerlei demokratische Legitimität verfügen. Dieses Demokratiedefizit sieht er überall in der Europäischen Union. Er warnte davor, dass

die deutsche Souveränität verloren gehen könnte, es dürfe nicht passieren, dass die Europäische Union in eine Technokratie abgleite, die Selbstbestimmung der Bürger müsse auch gegen Technokraten gesichert werden. Diesem Argument schloss sich Kühnhardt an, der erklärte, es sei an der Zeit, in der Europäischen Union einen neuen Sozialvertrag auszuhandeln.

Das andere große Problem, das die Teilnehmer ausmachten, waren die verschiedenen Politikvorstellungen in Europa. Deutschlands Politik sei vor allem von der Furcht vor Inflation bestimmt gewesen, so Wirsching. Diesen Gedanken habe Bundeskanzler Kohl in den Verhandlungen auch den europäischen Partnern aufdrücken können. Sei die deutsche Politik bis in die neunziger Jahre auch noch in der Lage gewesen, auf die Einhaltung dieser Kriterien zu pochen, so sei dies mittlerweile nicht mehr möglich.

Die strikte Einhaltung solcher Politik berge die Gefahr einer Isolierung – ein Dementi von sechzig Jahren Nachkriegsgeschichte. In diesem Sinne stellte er das Beharren auf der Stabilitätspolitik als europäisches Mittel der Wahl in Frage. Rödder replizierte etwas sarkastisch, man könne das Einwilligen in eine Inflationspolitik ja als Teil der deutschen Vergangenheitsbewältigung betrachten. Für ihn lag das Problem vielmehr darin, dass es in Deutschland ein kulturelles Missverständnis gebe. Einerseits habe man die Bedeutung des Nationalstaates unterschätzt, denn für die Franzosen sei es das Normalste von der Welt, auch in Zeiten europäischer Integration nationale Interessen zu verfolgen. Andererseits habe man zu sehr auf den Maastrichter Vertrag vertraut. In anderen Ländern bestimmte aber das Prinzip der Politik über die Einhaltung von Verträgen.

Nach der zehnjährigen Perspektive gefragt, stimmten die Teilnehmer zwar darin überein, dass die gegenwärtige Krise wahrscheinlich zu einer weiteren Vertiefung der europäischen Integration führen werde, es waren aber nicht alle so optimistisch wie Kühnhardt. Rödder und Wirsching waren sich einig, dass auch in zehn Jahren noch die quälende Europa-Debatte geführt wird und die Einigung nur in sehr langsamem Schritten vorankommen werde. Depenheuer plädierte dagegen dafür, endlich zu klären, wer rechtlich für Deutschland das letzte Wort habe – Karlsruhe oder Luxemburg. Sollte die Antwort Luxemburg sein, dann sehe er in zehn Jahren den Verlust der deutschen Souveränität voraus.

OLIVER KÜHN

글로벌 경제 5대 이슈 진단 (5 끝) 유럽위기

루트거 쿤하르트 유럽통합연구소장

현재 위기는 통화위기 아닌 일부국가의 채무상환 위기... 재정 정치통합 서둘러야



“재정난에 처한 유로존(유로화 사용 17개국)이 맞을 최악의 위기는 회원국 사이에서 포퓰리즘(대중인기형합주의) 정책 경쟁이 벌어지는 것이다.” 유럽 통합 전문가인 루트거 쿤하르트 유럽통합연구소장(사진)은 “유로존에 가장 필요한 것은 헬무트 쿠 전 독일 총리와 프랑수아 미테랑 전 프랑스 대통령이 가졌던 합의적 리더십”이라며 이같이 말했다. 독일 본대 교수인 그는 “현재 유로존 위기라고 불리는 것은 단일통화 유로의 위기가 아니라 일부 국가들의 채무상환 위기일 뿐”이라고 진단했다. 쿤하르트 소장은 “유로는 유럽 통합을 위한 뛰어난 아이디어였다”며 “이번 위기를 뚫고 뚫고 둘쳐 견뎌낸다면 유로의 미래는 밝을 것”이라고 주장했다.

#### ▶ 유로존 위기의 근본적 원인은.

“유로를 처음 설계할 때 유로존 리더들은 통화 통합만 구상했을 뿐 정치적 통합에 대해선 고려하지 않았다. 정책적 메커니즘을 만드는데 소홀했다. 통화만 묶어놓고 정책이 따라주지 않으니 어려움이 커질 수밖에 없다.”

#### ▶ 유로 자체의 한계는 아닐까.

“세계 경제 지형에서 유럽의 위치를 재설정하기 위해선 유로라는 단일통화가 꽤 필요했다. 2차 대전 직후 세계 경제에서 차지하는 유럽 경제의 비중은 25%였지만 지금은 9%밖에 되지 않는다. 지금 한 나라 혼자 할 수 있는 것이란 거의 없다. 유로에 대한 불신과 공포가 시장을 지배하는 것을 경계해야 한다. 이번 위기로 유로존은 더 강하게 뮤일 계기를 얻었다고 볼 수도 있다.”

#### ▶ 재정 통합을 말하는 것인가.

“그렇다. 유로존 내부에서 더 큰 유럽 정부를 요구하는 목소리가 커지고 있다. 재정 통합은 바람직하며 실현 가능한 일이다. 그러나 뭉뚱그려 생각할 것이 아니라 여러 부분으로 나눠 생각할 필요가 있다. 투명화는 어떻게 달성할 것인지, 공공지출에 대한 승인권은 어디에 줄 것인지, 정부 구성은 어떻게 단순화할 것인지, 연방 재정기관의 통합은 어떤 방식으로 할 것인지 등 세부적인 문제를 하나씩 해결해가야 한다.”

>현재 유럽연합(EU)이 제대로 역할을 못하고 있다는 지적으로 들린다.

"EU는 매우 관료주의적이다. 정치 통합에 대한 실질적인 논의를 전전시켜야 한다. 최근 조제 마누엘 바흐 주 EU 집행위원장도 'EU연방'을 만들자는 제안을 했다. 연방정부가 유럽의 정책을 결정하고 효율적으로 조정하자는 것이다. 도발적인 제안이지만 회원국 간 긴밀한 협력을 위해선 궁극적으로 정치 통합이 필요하다. 그 과정에서

분열적 리더십이 아닌 합의적 리더십이 부각될 것이다."

>단일 통화로 독일만이 이득을 보고 있다는 시각도 있는데.

"철저히 잘못됐으며 매우 위험한 시각이다. 유로존 체제는 작은 국가일수록 더 큰 이득을 본다. 유로존에 속해 세계에서 정치적 발언권도 커지고 경제적 시장도 더 넓어졌기 때문이다. 독일같이 큰 나라들은 유로존 체제를 유지시켜야 하는 막중한 책임을 져야 한다."

>유로존 최악의 시나리오는 될까.

"각 국가에서 서로 다른 형식의 포퓰리즘 정책 경쟁이 일어나는 것이다. 서로 앞서 달리려고 경쟁할 수 있다. 이 경쟁의 마지막은 막다른 골목일 뿐이다. 금메달은 없다. 결국 모두 다치는 사고가 날 것이다. 공포라는 감정과 포퓰리즘이 위기의 빈 자리를 차지하도록 내버려둬선 안 된다. 현재 유로존 정치인들은 '성장·이란 단어를 현실적인 방안 없이 레토릭(정치적 수사)으로만 쓰고 있다. 포퓰리즘에 침몰리기 전에 '누구를 위한 성장인가'를 자문해야 한다."

루트거 쿤하르트는 누구...유럽의회 자문 말아

유럽 통합 연구에 정통한 독일의 사회학자다. 유럽통합연구소(ZEI) 소장과 유럽의회 자문역을 맡고 있다. 리하르트 폰 바이츠재커 전 독일 대통령의 언설문 작성을 담당했다. 미국 다트머스대, 스텝퍼드대에서 강의했으며 2004년 서울대 교환교수로 재직하기도 했다. 저서 '유럽 통합의 위기'가 유명하다.

본(독일)=고온이 기자 koko@hankyung.com

Courtesy Translation Korean Embassy, Bonn

## GREAT Insights, Vol. 1, Issue 9, November 2012

*Over the last two years, the regional integration agenda in West Africa, or more precisely, the agenda of the Economic Community of West African States (ECOWAS) has been dominated by the issue of conflict management. Beginning with the turmoil in Côte d'Ivoire at end of 2010, the region has not been able to escape from a series of troubles which are still ongoing in Mali and Guinea-Bissau. For ECOWAS, as the principal regional political actor, these problems are the top priority. This focus reflects the history of the regional grouping but also reveals shortcomings.*

### Background

Initially created in 1975 to boost intra-regional trade among West African States and to enhance cooperation for development, ECOWAS first became known through its peacekeeping efforts during the civil wars in Liberia and Sierra Leone in the 1990s. While progress in the economic sphere is very slow and deadlines for the completion of a common external tariff and the installation of a single currency are regularly postponed, ECOWAS achievements have mainly focused on peacekeeping and security. It has become somewhat of a model in this sector, particularly because of a huge conceptual output and by integrating into the African Peace and Security Architecture (APSA). However, the practical performance of ECOWAS so far is average. It will be tested again in Mali now.

### Obstacles – The problem of policy formulation

While in Europe, crises have time and again pushed the integration process forward, the permanent state of crisis in West Africa seems to prevent significant progress. It is true that some measures have been implemented like, for example the transformation of the ECOWAS Secretariat into a Commission, following the EU model. In spite of this, a major problem in West African regional integration continues to be the formulation of effective policies. For this, several reasons can be mentioned: first, a comparatively low economic and political interdependence of West African countries which hampers interest creation for regional solutions. Second, exaggerated ambitions contradicting with a striking lack of capacities and resources. Moreover, the little capacities often seem to be uncoordinated and sometimes badly managed.

Apart from these structural shortcomings, the monopolistic setting of decision-making and the vested interests of the Member States are often transferred to the regional level. This is also because the regional integration process in West Africa is and has always been a project of "political elites". European integration has also been an "elite process", and this has contributed positively to the continuity of the integration process. However, the "driving forces" not only came from the political but also from the private sector. In West Africa, it is this "drive" that is missing. ECOWAS is aware of this fact. It is pursuing the goal of transforming ECOWAS of States into an ECOWAS of the people by 2020. However, as in other policy fields, this ambitious plan does not yet match with current realities. Reform needs time, but more could be done. The pluralistic societal setting is not missing, but it is somewhat unconnected to decision-making in ECOWAS.

## GREAT Insights, Vol. 1, Issue 9, November 2012

### Steps forward

How can these shortcomings be addressed? An external and an internal perspective should be distinguished. The influence of foreign powers on West Africa, even 50 years after the end of colonialism, is still high. However, as West African stakeholders continue to emphasize, the number of alternatives has increased because of the growing interest of emerging powers like China, India and Brazil. The relationships of ECOWAS, either with the EU or with the emerging powers may still be of an asymmetric nature but interdependence has increased. This new leverage can be an incentive to develop strategies on how to jointly profit from the new opportunities. This kind of West African regional foreign policy is missing so far.

The main problems from an internal perspective have already been outlined above: a lack of institutional coherence and coordination, a lack of resources, exaggerated strategic ambitions and little inclusiveness. These circumstances negatively affect policy formulation. Therefore, first of all, there is a need to have a more knowledge-based regional decision-making so as to achieve sustainable results and to avoid disappointment. Only on the basis of a clear and realistic assessment of policies and their determining factors, is it possible to develop approaches in a pragmatic way. This connection between academia, think-tank work and politics is widely missing in West Africa.

Even without a more detailed analysis, there are already several suggestions that can be made in the short and medium term: a more targeted capacity development to train qualified human resources to work for regional integration; the establishment of innovative structures for dialogue within and between ECOWAS institutions as well as between ECOWAS, the private sector and civil society; the strengthening of institutions like the ECOWAS Court of Justice and the inclusion of independent research and analysis. These measures can contribute to constrain monopolistic structures of decision-making, to increase the legitimacy and transparency of regional policies and also to balance the one-sided focus on peace and conflict issues.

This article summarizes part of the outcome of the first study meeting in the framework of the ZEI-WAI research cooperation on "Sustainable regional integration in West Africa and Europe" held in Praia from 1-2 October 2012, a 2012-2016 project sponsored by the German Federal Ministry of Education and Research (BMBF); see [www.zei.de](http://www.zei.de).

*Matthias Vogl is a Junior Fellow at the Center for European Integration Studies (ZEI), Bonn, Germany and Dr. Wautabouna Ouattara is Program Director at the West Africa Institute (WAI), Praia, Cape Verde.*

## **Luftwaffe.de, Kalkar, 16.11.2012**

### **Mit der notwendigen Prise Humor, durch den Wintervortrag**

Die Wintervortragsreihe am Luftwaffenstandort Kalkar / Uedem erlebte einen gelungenen Auftakt unter dem Thema „Türkei: 60 Jahre NATO-Beitritt- neue Orientierung jenseits des Westens“, General Wundrak referierte mit Dr. Andreas Marchetti ein Nah-Ost-Experte der Universität Bonn. Fast 250 Gäste wohnten der traditionsreichen Veranstaltung des Kommandos Operative Führung Luftstreitkräfte bei.



Brigadegeneral a. D. Wolfgang Baltes mit dem Referenten, Dr. Andreas Marchetti nach dem Vortrag bei der Diskussionsrunde (Quelle: Archiv/Klaus Sattler)

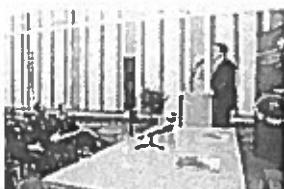
Einen gelungenen Start erlebte die Wintervortragsreihe in der von-Seydlitz-Kaserne Kalkar, die seit vielen Jahren sehr erfolgreich durch die Luftwaffe in Kalkar und Uedem gemeinsam mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft durchgeführt wird. Fast 250 Gäste durften der Kommandeur des Kommandos Operative Führung Luftstreitkräfte, Generalleutnant Joachim Wundrak, und der Regionalleiter Niederrhein der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, Brigadegeneral a. D. Wolfgang Baltes, zum Auftakt begrüßen. Als Referenten konnten die beiden Gastgeber Dr. Andreas Marchetti vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn präsentieren. Als ausgewiesener Nah-Ost-Experte war er der richtige Mann für das Thema: Türkei: 60 Jahre NATO-Beitritt – neue Orientierung jenseits des Westens.



Dr. Andreas Marchetti ist Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn. (Quelle: Archiv/Klaus Sattler)

### **Humor und Fachwissen**

Mit der notwendigen Prise Humor und beeindruckendem Fachwissen zeigte Dr. Marchetti – der sich selbst als Italiener in der vierten Generation, und damit als Beispiel für gelungene Integration vorstellte – den langen Weg der Türkei nach Westen auf. Die Gründe für den schleppenden Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union seien auf beiden Seiten zu finden, erklärte der Referent. „Die fehlende Anerkennung des EU-Mitglieds Zypern durch die Türkei stellt genauso ein Hindernis dar wie noch ungeklärte Minderheitenfragen“, so Marchetti. Auf der anderen Seite sei die Union in Sachen Beitritt auch erheblich schwerfälliger geworden: „Das“, so Dr. Marchetti, „ist der gewachsenen Größe der EU geschuldet.“



Generalleutnant Joachim Wundrak konnte mit Dr. Andreas Marchetti einen ausgewiesenen Nah-Ost-Experten als Referenten präsentieren. (Quelle: Archiv/Klaus Sattler)

### **Anerkennung und Argwohn**

Die Gefahr, dass sich die Türkei in Zukunft anders orientieren könne sieht der Fachmann durchaus. „Es gibt einige Anzeichen dafür“, so Marchetti, der die Abkühlung des Verhältnisses der Türkei zu Israel als ein Beispiel nannte: „Während die arabische Welt den Türken hierfür viel Anerkennung zollt, begegnet der Westen diesem Prozess eher argwöhnisch.“ Die Außenpolitischen Möglichkeiten der Türkei hätten sich durch die Umwälzungen in der arabischen Welt erweitert. „Dies macht eine aktiver Politik des Westens in Bezug auf die Türkei erforderlich“, so das Resümee des Referenten.

### **Fortsetzung im Januar**

Die lebhafte Diskussion im Anschluss an den Vortrag, und langanhaltender Applaus waren der Beleg dafür wie gut der Referent und auch sein Thema bei den Zuhörern angekommen waren. Ende Januar wird die Wintervortragsreihe fortgesetzt – im Mittelpunkt sollen dann die Veränderungen in der chinesischen Politik nach dem kürzlich erfolgten Machtwechsel im Reich der Mitte stehen.

Klaus Sattler

[http://www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/lut/p/c4/NYoxD4lwEEb\\_0V0xClGlyMLqoridpcHGciWXQxZ-vO3g95K3vA-fmGH6hok0JKalDxxcuLw2iBvQR1dgcm-8I9\\_owSX2WqyeNWRPQpoEiQaS1IFcoEw4mCqrjW1-a\\_az4f1dq6OXV9e8NInu0P0ejSQg!!/](http://www.luftwaffe.de/portal/a/luftwaffe/lut/p/c4/NYoxD4lwEEb_0V0xClGlyMLqoridpcHGciWXQxZ-vO3g95K3vA-fmGH6hok0JKalDxxcuLw2iBvQR1dgcm-8I9_owSX2WqyeNWRPQpoEiQaS1IFcoEw4mCqrjW1-a_az4f1dq6OXV9e8NInu0P0ejSQg!!/)

- 570 Stephan Stetter, Carlo Masala, Marina Karbowski (Hg.): *Was die EU im Innersten zusammenhält.* Debatten zur Legitimität und Effektivität supranationalen Regierens. 374 S., Nomos, Baden-Baden 2011, 39,- €.

Der anzuzeigende Band ist in dreifacher Hinsicht bemerkenswert. Zum ersten spiegelt er die Bemühungen eines guten Teils der Politischen Wissenschaft seit Beginn der 1990er Jahre wider, der rasant zunehmenden und immer verästelter werdenden europäischen Integration einen theoretischen Überbau zu verleihen, der sich zwingenderweise mit den Entwicklungen der EU selber weiterentwickeln mußte. In diesem Zusammenhang wurden die strengen fachdisziplinären Grenzziehungen innerhalb der Politischen Wissenschaft ebenso porös wie so manche dogmatisch aufgezogene „Schule“. Der Sammelband rekonstruiert dieses Auseinanderfallen des Anspruchs, die EU mit den Analysekategorien der internationalen Politik zu erfassen, während sie immer stärker zum Thema des Regierens und einer innovativen politischen Theorie wurde. Zum zweiten – und damit verbunden – zeigt der Sammelband den Entwicklungsprozeß innerhalb der Politischen Wissenschaft zu einer hochprofessionellen Spezialistenzunft, die sich zunehmend an amerikanischen Theoriemustern, -methoden und -begriffen orientiert. Die empirische Rückkopplung zu den Realerscheinungen der europäischen Einigung ist durchaus erhalten geblieben. Zuweilen aber entsteht eine Kluft zwischen einer immer kleinteiligeren, weithin dem Bereich der regulatorischen und verwaltungspolitischen Themen zugeordneten Wahl der behandelten bzw. zur Untermauerung des Theorems herangezogener Fallstudien einerseits und einer gewissen über-abstrahierten, zu dezidierte Allgemeingültigkeit und Theorie-optimierung anstrebbenden Reflexion andererseits. Der Preis der Professionalisierung ist offenbar die Verengung ins Mikroskopische. Zum dritten zeigt der Sammelband – der einen Querschnitt der mit Fragen der EU befaßten Aufsätze der Zeitschrift für Internationale Beziehungen aus den Jahren 1994 bis 2010 ediert – auf, wohin die Theoriereise in der Fachdisziplin der Internationalen Beziehungen im Verlauf der nächsten Jahre *wird* gehen können: Die EU als Teil des anhaltend embryonalen Weltregierungssystems zu analysieren und damit die Schlußfrage fortzuführen, mit der die Herausgeber den letzten der gesammelten Aufsätze (von Michèle Knodt) einführen: Wie wirkt sich das internationale System auf den Fortgang der EU aus? „Was die EU im Innersten zusammenhält“ ist immer mehr eine Funktion dessen, was sich in der Welt um die EU herum ändert. Auch insofern hängen die europäische Innenpolitik und der Fortgang der Weltpolitik zusammen – so wie die fachdisziplinären Säulen der Politischen Wissenschaft, deren punktgenaue Trennschärfe schwierig geworden ist.

Ludger Kühnhardt

# Kalkarer debattieren den Türkei-Beitritt

Die Türkei war das Thema beim Wintervortrag der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in der von-Seydlitz-Kaserne in Kalkar. Es sprach Dr. Andreas Marchetti vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn.

VON WERNER STALDER

KALKAR General Joachim Wundrak freute sich über das volle Haus zum Wintervortrag der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und des Luftwaffenstandortes Kalkar/Uedem in der von-Seydlitz-Kaserne in Kalkar. Dr. Andreas Marchetti vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn sprach zum Thema „Türkei – 60 Jahre NATO-Beitritt – Neue Orientierung jenseits des Westens“. Der Referent gliederte seinen Vortrag in vier Rubriken: 1. Der lange Weg nach Westen, 2. Plan A – Europa, 3. Plan B – „Neue“ türkische Außen- und Sicherheitspolitik und 4. Türkische Außenpolitik in der Praxis.

Den langen Weg nach Westen skizzierter der Referent von der Gründung der Türkischen Republik 1923 bis zum Beginn der Beitrittsverhandlung in die EU 2005. Zum Plan A – Europa – nannte Dr. Marchetti den Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union: „Jeder

europäische Staat, der die in Artikel 2 genannten Werte achtet und sich für ihre Förderung einsetzt, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden“.

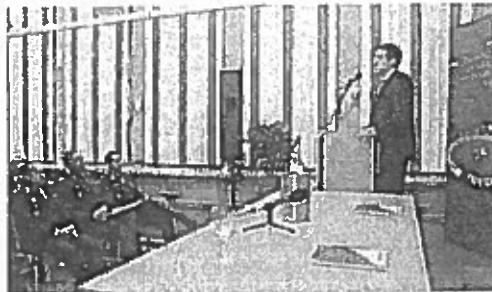
Das Verfahren würde letztendlich mit der Unterzeichnung und Ratifizierung des Beitrittsvertrags durch alle EU-Mitgliedstaaten und das Kandidatenland enden. Der Reiner

## „Es gibt eine Rückkehr der Geschichte“

Dr. Andreas Marchetti  
Universität Bonn

nannte auch verschiedene Hindernisse. So erkenne die Türkei Zypern nicht als EU-Mitglied an, es beständen hololeitliche Streitigkeiten in der Ägäis und gespannte Beziehungen zum Nachbarn Armenien.

Zum Plan B – „Neue“ türkische Außen- und Sicherheitspolitik – wären Änderungen im globalen und



Dr. Andreas Marchetti bei seinem Vortrag in der von-Seydlitz-Kaserne. Foto: privat

regionalen Umfeld festzustellen, beispielsweise ausgelöst durch die Terroranschläge des 11. September 2001 oder durch den Arabischen Frühling 2010.

„Es gibt eine Rückkehr der Geschichte“, sagte Dr. Marchetti. Die Ausgangslage der türkischen Außenpolitik in der Praxis, was den No-

hen Osten betrifft, sei eine weitgehende Übereinstimmung mit westlicher, das heißt amerikanischer Nahostpolitik – sowohl im israelisch-palästinensischen Konflikt als auch im weiteren Rahmen der Region. Inzwischen seien die türkisch-israelischen Beziehungen „abgeschüttelt“. Der Referent erläuterte auch

die außenpolitischen Beziehungen der Türkei zu Russland und zum Kaukasus. Im Westen befürchte man die dauerhafte Aufgabe der Westorientierung der Türkei. Hoch aktuell gestaltete sich nach dem Vortrag die vom neuen Regionalleiter der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, Brigadegeneral a.D. Wolfgang Baltes geleitete Diskussion.

Hierbei wurden Argumente gegen eine türkische EU-Mitgliedschaft und für einen türkischen EU-Beitritt ausgetauscht. Pro-Beitritt: „Die Türkei kann als ‚demokratisches Modell‘ in der ‚islamischen Welt‘ dienen, stärkt die Stimme Europas in der Welt und Europas Wirtschaft und kann das demographische Defizit der EU abmildern“. Kontra-Beitritt: „Die Türkei ist nicht europäisch“, der Staat mit mehrheitlicher muslimischer Bevölkerung passe nicht zur EU, ist für einen Beitritt nicht demokratisch genug oder behindert die Entscheidungsfindungen auf EU-Ebene“.

## Die Friedensmacht Europa zwischen Euro-Krise und Nobelpreis

Die Europa-Union im Landkreis Altenkirchen lädt zur Podiumsdiskussion für Samstag, 26. Januar, ab 10.30 Uhr in Saal der Kreisverwaltung Altenkirchen ein. Mit Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ludger Kühnhardt diskutieren die Europaabgeordneten Birgit Sippel (SPD) und Jürgen Creutzmann (FDP) sowie der ehemalige außenpolitische Sprecher des CDU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers unter der Moderation von Markus Schulte, Vorsitzender der Europa-Union im Kreis.



Der Bonner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ludger Kühnhardt kommt nach Altenkirchen. Fotos: Veranstalter

Altenkirchen. Bundesstaat Europa? - Die Friedensmacht Europa zwischen Euro-Krise und Nobelpreis. So ist die Veranstaltung der Europa-Union überschrieben, die am Samstag, 26. Januar, ab 10.30 Uhr im großen Saal, Kreishaus Altenkirchen, Parkstraße 1, Altenkirchen stattfindet.

Mit einer hochkarätig besetzten politischen Podiumsdiskussion eröffnet die Europa-Union im Kreis Altenkirchen ihr Jahresprogramm für 2013. Die Europa-Abgeordneten Jürgen Creutzmann (FDP) und Birgit Sippel (SPD), der langjährige außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Karl Lamers (CDU) sowie der Bonner Politikwissenschaftler und Direktor am Institut für Europäische Integrationsforschung Professor Dr. Ludger Kühnhardt diskutieren zum Thema "Bundesstaat Europa? -- Die Friedensmacht Europa zwischen Euro-Krise und Nobelpreis".

Auf Einladung von Landrat Michael Lieber findet die Veranstaltung im Großen Saal des Kreishauses in Altenkirchen statt. Der Vorsitzende der Europa-Union im Kreis, Markus Schulte, moderiert die Diskussion.

Vor dem Hintergrund der Euro-Krise hatten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union Ende 2012 einen konkreten Fahrplan für die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion verabschieden wollen. Dabei sollten wichtige weitere Integrationsschritte in Aussicht genommen werden. Die Vertiefung der Währungsunion soll auch durch die schrittweise Schaffung einer politischen Union begleitet werden. Der EU-Gipfel im Dezember hat diese Pläne erst einmal um ein halbes Jahr vertagt. Dennoch sind wichtige Grundentscheidungen bereits gefallen. So gab es eine Einigung auf Schritte hin zu einer Banken-Union. Die EU-Kommission hat ein eigenes Konzept mit weitreichenden Plänen zur Vertiefung

der Integration zur Diskussion gestellt.

Was würde eine weitere Vertiefung der europäischen Integration für Deutschland bedeuten? Gibt es ausreichendes gegenseitiges Vertrauen in Europa, um auf diesem Weg fortzuschreiten? Oder zwingt uns die Krise geradezu dazu, diese Schritte zu tun? Kann Europa ohne tiefere Integration auch weiterhin ein erfolgreiches Friedensprojekt bleiben und eine starke Rolle in der Welt spielen? Diese und andere Fragen werden die Gäste miteinander und mit dem Publikum am 26. Januar diskutieren.

### Einiges Europa erfordert gemeinsames Handeln

Am Samstagmorgen fanden sich auf Einladung der Europa-Union im Kreis Altenkirchen zahlreiche Gäste zur Podiumsdiskussion „Bundesstaat Europa? – Die Friedensmacht Europa zwischen Euro-Krise und Nobelpreis“ in den Räumlichkeiten der Kreisverwaltung in Altenkirchen ein.



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt (rechts) und Landrat Michael Lieber waren Gäste der Podiumsdiskussion zu der die Europa-Union im Kreis Altenkirchen am Samstagmorgen in die Kreisverwaltung eingeladen hatte. (Fotos: Bianca Klüser)

Altenkirchen. Aktuelle Anlässe wie die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union oder die Euro-Krise haben dazu geführt, dass die Europa-Union im Kreis Altenkirchen am Samstagmorgen zur Podiumsdiskussion „Bundesstaat Europa? – Die Friedensmacht Europa zwischen Euro-Krise und Nobelpreis“ einlud. Eine Vielzahl von Gästen fand sich zu dieser Veranstaltung in den Räumlichkeiten der Kreisverwaltung in Altenkirchen ein, um gemeinsam mit Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, den Europaabgeordneten Birgit Sippel (SPD) und Jürgen Creutzmann (FDP) sowie dem ehemaligen außenpolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, unter Moderation von Dr. Markus Schulte, Vorsitzender der Europa-Union im Kreis Altenkirchen, dieses Thema zu diskutieren.

„Ich bin sehr froh, dass Sie heute den Weg nach Altenkirchen gefunden haben“, so Dr. Markus Schulte, Vorsitzender der Europa-Union im Kreis Altenkirchen, in seiner Begrüßungsansprache. Viele aktuelle Anlässe, wie etwa die Friedensnobelpreisverleihung an die Europäische Union, seien Grund für diese Diskussion. Ferner dankte er Landrat Michael Lieber für die Bereitstellung der Räumlichkeiten und stellte die übrigen Teilnehmer der Podiumsdiskussion vor.

Auch Landrat Michael Lieber hieß die Gäste herzlich in der Kreisverwaltung willkommen. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments seien es, die als eine Art Bindeglied zwischen lokaler und regionaler Politik und dessen, was in Europa passiert, fungieren. „Denn sie sind vor Ort verortet“, so Lieber.

Ein Beispiel, das wunderbar die alten Wurzeln in Europa repräsentiere, sei der Kreis Altenkirchen, der seit nahezu 200 Jahren in unveränderten Gebietsgrenzen existiere. Heutzutage sei es nach wie vor notwendig, dass Menschen sich mit zeitgeschichtlichen Themen beschäftigen. „Europa ist da“, so Lieber.

Unter Moderation von Dr. Markus Schulte folgte im Anschluss die Podiumsdiskussion, in der vor allem Themen wie die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Integration wie auch die Erreichbarkeit von Zielen diskutiert wurden.



Diskutierten über die Ziele und Rolle Europas in der Welt: Karl Lamers, ehemaliger außenpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, SPD-Europaabgeordnete Birgit Sippel, Dr. Markus Schulte, Vorsitzender der Europa-Union im Kreis Altenkirchen, Landrat Michael Lieber, Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und FDP-Europaabgeordneter Jürgen Creutzmann (v.l.).

Als erster der Gäste kam dabei der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Ludger Kühnhardt zu Wort, der das von Landrat Michael Lieber eingebrachtes Beispiel des Landkreises Altenkirchen im Hinblick auf dessen Gebietsgrenzen aufgriff. An diesem Landkreis könne man sehen, dass ein Gebiet von Veränderung, die um es herum geschehen, nicht unberührt bleibe. Die Tatsache, dass es heute zwischen den Staaten keinerlei Grenzen mehr gebe, wie sie einst geschaffen wurden, zeige, dass dies eine wandelbare und gefährdete Schöpfung des Menschen sei, die eine regelmäßige Überprüfung und Änderung erfordere. „Alles muss sich ändern, damit alles so bleibt, wie es ist“, zitierte Kühnhardt Giuseppe Tomasi di Lampedusa und verwies darauf, dass diese Behauptung auch auf Europa als eine Gemeinschaft zutreffe. „Das erfordert immer wieder Anstrengung“, so Kühnhardt. Man müsse stets auch betrachten, wo man gerade herkomme.

Heute sei dies die Euro-Krise, die aber nicht etwa eine Krise des Euros darstelle, der sich als stabile Währung erwiesen habe, sondern eine Staatsschuldenkrise, die aus Verstößen gegen die im Maastricht-Vertrag festgelegten Kriterien entstanden sei. Jeder Schritt aus der Krise stelle einen Schritt in die Integration dar. „Jeder politische Schritt, der hinter uns liegt, war ein Schritt zu mehr Europa“, so Kühnhardt. Die Vertiefung müsse weitergehen. Die Lehre aus der Krise sei die Notwendigkeit einer Gemeinschaftsbildung. „Eine Gemeinschaft geht nur, wenn wir sie gemeinschaftlich denken“, so der Politikwissenschaftler weiter, „Wir gehören alle zusammen. Nur so funktioniert die Föderation, nur so funktioniert die Europäische Union.“ Das erfordere natürlich, dass sich alle an die vorgegebenen Regeln halten. Es habe eine Verschiebung der öffentlichen Perspektive vom Krisenmanagement hin zur Frage „Wie geht es weiter?“ gegeben. Das erfordere eine weitere Entwicklung der Europäischen Union, die demokratisch ablaufen müsse. Ein gewisses Maß an Ungewissheit in Bezug auf die Projekte der Europäischen Union habe in der Breite der Bevölkerung für Unmut gesorgt. Grundideen wie auch Werte der Europäischen Union seien es, die es mit Blick auf die Europawahlen 2014 wieder populär zu machen gelte. „Wir leben in einem spezifischen Typ der Föderation – einer Union“, so Kühnhardt.



Dr. Markus Schulte (links) stellte die Teilnehmer der Diskussion vor und begrüßte die Gäste.

Die SPD-Europaabgeordnete Birgit Sippel erklärte, dass man stets nach den Zielen und der europäischen Rolle in der Welt fragen müsse. Das erfordere ein gewisses Zurückschauen dahin, woraus die Notwendigkeit der Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus entstanden sei.

„Ziel war von Anfang an auch angenäherte Lebensverhältnisse zu schaffen“, so Sippel. „Wir haben einen guten Start hingelegt mit der Gründung der Europäischen Union.“ Allerdings habe der Elan dieser Bewegung nachgelassen und die Politik habe es versäumt, das Projekt den Menschen näher zu bringen. „Wir haben versäumt die Menschen mitzunehmen“, so Sippel. Dies sei der Grund, weshalb viele junge Menschen Dinge wie das einfache Passieren von Staatsgrenzen als eine Selbstverständlichkeit und nicht mehr als Ergebnis der Arbeit der Europäischen Union sehen würden. „Man macht sich nicht mehr bewusst, dass das etwas mit Europa zu tun hat“, so die SPD-Europaabgeordnete. Man habe eine große Masse Fördermittel ausgegeben und nicht geschaut, was damit passiere. Man dürfe nicht fragen, ob es eine Fehler war, Griechenland in die Europäische Union aufzunehmen. Vielmehr müsse man fragen, ob man dies zum falschen Zeitpunkt getan habe, da allen bekannt gewesen sei, dass die Zahlen nicht stimmen. „Wir haben als Gemeinschaft im Nachhinein versäumt hinzusehen“, so Sippel. Damit Dinge künftig besser umgesetzt werden können, bedürfe es einer Strukturveränderung. Die Vielzahl von Kulturen innerhalb Europas biete Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, voneinander zu lernen. Die Krise müsse gemeinsam gelöst werden, als europäische Familie. Dies erfordere, dass die Mitglieder einem Betroffenen helfen. „Das war zu Beginn der Krise in Griechenland nicht so“, erklärte Sippel und verwies darauf, dass dies zu einer Verunsicherung der Bürger geführt habe. Der Grund für die jetzige Aufwertung Griechenlands sei der Wunsch der Europäischen Union das Land zu halten. Wären diese Solidarität und Entschlossenheit zu Beginn schon dagewesen, hätte dadurch eventuell die schlechte Wertung Griechenlands verhindert werden können. Betrachte man die Rolle Europas in der Welt, so sei dies zu Beginn ein großer starker Kontinent jenseits der Entwicklungsländer gewesen. „Das hat sich dramatisch gewandelt“, so Sippel und verwies auf die wirtschaftliche Aufholjagd der übrigen Staaten, den Bevölkerungsschwund und die Tatsache, dass man von den Chinesen als Exportweltmeister inzwischen überholt worden sei. Deshalb sei es notwendig, in Politik und Gesellschaft die Werte der Europäischen Union bewusst zu machen. Es sei wichtig, mit den Mensch zu diskutieren, sie mitzunehmen und ein europäisches Gesicht zu haben.

Der FDP-Europaabgeordnete Jürgen Creutzmann zeigte sich überzeugt davon, dass man die gesetzten Ziele erreichen könne und legte dieser Erkenntnis eine Vielzahl positiver Zahlen zugrunde. Allerdings müsse auch noch einiges getan werden. „Wir müssen den Binnenmarkt weiterentwickeln“, so Creutzmann, „Da gibt es noch riesige Potenziale.“ Das sei unter anderem auch eine Chance zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die Vertiefung der Integration müsse fortgesetzt werden. Eine Alternative gebe es nicht. Jedoch sehe man sich dabei auch mit einem Zeitproblem konfrontiert, das man über Jahrzehnte Schulden angehäuft habe. „Wir müssen Zeit gewinnen und Vertrauen in die Märkte“, so Creutzmann, „Politik kann nur ihren Beitrag leisten, indem sie Vertrauen schafft bei den Menschen.“ Man müsse weiter an einer europäischen Verteidigung- und Entwicklungspolitik arbeiten. „Wir haben riesige Chancen“, erklärte der FDP-Europaabgeordnete, „Die Integration muss fortschreiten.“

Im Anschluss ging der ehemalige außenpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, auf die europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein und im Zusammenhang damit auf den aktuellen militärischen Einsatz in Mali. „Mali ist in der Tat ein weiterer Beweis für das Versagen Europas“, so Lamers.

Die deutsche Regierung habe sich dabei auch nicht mit Ruhm bekleckert. Europa müsse als ein Beitrag zu einer besseren Welt gesehen werden, einer Welt, die sich aktuell als ungerecht, ungleich und ungleichzeitig gestalte. Europa sei jedoch so sehr mit seinen inneren Problemen befasst, dass es unfähig sei zu handeln. Allerdings reiche Europa nicht aus. Eine globale Ordnung müsse geschaffen werden. Für die Entwicklung eines europäischen Denkens und Bewusstseins spiele das Verhältnis zur übrigen Welt eine entscheidende Rolle. Andersfalls wäre eine Renationalisierung die Folge. Daher sei es notwendig, den Menschen zu vermitteln, worum es geht. „Nicht mehr jeder für sich, sondern alle zusammen“, so Lamers und sprach von einer transnationalen Wirklichkeit mit der Wirtschaft als Motor der Globalisierung. „Wir brauchen stärkere Institutionen in Europa, wir brauchen eine Regierung, eine Wirtschaftsregierung“, so Lamers. Man befindet sich auf dem richtigen Weg, jedoch seien noch nicht alle bereit diesen mitzugehen. Man müsse sich des Maßes an Verantwortung, das einem zugetragen wurde, bewusst werden.

Im Anschluss an die Beiträge waren auch die übrigen Gäste eingeladen ihren Gedanken Worte zu verleihen und gemeinsam mit den anderen über das Thema „Bundesstaat Europa? – Die Friedensmacht Europa zwischen Euro-Krise und Nobelpreis“ zu diskutieren. (bk)

# Europa bringt größten Vorteil für Menschen

**Politik Für Diskussionsteilnehmer ist Weiterentwicklung der EU unabdingbar**

Von unserem Redakteur  
Volker Held

■ Altenkirchen. An einem versunkenen Europa führt auch in Zukunft kein Weg vorbei. Aber erst mit einer Fortentwicklung der Währungsgemeinschaft und einer Verzettelung der politischen Union wird die Existenz der Europäischen Union (EU) auf noch feste Füße gestellt. In dieser Überzeugung sind sich MdEP Birgit Sippel (SPD), Karl Lamers (CDU), MdEP Jürgen Creutzmann (FDP) und Prof. Dr. Ludger

Kühnhardt einen ständigen Prozess der Umgestaltung ein. Die EU sei eine Schöpfung von Menschen, die unter der Selbstüberprüfung und der Erneuerung bedürfe. „Auf der anderen Seite ist die EU in der Bevölkerung ein fremd gewordenes Projekt geworden, das immer noch Freude, Freiheit und Wohlstand sichert.“ Kühnhardt beschreibt den Euro als „Riesenfoltergeschichte, und er wird es bleiben“. Derzeit handele es sich um keine Euro-, sondern um eine Staatschuldenkrise. Für ihn sind Krisen „Vertiefungsbeschleuniger“. Und aus Krisen ließen sich Lehren ziehen. „Gemeinsam geht nur gemeinschaftlich.“

Für Sippel hat die Politik versaut, „die Menschen bei der Entwicklung mitzunehmen“. Es läuft jetzt super, sei eine weiterverbreitete Meinung. Deswegen habe auch der Elan nachgelassen. „Jüngere Menschen nehmen die Erfolge der EU gerne an, verbinden sie aber nicht mehr mit der EU“. Außerdem sei nicht mehr aufeinander geachtet worden. Als Beispiel nannte sie Griechenland. „Wer ist der richtige Zeitpunkt dieses Land aufzunehmen?“, fragte sie in die Runde der circa 30 Zuhörer, „alle Mitgliedsstaaten würden dann die Zahlen nicht stimmen.“ Zu Beginn der Probleme sei nicht gemeinsam reagiert worden. Eine wilde Entschlossenheit hätte möglicherweise nicht zu so einem tiefen Sturz Griechenlands geführt. Sie wünschte: „Die

„Cameron will die Freihandelszone, aber Europa ist mehr als eine Freihandelszone.“

Birgit Sippel zum Vorstellung ihres neuen Premiers, der in der vergangenen Woche mit seinem Thesenpapier zur Zukunft Europas für Schlagzeilen gesorgt hatte.

Kühnhardt von der Universität Bonn bei einer Podiumsdiskussion im Altenkirchener Kreishaus einige gewesen. Auf Einladung der Europäischen Union im AK-Land hatte sich dieses Quartett unter der Diskussionsleitung von Dr. Markus Schulte mit dem Thema „Bundesstaat Europa – Die Friedensmacht Europa zwischen Euro-Krise und Nobelpreis“ befasst.

„Vielen muss sich ändern, damit es so bleibt, wie es ist“, forderte

einer föderalen Union für was verantwortlich?“

Als weitesten Beweis europäischen Verzerrung wies Lamers die Haltung der EU im Krieg in Mali. „Wir haben die Fragmentierung der Verteidigungspolitik noch nicht überwunden.“ Deutschland habe sich nicht mit Ruhm bekleckert, es sei nicht ganz so schlimm wie im Libyen-Konflikt gewesen. Für ihn steht dennoch über allem: „Europa ist unerlässlich für den Aufbau einer besseren Welt, obwohl Europa zuerst zerissen, die transnationale Wirklichkeit in Europa aber viel dichter als in anderen Teilen der Welt ist.“ Letzt Lamers: „Leben wir derzeit eine Rekolonialisierung in den Köpfen?“ Es führt kein Weg an einer Wirtschaftsregierung vorbei: „Wir brauchen eine zentrale Institution, die die Entscheidungen fällt“. Einher damit gäbe ein Verlust an Zuständigkeit, sonst könnte es nicht funktionieren. Das Europaparlament müsse gestärkt werden, „wir brauchen eine zweite Kammer ähnlich dem Bundesrat.“ Das dürfe nicht überstimmt, aber auch nicht auf die lange Bank geschoben werden.



In Altenkirchen diskutierten (von links): Karl Lamers, Birgit Sippel, Dr. Markus Schulte, Landrat Michael Lieber, der die Gäste begrüßte, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und Jürgen Creutzmann.  
Foto: Volker Held

EU muss jeden Tag neu gestaltet werden, sie muss die Bürger wieder jeden Tag neu mitnehmen.“ Dann Europa sei nicht mehr der Mittelpunkt der Welt. Mit dem Willen um diesen Sachverhalt müsse erklärt werden war, „unsere Rollität“.

Nur für eine Verbesserung sprach sich auch Creutzmann aus, der sich vor allem mit wirtschaftlichen Aspekten beschäftigte. Europa bringe den größten Vorteil für die Menschen, „das müssen wir ihnen klar

machen. Wir tun was für die Menschen.“ Der Binnenmarkt müsse weiterentwickelt werden, „da sind Riesenpotenziale vorhanden“. 3,8 Millionen neue Jobs könnten geschaffen werden. Daraus forderte Creutzmann zum Beispiel die Schaffung einer gemeinsamen Armee mit identischen Waffensystemen, „da würden Milliarden Euro frei, die gut investiert werden könnten“. Parallel müsse festgelegt werden, „Wer macht was? Wer ist in

## Afghanistan: Success and Failure of the past Decade

Posted in [Afghanistan](#) | 22-Jul-13 | Author: [Prof. Dr. Ludger Kuehnhardt](#)

First things first: The impressive ISAF (International Security Assistance Force) operation in Afghanistan is multilateralism at its best. The courage and commitment shown by soldiers from 48 nations affords our highest esteem. These men and women are dedicated to the peaceful stability of a secure Afghanistan. They represent the best values of our globe. They practice and advance military professionalism in the management of world order. Respect!

When taking a closer look at Afghanistan, clearly one of the most difficult countries on this earth, it is essential to differentiate. Would you follow superficial media reporting only, the story of Afghanistan in 2013 - twelve years after 9/11, the fall of the Taliban regime and the installation of the UN-approved International Security Assistance Force - is one of growing uncertainty, fragile security and increasing violence. It is easy to get hypnotized by the magic "end of 2014"-calendar, meaning the termination of the ISAF mission on December, 31 2014. But it is not enough to understand the current dynamics and future prospects for Afghanistan. When strolling through unspectacular neighborhoods of Kabul and talking to friendly citizens of this war-torn country, you feel one overriding desire: to live a life in normalcy. Unspectacular, decent, the Afghan way. In the faces of ordinary Afghans you can see the hardship, their nation has gone through for most of the past four decades. But you can also see the smile that reacts to a smile, the joy for living one's talents and the pleasure of the daily maneuvering of one's family. Most of Afghanistan is normal. Yet, the overall constellation of this rugged Southwest Asian country is complex.

Life at the Hindu Kush was never easy and will not be easy in the years to come. 115 degrees fahrenheit (46 celsius) or more in July, dust and stones, and the difficult management of water, infrastructure and economic activities have defined this land of transit since time immemorial. Organizing society and the body politic requires sophisticated talents and the ability to project respect and loyalty. The Afghans of all ethnic backgrounds are proud and want to shape their own ways of life. They have never been colonized and they do not like to be played around with. They want to determine their own destiny and to define the ways of life they cherish. The trouble is that there is more than one interpretation of what that means in Afghan reality. Hence, power struggles are part of the inherent dynamics of life in Afghanistan since the country took its modern shape in the 18th century.

This constellation explains the balance between success and failure when looking at the past decade of ISAF involvement. On the positive side of the equation stand a number of facts:

Afghanistan, in the meantime, is organized by a consolidated central government based on the most modern constitution in the history of the country.

The election cycles of 2004/2005 and 2009/2010 stabilized the establishment of a legitimate regime but also showed the limits of good governance and appropriate standards of electoral and legal processes.

Afghanistan has advanced the complicated marrying of modern constitutionalism with the traditions of a tribal society. The creation of the High Peace Council is one indicator for this, but the ongoing accommodation between old and new is also visible in the daily life of urban Afghanistan: traditions prevail, but the search for a cautious accommodation of modern ways is also present.

Afghanistan has seen progress in terms of education, including girl attendance of schools and universities; social services, including health care, and infrastructure, including water and energy supply, have improved.

Afghanistan has established a new security apparatus, the Afghan National Security Force (ANSF) with roughly 400,000 troops (260,000 Afghan National Army (ANA) and 160,000 Afghan National Police (ANP).

Afghanistan has consolidated the security situation in the Northern part of the country, especially in Balkh province, and in the Kabul area.



The Afghanistan Research Team of the Independent World Security Network Foundation with author Prof. Ludger Kuehnhardt (center), Dr. Mischa Olfie (right side) and Dr. Hubertus Hoffmann landing at Kabul Military Airport: "The excessive donor-dependency of Afghan institutions has rather supported the rent-seeking structures in the Afghan social fabric. It has also generated an overly strong bureaucratization in order to coordinate and integrate external policy approaches with Afghan national objectives. The powerful international coalition at work in Afghanistan remains limited in advancing an inclusive peace and reconciliation process which needs to include not only the internal enemies of consolidated constitutional rule but also the external strategic interests, most notably those of the double tongued Pakistan."

# World Security Network, 22. Juli 2013

On the problematic side of the equation stand:

Afghanistan lacks the social rooting of political and, more general, public institutions. Personal loyalties matter more than abstract vertical institutional arrangements  
Afghanistan is constrained by a weak judiciary and by institutions that can exist on their own without the huge financial contribution of the donor community.  
Afghanistan remains challenged by random bomb explosions exercised by enemies of the country with diverse interests (Talibans, warlords, bandits, criminals).  
Afghanistan is struggling with a strong skepticism against too speedy "Westernization" and lacks a coherent inclusion of the Pashtu version of Islam into the social fabric of a modernizing society.  
Afghanistan is burdened with a weak economy, seventy per cent of which are still based on drug production and smuggling. The promise of future explorations of raw materials does not generate new revenues for the state within the next five to ten years, at best.  
Afghanistan is confronted with a huge demographic challenge that translates into the urgent need for millions of new and sustained jobs.

When looking at the international coalition that is guaranteeing the security and development of Afghanistan since 2001 the following strong points must be stressed:

The international coalition that has rallied behind the "war against terrorism" has proven the value of multilateralism in support of civilized behavior, non-violent notions of conflict resolution, and the readiness to back the value of freedom with the resolute support of military power.  
The ISAF experience has contributed to the professionalism among many armies, including the German *Bundeswehr*. The Germans are providing the third largest contingent of ISAF. Militarily, Germans have never been that advanced into the vastness of Asia. Most remarkable: Germans are especially popular among ordinary Afghans.  
The financial commitment made to peace, security and freedom in Afghanistan - more than 700 billion US-\$ for the military operation since 2001, and almost 40 billion US-\$ for the reconstruction of Afghanistan between 2004 and 2016 - is without any parallel in modern international relations.

It is only honest to also mention the main issues of concern as far as the international commitment to Afghanistan is concerned:

The military dimension in the quest for a renaissance of Afghanistan is still excessive and, moreover, it has lasted too long, hence progressively leading to mistrust, especially toward the US while representing an overly militarized approach to human security.  
The excessive donor-dependency of Afghan institutions has rather supported the rent-seeking structures in the Afghan social fabric. It has also generated an overly strong bureaucratization in order to coordinate and integrate external policy approaches with Afghan national objectives.  
The powerful international coalition at work in Afghanistan remains limited in advancing an inclusive peace and reconciliation process which needs to include not only the internal enemies of consolidated constitutional rule but also the external strategic interests, most notably those of the double-tongued Pakistan.

While Afghanistan is preparing for the second presidential elections completely organized by Afghans in April 2014, the international coalition is preparing to redeploy its troops and equipment. Both processes evoke a certain degree of nervousness: What will happen post-2014? This is the overall question posed and discussed in the green zone of Kabul and elsewhere in the country. Most of the answers given are speculative. Yet, beside the unknown unknowns are the known unknowns, that is: projections based on the current situation. Among policy makers, consensus is high that the current degree of stability and security can prevail post-2014. It is also consensus that the redeployment of ISAF - and its possible replacement by a follow-up training mission called "Resolute Support" changes the dynamics in internal Afghan affairs as well as in the overall global context of the Afghan question. With the precision of a stealth bomber, ISAF forces are preparing the immense logistical task of redeploying troops and material. With its genuine way of advancing things step by step, Afghanistan's government is preparing for the post 2014-era, which will be a post-Karzai era.

## World Security Network, 22. Juli 2013

For the ordinary citizens of Afghanistan, the main issue is how to organize their daily lives. Children, who can go to school again unattended; traffic jams that does not produce the paralyzing fear of yet another bomb attack; fruit and vegetable markets catering to the ordinary families; bakers enjoying the art of baking bread in the traditional oven; butchers suffering from the smell that comes out of the open sewage canals in front of their shops with fresh lamb hanging in the burning sun; jewelers hoping for better days to come to sell more lapis lazuli gems mined since the third millennium BC in the still unstable Badakhshan province west of the Chinese border; tea shop owners praising the presence of Germans so much that they serve them tea for free; shoe makers cleaning shoes in front of the main downtown mosque; young woman radiating a sense of fashion in the selection of their chador or even hijab; burka-clothed beggars receiving the obligatory Islamic charity for their baby; children playing on top of a destroyed Soviet tank on Babi Marus Hill overlooking the valleys of Kabul with the impressive Bala Hissar citadel in the middle; members of the elite and their well armored body guards stretching for their lunch break on the outdoor divan in a downtown restaurant - these are the images of daily routine that are all too often under-reported from Afghanistan.

One street scene, however, is more telling than many words of analysis: Without any hesitation, shame or conflict of aim, a street vendor is selling photos of practically all leaders Afghanistan has experienced in the past hundred years. In an almost anarchic manner the photos are hanging on a wall. The only absence: Omar Mullah or other Taliban leaders are not for sale. But the rest of this street scene is indicative for a country where power sharing has always been the best bet to keep stability and peace. For now, the Afghans are learning again this old virtue of theirs. Power sharing is what will keep the political process alive post- 2014. But the photos also remind local clients and the foreign observer of another element that defines public life in Afghanistan: "Yes, he has the looks of an hero," says a young customer about Ahmad Shah Massoud. The man can hardly remember this key figure in the resistance to the Soviet occupation who was killed on September 9, 2001. But once a hero is always a hero in Afghanistan. Hamid Karzai's photo is on sale, too. But the relative scarcity of his portrait on the photographer's wall is striking. Afghans are preparing for yet another round of power sharing in this society which continues to search for sustained normalcy.

The Afghanistan Research Team of the independent World Security Network Foundation with author Prof. Ludger Kühnhardt (center), Dr. Mario Ohte (right side) and Dr. Hubertus Hoffmann landing at Kabul Military Airport: *"The excessive donor-dependency of Afghan institutions has rather supported the rent-seeking-structures in the Afghan social fabric. It has also generated an overly strong bureaucratization in order to coordinate and integrate external policy approaches with Afghan national objectives. The powerful international coalition at work in Afghanistan remains limited in advancing an inclusive peace and reconciliation process which needs to include not only the internal enemies of consolidated constitutional rule but also the external strategic interests, most notably those of the double-tongued Pakistan."*



Author:  
Prof. Dr. Ludger  
Kühnhardt

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt was born 1958 in Münster. Since 1997 he has been Director at the Center for European Integration Studies (ZEI) in Bonn, which he helped to set up. Between 1991 and 1997 he was Professor of Political Science at Freiburg University, where he also served as Dean of his Faculty. After studies of history, philosophy and political...

## Transition in Afghanistan: Potential and Constraints

Posted in [Afghanistan](#) | 24 Jul-13 | Author: [Prof. Dr. Ludger Kuehnhardt](#)

Among the many known unknowns and unknown unknowns of the future of Afghanistan, one fact is uncompromising: demography. According to a projection by the Population Division of the UN Department of Social and Economic Affairs, Afghanistan will explode from roughly thirty million inhabitants today to 47 million inhabitants in 2024, at the end of the projected transformation period. In light of this, one must conclude that the real transformation of Afghanistan will take place post-2024 - when more newborns than ever will look for life chances, education and jobs.

For now, the current struggle to consolidate Afghanistan post-2001 is tough enough. The international community has defined the period between July 2011 and December 2014 as one of "transition", to be followed by a period of "transformation" between 2015 and 2024. Practically one year before the end of the transition period, everybody in the international coalition and in Afghanistan is winding up, preparing, projecting. Time has become short if one believes that the fate of a complex country such as Afghanistan could be shaped by a diplomatic calendar fixed somewhere in the orbit of a globalized world. Afghanistan will continue to follow its own rules. The Afghanistan Progress Report of the German government to inform the German Parliament - a brainchild of the World Security Network - calls 2013 the "year of preparation" (July 2013, p.8). A joint report of the European Union Institute for Security Studies and the Carnegie Endowment for International Peace has given arguments for "cautious optimism" (July 2011, p.8) regarding the future of Afghanistan.

Based on an extensive fact-finding mission on the ground and systematically reflecting on the main challenges of the current transition in Afghanistan, one can distinguish between three set of issues that will influence the internal dynamics of the next stages in the evolution of Afghanistan:

1. A continuous plurality of powers versus the quest for a monopoly of power  
(a) Constitutional issues: The Afghan quest for national sovereignty has withstood British and Russian colonial threats in the 19th century and Soviet occupation in the 20th century. Today, the desire for unchallenged national sovereignty drives the political elite of a country that ranks among the most difficult ones on earth. As much as the liberation from the yoke of Taliban rule in 2001 was welcome, the sensitivity toward foreign advise, let alone external interference into Afghan affairs has returned to the center of Afghan political culture. A fragmented ethnic landscape with a strong sense for personal loyalties has always been leaning toward power rivalries - and efforts to reasonably balance them. Disputes among Afghan political actors are about power, and less so about ethnic differences or even issues of segregation. While in reality, the structure of politics in Afghanistan is one of factual decentralization, on principle issues such as federalism - along the lines of Iraq - are a non-starter in Afghanistan. The main rule of the game in Afghan state-building is the art of continuous negotiation rather than the primacy of a fixed legal norm, once and for all. Avoiding centralized power and authority has been a constant line in Afghan political history. As for the future, changing coalitions are more likely than predictable and strong state institutions. Having this in mind, the constitutional order of Afghanistan - established in 2004 - is more of a guiding frame than a guarantee for its consequential implementation. The weakness of the judicial process in Afghanistan is telling. The leverage of the West to influence modern constitutionalism over the rule of personalities, leadership loyalties and negotiated balances of tribal powers will shrink, the closer Afghanistan moves from transition to transformation.

The Western notion of constitutionalism can hardly be implemented in the cultural environment of Afghanistan without patience and the awareness of inevitable backlashes. At best, it will be realistic to marry Afghan tribal and religious traditions with modern notions of rule of law and constitutional values. This includes the perspectives for human rights, no matter their universality. Presidential decrees, such as the one to strengthen female rights (EVAW) of 2009, have advanced the degree of transparency as far as violence against women in Afghanistan is concerned. To eliminate discrimination against women and girls, but also against minorities, is a matter of practical change on the grassroots level that cannot be imposed by legal documents and weak judicial institutions. the Afghan Independence Human Rights Commission including hierarchical social structures as they are dominant in Afghanistan are often clashing with Western notions of individual claim rights as long as the overall socio-cultural, economic and political environment is as weak as it is.



Author Prof. Ludger Kuehnhardt (left) with the Afghan Research Team of the World Security Network meeting Afghans in front of a tea room in Kabul: "More than anything else, a growing Afghan youth population requires education and jobs. While the communication sector has increased by 65 percent between 2010 and 2011 alone, transport and logistics by 23 per cent and banks and insurances by 14 per cent - so far, jobs for the Afghan youth are missing."

## World Security Network, 24. Juli 2013

(b) Security: Worst than socio-cultural obstacles to modernize and stabilize the Afghan state order is the ongoing level of security threats. With the transfer of security responsibility from ISAF to the Afghan National Security Forces (ANSF), formally concluded on June 17, 2013, the security for Afghans has worsened. With regional differences in mind - the North and Kabul are more secure than Afghanistan's South and South East - it is deplorable that the number of civilian losses has increased by at least one third from 2012 to 2013. In most places, the Afghan National Security Forces are shouldering now the main risk. The Afghan National Army (ANA), the Afghan National Police (ANP) with their sub-structures such as the Afghan Border Police (ABP) or the Afghan secret services need to gain experience and strengthen their professionalism. They have improved a lot but remain exposed to the use of violence by the "enemies of Afghanistan", an ISAF label for covering Taliban, radical Islamic splinter groups, warlord and criminals alike. As long as these "bad guys" consider the use of violence a legitimate political means, Afghans will remain insecure and all too often victims of violence.

The complexity of security structures, mirroring the highly sophisticated ISAF command structures, the financial burden on the Afghan security forces who basically remain financed by international contributions rather than by Afghan tax revenues; and the weak civilian oversight of security structures remain liabilities for Afghanistan's future. These, in a nutshell, are critical security challenges during the endgame of the transition period and beyond.

Visiting a Pioneer School of the 209. ANA Corps outside Mazar-i-Sharif, one gets a feeling for the dangerous environment in which the new Afghan security forces operate. Here, as elsewhere in the Balkh province, two issues are central to every conversation: How to maintain the technology level established by the international coalition once ISAF has fully redeployed? And: How to finance the security apparatus in the long-term? Continuous threats by the enemies of Afghanistan and the dangerous fight against Improvised Explosive Devices (IED) constitute a security environment that cannot but be described as fragile.

(c) Elections: On April 5, 2014, Afghanistan will elect a new president. Hamid Karzai cannot run for the office again he has been holding since 2001. Being installed at the Petersberg Conference as interim President, he was elected under internationally supervised conditions in 2004 and re-elected. In the 2009 elections for the first time organized by Afghans since the fall of the Taliban. At the time, the EU Election Observer Mission was undiplomatic and clear in its verdict: "No further election should take place without significant strengthening of the accuracy and reliability of the registration of voters." (EU Election Observation Mission, final Report, August 20, 2009, p 7). In the run-up to the 2014 elections, the situation has not really improved. In its alarming report of October 2012, the International Crisis Group has warned of fraud, the absence of a solid election law and ongoing weakness in voter registration. With divided majorities between the Afghan parliament and President Karzai, the International Crisis Group fears that President Karzai could declare a state of emergency, resorting to Article 143 of the Afghan constitution (ICG Report, Afghanistan: The long, hard road to the 2014 transition, p.6). The positioning of possible presidential candidates has begun in the summer of 2013. Having in mind the 44 candidates that were initially running in 2009, the race to identify the successor of Hamid Karzai will remain open until very late. More important than names will be coalitions, including possible re-alignments. In an environment of weak legal frameworks and state institutions, old and new power brokers will have a say that goes beyond the formal nomination of candidates. Programs do not really matter. More important are personalities and fluid coalitions of shared economic and power interests.

All in all, the monopoly of power, since Max Weber the benchmark for legitimate and strong statehood in the service of rule of law and constitutional equality, will remain under stress by the plurality of traditional power centers and new interests of power and money.

### 2. An over-aided country in search of ownership

(a) Military: It was always unrealistic to assume that the international coalition - which is practically guaranteeing the stability and security of Afghanistan since 2001 - could become the development game-changer at the Hindu Kush, too. Nowhere is the gap between modern advanced technological globalization and late medieval realities felt stronger than in the contrast between the fortress of an ISAF base and the surrounding Afghan reality. While the International coalition must be lauded for securing Afghanistan's fragile peace, it goes beyond its mandate and competence to expect it to become the engine of civilian development in Afghanistan. The costs of the military operation in Afghanistan have been around 700 billion US-\$ so far. It is not the money spent on Afghanistan's security that should be questioned. There was no real alternative in 2001 other than establishing an UN-mandated security assistance force across the country. But the length of the operation raises doubts. While the objectives changed and got blurred over time, the strategies applied became over-complex and hence unclear. Development with the support of a foreign army has never been a good receipt for state-building and social transformation. Martin Kobler, then Deputy Special Representative of the UN Secretary General of the UN Assistance Mission to Afghanistan (UNAMA) wrote in 2011: "We see increasingly that the military has taken over certain tasks that civilians were not able to perform" (EUISS/Carnegie Endowment Report, Afghanistan 2011-2014 and beyond, Brussels, 2011, p.11). In Afghanistan, the legacy of ISAF will be of a unique nature. ISAF has not only contributed enormously to security and stability. It has also contributed in a paradoxical way to the development of Afghanistan: While it became an engine of transformation in practically establishing a genuine Afghan security apparatus, it unintentionally consolidated and thus prolonged existing civilian power and rent-seeking structures. In the long-run, this might lead some local power brokers to ambivalent conclusions under conditions of pure Afghan sovereignty: If the military is such a solid operation, why not impose its solidity on the rest of the weak state apparatus? Security forces in the service of development has been a concept tested at times in other countries, Turkey, Indonesia and several Latin American countries including. Is this the future Afghanistan may head to beyond its internationally defined transition?

# World Security Network, 24. Juli 2013

(b) Money: Since the Petersberg Conference (held in the outskirts of Bonn, Germany) in December 2001, enormous money in support of the rebuilding of Afghanistan has poured into the country. Based on the results of the Berlin Conference, between 2004 and 2006, the international community pledged 8.2 billion US-\$ for the civilian reconstruction of Afghanistan. With the Afghanistan Compact of the London Conference in 2006, 10.5 billion US-\$ were provided between 2006 and 2010. The Paris Conference 2008 ended with support for the Afghan development strategy 2008-2013 in the amount of 20 billion US-\$. The Tokyo Conference 2012 announced a donor commitment of 16 billion US-\$ until 2016. This amounts to a total of 54.7 billion US-\$ in civilian support. In a country with an annual GDP of roughly 19 billion US-\$, this is a tremendous amount of fresh money. The support for Afghanistan is well-intended and often does good. But it creates a donor-dependency syndrome that has become all-pervasive in Afghanistan as in other developing countries. Whenever a gap occurs between external financial contributions and internal power structures, uncertainties arise: what will happen to the maintenance of fragile structures and advanced technology one day? What will happen to soldiers and other civil servants once their salaries are no longer guaranteed by external money? How will this affect the power balance in the country?

(c) Economy: The biggest long-term liability for Afghanistan may not be its security but the economy. So far, prospects for an economic up-swing have largely remained promises. The discovery of mineral resources that could generate 3 billion US-\$ for Afghanistan remains a promise unless sustained security can attract foreign investment which would then need five (gold) to ten years (oil, gas, lithium) to extract resources of relevance. The high degree of sulphur in the Afghan oil and the competition with the new fracking activities in the US might turn the promises of today into a hang-over of tomorrow. And then there is China with its cautious political presence in Afghanistan and an endless hunger for natural resources. Will China, in the end, be the only real beneficiary of its neighbor's resources?

More than anything else, a growing Afghan youth population requires education and jobs. While the communication sector has increased by 65 percent between 2010 and 2011 alone, transport and logistics by 23 per cent and banks and insurances by 14 per cent - according to the German Foreign Office - so far, jobs for the Afghan youth are missing. The need for an improved infrastructure - beyond the new railway line between Mazar-i-Sharif and Termez in Uzbekistan, and new airports in Mazar-i-Sharif and Kabul - and the urgent increase in agricultural productivity have not stimulated the private sector yet. Property registration and cadastres are deficient. The inclusion of ex-combatants into the civilian society - 6,500 are said to have been re-integrated so far - points to another problem on top of the youth bulge.

Most important is the perspective: Can Afghanistan become economically viable as a transit road for trade in South West Asia? What is the right way toward Afghan ownership of its future development beyond security sovereignty? For now, there is little optimism to see Afghanistan climbing substantially in the UNDP Human Development Index from its current place 172 out of 187 countries under scrutiny. In a society where seventy per cent of the economy is still based on drug production (Afghanistan produces 90 per cent of the globally traded opium and heroin) and where security and state expenditures are guaranteed by external funds, the elites have little incentive to change their business model. A farmer in Afghanistan earns 8,000 US-\$ for a ton of poppy, but only 200 US-\$ for a ton of grain. Mechanisms to revise the incentives in the nature of the Afghan economy are urgently needed.

## 3. Dilemmas posed by internal and external constraints

(a) Donor management: Challenged by changing strategic objectives regarding the priorities of Western Afghanistan policies since 2001, the international donor community is not only supporting the reconstruction of Afghanistan. It is also overly busy in administering itself. From international summits to field reports, from the back-up bureaucracy in all donor countries to the management of resources and re-deployment of military articles and all kind of support material, the Afghanistan operation is a major challenge for the sophisticated development and continuous adaptation of coherent operational mechanisms among donor countries and contributing nations to the International military coalition. Donor management and its constraints has become a permanent feature in the Afghanistan operation. Learning by doing and handling ever increasing bureaucratic back-up structures has been a constant feature in the past decade. The establishment of an Afghanistan Reconstruction Trust Fund (ARTF) and the Law and Order Trust Fund for Afghanistan (LOTFA) are two mechanisms that shall help to strengthen accountability and transparency in the transfer of external resources into the government operations in Afghanistan.

Compared with the civilian sector, the military operations under ISAF flag have been marked by a steady increase in the professionalism of the participating armies. The professional and friendly style of ISAF has not prevented many Afghans from perceiving ISAF in the meantime as a sort of occupational force. As much as this is wrong, it would be even more unfair to blame the military present in Afghanistan for this change of attitude compared with the origins of ISAF. But thirteen years of external military presence is too long a time to pass without attitudinal changes in the local populace. Perceptions matter as they are realities, too. Transition from the current ISAF mandate of enforcing and sustaining peace toward a follow-up mandate in support of the training of the new Afghan National Security Forces is the right way forward. But whether or not it will work, depends to a large extent on the degree of confidence between the international coalition and the Afghan government. For now, mistrust toward the US in particular seems to be as strong in Afghanistan as mistrust toward the inclusion of Pakistan-backed Taliban in promising peace talks.

## World Security Network, 24. Juli 2013

(b) Peace process and ISAF redeployment: The progressive redeployment of ISAF forces poses a huge logistical challenge. It also provokes a security vacuum. As long as a follow-up arrangement for the stationing of external military advisers is not agreed upon, the future of "Resolute Support" (thus is the code name for the planned follow-up mission post-2014) hangs in the air. In the summer of 2013, President Karzai and President Obama are engaged in rather rough negotiations over conditions and responsibilities for "Resolute Support". In November 2013, the full re-deployment of ISAF forces and material has to begin to be completed by the end of 2014. Until then, ISAF forces have to have clarity about a possible follow-up mandate. "Resolute Support" with its hub-and-spoke concept is currently planned for 12,000 soldiers, among them 600 to 800 Germans and 500 Italians. Compared with ISAF, who at its peak had almost 130,000 soldiers stationed in Afghanistan, this is a small number. But still, the real issue is security - this time for the external soldiers to be posted in Afghan ministries, military colleges and across the country. How to protect them is one issue of concern. The other relates to the mission itself. "Resolute Support" would clearly demonstrate loyalty to the legitimate Afghan government. But would it truly make a difference in terms of state-building and consolidating good governance? The training mission that is intended to replace ISAF could become a pawn in the hands of Afghan warlords, is the concern of some observers. Others argue in favor of "Resolute Support" as it would truly consolidate the gains of the past decade while helping to turn them into Afghan ownership.

An inclusive peace and reconciliation process is the right way forward to consolidate the structures and institutions of Afghanistan. But how to start, with whom and defined by which objectives are matters yet to be sorted out. President Karzai initially took the lead when he summoned a national peace jirga in 2010 and established the High Peace Council. The killing of its leader, former President Burhanuddin Rabbani, in 2012 was a strong blow. His tomb on Bibi Mahru Hill overlooking Kabul is a solemn reminder of his fate and that of the peace plan he promoted. The opening of the Doha office of the Taliban on June 18, 2013 was the next step, this time more or less brokered by the US. Yet, the office itself does not resolve the problem of clarifying who is who among the Taliban, their leadership in Quetta and splinter groups across the region.

Border control along the 2,430 kilometer long Afghan-Pakistan border remains highly permeable. As a consequence, the intrusion of material for building bombs from Pakistan fertilizer, of new bomb-builders and, most perverse, of new suicide bombers remains possible. For the Taliban, in fact, violence remains an option to increase their negotiation leverage. Their cynicism which accepts civilian victims in order to gain ground on a possible negotiation table with the US and others is appalling. Since the surge strategy of the initial Obama years failed - that is the limited increase in foreign troops designed by former ISAF commander McChrystal for 2010 and 2011 - the Taliban are still capable of harming peace and stability in Afghanistan. Partly inconclusive strategies on the side of ISAF, and the US in particular, are to blame. But likewise, the ambivalent attitude of Pakistan was and remains a stumbling block for lasting peace in Afghanistan.

(c) Return of Great Games: The external constraints on a peaceful reconstruction of Afghanistan are dominated by the problematic behavior of Pakistan. While officially Pakistan's leadership is supporting the ISAF mission in Afghanistan, it is simultaneously supporting the Taliban. Actions to destabilize Afghanistan all too often originate in Pakistan. Parts of the Pakistan army, secret services and government have turned out to be unreliable partners for the West and for neighboring Afghanistan alike. Since 2011, "inside perpetrators" in the Afghan armed forces originate in Pakistan. Pakistan is searching for national benefits by destabilizing its neighbor. The same strategy is pursued by Iran. Aggressive rhetoric against the peaceful co-existence of Sunni and Shiite Muslims at Mazar-i-Sharif's Blue Mosque above the tomb of Ali, the son in law of prophet Mohammed, is one thing; undermining state security in Afghanistan by collaborating with enemies of Afghanistan is another dimension. Iran simply has no interest in Afghanistan becoming a success story. Russia and India are, to the opposite, fully in favor of peace in Afghanistan. But both intent to increase their influence in Afghanistan, not the least to counter-balance the presence of Pakistan in the region: Both Russia and India have offered to support the establishment of air surveillance and eventually an air force of Afghanistan.

China's position is best described by caution. China does not want to get involved into the domestic affairs of Afghanistan, fearing a similar external intervention once an ethnic or minority conflict may occur in China, too. Over time, the Chinese are interested in the stability of Afghanistan, primarily in order to extract resources and to build up markets.

The US and the EU are partners in defense of Afghanistan. They intend to help the country to return to normalcy. But they are confronted with constraints, originating in the structure of their policies toward Afghanistan. While the US has focused too long and too much on military notions of security, the EU is trapped by its bureaucratic and technical language which clouds a clear strategic message. More or less all EU member states are present at the international coalition ISAF and with civilian activities, too. But it remains doubtful whether the EU can play any role in any serious peace and reconciliation negotiation. At best, the United Kingdom and, possibly, Germany are in a position to engage in the geostrategic game over the future shape of order in Afghanistan. The EU and its member states stay ready for implementing the development objectives outlined in the 2012 Tokyo Mutual Accountability Framework (TMAF) with its five objectives and seventeen hard deliverables.

It is no surprise that the EU is hoping for the Heart of Asia process, a multilateral regional activity which was initiated in 2012 by almost all countries in the region and beyond (Afghanistan, China, India, Iran, Kazakhstan, Kyrgyzstan, Pakistan, Russia, Saudi Arabia, Tajikistan, Turkey, Turkmenistan, United Arab Emirates, United States, Iraq, Egypt, the European Union and several of its member states, including Germany and the United Kingdom, NATO and other international organizations). The partners of the Heart of Asia-process are committed to promote security and stability of Afghanistan, including territorial integrity and non-violence. As long as Pakistan and Afghanistan do not recognize their respective border (Durand line), this may turn out to be somewhat wishful thinking. At best, it will take years for the Heart of Asia-process to materialize through means of gradual confidence building.

Beside all known unknowns and unknown unknowns for Afghanistan's future, it is evident that the formalized period of transition can hardly conclude the ongoing consolidation of Afghanistan with the single stroke of a watch at midnight of December 31, 2014. Rightly so, the international community has envisaged the decade between 2015 and 2024 as a transformation period for Afghanistan.

## German-American Relations Post 9/22



By: Longer - Author/Editor | Int. Politics & Domestic Policy Program  
Issues: Elections | Transatlantic Trade, Free Trade, Global Governance, Middle East.

As in Berlin on 11/9 and New York on 9/11, events across Germany on 9/22 will momentously change German-American relations. Added to this, in May 2014, election will be held for the European Parliament, followed by a complete change of leadership in the EU, including the Commission and European Council. In November 2014, the United States will have mid-term Congressional elections, starting the run-up to the presidential election in November 2016. The window of opportunity for Chancellor Angela Merkel and President Barack Obama to advance a joint German-American agenda beyond the influence of campaign considerations is small. Or, to be more precise, elections in 2014 and 2016 will influence the next phase of the German-American agenda as much as 9/22.

Based on domestic disputes and diverging choices, the common German-American agenda can become subject to tensions in Germany—and the EU—or in the United States. Here are the three most vexed issues:

**1. Free trade:** Negotiations on the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) started in July, but they are far from beyond the most tedious cliffs. Germany is not negotiating on its own, but as part of an EU mandate. Developing a joint EU mandate in early 2013 has already proven to be difficult, given France's restrictive positions regarding agriculture and electronic services, including media. The ongoing discussion on banking union and possible fiscal union in the euro zone can easily impact TTIP negotiations. In the U.S., the more protectionist pressures from economically distressed regions will influence the scope of action of the U.S. Trade Representative. Renewed discourse on American protectionism, American jobs for Americans, and similar measures can very easily hijack the forthcoming 2014 and 2016 election cycles. The Chancellor's Office and the White House alone cannot decide whether TTIP becomes a tool to accelerate or return to global free trade negotiations. However, if TTIP gets stuck during the remaining years of the Merkel-Obama era, it will be blamed on them as much as on anybody else—right or wrong as that may be. Hence, post 9/22, Chancellor Merkel and President Obama should do their utmost to accelerate TTIP negotiations even if they are not alone behind the steering wheel. Their leadership skills are at stake when it comes to defining the public discourse. Will TTIP be seen for its opportunities or its problems and limits? The answer given to this fundamental question is a leadership issue, linked to the legacy of both Merkel and Obama.

**2. Middle East:** The worst experience of past years is the recognition of any external pressure or mediation's limited influence on the Arab transformation and on solving the Israel-Palestine conflict. Germany tends to focus on normative issues, including human rights; the United States emphasizes strategic issues, such as geopolitical implications. No side has seriously succeeded with its approach. The truth of the matter is that the Arab transformation—whatever its outcome—will take at least a decade, and the outcome is unpredictable. A lot of time has been wasted in the search for a two-state solution in the Middle East. The Merkel-Obama era will most likely continue to be defined more by events in the region than by a coherent, pro-active joint forward strategy. This is a frustrating but realistic assessment. At best, Chancellor Merkel and President Obama can hope to hold NATO together, bring Russia on board, assuage Israel's security concerns, and prevent provoking more anti-western radicalizations in the Middle East—and beyond. Post 9/22, Chancellor Merkel and President Obama will have to reassess whether "leading from behind" is the new overall Western strategy vis-à-vis an uncertain region or whether they can find common ground for realistic but forward-oriented joint initiatives and a better way to genuinely engage with all players in the region.

**3. Global governance:** Although a diversified global order—and disorder—is increasing, traditional mechanisms of global governance and effective multilateralism have increasingly encountered their limits. Germany keeps on preaching multilateral inclusion as its global economic interests, including vis-à-vis China, are better defined than global security or political interests. The United States tends to continuously match its global presence with a rather clumsy and security-dominated approach to manage global order. In reality, neither the old multilateralism, including United Nations-steered processes like the G-20, G-8, or the WTO, nor the new realities of a transforming globe with more veto capacities and non-state actors can be easily dealt with. The legacy of the Merkel-Obama era will also be measured by the degree to which they contribute to a more effective management of global affairs—that is, both global crises and global opportunities. For now, a more critical attitude toward Russia, a more sober perception of the power of the BRICS group, and an almost helpless apathy toward failed, failing, and frozen conflict situations—from Somalia to Afghanistan post-2014 and global energy to migration—define the joint German-American agenda. The Chancellor's Office and the White House are usually united in both rhetoric and in a certain helplessness when it comes to influencing the increasingly complex world in which they claim to be indispensable pillars of stability projection—from data protection to Russia, from Afghanistan to North Korea, and from global warming to the cooling of global economic growth.

All in all, post 9/22 expectations of Chancellor Merkel and President Obama must be realistic and pragmatic. Neither side will go into history as a failure or a hero. Their legacies are interwoven with that of the future path of their countries and societies at large. For that matter, Germany and the United States as a whole will continue to remain strong pillars of global prosperity and peace, indispensable—when united—in managing global affairs and crises. They will continue to remain tied down like Gulliver by the Lilliputians entering a post-hegemonic world. This is the broad and abstract picture well painted. German and American leaders post 9/22 will primarily remain—more than they wish—exposed to events that are both unpredictable and all too often uncomfortable. Skillfully steering their respective state's politics and societies through troubled waters is the ultimate expectation we can have of their leadership.

Dr. Kühnhardt is Director at the Center for European Integration Studies (ZEI) and Professor of Political Science at Bonn University.

## MEDAC study visit to Germany and MEDAC - ZEI Winter Seminar on 'Germany, the EU and the Arab Spring'

April 21st - 26th, 2013

For the first time, the fourth MEDAC study visit to Germany provided an opportunity for Master of Diplomacy students to visit Berlin. They engaged in an intensive program of meetings and discussions with the German Ministry of Foreign Affairs, the Embassy of Switzerland and the Embassy of Malta, as well as with German policy-making and academic circles at a public event hosted by the Bertelsmann Foundation. At the invitation of the Bertelsmann Foundation, Prof. Stephen Calleya, Director of MEDAC, and four of MEDAC's students addressed an open debate with a large group of Berlin-based experts on 'The Emerging EU-Neighborhood Revisited'. The students also visited the German Bundestag.

The second phase of the visit in Bonn took place at the invitation of the Centre for European Integration Studies (ZEI) of the Rheinische Friedrich-Wilhelms-University in Bonn, where the MEDAC group joined ZEI's Master students for a rich exchange over two days on themes with a Mediterranean focus. The visit to Germany was funded by DAAD.

The group of 16 MEDAC students and accompanying staff, together with ZEI MA students' and staff were welcomed to Bonn by Prof. Ludger Kuehnhardt, Director

ZEI, Prof. Stephen Calleya, Director, MEDAC and Dr. Christian Huelshoerster, Head of Division North Africa, Middle East and Gulf Region, DAAD. Another first in the context of the study visits to Germany has been a roundtable discussion on 'Championing Education in the Emerging Mediterranean' with representatives of the German Academic Exchange Service (DAAD), Dr. Huelshoerster and Prof. Jochen Hippler, a political scientist from the University Essen-Duisburg. During this event, four MEDAC students introduced the latest developments and challenges in the educational services in their respective countries following the 'Arab Spring' events.

Following the roundtable with the DAAD the keynote address on 'Support for the democratization processes in the Southern Mediterranean area and the Middle East' was given by Prof. Dr. Uwe Holtz, University of Bonn and Honorary President of the European Association of Former Parliamentarians.

Discussion sessions with a number of well-known German academics and political analysts followed. Dr. Andreas Marchetti, ZEI, Mr. Josef Janning, DGAP and Prof. Dr. Mahncke, College of Europe

discussed Germany's and EU's foreign policies towards the Mediterranean and Middle East.

A discussion with a representative of the German Ministry of Defense on German security and defense policy and a discussion with a representative of the NGO Germanwatch on the role of civil society in the DESERTEC project completed the program in Bonn. The group also undertook a sightseeing tour of Bonn and visited the Museum of German History.

Finally, the MEDAC group visited the European Central Bank in Frankfurt, where they were able to discuss with the Deputy Director of its Department for International Relations and Co-operation the tasks and responsibilities of the ECB as well as the latest developments in the Euro-area.

The study visit constituted an integral part of the academic program for M.Dip. students.



Left: MEDAC students in front of the Bundestag, the German Federal Parliament.

Dr. Huelshoerster, Prof. Dr. Stephen C. Calleya and Prof. Dr. Ludger Kuhnhardt.

## MEDAC Study visit to Germany and MEDAC - ZEI Winter Seminar on 'Germany, the EU and the Arab Spring'

April 21st - 26th, 2013

For the first time, the fourth MEDAC study visit to Germany provided an opportunity for Master of Diplomacy students to visit Berlin. They engaged in an intensive program of meetings and discussions with the German Ministry of Foreign Affairs, the Embassy of Switzerland and the Embassy of Malta, as well as with German policy-making and academic circles at a public event hosted by the Bertelsmann Foundation. At the invitation of the Bertelsmann Foundation, Prof. Stephen Calleya, Director of MEDAC and four of MEDAC's students addressed an open debate with a large group of Berlin-based experts on 'The Emerging EU-Neighborhood Revisited'. The students also visited the German Bundestag.

The second phase of the visit in Bonn took place at the invitation of the Centre for European Integration Studies (ZEI) of the Rhinische Friedrich-Wilhelms-University in Bonn, where the MEDAC group joined ZEI's Master students for a rich exchange over two days on themes with a Mediterranean focus. The visit to Germany was funded by DAAD.

The group of 16 MEDAC students and accompanying staff, together with ZEI MA students and staff were welcomed to Bonn by Prof. Ludger Kuehnhardt, Director

ZEI, Prof. Stephen Calleya, Director, MEDAC and Dr. Christian Huelshoerster, Head of Division North Africa, Middle East and Gulf Region, DAAD. Another first in the context of the study visits to Germany has been a roundtable discussion on 'Championing Education in the Emerging Mediterranean' with representatives of the German Academic Exchange Service (DAAD), Dr. Huelshoerster and Prof. Jochen Hippler, a political scientist from the University Essen-Duisburg. During this event, four MEDAC students introduced the latest developments and challenges in the educational services in their respective countries following the 'Arab Spring' events.

Following the roundtable with the DAAD the keynote address on 'Support for the democratization processes in the Southern Mediterranean area and the Middle East' was given by Prof. Dr. Uwe Holtz, University of Bonn and Honorary President of the European Association of Former Parliamentarians.

Discussion sessions with a number of well-known German academics and political analysts followed. Dr. Andreas Marchetti, ZEI, Mr. Josef Janning, DGAP and Prof. Dr. Mahncke, College of Europe

discussed Germany's and EU's foreign policies towards the Mediterranean and Middle East.

A discussion with a representative of the German Ministry of Defense on German security and defense policy and a discussion with a representative of the NGO Germanwatch on the role of civil society in the DESERTEC project completed the program in Bonn. The group also undertook a sightseeing tour of Bonn and visited the Museum of German History.

Finally, the MEDAC group visited the European Central Bank in Frankfurt, where they were able to discuss with the Deputy Director of its Department for International Relations and Co-operation the tasks and responsibilities of the ECB as well as the latest developments in the Euro-area.

The study visit constituted an integral part of the academic program for M.Dip. students.

## TUZLARIJE - VIJESTI

26.11.2013. u 09:25 Broj čitanja: 724  
Deutsche Welle

### Koliko je još EU atraktivna?

Nakon što je Ukrajina odbila potpisati sporazum s Evropskom unijom, u medijima se ponovo počelo diskutovati o atraktivnosti EU. Stručnjaci su uvjereni da je EU atraktivna, ali da pod hitno treba raditi na svom imidžu.



© picture alliance/ZUMA Press

"EU nije imala dovoljno ambicija da veže nove demokratije iz istočne Evrope nakon 1989.", komentirao je francuski *Le Monde* odbijanje Ukrajine da potpiše s Evropskom unijom sporazum o pridruživanju. Godinama su Bruxelles i Kijev pregovarali - krajem ovoga mjeseca je sporazum trebao konačno biti potpisani. Umjesto toga je Ukrajina pritisnula dugme za pauzu, piše ukrajinski list Den i konstatiše: "Za to su odgovorne sve strane - i Vlada, i opozicija, i - Evropska unija."

"EU je još uvijek veoma atraktivna", kaže politolog Ludger Kühnhardt. On je u razgovoru za DW rekao da je to upravo razlog zašto rusko vodstvo, dijelom i ukrajinsko, i dalje pokušavaju sprječiti približavanje EU. Za Ewalda Böhlkea iz Njemačkog društva za vanjsku politiku (DGAP) odluka vlade u Kijevu nije znak za generalno "ne".



Ludger Kühnhardt

"Atraktivnost se ustvari sastoji u viziji ili utoplji koju EU nudi Ukrajini, a to je da će imati priliku biti uspješna ako joj se pridruži. Tako misli većina stanovništva i to je veoma važno", kaže Böhlke.

#### Turci sve manje zainteresovani za EU

Ukrajina nije jedina zemlja koja je EU hladno okrenula leđa. Izgleda da je i kod drugih zemalja, kao što je Turska, došlo do zastoja u procesu približavanja. Nakon velike pauze tek u novembru su nastavljeni razgovori.

Ako se na višem nivou malim koracima idu u pravcu zapada, to onda pokazuje da je među turskim stanovništvom želja za članstvom u EU znatno smanjena. U studiji "Transatlantic Trends" američke fondacije "German Marshall Fund", objavljenoj ove godine, 44 posto Turaka je za ulazak u EU, što je četiri posto manje nego prošle godine. 34 posto Ispitanih je mišljenja da bi ulazak u EU štetio Turskoj. Prije skoro deset godina je dvije trećine stanovništva bilo za EU. Devet posto je onih koji se protive uočlanjenju u EU. Ewald Böhlke smatra da je razlog tome dug vremenski period u kojem se vode razgovori o članstvu.

"Pregovori sa Turskom se vode od 1963. godine. Treba razmislići šta znači tako dug vremenski period", kaže Böhlke.

## Gubitak imidža

Za druge zemlje, kao što je Island, želja za članstvom u EU je bila kratka epizoda. Vlada u Rejkjaviku je pregovore o članstvu stavila na led jer Island, za razliku od Ukrajine i Turske, manje zavisi od članstva u Uniji. "Finansijski i politički sistemi su se ponovo konsolidovali", kaže politolog Kühnhardt i dodaje: "onda se naravno na dnevni red vratilo pitanje identiteta i pitanje da li je Islandu dobro da se ponovo priključuje zajednici koja traži da se Rejkjavik odrekne dijela svog suvereniteta".



Ewald Böhlke

Razlozi za negativne stavove prema EU su dosta različiti. "Imamo problem imidža. EU nastupa kao politički Moloh, a ne kao živahno društvo. To je najveći problem koji trenutno ima EU", kaže Ewald Böhlke i dodaje: "potrebno je bolje objasniti demokratski društveni sistem. EU se napokon mora početi reklamirati".

Autori: Stephanie Höppner / Mehmed Smajić

Odgovorna urednica: Jasmina Rose

## Ein Luxemburger Urteil mit brisanter Breitenwirkung

BONN, 3. Dezember. Vorderründig hat der Europäische Gerichtshof nur über einen Rechtsstreit um den Billigflieger Ryanair entschieden – und das auch bloß mit vorübergehender Wirkung. Doch handelt es sich dabei zugleich um ein Urteil darüber, ob nationale Gerichte bereits dann an Beschlüsse der Europäischen Kommission gebunden sind, wenn diese ein förmliches Prüfverfahren wegen des Verdachts rechtswidriger Beihilfen einleitet – und nicht erst nach dessen Abschluss (F.A.Z. vom 22. November; Az.: C-284/12).

Der Richterspruch enthält Zündstoff für die – auch in der EU festgeschriebene – Unabhängigkeit der Gerichte. Dem Fall liegt ein wenig spektakulärer Routinefall der EU-Beihilfekontrolle zugrunde. Die Richter in Luxemburg wurden vom Oberlandesgericht Koblenz um eine Vorentscheidung gebeten. Denn es muss über einen Rechtsstreit zwischen der Deutschen Lufthansa und der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH (FFH) über die Einstellung und Rücksforderung von Beihilfen der öfterschließlich beherrschten FFH an die Billigfluggesellschaft Ryanair urteilen.

Die Vorentscheidung aus Luxemburg erreicht in den Ziffern 41 und 42 der Urteilsbegründung einen dramatischen Höhepunkt: „Daher müssen es die nationalen Gerichte insbesondere unterlassen, Entscheidungen zu treffen, die einer Entscheidung der Kommission zu widerlaufen, selbst wenn sie nur vorläufigen Charakter hat“, heißt es dort. Und weiter: „Folglich sind die nationalen Gerichte, wenn die Kommission das förmliche Prüfverfahren hinsichtlich einer in der Durchführung begriffenen Maßnahme eröffnet hat, verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Konsequenzen aus einem eventuellen Verstoß gegen die Pflicht zur Aussetzung der Durchführung dieser Maßnahme zu ziehen.“

Unter dem supranationalen Erfordernis „loyaler Zusammenarbeit“ ordnen die Europäischen Gerichte eine Bindung nationaler Gerichte an Eröffnungsbeschlüsse der Kommission – einem Organ der Unions-Exekutive – an. Dabei betont die EU-Verordnung über das Beihilfekontrollverfahren selbst, dass die Bewertung des Beihilfacharakters in Eröffnungsbeschlüssen vorläufig ist. „Die Entscheidung über die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens enthält eine Zusammenfassung der wesentlichen Sach- und Rechtsfragen, eine vorläufige Würdigung des Beihilfacharakters der geplanten Maßnahme durch die

Dem Billigflieger Ryanair droht die Rückforderung von Vergünstigungen am Flughafen Frankfurt-Hahn:

Bis die EU-Kommission ihre Untersuchungen abgeschlossen hat, müssen dessen Gebührenregelungen als staatliche Beihilfen behandelt werden. Dieses Urteil des Europäischen Gerichtshofs hat eine brisante Breitenwirkung für alle Wirtschaftssektoren, die in den Verdacht unzulässiger Subventionen geraten.

Von Christian Koenig



Kommission“, steht in Artikel 6 Absatz 1. In der Urteilsbegründung stellt der Gerichtshof auf ein weites Ermeessen der Kommission ab, bereits in noch laufenden beihilferechtlichen Prüfverfahren die einstweilige Rücksforderung gewährter Beihilfen anordnen zu können. Daraus folgern sie, dass auch ein nationales Ge-

richt im laufenden Verfahren solche einstweiligen Rücksforderungsmaßnahmen treffen müsse, um einem Eröffnungsbeschluss der Kommission Folge zu leisten.

Doch dabei erkennen die Luxemburger Richter die strengen Voraussetzungen, welche die Beihilfen-Verfahrensverordnung an die Befugnis der Kommission

knüpft, vermeintliche Beihilfen schon in einem noch laufenden Prüfverfahren einstweilige Rücksforderungen. Die Behörde ist dazu nur ausnahmsweise befugt, wenn ertens an dem Beihilfeta bestand keine verhältnismäßigen Zweife bestehen, zweitens ein Tätigwerden dringend geboten und drittens ein erheblicher, nicht wieder gut zu machencher Schaden für einen beihilfegeschädigten Konkurrenten ernstlich zu befürchten ist (Artikel 11 Absatz 2). Diese Voraussetzungen, unter denen auch ein nationa-

les Gericht zur Anordnung der einstweiligen Rücksforderung unionsrechtlich verpflichtet wäre, prüft der EuGH hier aber mit keinem Wort. Bisher haben der Gerichtshof und die Kommission daran festgehalten: Gerade das nationale Tatsachengericht soll sich davon überzeugen, ob der Tatbestand einer Beihilfe tatsächlich erfüllt ist. Also insbesondere, ob der Tatbestand einer Beihilfe ausgeschlossen sein könnte, da die fraglichen Maßnahmen unter Bedingungen gewährt würden, die auch für einen privaten Investor akzeptabel wären. Eben diese unabhängige Tatsachenprüfung schneiden die Luxemburger Richter nun den nationalen Gerichten ab. Damit entledigen sie diese ein Stück weit ihrer Aufgabe, die Rechte des Einzelnen tatsächlich und unabhängig zu wahren. Doch gerade die Gerichte sind nach dem Unionsrecht dazu berufen, die Rechte aller Parteien zu schützen – nicht nur diejenigen der (angeblich) beihilfegeschädigten Konkurrenten, sondern auch die Verteidigungsrechte der (vermeintlichen) Beihilfempfänger.

Nun aber soll die Eröffnungsentscheidung der Kommission maßgeblich Justizias Waage voreinstellen. Wenn dadurch Verteidigungsmittel gegen Rücksforderungen vor dem nationalen Tatsachengericht abgeschnitten werden, wird der effektive Rechtschutz der – möglicherweise in ihrer wirtschaftlichen Existenz betroffenen – Beihilfempfänger beschädigt, die regelmäßig als Streithelfer auftreten. Das Risiko, dass sich Gerichte bereits den Beschlüssen der Verwaltungsbehörde Kommission zur Einleitung eines Verfahrens fügen sollen, könnte den Vorwurf einer Rechtsverweigerung herausfordern.

Kann sich der vermeintliche Beihilfempfänger nicht mehr wirksam vor dem nationalen Tatsachengericht gegen die drohende Rücksforderung verteidigen, muss er regelmäßig bereits nach der vorläufigen Bewertung der Kommission im Eröffnungsbeschluss bilanzwirksame Rückstellungen bilden. Das kann im schlimmsten Fall eine vorzeitige Insolvenz verursachen. Das Urteil entfaltet also für alle beihilferechtigten Wirtschaftssektoren eine brisante Breitenwirkung. Das förmliche Prüfverfahren hinsichtlich der Netzentgeltbefreiung stromintensiver Unternehmen ist bereits eröffnet, die Eröffnung über die Befreiung von der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) steht bevor. Das Unterwerfungsdilemma des Luxemburger Gerichts könnte nach jeweiliger Erschöpfung des Rechtswegs das Bundesverfassungsgericht auf den Plan rufen.

Der Autor ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn.

Mehr zum Thema Recht & Steuern im Internet auf unseren Seiten [www.faz.net/recht](http://www.faz.net/recht)  
Blog: [www.faz.net/dasletztewort](http://www.faz.net/dasletztewort)

GASTKOMMENTAR

# Ohne Ausnahme

**B**undeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat das Bundeskabinett für seine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hinter sich gebracht. Der Rückhalt gilt sowohl für die Abstriche bei der Förderung von Ökostrom als auch für die Einschränkungen der Umlagebefreiungen energieintensiver Industrieunternehmen. Letzteres verursacht bei den betroffenen Unternehmen Alpträume, ist aber dem Beschluss der Kommission zur förmlichen Eröffnung des EU-Beihilfeverfahrens geschuldet. Darin macht die Kommission deutlich, dass durch die noch geltenden Umlagebefreiungen den begünstigten Unternehmen ein selektiver Vorteil gewährt werde, der den Wettbewerb im EU-Binnenmarkt „wahrscheinlich“ verfälsche.

Die derzeit geltenden EU-Umwelteinrichtlinien für die staatlichen Beihilfen sehen derartige massive Umlagebefreiungen jedoch nicht vor. Gabrels Eckpunkte gehen in die richtige Richtung und kommen dabei den Angriffspunkten der Kommission entgegen. So sollen ab 2017 die Förderhöhen über wettbewerbliche Ausschreibungen ermittelt werden, zur besseren Marktintegration der erneuerbaren Energien soll eine verpflichtende Direktvermarktung eingeführt und alle Stromverbraucher, auch die energieintensiven Unternehmen, sollen „angemessen“ an den Kosten beteiligt werden.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen soll zwar weiter geschützt, zugleich aber „die Reform des EEG europarechtskonform ausgestaltet“ werden. Gabrels Eckpunkte enthalten mutige, dem Binnenmarktprinzip geschuldete Reformansätze, insbesondere zur verpflichtenden Direktvermarktung.

---

Ein EEG-Deal mit der EU-Kommission muss gültige Spielregeln beachten, meint Christian Koenig.



Danach sollen große Anlagenbetreiber ihren Grünstrom direkt vermarkten, und zwar zeitlich sowie ab 2015 nach Leistungsmengen degressiv gestaffelt: alle Neuanlagenbetreiber mit einer Mindestleistung von 500 kW, ab 2016: 250 kW und ab 2017: 100 kW.

Darüber hinaus wird das Grünstromprivileg „in allen bisherigen Varianten gestrichen“, das bisher einen stark verringerten EEG-Umlagesatz vorsieht, wenn das Elektrizitätsversorgungsunternehmen 50 Prozent seines Stromportfolios von inländischen Erzeugern von grünem Strom bezogen hat. Gegen das Grünstromprivileg hat die EU-Kommission erhebliche europarechtliche Bedenken, weil es auf eine diskriminierende Förderung des deutschen Grünstroms ausgerichtet ist.

Diese guten Reformansätze sollte der Wirtschaftsminister aber nicht selber dadurch schmälern, indem er weiter auf Konfrontationskurs mit der EU-Kommission bleibt und den Beihilfetatbestand, also die selektiven Begünstigungseffekte zugunsten der energieintensiven Unternehmen, leugnet.

Ein erfolgreicher EEG-Deal mit der Kommission hießt nur im Rahmen der Spielregeln der EU-Beihilfekontrolle, wie sie von der ständigen Rechtsprechung des EuGH zu staatlich dirigierten Umlagenförder- und -befreiungssystemen und damit als Beihilfetatbestände definiert worden sind. Hierüber mit der EU-Kommission zu streiten behindert eine Lösung der Probleme. Und dass Spielregeln einzuhalten sind, weiß jedes Pokerface.

Der Autor ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Uni Bonn. Sie erreichen ihn unter:  
[gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)

## Gefährliche Konfrontation

Im Streit um den Ökostrom steigt der Einigungsdruck

BONN, 25. Februar. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) wirft der Europäischen Kommission vor, mit dem EU-Beihilferecht Energiepolitik zu betreiben. Anlass für die scharfe Reaktion ist die deutsche Stellungnahme zum Brüsseler Entwurf neuer Leitlinien für Umweltschutz- und Energiebeihilfen. Diese Leitlinien haben eine Schlüsselfunktion für eine Lösung im Streit um das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG).

Es geht um eine Rechtfertigung der Umlagen- und Befreiungsregeln – insbesondere im Hinblick auf die durch den Umlage-mechanismus refinanzierten Einspeiseta-rife und Marktprämien zugunsten der Erzeu-ger von Grünstrom sowie auf die Be-freiung energieintensiver Unternehmen. Diese Befreiung stuft die Kommission un-missverständlich als selektiven und wett-bebewerbsverzerrenden Vorteil „aus staatli-chen Mitteln“ im Sinne einer Beihilfe ein.

Gabriel hat bereits mit seinen vom Bun-deskabinett befürworteten Eckpunkten für eine EEG-Reform auf mehrere Kritik-punkte reagiert. So sollen künftig die För-derhöhen über Ausschreibungen ermit-telt, eine verpflichtende Direktvermar-kting zur besseren Marktintegration der er-neuerbaren Energien eingeführt und die energieintensiven Unternehmen „ange-messen“ an den Umlagekosten beteiligt werden. Vor allem soll das Grünstrompri-veileg der Versorgungsunternehmen ersatz-los wegfallen: Gegen diese diskriminieren-de Förderung hat Brüssel kaum überwind-bar Bedenken vorgetragen.

Angesichts dieser mutigen Reformansät-ze erscheint es klug, auf eine baldige Eini-

gung mit der Kommission im Streit um Ver-günstigungen für den Ökostrom hinzu-wirken. Diese Einigung zur beihilferechtskonformen Reform des EEG zeich-net sich bereits ab. Andernfalls würde Ga-briel einen beihilferechtlichen „Mega-GAU“ riskieren: Der Eröffnungsbeschluss der Kommission für das Prüfverfahren birgt durch das Grundsatzurteil des Euro-päischen Gerichtshofs im „Fall Ryanair“ (Az.: C-284/12) eine kaum zu unterschätzende Dramatik in sich. Danach sind die Mitgliedstaaten bei Eröffnung eines förm-lichen Prüfverfahrens verpflichtet, „alle er-forderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Konsequenzen aus einem eventuellen Verstoß gegen die Pflicht zur Aussetzung der Durchführung dieser Maßnahme, zu ziehen“.

Damit stellt sich für das EEG die Frage seiner einstweiligen Unanwendbarkeit: Gebietet das Durchführungsverbot, dass das noch geltende Umlagen- und Befrei-ungssystem so lange auszusetzen ist, bis es die Kommission nach dessen beihilferechtskonformer Umgestaltung geneh-migt hat? Die Frage muss bejaht werden. Die ständige Rechtsprechung des EuGH zu parafiskalischen Abgaben- und Umla-genfinanzierungen von Beihilferegelun-gen bezieht nämlich die Finanzierungs-quelle (hier: die Umlage) in das Verfahren der Beihilfenkontrolle und damit in das Durchführungsverbot für so refinanzierte Begünstigungen ein (hier: die Befreiun-gen). Darüber hinaus stellt sich den be-reits umlagebefreiten Unternehmen die schmerzhafte Frage nach Rückstellungen in der Bilanz.

CHRISTIAN KOENIG

Der Autor lehrt an der Universität Bonn.

# Die Gegenwart

# Die Europa-Rettung

„Mehr“ Europa wäre manchmal nicht schlecht, „weniger“ Europa manchmal auch. Wie aber könnte eine „bessere“ Europäische Union aussehen? In den vergangenen Jahren wurden erste Konturen wirklich europäischer Innenpolitik sichtbar.

*Von Professor Dr. Ludger Kühnhardt*

In weniger als drei Monaten wird das Europäische Parlament gewählt. Anschließend müssen die Spitzen der EU, der Europäischen Kommission, des Europäischen Rats und der jungen Außen- und Sicherheitspolitik neu bestimmt werden. Während vor der Bundestagswahl 2013 das Thema Europa kaum eine Rolle gespielt hatte, wird es in den kommenden Monaten allerorten in der Europäischen Union tendenziell umgekehrt sein: Allzu häufig wird über die jeweilige nationale Politik geurteilt, auch wenn von der Europäischen Union die Rede ist. Ein genuin europäischer Wahlkampf bleibt wohl so lange ein Wunschtraum, wie es kein einheitliches europaweites Wahlrecht und darauf aufbauend EU-weite Listen der Parteien und ihrer Kandidaten gibt, die sich zur Wahl stellen. Gleichwohl sind nationale und europäische Politik – und ihre jeweiligen Folgen – mittlerweile so stark miteinander verschränkt wie nie zuvor.

Zu den bemerkenswerten Begriffsverschiebungen, die sich im Verlauf der Euro-Rettungspolitik ergeben haben, gehört die Neudefinition der Vokabel „Politische Union“. Als dieser Begriff mit dem Vertrag von Maastricht (in Kraft seit dem 1. November 1993) in die Eurosprache eingeführt wurde, war damit in Abgrenzung zum gleichzeitig verabschiedeten Konzept der Wirtschafts- und Währungsunion das Entscheidungsgefüge der EU-Institutionen gemeint. Es ging um Mehrheitsentscheidungen, die zu einer gleichgewichtigen Rolle des Europäischen Parlaments neben dem Europäischen Rat führen sollten, und um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wenn heute von „Politischer Union“ gesprochen wird, ist oftmals das gemeint, was die EU-Akteure eine „genuine Wirtschafts- und Währungsunion“ nennen. Das mag daran liegen, dass der Begriff eine Worthülse ist, die jede interessierte Seite mit einem ihr genehmen Inhalt füllen kann. Die Sache selbst verschwindet hinter diesem Begriffsnebel.

Gleichzeitig hat sich die EU infolge der bisherigen Euro-Rettungspolitik transformiert: Ohne Änderungen der europäischen Verträge wurden neue Ziele in der Eurozone etabliert, teilweise auf Basis der neuen Möglichkeiten des Lissabon-Vertrages (in Kraft seit 1. Dezember 2009), teilweise aber auch auf dem traditionell völkerrechtlichen, also zwischenstaatlichen Weg. Die Spannweite dieser Ziele reicht von sanfter „Koordination“ bis zu härteren Formen der „Steuerung“. Zu deren Verwirklichung mussten neue Instrumente erfunden werden, von unverbindlichen „Empfehlungen“ über striktere „Sanktionen“ bis zu nebulösen „zu befolgenden Maßnahmempfehlungen“.

Aus all dem erwachsen wie selbstverständlich neue Formen des Selbstverständnisses der EU. Dieses ist heute mehr denn je geprägt von der exekutiven Dominanz des Geschehens durch den Europäischen Rat und die Europäische Zentralbank. Diese exekutivdominierte Weiterentwicklung der Eurozone zu einer „Politischen Union“ wirft indes die Frage nach der demokratischen Legitimität und nach dem Ort der Macht in der EU auf. An erster Stelle wäre es aber wohl geboten, wieder Klarheit über Begriffe und deren politischen Inhalt zu gewinnen, die hinter der technischen „Eurospeech“ zu vernebeln drohen.

In der ersten Phase der Euro-Rettungspolitik, die sich über die Jahre 2009 bis 2011 erstreckte, herrschte in der EU großes Durcheinander über die Grundsatzfrage, ob eine europäische Wirtschaftsregierung etabliert werden müsse oder solle. Inmitten der wechselseitigen Beziehungen, die sogenannte Euro-Krise verursacht zu haben (die eigentlich nie eine Krise des Euro selbst war), geriet selbst die Aufnahme Estlands zum 1. Januar 2011 ins Kreuzfeuer der Kritik: Mancher meinte damals, diese Erweiterung komme zu früh, denn zunächst müssten alle bestehenden Eurostaaten die selbstgesetzten Stabilitätskriterien einhalten.

Der Krisensitzungs marathon der Staats- und Regierungschefs führte dazu, dass der Europäische Rat unter Führung des belgischen Ratspräsidenten Herman Van Rompuy sich in die wichtigste Koordinierungsinstanz der Krisenpolitik verwandelte. Bald erschien der Europäische Rat selbst als die Ausprägung der europäischen Wirtschaftsregierung.

Gleichzeitig begann die Europäische Zentralbank (EZB), ungeachtet aller öffentlichen Widerrede gegen angeblich EU-vertragswidrige Bail-out-Praktiken, Anleihen aufzukaufen – erstmals im Mai

2010 unter Führung ihres Präsidenten Jean-Claude Trichet. Die EZB wurde zu einem immer stärkeren politischen Akteur. Sie trug entscheidend zur Beruhigung der Märkte bei, stieß aber vor allem unter Ökonomen auf Kritik.

Der politische Teil der Debatte blieb relativ farblos. Inmitten diverser Hilfsmaßnahmen für Griechenland und politischer Dispute über die richtige Balance zwischen Haushaltkskonsolidierung und Rückkehr auf den Wachstumspfad veränderte sich die Sprache der politischen Eliten: Allerorten in der Europäischen Union ersetze die technische Sprache der Finanzmärkte weitgehend die politische Sprache der Ordnungspolitik.

Zugleich vollzog sich Schritt für Schritt ein wiederum durch die Exekutive gestalteter Souveränitätstransfer in Fragen des Haushaltsrechts. Zentrale Elemente dieses „Königsrechts“ der Parlamente gingen von den Eurostaaten auf die Ebene der Europäischen Union über. Die Beschlüsse des Europäischen Rates über das sogenannte Europäische Semester (eine frühzeitige, in fester Abfolge definierte Überprüfung der nationalen Haushaltsentwürfe durch die EU-Kommission vor Beschluss des jeweiligen nationalen Parlamentes; in Kraft seit Januar 2011), den noch unspezifischer anmutenden „Six-Pack“ (sechs EU-Rechtsakte, um den Abbau der öffentlichen Defizite und eine stärkere Haushaltsdisziplin in allen Eurozonenländern voranzubringen; in Kraft seit dem 13. Dezember 2011) und über den komplett erklärungsbedürftigen „Two-Pack“ (eine weitere Verschärfung der Kontrolle aller nationalen Haushaltsentwürfe durch die EU-Kommission; in Kraft seit dem 30. Mai 2013) dienten der Anpassung des weiterhin als EU-Recht geltenden Stabilitäts- und Wachstumspaktes von 1997.

De jure enthielten diese technisch anmutenden Beschlüsse strengere Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen, um Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt entgegenzuwirken. Faktisch laufen die sprachlich so unbestimmt daherkommenden Maßnahmen darauf hinaus, nationale Haushaltspolitik stärker zu regulieren als je zuvor. Es ist mittlerweile wohl angemessen, von einer geteilten Budgetsouveränität zwischen der EU-Kommission und den Parlamenten beziehungsweise Regierungen der Mitgliedstaaten zu sprechen. Nationale Politiker hören dies nicht gern: Noch immer hält sich die Mär von der nationalen Budgetautonomie, auch in Deutschland.

In der zweiten Phase der Euro-Rettungspolitik ging es in den Jahren 2012 und 2013 nicht mehr um die Grundsatzfrage, ob die Etablierung einer europäischen Wirtschaftsregierung richtig oder falsch wäre. Jetzt war nur noch die Frage zu klären, auf welche Weise eine solche europäische Wirtschaftsregierung verwirklicht

werden sollte, zu der sich die Staats- und Regierungschefs der EU unausgesprochen erklärt hatten. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM, unterzeichnet am 2. Februar 2012 von den Ländern der Eurozone, in Kraft seit dem 27. September 2012 als Behörde mit Sitz in Luxemburg) und schärfere Euroregeln inklusive nationaler Schuldenbremsen durch den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (in Eurospeech: Fiskalpakt, unterzeichnet am 2. März 2012 von 25 EU-Mitgliedstaaten, in Kraft zum 1. Januar 2013 nach Ratifizierung in 23 EU-Staaten) ergänzen einander.

Der Fiskalpakt hätte, wenn er von allen EU-Ländern angenommen worden wäre, auf vereinfachte Weise Teil des EU-Vertragssystems werden können. Großbritannien verzögerte indes die vereinfachte Vertragsreform, die Regierung in Prag nachfolgend den Inhalt der zwischenstaatlichen völkerrechtlichen Vereinbarung, die Sanktionen gegen die Länder vorsieht, die die verschärften Haushaltsregeln in Zukunft brechen.

Der Streit mit Großbritannien (und teilweise mit der Tschechischen Republik) und nicht die vielfach beschworenen fiskalischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord und Süd in der Eurozone hat die eigentliche Bruchstelle des europäischen Institutionengefüges offenlegen: Angesichts eines fehlenden Konsenses zwischen allen EU-Mitgliedstaaten mussten unter dem Druck der Krise zwischenstaatliche Notmaßnahmen ergriffen werden, die das EU-Gemeinschaftssystem schwächen. Nun soll innerhalb der kommenden fünf Jahre versucht werden, den ESM und den Fiskalpakt in den EU-Vertrag zu integrieren.

Der Europäische Rat vom 28./29. Juni 2012 brachte immerhin Konsens unter allen beteiligten Akteuren in der EU darüber, dass die Ursachen der Staatsschuldenkrise systemischer Natur sind: Sie gründen in der Unausgewogenheit zwischen der vergemeinschafteten Geldpolitik und der bisher nicht vergemeinschafteten Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Ratspräsident Van Rompuy präsentierte im Juni 2012 in Antwort auf diese Unebenheit eine erste Ideenskizze mit Bausteinen für eine „genuine Wirtschafts- und Währungsunion“. Es folgte ein Bericht, den Van Rompuy, Kommissionspräsident Barroso, EZB-Präsident Draghi und Eurozonenchef Juncker beim Europäischen Rat im Oktober 2012 vorlegten. Es war übrigens das 22. „Gipfeltreffen“, das sich seit Ausbruch der Krise im Jahr 2009 mit Griechenland beschäftigte. Schritt für Schritt begab sich der Europäische Rat auf ein Terrain, das seinem Selbstverständnis als europäischer Wirtschaftsregierung Substanz verlieh, sekundiert von der Runde der Finanzminister der Eurozone.

Die EZB wurde während dieser Zeit weiter gestärkt. Nach dem Anleihenaufkaufprogramm kündigte dessen Nachfolger Mario Draghi am 2. August 2012 weitere Aufkaufprogramme von Staatsanleihen (Outright Monetary Transactions, OMT) an, um den Euro unter allen Umständen zu sichern. Allein Draghis Ankündigung beruhigte die Märkte, die Debatte unter Ökonomen und Juristen über die Vertragsmäßigkeit der Maßnahmen ging hingegen weiter. Politische, ökonomische und juristische Logik dürften auch in Zukunft immer wieder miteinander kollidieren.

In der dritten Phase, die sich gewiss bis zu der Europawahl im Mai und darüber hinaus hinziehen wird, geht es im Kern um die letzten offenen Fragen dessen, was in der Eurosprache „Bankenunion“ genannt wird. Immerhin: Der erste Pfeiler der Bankenunion wurde am 12. September 2013 beschlossen. Damals stimmte das Europäische Parlament der zwischen Parlament und Rat ausgehandelten einheitlichen europäischen Bankenaufsicht zu. Das war der erste Schritt zur Re-Regulierung des Bankensektors: Ab September 2014 werden rund 130 der größten europäischen Banken der Eurozone der Aufsicht durch die EU unterstellt.

Seit Ende 2013 wird zwischen den Staaten der Eurozone und dem Parlament um die Ausgestaltung der zweiten und der dritten Säule der Bankenunion gerungen. Dabei geht es vor allem um das Verfahren zur Liquidierung insolventer Banken und die Ausgestaltung der Garantie von Bankenlagen.

Das Parlament ist unterdessen erzürnt, weil die Regierungen der Eurozone über eine zwischenstaatliche Regelung des Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism) die Beteiligung der Europa-Abgeordneten aushebeln wollen. Da es faktisch im EU-Parlament – anders als im Deutschen Bundestag – kein Diskontinuitätsprinzip gibt, kann die Materie aber auch über die Neuwahl des Parlaments hinaus dort weiterverhandelt werden. Dieses Thema ist also mehr als nur ein Wahlkampfthema, und es könnte schlimmstenfalls am Ende sogar den Europäischen Gerichtshof auf den Plan rufen.

**V**iele Politiker scheinen sich damit zu beruhigen, dass mit einer sogenannten Bankenunion das entscheidende regulatorische Werk vollbracht und eine Wiederkehr der Krisen um Staatsschulden, Wettbewerbsschwächen und Haftungsfragen ausgeschlossen ist. Dabei ist das Verfahren noch keineswegs komplett beschlossen und schon gar nicht erprobt worden. Gleichwohl wird an verschiedenen Orten schon jetzt darüber räsoniert, welcher Schritt der nächste auf dem Weg der Vertiefung der Integration sein werde, sein solle oder als solcher verhindert werden müsse: Schon ist von Budgetunion und von Sozialunion die Rede, ohne dass erkennbar wäre, was das im Einzelnen heißen soll.

Auch aus diesem Grund muss die politische Debatte über die Ausgestaltung der Europäischen Union möglichst bald wieder politische Formen und eine politische Sprache finden, die der institutionellen Balance zwischen den Organen der EU einschließlich des Rats der Regierungen der EU-Mitgliedsländer würdig sind. Das weitgehend exekutive EU-Krisenmanagement der vergangenen fünf Jahre hat zu ei-

ner schlechenden, dabei durchaus substantiellen (und in der Sache richtigen) Vertiefung der Integration geführt. Diese protokonstitutionellen Entwicklungen – in mehreren Phasen und oftmals unter großem öffentlichen Krisenlamento – haben gleichsam unbeabsichtigt wichtige Beiträge zur Etablierung einer genuinen europäischen Innenpolitik geleistet. Zugleich aber hat die technokratische Exekutivlastigkeit die europäischen Machtfragen verschleiert und die eigentlichen Politikinhaltete entleert.

Was vor mehr als zwanzig Jahren in Maastricht noch philosophischer Natur war, ist längst im europäischen Alltag angekommen: die Frage nach Macht und Politik in der Europäischen Union. Der Weg der europäischen Integration ist weiter fortgeschritten, als viele wahrhaben möchten – während es zugleich dringender denn je geworden ist, die Frage nach dem Ort der europäischen Politik und der Organisation der Macht in der europäischen Innenpolitik zu klären. Dabei kann nur die kooperative Zusammenarbeit zwischen den europäischen Organen Legitimität erzeugen und bewahren.

Es war gerade die exzessive „Flexibilität“ im Umgang mit gemeinschaftlich verabredeten Regeln, die zu der Krise der vergangenen Jahre geführt hat. Sie zu überwinden kann nicht durch neue Flexibilität gelingen. Die exekutive Methode, die einige Regierungen derzeit im Europäischen Rat vorziehen, bewirkt letztlich weitere Intransparenz und Entparlamentarisierung. Die Lösung liegt in der allein angemessenen Methode: einer Balance zwischen den Mitgliedstaaten und allen Organen der EU, ohne trickreiche Aushebelung des Europäischen Parlaments und ohne ständige Missachtung des Europarechts. Eine solche institutionelle Balance ist die eigentliche Unionsmethode.

In den mittlerweile 18 Regierungen der Eurozone sind 48 politische Parteien vertreten. Nach der Wahl zum Europäischen Parlament wird der Überblick über die politischen Präferenzen nicht einfacher sein. Das Gesamtgefüge der EU funktioniert nur im Stil einer maximalen großen Koalition – sowohl in Bezug auf politische Präferenzen als auch im Blick auf allgemeine Länderinteressen. Die Ausgestaltung dieser Balance ist daher mehr als nur ein Wahlkampfthema.

Es wäre folgerichtig, wenn die Krisenbewältigung in den kommenden Jahren einmünden würde in den konstitutionellen Akt einer demokratisch legitimierten und transparenten Etablierung der genuine Wirtschafts- und Währungsunion als eines Elements einer Politischen Union. Dazu müsste der Lissabon-Vertrag, die heutige Rechtsgrundlage der EU, von einem Europäischen Konvent weiterentwickelt werden. Die Perspektive einer Europäischen Verfassung wird wieder akut.

Eine Balance zwischen denen, die entweder „mehr“ oder „weniger“ Europa wollen, wird nur dann entstehen, wenn sich der pragmatische Sinn für das durchsetzt, was zu einem „besseren“ Europa führt. Das kann in einem Fall „mehr“ und im anderen Fall „weniger“ Europa bedeuten. Manches von dem, was in der EU in den kommenden Jahren neu ausgehandelt werden muss, ist schon absehbar: etwa die Überprüfung der europäischen Kompetenzen (und noch dringlicher ihrer nationalen Umsetzung!) auf einer ganzen Reihe von Feldern bürokratisch entlaufener Bestandteile der Binnenmarktregelung. Nach dem Wunsch nicht nur von Großbritanniens Premier Cameron gilt hier: „Weniger“ wäre oft „besser“.

Wünschenswert wäre aber auch eine Konzentration der Aufgaben und Instrumente der EU in den bisher schwach ausgeprägten Bereichen der EU-Steuerhoheit, der einheitlichen (und nicht bloß einer gemeinsamen) EU-Außen- und -Sicherheitspolitik und eines effizienteren Gefüges der Institutionen mit einem gemeinsamen Präsidenten von Kommission und Rat und einer Verlagerung des Parlamentssitzes nach Brüssel. In diesen Punkten wäre „mehr“ Europa „besser“.

Von diesen und anderen Fragen wird in den Jahren 2014 bis 2019 – das heißt zwischen der kommenden und der darauffolgenden Wahl zum Europäischen Parlament – die Rede sein. Und das mehr denn je wohl polemisch angeheizt von Euroskeptikern, die mit divergierenden Motiven und Zielen dort blockieren wollen, wo andere (ebenfalls mit divergierenden Motiven und Zielen) voranschreiten möchten. Bei Lichte besehen, hat in Deutschland wie in Frankreich schon der jeweilige nationale Wahlkampf für 2017 begonnen, auch wenn die derzeit agierenden Mehrheiten versuchen, diesen Eindruck zu überspielen. Da darf es schon überraschen, dass sich die Bundeskanzlerin in ihrer ersten Regierungserklärung dieser Legislaturperiode am 18. Dezember 2013 mutig für eine Änderung der EU-Verträge ausgesprochen hat.

Einstweilen geht die Verschränkung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene zu einem Gefüge europäischer Innenpolitik faktisch und praktisch weiter. Das ruft Widerstände auf den Plan, die, wenn sie konsequent wären, zu einer Rückkehr zur autonomen nationalen Politik führen müssten. Da dieser Weg für alle Beteiligten selbstzerstörerisch wäre, ziehen die meisten Akteure zurzeit technisch anmutende Trippelschritte und schmallippige Verschleierungsmetaphern über den faktischen Machttransfer auf die Ebene der EU vor. In Zeiten des extremen Pragmatismus mit seinem Entschwinden substantieller Politikdebatten und der damit einhergehenden Camouflagen der Machtverhältnisse sind klare Worte und Begriffe offenbar verpönt.

Umso mehr aber drängt immer wieder das Irrationale nach vorn, Euroskepticismus und Anti-EU-Populismus aller Art. Würde es rational zugehen, sollte es im Grunde umgekehrt sein: Die politischen Debatten in der Europäischen Union müssten wieder inhaltlich und vor allem, den Sachverhalten angemessen: europäisch, unionsgemäß werden. Spätestens nach dem Jahr 2017 wird es zu einem institutionellen politischen Sprung nach vorne kommen müssen: Zu einem neuen Konvent über die Europäische Verfassung, die das Erreichte konsolidiert und den in diesen Zeiten möglichen Konsens über eine Politische Union, die einen solchen Namen verdient, zum Ausdruck bringt. Aber rational war Politik noch selten.

# Wie nutzen wir die Chancen der Internationalisierung?

## Der Schwerpunkt „Europäische und internationale Zusammenarbeit“

Das Rahmenprogramm „Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ ist ein weiterer Schritt zur Umsetzung der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung. Sie soll Deutschlands Rolle in der internationalen Wissensgesellschaft stärken und dazu beitragen, globale Herausforderungen besser zu bewältigen.

Durch die Positionierung in „Horizont 2020“, dem neuen Forschungs- und Innovationsprogramm der Europäischen Kommission, gestaltet die Bundesregierung auch maßgeblich die europäische Forschungsgesellschaft mit und bringt dabei ihre politischen Ziele ein, darunter die Stärkung der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften.

Um die internationale Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technischen Bereich zu stärken, fördert das BMBF vielfältige Dialogprozesse sowie gezielte Sondierungs- und Vernetzungsmaßnahmen mit Forschungspartnern weltweit zu ausgewählten Themen, u.a. in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Dadurch werden Vorhaben möglich, die auf deutschen Interessen basieren und dabei die Besonderheiten und Interessen der Partnerländer berücksichtigen. Das BMBF beteiligt sich z.B. an COST („European Cooperation in Science and Technology“), der Initiative für Europäische Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik. Ziel von COST ist es, durch die Bildung von thematischen Netzwerken den Wissensaustausch zwischen Forscherinnen und Forschern in den 35 europäischen Mitgliedstaaten und darüber hinaus zu fördern. Innerhalb von COST gibt es neun Themenschwerpunkte, darunter „Sozial- und Geisteswissenschaften, Kultur und Gesundheit“. Von den dort derzeit 46 laufenden Aktionen ist Deutschland an 45 Aktionen beteiligt.

### Projektbeispiel: „Nachhaltige regionale Integration in Westafrika und Europa“

Grenzüberschreitende Politik- und Wirtschaftsräume bieten Afrika große Chancen, stellen aber auch eine

große Herausforderung dar. Politikwissenschaftliche Forschungsergebnisse zur europäischen Integration können helfen, regionale Integrationsprozesse zu analysieren und deren Weiterentwicklung zu begleiten.



Seit 2012 fördert das BMBF deshalb eine Forschungskooperation zur regionalen Integration zwischen dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) und dem West Africa Institute (WAI) in Cabo Verde. Die Kooperation ist überregional ausgerichtet und umfasst die in der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS organisierten Länder. Das Projekt stärkt die lokalen und regionalen Kapazitäten wissenschaftlicher Politikberatung und ermöglicht, dass Lösungsansätze für die sozialen und ökonomischen Probleme der Region vor Ort entwickelt und umgesetzt werden können.

#### Mehr dazu unter:

- [www.bmbf.de/de/14590.php](http://www.bmbf.de/de/14590.php)
- [www.cost.eu/domains\\_actions/isch/in\\_detail](http://www.cost.eu/domains_actions/isch/in_detail)



## 'Learning community' for European-African partnership

Recipes for change at Brussels summit

by Ludger Kühnhardt

Wed 26 Mar 2014

Africa is in the news as a force for positive change as many economic uncertainties haunt industrialised and developing countries. Many now believe Africa offers hope and has a bright future.

The outlook for transformation will be on show next week at the fourth EU-Africa Summit in Brussels, convening under the well-meaning slogan 'Investing in people, prosperity and peace.' Beyond ritual self-congratulation and platitudes, there are genuine reasons for confidence. A key condition for success is that Africa and Europe take genuine steps to build a 'learning community' that allows both sides to learn lessons from each other – and use these to implement action plans to change economies and lives.

Two dozen African countries now register annual average growth of around 6%. The number of violent conflicts, internal or external, is at its lowest in modern times. The roll-call of democratically-elected leaders is at a high. A new Africa is now in view, with an emerging middle class and a stronger sense of ownership and responsibility. There is also a vibrant mobile phone culture right down to village level and a youthful population aspiring to a better life in their own countries.

The key to sustaining change is easy to formulate and yet difficult to realise: formal jobs and better infrastructure. To help achieve these goals, a 'learning community' is needed. This means learning from the presence of China, India, Brazil, the US and Turkey in Africa; learning lessons from Africa's own shortcomings in past decades; and learning how to redefine 'development'.

Two important aspects are how to make better use of the know-how of the African diaspora and how to gather resources of African citizens outside Africa for investment in the continent. We should bear in mind that one of the important agents of change in China over the past 30 years has been the many overseas Chinese who invested their money in the People's Republic and accelerated Chinese modernisation.

Since the first EU-Africa Summit in Cairo in 2000, the relationship is supposed to have moved on from that of donor-recipients towards that of a partnership of equals, but we are a long way from achieving that objective.

Africa today is sometimes described as a new Asia in the making. But progress, where it has happened, has been mainly due to the activities of the private sector and civil society rather than political strategies. African modernisation, sometimes labelled as African capitalism, is under way in a growing number of countries. But more often than not political rhetoric and interference slow it down.

The role of politics should be to provide an appropriate framework for private investment, including regulatory mechanisms for transnational banking and all kinds of business. A political set-up is needed to identify responsibilities about who is doing what (or not) in the context of African development. Benchmarks are needed for implementing and monitoring existing strategies, for example, for infrastructure projects as well as those for education, science and research.

Building a learning community is the key. We need to move on from the intellectual mindset of the Cold War. All societies, north, south, east and west, are now in constant transformation. Europe's aim can no longer be to tell Africans what they should do, but to help give them the means to carry out actions that they must decide and implement themselves.

Prof. Ludger Kühnhardt is Director of the Centre for European Integration Studies (ZEI) in Bonn and a member of the OMFIF Advisory Board.

# Kontinent der Möglichkeiten

von Professor LUDGER KÜHNHARDT

Am 2. und 3. April 2014 findet in Brüssel das vierte Gipfeltreffen der Europäischen Union mit der Afrikanischen Union statt. Wir sehen unseren südlichen Nachbarkontinent viel zu häufig nur durch die Brille von Konflikten und Krisen. Es gibt sie, zuletzt in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik. In beiden Ländern konnte nur durch das rasche militärische Eingreifen Frankreichs ein kompletter Staatszerfall verhindert werden. Es ging nicht um neokolonialistische Abenteuer, sondern um die Verhinderung einer humanitären Krise. Zug um Zug müssen sich nun die Afrikanische Union und die Europäische Union gemeinsam um eine Stabilisierung beider Länder drehen. Dies ist nicht einfach, aber – wie auch der dritte gegenwärtige Krisenherd Südsudan zeigt – übernehmen die afrikanischen Verantwortlichen auf unterschiedlichen Ebenen immer mehr die Führung bei dem Bemühen, Frieden und Sicherheit als Voraussetzung von menschenwürdiger und nachhaltiger Entwicklung auf ihrem Kontinent herzustellen und zu bewahren. Eigenverantwortung heißt die Devise; „ownership“ im Jargon der UNO.

Aber Eigenverantwortung ist längst mehr als Krisenmanagement: Fast zweihundert afrikanische Staaten wiesen seit Jahren ein konstantes Wirtschaftswachstum von fünf bis sechs Prozent pro Jahr auf. Nicht nur in Ölproduzierenden Staaten entsteht ein Mittelstand. Die Schaffung formaler und dauerhaft stabiler Arbeitsplätze für Millionen junger Menschen, die jährlich auf den Arbeitsmarkt drängen, bleibt ein elementares soziales und strukturelles Problem in Afrika. Aber der Kontinent kann seine Erfolgsgeschichten vorweisen, beispielweise Ghana und Kamerun, Angola und Mosambik, Kap Verde und Mauritius, Tansania und Namibia – von der ökonomischen Großmacht Südafrika ganz zu schweigen. Afrika ist ökonomisch heute dort, wo China sich zu Beginn seiner Reformen vor gut dreißig Jahren befand. Afrika ist in Bewegung und sollte heute als ein Kontinent der Möglichkeiten gesehen und entschieden mehr als bisher auch bei uns differenzierter beachtet werden.

Im Jahr 2000 trafen sich die Staats- und Regierungschefs beider Kontinente zum ersten Mal. Seither sind vielerlei Papiere niedergeschrieben worden, Strategien und immer komplexer werdende Ausführungsbestimmungen. Die offiziellen Organe der Europäischen Union und der Afrikanischen Union sprechen vollmundig von dem Ziel einer strategischen Partnerschaft zwischen beiden Kontinenten, die nicht länger von der Beziehung zwischen Entwicklungshelfern und Entwicklungshilfenehmern definiert ist. Das ist gut so und ein Anfang ist gemacht. Aber echte Partnerschaft beginnt nicht erst dort, wo man von gleich zu gleich im Sinne gleicher Macht sprechen kann. Echte Partnerschaft beginnt mit Ehrlichkeit. Das heißt jetzt: Die afrikanischen Führungen müssen stärker als bisher die vielen Strategien- und Absichtserklärungen umsetzen, die in den letzten Jahren niedergeschrieben worden sind. Und Europa muss Afrika stärker als seinen Nachbarkontinent ansehen und ernst nehmen. Erst wenn das Gespräch über Afrika zu einem selbstverständlichen Teil unserer eigenen Zukunftsdiskussion wird, ist Afrika bei uns als Nachbar angekommen, der nicht nur Sorgen bereitet, sondern viele Chancen bereithält. Für unsere Wirtschaft und für ein gemeinsames Nachdenken darüber, was „Entwicklung“ im 21. Jahrhundert in einer gemeinsamen Welt heißen kann.

Der Autor ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) in Bonn.



Professor Ludger Kühnhardt.

Foto: Archiv



DIE KONSEQUENZEN AUS DER KRIM-KRISE  
UND DEN UMWÄLZUNGEN IN DER ARABISCHEN WELT

# Das außenpolitische Erwachen der Europäischen Union

LUDGER KÜHNHARDT

Das Wiederaufblühen einer von geopolitischen Phantasien getriebenen Machtpolitik in Russland, aber auch die anhaltende Ungewissheit über den Fortgang der Umwälzungen in der arabischen Welt zwingen die Europäische Union zu einer grundlegenden Neubestimmung ihres weltpolitischen Selbstverständnisses. Seit den frühen siebziger Jahren möchte das integrierte, in kooperativer Form und mit beständiger Suche nach Kompromis-

sen agierende Europa als „Zivilmacht“ (François Dücke, 1972) oder gar als „normative Macht“ (Ian Manners, 2002) betrachtet und bewundert werden.

Seit dem Beginn der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) 1970 ist Europa in der außenpolitischen Gemeinsamkeit erheblich vorangekommen. In Reaktion auf den Nahostkonflikt und die Energieabhängigkeit der Westeuropäer wurde in der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemein-



BILD: JOHN THYS / AFP / GETTY IMAGES · VORIGE SEITE: PICTURE ALLIANCE / ZUMA PRESS.COM  
PICTURE ALLIANCE / RONI SEBASTIANO TOMADA / DDP IMAGES / SIPA USA

schaft (EWG) die EPZ begonnen. Zunächst wurden sechs Fax-Geräte in den Büros der Politischen Direktoren der beteiligten sechs Außenministerien eingerichtet. Politische Erklärungen sollten auf diesem Wege abgestimmt werden. Aus dem ersten, zaghaften Treffen der EU-Außenminister 1970 entwickelten sich regelmäßiger Strukturen.

Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 wurde die Zielsetzung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der zur EU umbenannten Gemeinschaft eingeführt. Unter dem Druck des Zusammenbruchs von Jugoslawien wurde diese Idee in der breiteren Öffentlichkeit zunehmend gefordert, doch zugleich stieß die agierende Politik in den Mitgliedstaaten an die Grenzen ihrer Kooperationsbereitschaft: Zu weit lagen die Vorstellungen über die künftige Gestalt des jugoslawischen Raums zwischen Briten, Franzosen, Deutschen und Italienern auseinander. Mit dem Vertrag von Amsterdam 1999 wurde das Amt eines Hohen Beauftragten für die

gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik installiert. Der erste Amtsinhaber war der ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana.

Bis der Vertrag von Lissabon im Dezember 2009 in Kraft trat, hatte sich die Europäische Union schon in 21 militärischen und polizeilichen Missionen rund um den Globus engagiert. Die breitere Öffentlichkeit nahm davon faktisch ebenso wenig Kenntnis wie von der Arbeit der seit 2010 amtierenden Hohen Beauftragten Catherine Ashton, den Europäischen Außenpolitischen Dienst aufzubauen. Seit 2009 tagen die Außenminister der EU immer unter der Leitung des Hohen Beauftragten, der auch die Tagesordnung festlegt. Die EU verfügt über ein Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee, ein Militärisches Komitee, einen Militärstab und ein EU-Operationszentrum.

Insgesamt werden nach Beendigung der noch immer laufenden Aufbauarbeiten 7000 Menschen für den Europäischen Außenpolitischen Dienst ar-

»Konzeptionell geht es um eine außen- und sicherheitspolitische Kultur in der EU, die Fragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung ebenso einbezieht wie entwicklungspolitische Aspekte«

**TITELTHEMA**  
**GEMEINSAME EUROPÄISCHE AUßENPOLITIK**

»Es bedarf eines EU-Außenministers und eines EU-Verteidigungsministers, deren Handeln nicht immer wieder durch ihre nationalen Kollegen unterlaufen oder gebremst werden kann«

beiten, das sind nicht weniger als in den großen Außenministerien in London, Paris oder Berlin tätig sind. Siebzig Prozent des Personals werden aus dem bisherigen und aufgestockten Personal der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates in Brüssel gebildet, dreißig Prozent der Mitarbeiter sind nationale Diplomaten, die von den EU-Mitgliedstaaten entsandt werden. Die EU verfügt heute in so gut wie jedem Land der Erde über eine Delegation, faktisch die jeweilige Botschaft der Union. Diese globale Präsenz der EU ist nicht gering zu schätzen, denn viele, zumal der kleineren Mitgliedsländer verfügen überhaupt nicht über eine eigene Botschaft in den meisten Staaten der Erde außerhalb der Großmächte.

**GRÜNDE ZUR UNZUFRIEDENHEIT**

Neben dieser globalen Präsenz hat sich die EU mit einer Kaskade von Papieren als außenpolitischer Akteur positioniert. Besonders hervorzuheben sind die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 und eine Reihe von Strategischen Partnerschaften. Unterdessen gibt es zu viele und inhaltlich zu unbestimmte Perspektiverklärungen für die Beziehungen der EU mit ihren wichtigsten regionalen und bilateralen Partnern.

Soweit die Faktenlage, die eine beachtliche Entwicklung des außen- und sicherheitspolitischen Profils der Europäischen Union in über vier Jahrzehnten zeigt. Gleichwohl gibt es allen Grund zur Unzufriedenheit mit dem Erreichten. Denn der Aufbau außenpolitischer Kapazitäten vollzog sich im Schatten der ökonomischen und politischen Einnigung der EU und hielt mit der Logik dieser Einnigung bisher nicht Schritt.

So verfügt die Europäische Union noch immer nicht über eine gemeinsame strategische außen- und sicherheitspolitische Kultur, unter Einbezug aller Fragen aus dem Bereich der weltwirtschaftlichen Handelsbeziehungen und der Entwicklungs-

**EUROPAS WEG ZUR  
GEMEINSAMEN AUßEN- UND  
SICHERHEITSPOLITIK**

**1950**

Bereits kurz nach der Vorstellung des Schuman-Plans, der zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) führte, stellte der französische Ministerpräsident René Pleven im Oktober 1950 den Pleven-Plan vor, der die Einrichtung einer Europa-Armee unter Führung eines europäischen Außenministers vorsah.

politik. Es fehlt auf der EU-Ebene und im Verbund über alle EU-Mitgliedsstaaten hinweg an einer kompetenten und interessierten Beteiligung der europäischen Bürger, aber auch der europäischen Wissenschaftler, Wirtschaftsexperten und Publizisten in außen- und sicherheitspolitischen Fragen, die den Diskussionen im Europäischen Parlament und vor allem den vielen exekutiven Aktivitäten im Bereich der Europäischen Kommission und des EU-Ministerrates ein öffentliches Gesicht geben und öffentliche Rechenschaftspflicht für das, was angestrebt wird und über das, was tatsächlich erreicht wurde, einfordern würden. Thematisch zerfallen die so oft miteinander verwobenen Diskussionen und Entscheidungsprozesse. Dies geschieht auf Kosten von Profil und Stimmigkeit.

Die Europäische Union verfügt im exekutiven Bereich über Kompetenzen und Instrumente einer gemeinsamen, aber nicht über Kompetenzen und Instrumente einer einheitlichen Außen- und Sicherheitspolitik. Faktisch macht es enorme Mühen, die unterschiedlichen nationalen Interessen und Prioritäten zu einer von allen EU-Mitgliedsstaaten und den EU-Organen gemeinsam vertretenen Position zu verknüpfen. Die Erarbeitung einer solchen gemeinsamen Position zwingt regelmäßig zu einem komplexen Koordinations- und Kompromissfindungsbedarf, der von der Öffentlichkeit dann rasch als zeitraubendes Gezerre und übertriebener Streit wahrgenommen wird. In Reaktion auf außen- und sicherheitspolitische Situationen – die häufig genug krisenhafter Natur sind und schnelle Reaktionen erfordern – erscheint die EU fast zwangsläufig als langsam und bürokratisch.

**SCHRITTE ZUR GEMEINSAMKEIT**

Was ist zu tun, um diese Ausgangslage zu verbessern und dazu beizutragen, dass die EU nicht nur mit einer Stimme spricht, sondern auch aus einem Geist denkt und aus einem Guss handelt?

Konzeptionell geht es um die weitere Entwicklung einer außen- und sicherheitspolitischen Kultur in der EU, die Fragen der weltwirtschaftlichen Entwicklung ebenso einbezieht wie traditionell entwicklungspolitische Aspekte. Die EU muss auf allen institutionellen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Kreisen, die sich für diese Themen interessiert, eine Diskussionskultur entwickeln, die weltfähig ist. Denn nur in der Verknüpfung der diversen Aspekte und Ansätze lassen sich die Herausforderungen, aber auch die Chancen einer globalen Rolle der EU verstehen und angemessene Handlungsstrategien entwickeln.

Institutionell muss die EU weiter voranschreiten auf dem Weg zu einer einheitlichen außen- und sicherheitspolitischen Vertretung. Es bedarf eines EU-Außenministers und eines EU-Verteidigungsministers, deren Handeln nicht immer wieder durch ihre nationalen Kollegen unterlaufen oder gebremst werden kann. Das zu erreichen, wird ein langer Weg bleiben. Die EU muss dazu auch die Rahmenbedingungen einer solchen Entwicklung im Auge haben, von den Erfordernissen eines EU-Nachrichtendienstes bis hin zur gemeinsamen Rüstungsgüterproduktion und Rüstungsexportpolitik.

#### GRENZEN DER WIRKSAMKEIT

Geistig-strategisch wird die EU sich eingestehen müssen, dass es Grenzen des Exports der europäischen Normen und Standards gibt, wenn dieser freiwillig und in Respekt vor der Andersartigkeit anderer Völker stattfinden soll. Wenngleich die meisten Staaten und Völker der Erde sich vorwärts entwickeln und darin modernisieren wollen, ist die EU auch damit konfrontiert, dass bestimmte Gesellschaften und Staatsführungen offenbar eher zurück zu vertrauten Ursprüngen und Identitäten gehen möchten.

Die beste Basis für eine in sich glaubwürdige und überzeugende, langfristig wirkungsvolle und anerkannte Außen- und Sicherheitspolitik besteht in einer starken und bestmöglich integrierten Europäischen Union. Im Innern wird entschieden, was nach außen möglich ist. Die Europäische Union ist in erster Linie stark als ein magnetischer Kern, dessen Freiheit und Wohlergehen Menschen in aller Welt, aber auch ganze Gesellschaften und Staaten anzieht. Denn die EU ist politischer Ausdruck der Idee der Freiheit. Deshalb muss der Gebrauch der Freiheit in der EU so verantwortungsvoll geschehen, dass Glaubwürdigkeit und Strahlkraft des europäischen Gesellschaftsmodells nicht geschwächt werden. Die EU ist nur begrenzt in der Lage, die Bedingungen ihrer inneren Stabilität unmittelbar in alle Welt glei-

chermaßen zu exportieren. Deshalb wird der Aufbau eines noch so einheitlichen europäischen außen- und sicherheitspolitischen Profils auch immer wieder an die Grenzen der globalen Realpolitik stoßen.

Aus dem gleichen Grund aber auch darf die EU sich nicht dazu provozieren lassen, die rechtswidrigen, freiheitsfeindlichen und friedensgefährden Aktivitäten Russlands, die mit so urplötzlicher Macht die Weltpolitik in ihren Bann genommen haben, mit gleicher Münze heimzuzahlen. Denn die EU ist Achtung vor dem Recht. Langfristig geht es um das Bild vom Menschen, das eine bessere Zukunft hat: das Menschenbild der Freiheit oder das Menschenbild des Zynismus. Es kann kein Zweifel bestehen, wer nicht nur im Recht, sondern langfristig auch erfolgreich sein wird.



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn. 2010 erschien „Europa. Innere Verfassung und Wende zur Welt. Standortbestimmung der Europäischen Union“ (Nomos).

www.uni-bonn.de

*Europe in Crisis: Intellectuals and the European Idea, 1917-1957.*  
Edited by Mark Hewitson and Matthew D'Auria, New York,  
Berghahn Books, 2012, x, 350 pages, \$ 95.00 US (cloth).

There are books that teach us through the content they do not include. Omissions help us to better understand a topic, especially when they occur not as a result of the authors' design but as an inherent consequence of the nature of the topic. The edition that Mark Hewitson and Matthew D'Auria have brought together is such a book. It deals with a Europe in crisis — an evergreen in the history of the continent. It covers the period between 1917 and 1957. Remember: 1917 was the formative year which confirmed de Tocqueville's thesis that Europe would be increasingly sidelined by its two fringe powers, the US and Russia — the one declaring war on Germany and Austria-Hungary in 1917, the other one dissociating itself from the history of modern Europe as a consequence of the Bolshevik revolution of 1917. 1957 saw the signing of the Treaties of Rome, thus initiating the European Economic Communities, a moment that was not a zero hour in the history of Europe but a turning point in the consolidation of a European exceptionalism that lasts until today; a Europe in peace that strives to advance "an ever closer union" of its states and its citizens. The collection does not specifically analyze the interconnectedness and meaning of 1917 and 1957, but we can accept these two years as pivotal — with Europe beginning to lose global pre-eminence through self-destruction in the first year, and then later, in the other year, beginning its internal reconciliation as a first step to return to a global role.

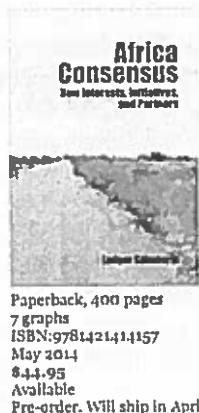
First and foremost, the book looks at the relationship between intellectuals and the European idea. And here begins the omission that enhances the book. The subtitle is telling: *intellectuals and the European idea*. The *and* insinuates that the intellectuals stood outside (and often aside from) the ideas that they promoted. But the *and* also implies (almost unintentionally) that the intellectuals discussed in this book did not engage in the promotion of their ideas for practical purposes. Even more importantly, the *and* describes the insufficient relationship between the European idea(s) *and* their implementation. In other words, what failed between 1917 and 1957 were efforts to bridge the gap between intellectual ideas on the future of Europe and practical, pragmatic, and feasible methods and instruments to translate these ideas into reality. This very absence of turning the European idea into a European reality is the missing link for most of Europe's history, and certainly for the period between 1917 and 1957. This historical omission has produced a void in the volume, which otherwise might have been able to present the links between intellectual ideas of Europe *and* the ways and means to turn them into reality.

One could argue, as the contributions to this book do, that the many fine ideas floating around after 1917 paved the way for a better European reality emerging since 1957. One should not be too obsessed with the dates and their exact meaning for the history of modern Europe (after all, the Great War had already begun in 1914 and the European Coal and Steel Community, precursor to the EEC, was established in 1951). One should neither be too harsh on the authors of the book — which grew out of a conference held in 2008 — that for every fine chapter one would wish to read a second one on the obstacles to implement the ideas just presented. Instead one should be grateful that the papers of this book pay tribute to ideas, more or less valuable, which testify that there was more to Europe between 1917 and 1957 than crisis and despair. Indeed, this book's focus on ideas offers much to the reader who likes to understand the reasoning of leading intellectuals. It has less to say about the extent or limits of those thinkers' roles in shaping a modern, integrated Europe. Between 1917 and 1957, intellectuals contributed ideas about the objectives, but failed to define the way to advance these objectives.

Most of the contributions to this book are fine summaries of the thinking of key intellectual personalities in the first half of Europe's twentieth century (Coudenhove-Kalergi, Pannwitz, Schmitt, Rosenzweig, Stempowski, Huizinga, Heinrich Mann, Febvre, Einaudi). Other contributions add to our understanding

of the difficult move to transform local ideas into European visions. Most importantly, however, the book confirms the core of the European crisis between 1917 and 1957: the absence of a political culture in which intellectuals and practitioners could have worked hand in hand to lead Europe much earlier into a peaceful, democratic, and integrated future.

Ludger Kühnhardt  
*University of Bonn*



Paperback, 400 pages  
7 graphs  
ISBN: 9781421414157  
May 2014  
**\$44.95**  
Available  
Pre-order. Will ship in April 2014

## Africa Consensus

New Interests, Initiatives, and Partners

Ludger Kühnhardt

In the past, the world scrambled for Africa to win slaves, territory, and resources. Today, the world scrambles with Africa to do business in global markets. In *Africa Consensus: New Interests, Initiatives, and Partners*, Ludger Kühnhardt argues that new African politics, African regional institutions, and global demand for partnerships for trade and security will lead the continent to new relationships with the United States, the European Union, China, India, Brazil, and other emerging economies.

Kühnhardt reviews the history of Africa's international status and employs the rising African Union's own identified "intervention areas"—peace and security; development, integration, and cooperation; shared values; and institution- and capacity-building—to analyze challenges and possibilities.

Ludger Kühnhardt is director of the Center for European Integration Studies and a professor of political science at Bonn University. He was a public policy scholar at the Woodrow Wilson Center in 2012.

"By linking Africa's current display of economic dynamism... to global changes that are underway, Kühnhardt revisits and goes beyond major historical themes and narratives. In the process, he elevates the continent as a global agenda-setting actor."

— Francis A. Kornegay, Institute of Global Dialogue, University of South Africa

"*Africa Consensus* is the rare book that treats Africa as the complex region that it is. Kühnhardt is experienced enough to put that complexity front and center... and his distillations are nuanced enough to successfully describe a continent that is transforming before our very eyes and playing an ever-growing role in all aspects of the global economy and community. Students of Africa have a new place to begin."

— K. Y. Amoako, President and Founder, African Center for Economic Transformation

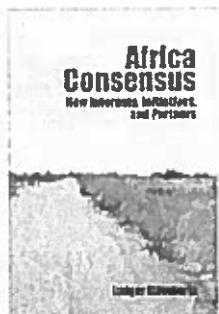
*Africa Consensus -- New Interests, Initiatives, and Partners* by Ludger Kuhnhardt, Wilson Center/Johns Hopkins UPress '14 paperback. \$44.95, 380 pages, ASIN #1421414155. Index, bibliography, notes, b&w images sprinkled through text.

From the back cover:

"In the past, the world scrambled for Africa to win slaves, territory, and resources. Today, the world scrambles with Africa to do business in global markets. In *Africa Consensus: New Interests, Initiatives and Partners*, Ludger Kuhnhardt argues that new African politics, African regional institutions, and global demand for partnerships for trade and security will lead the continent to new relationships with the United States, the European Union, China, India, Brazil, and other emerging economies."

"Kuhnhardt reviews the history of Africa's international status and employs the rising African Union's own identified 'intervention areas' -- peace and security; development, integration, and cooperation; shared values; and institution-and capacity-building -- to analyze challenges and possibilities."

Author ~~L~~ Luther Kuhnhardt is director of the Center for European Integration Studies and professor of political science at the University of Bonn, Germany. He was a public policy scholar at the Wilson Center in 2012.



## A Call for the United States to Rediscover Its Ideals

What can George Washington and Elvis Presley teach U.S. policymakers about the value of modesty as a tool of powerful multilateralism?

By Ludger Kühnhardt, May 24, 2011

Neither the theory of decline, advocated by voices both inside and outside the United States, nor its oft-presented alternative, a robust belief in American exceptionalism, help get to the bottom of the waves of uncertainty that currently travel across the Atlantic Ocean.

At the core of the problem lies the unsuccessful search for a new common frame of mind between the United States and the European Union as the political embodiments of the Atlantic, or Western, civilization.

The end of the Cold War left the United States as the world's only superpower. From then on, what lay ahead for the United States was business as usual, albeit without a powerful challenger. For Europe, the end of the Cold War meant the beginning of yet another period of transformation.

For Americans, in contrast, that transformation was suddenly obscured, if not obviated, by 9/11. It has become gradually apparent, however, that the end of the Cold War, not 9/11, was the truly defining moment in recent American history.

Perhaps because of this asynchronicity, we must also recognize an uncomfortable reality: The United States and the EU are still missing a new common frame of mind. How did that come about?

In the absence of an ideological enemy and with the proud conviction that its own ideals could hardly be challenged by any other concept, the United States made a crucial change. It moved from an ideal to a material power. This material power basis, which of course had always been there, was increasingly decoupled from its idealistic underpinnings.

As a result, America soon was no longer an idea. America became a power — exceptional, so many thought, only and lonely. A certain Protestant self-righteousness was introduced into the political culture of a country that turned more inward, more national and less open than it had been for most of its history.

In Europe, a different mindset started to drive the post-Cold War era: Europe was headed toward becoming the European Union, based on a post-sovereign integration concept, accommodating different interests and reconciling diversity, including in size and political culture.

When the European Economic Community was founded in 1957, the six founding members had a majority of Catholic citizens. Yet the founding documents did not refer to any religious values. When the EU designed its (eventually aborted) Constitution in 2003-05, the most intensive controversy took place over the invocation of God.

Laicists and secularists seemed to dominate the scene. Yet the enlarged and deepened EU of the years after 1990 has become more Catholic in the original sense of the word (i.e., all-embracing) than any period of its predecessors since World War II: ecumenical, universal, embracing diversity under one umbrella. The

United States, a key — if not the key — reference point until then, simply was no longer a direct part of this experience.

Instead, the lone superpower was confronted with a new ideological challenge of a totalitarian nature. Al Qaeda's disdain for the United States — and for Western civilization as a whole — was expressed through the mean and destructive forces of asymmetric warfare. September 11 became the symbol of Islamic totalitarianism.

This event also revealed different instincts on both sides of the Atlantic: While most Europeans (in agreement with the majority of peaceful Muslims around the globe) considered 9/11 an attack on all civilization, the United States had a narrower frame of mind. It declared it a war on the United States.

"Homeland" security was strengthened, understandably so. But the universal interpretation of the principles and ideals which the United States of America, Europe and the Atlantic civilization as a whole are built on was placed somewhat on the back burner. The terrorist threat was answered with military means by the United States, while value aspects and normative implications were neglected. The United States acted as a superpower of might, not as a superpower of ideals.

It is little acknowledged that, in that process, the United States has somewhat become "Old Europe," a European-type of nation-state with particular security interests built on skepticism about, if not suspicion of, its surroundings, a nation-state proud of its power — but with mounting difficulties in communicating its ideals to the world.

In other words, the United States has turned into a type of state Europe had known aplenty in the century-long era between the Congress of Vienna in 1815 and the outbreak of World War II in 1914. Quite an irony, indeed.

In contrast, post-Cold War Europe, for all the criticism that is often heaped upon it, has taken on the mantle of the idealistic embodiment of politics, albeit in its post-sovereign, post-modern fashion.

As much as these distinctions are clichés, like all clichés they do hold some grain of truth. European politicians, supported by the Pope, were promoting the dialogue of civilizations. President George W. Bush and Osama bin Laden, meanwhile, were engaged in a battle of positioning themselves as the true and only legitimate interpreters of the true and only message of Jesus and of Mohammed, respectively.

In the case of bin Laden, the totalitarian arrogance was matched by the cruelty of terrorist activities against innocent women, children and men of all faiths. In the American case, the message that the world at large understood ever since was more mundane: The United States is materially exceptional — and the main expression of this exceptionalism is its military power. The issue of America as an idea, sadly, got somewhat lost in the process.

In terms of truly historic events, we must recognize that it was in Afghanistan and in Iraq, of all places, not in dealings with the then-Soviet Union, where the United States encountered the real limits of this reliance on material, military-focused power.

On the home front, the debt crisis, along with a sense of vulnerability in the face of new rising powers in Asia, has done its part to undermine the sense of U.S. exceptionalism, too.

Domestic debates on the decline and, somewhat arrogantly, on the "rise of the rest" became fashionable. Europe, for its part, almost disappeared from the American radar. For now, the United States has become a country in search of its soul, feeling vulnerable and more insecure than ever, and having lost much of its relaxed optimism of former decades. For the time being, America has no project by which it could reinvent itself as the embodiment of an idea.

This critical remark does not at all imply that the EU is in perfect shape. The sovereign debt crisis, ongoing quarrels over migration policies and the absence of a sufficiently far-sighted policy to support the Arab Spring at Europe's doorstep (which ought to be done very much in the American spirit of the post-World War II era — with compassion and vision that is out of enlightened self-interest) are no less comforting than the present wave of navel gazing in the United States.

Yet one difference between the United States and the EU stands out. In its past, Europe has gone through all possible tragedies, and all European nations have experienced all the ups and downs history can offer. Out of this experience, the European sense for transformation and renewal goes beyond the fancy fascination of a simplistic dichotomy of either "rise" or "decline."

The discourse of the "decline of the West" seems to be rather a challenge for the U.S. part of the West than for its European sibling. Europe has been transformed after having been down. The United States still stands tall on the mountain and is not yet really confronting the idea that, in mountaineering terms, one has got to come down from the mountain in order to say that one "did the mountain."

Maybe it takes defeat to learn this modesty in face of ever-new chapters of history. Another, and probably gentler, strategy to come down from the mountain starts with an honest return to one's ideals and principles.

American history does offer an example of "coming down from the mountain": George Washington stepped down twice, after victory, as general and as president, to return from the mountains of power to the mere hillside of Mount Vernon. This recognition of the primacy of ideals and values over power and material might made him the great man he is.

Mount Vernon, his beautiful estate on the Potomac River in Virginia, is the most visited private home in the United States after Elvis Presley's Graceland in Memphis, Tennessee. Both estates carry powerful messages which, coincidentally, touch a similar chord.

Mount Vernon epitomizes the honest modesty of giving up material power in order to maintain the highest possible esteem and reputation by re-focusing on principles and ideals. Graceland stands for Elvis Presley's unique message of transformation through means of culture — singing as an act of reconciling white and black America.

The sound of the "King of Rock and Roll" gave a voice to the idea of overcoming racial divide and hatred. Elvis was also surprisingly gentle and always ready to share. George Washington and Elvis Presley, to me, represent America as an ideal, an America that lives its values, principles and ideas.

They represent an America that goes beyond power and military might. An America that becomes stronger than ever before, by relying on the uniquely American creative force and driver of transformation, that pairing of maximum reach and self-limitation at the same time.

That is why Mount Vernon and Graceland symbolize America as the exceptional ideal more than any other places in the United States. These are not places one can associate with declinism or exceptionalism. Mount Vernon and Graceland stand for the power of transformation that is at the heart of America as a universal idea.

In reshaping or reconstituting the Atlantic civilization, we need to remember this: The 21st century, unlike the period after the Congress of Vienna, is no longer a zero-sum game of winners and losers. Rather, it is a century of multiple networked nodes.

The better these nodes are connected with each other, the more they will resonate with the best ideals and principles Europe and the United States stand for. This lesson of history is yet to be discovered by those who try to reinvigorate a common transatlantic frame of mind. This effort goes well beyond the surface of debates on a "declining" West and of U.S. "exceptionalism."



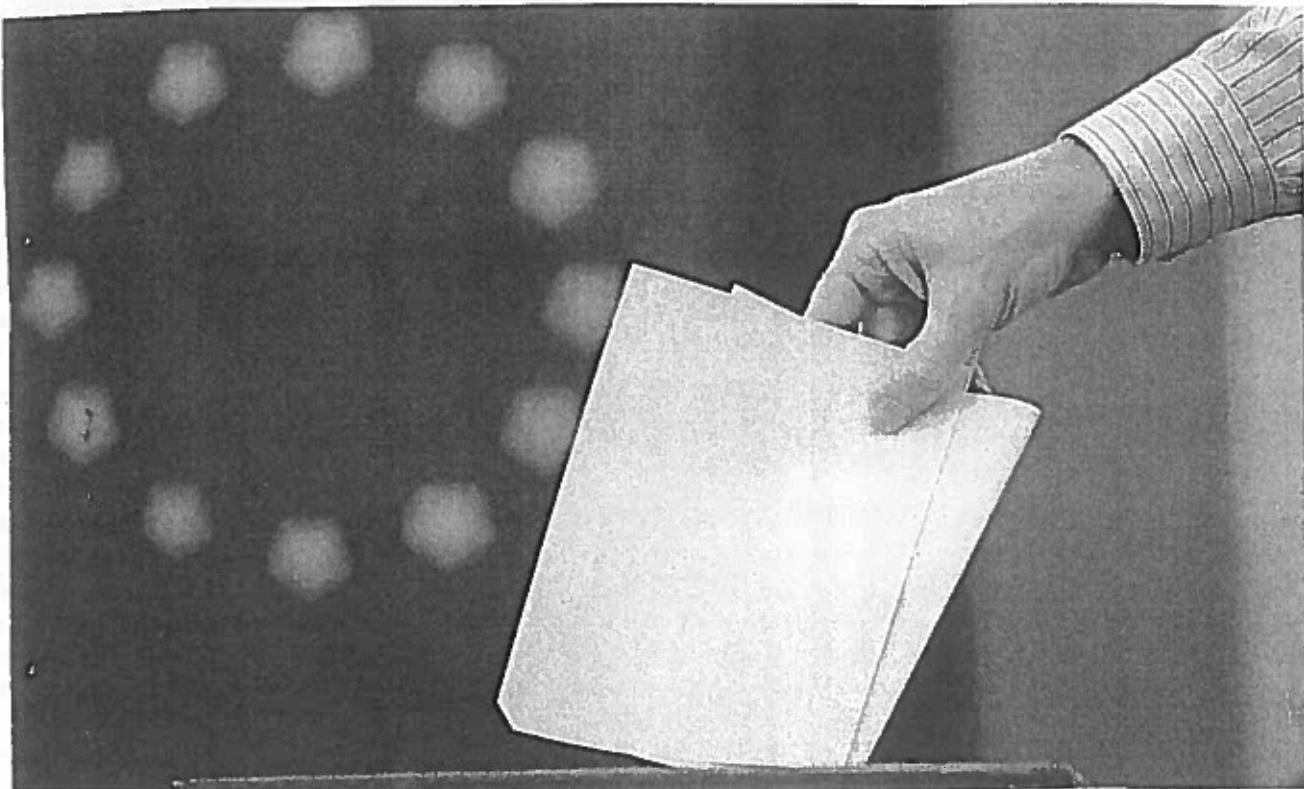
## About Ludger Kühnhardt

Ludger Kühnhardt is director of the Center for European Integration Studies (ZEI) at the University of Bonn, Germany.

Izbori za Evropski parlament

( WHO IS VOTING OVER THERE ? )

# Ko to tamo glasa



Dominacija narodnjačkih partija, slaba izlaznost, pobeda evroskeptika u Velikoj Britaniji, ekstremne desnice u Francuskoj i Danskoj i ekstremne levice u Grčkoj. Zašto je propao pokušaj da se Evropska unija približi biračima i zašto ne mora da znači da će pobednik izbora, kandidat konzervativnih partija Žan-Klod Junker zaista postati "premijer EU", to jest predsednik Evropske komisije

za "Vreme" iz Bona

Nemačka kancelarka, ogromnog nosa i okruglastog tela, posmatra atletsku trku i pita se: "Zašto onaj ko bude prvi automatski postaje pobednik?" Ova karikatura u uglednom nedeljniku "Cajt" oslikava tragikomičnost izbora za Evropski parlament (EP). Prvo mesto osvojio je Žan-Klod Junker, bivši dugogodišnji premijer Luksemburga i nosilac liste Evropske narodne partije, grupacije kojoj pripadaju i demohrišćani Angele Merkel. Od nedelje uveče mediji se zabavljaju pitanjem da li će prvoplasirani Junker zaista postati i pobednik, odnosno predsednik Evropske komisije. Jer,

šefovi država i vlada zadržavaju pravo da predlože koga god oni hoće – kako za čelo komisije (novi Barozo), tako i za predsednika Saveta EU (novi Van Rompej) i mesto šefa diplomatijske (nova baronesa Ešton). Pri tome bi "trebalo da uzmu u obzir" rezultate glasanja, ali na to nisu obavezni. Merkelova je i nakon izbora komentarisala u stilu "videćemo još", britanski premijer Dejvid Kameron i njegov madarski kolega Viktor Orban su rekli da Junker ne dolazi u obzir.

Na ovim evropskim izborima su po prvi put dve najveće frakcije, narodnjačka i socijaldemokratska, nastupile

sa nosiocima lista, odnosno kandidatima za "briselskog premijera", iz najmanje dva razloga: kako bi Evropski parlament dobio na značaju (mora da izglaša predloženo rukovodstvo Komisije), i kako bi se birači trgili iz tradicionalne letargije. Junker i njegov glavni protivkandidat, nemački socijaldemokrata Martin Šulc, inscenirali su ljuti rivalitet učešćem u brojnim TV duelima. Kvote gledanosti su pokazale da su birači uglavnom prespavali te televizijske debate, kao što su većinom prespavali i izborni dan. Iako iz EP slavodobitno objavljuju da je zaustavljen neprestani pad izlaznosti od prvih

izbora 1979. godine, procenat je i dalje ja- dan – glasalo je 43,1 odsto birača, tek koji promil više nego pre pet godina. Slovaci su zadržali titulu najmanje zainteresovanih sa tek 13 odsto izašlih birača, dok je glasalo nešto malo više Čeha, Slove- naca, Poljaka i Hrvata. Najveća izlaznost, opet tradicionalno, zabeležena je u Belgiji i Luksemburgu gde je glasanje obavezno.

Oni koji su u nedelju prošetali do bira- lišta izabrali su šareni personal Evrop-

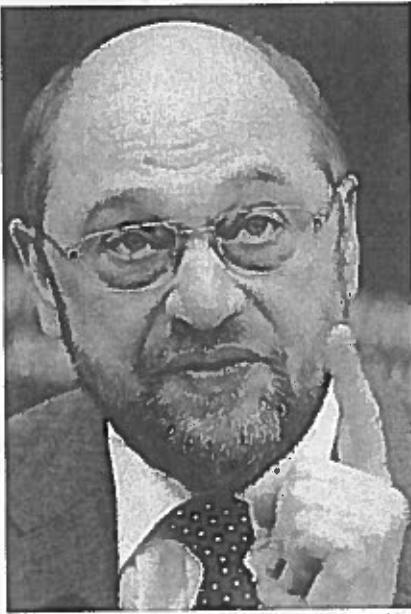
fon Opeln sa Slobodnog univerziteta u Berlinu. Ujedurme i natezanja oko izbo- ra vrha briselske administracije tu nikako ne mogu da pomognu. "Šefovi država i vlada izgleda poručuju građanima: vi glasajte kako hoćete, ali mi ćemo po- staviti koga mi hoćemo na čelo Evropske komisije. To bi značilo slabljenje parla- menta i demokratije u Evropi", kaže Fon Opeln za "Vreme". Do sličnog zaključka – doduše u sopstvenom interesu – doš-

za svaki slučaj". Upravo takvo svaštare- nje se traži, jer novi predsednik Komisije mora da ima podršku i narodnih partija i socijaldemokrata. Ta velika koalicija na snazi je od uspostavljanja Parlamenta – do sada je uspevala da marginalizuje ek- stremne partije, a tako će po svoj prilici i ostati, uveren je Ludger Kinhart, direktor banskog Centra za istraživanje evropskih integracija. "Ishod predstavlja jačanje do- bitne kombinacije – štednja, oštira pra- vila za sve, ali i privredni rast i stvaranje radnih mesta."

Upravo se o ekonomiji najviše govorilo u izbornoj kampanji. Cinici su prime- tili da su se Juncker i Šulc suprotstavljali jedan drugom zagovarajući iste stavove, ugodne ušima birača: "Dosta s masnim bonusima za bankare!" "Nema kockanja na račun građana!" "Poslovi za mladu ge- neraciju!" Nedeljnik "Cajt" tu primeće feler: "Eu je proteklih godina često disku- tovala o nezaposlenosti mlađih samo da bi uvek iznova ustanovila da su glavna oruđa – obrazovanje i radno pravo – is- ključivo u rukama država članica." O kri- zi u Ukrajini nije bilo ni reči, jer je spoljna politika takođe stvar šefova diplomacije zemalja članica. Nije onda čudo što gra- đani čitavu evropsku birokratiju vide kao mašinu za donošenje šašavih pravila, po- put dozvoljene zakrivljenosti krastavca ili izgleda usisivača i glava za tuševe. To nervira i Martina Šulca, pa se trudio da pomeri raspravu ka važnijim temama u kojima EP zaista ima pravo odlučivanja (ili bar veta). Takve teme su zaštita po- dataka, bankarska unija i, naročito, os- poravani Trgovinski sporazum sa Sjedi- njenim Državama.

#### ISKRIVLJENA SLIKA

Zapadna štampa je ove godine pronašla način da poslovčno dosadne izbole za EP predstavi u dramatičnom svetu. "Ra- dikalni desničari u naletu", najavljujano je mesecima sa naslovnih strana. Prognoza se dobrom delom ostvarila, evro- skeptici bi mogli da imaju petinu man- data. "Evropski slatkorečivci su pono- vo u svom elementu", kritikuje "Fran- kfurter algemajne cajtung" pokušaje da se uspeh desnice umanjti: "Evropska eli- ta nam objašnjava da je slika iskrivljena zbog niske izlaznosti, da zapravo evrop- ska zajednica uživa mnogo širu podršku.



KANDIDATI ZA ŠEFA EVROPSKE KOMISIJE: Žan-Klod Juncker i Martin Šulc  
fotograf: Reuters

skog parlamenta koji će u ovom sazivu imati 751 stolicu. Narodne partije su, prema dosadašnjim procenama, obezbedile 213 mandata – čak 60 manje nego pre pet godina. Druga najjača snaga su socijaldemokrati sa 190 poslanika, slede liberali (64), zeleni (52) i levica (42) te poslanici konzervativnih i krajnje desničarskih partija kojih ukupno ima oko 150, ali će delovati u bar dve ili tri odvojene frakcije. Tumbanja nisu isključena, obično potraje nekoliko nedelja dok se neodlučne stranke opredeli za neku frakciju ili čak promene tabor. Kombinatoriku lepo ilustruje primer stranke italijanskog komičara Bepe Grila – njega u svoj tabor zovu i konservativci i Zeleni. Tu je i niz nesvrstanih, recimo iz Nemačke če u Strasbourg po jedan pirat, neonacista i zaštitnik životinja.

#### VEĆITA KOALICIJA

Slaba izlaznost pokazuje da građani EP ne shvataju ozbiljno, smatra Sabine

la su obojica glavnih kandidata Juncker i Šulc. Prvi je osamnaest godina bio pre- mjer bajkovitog Luksemburga i osam godina šef evro zone, kada je zaradio nadimak Mister evro. Šulc je bivši fudbaler u pokušaju, lečeni alkoholičar, prodavac knjiga, gradonačelnik jednog mestačca kod Ahena, u Evropskom parlamentu je već dve decenije. Iako je u prošlom sazivu bio predsednik tog tela, tek svaki četvrti Nemac uopšte zna za njega.

Jedna stvar povezuje ovu dvojicu političara – obojica shvataju da predsednik Evropske komisije, taj novi Baro- zo, zapravo ima drugorazrednu političku ulogu – njegov posao je više obredno omogućavanje kompromisa između šefova država i vlada 28 članica EU i ru- kovodenje glomaznom briselskom adminis- tracijom. Juncker sebe rado reklamira kao konzesusnu mašinu. Jedna ugledna luksemburška novinarka rekla je da je "on u stanju da u jednoj izjavi iznese dva suprotna stava i još jedan između njih.

Pričaju da je običnim Evropljanima teško da shvate kompleksne konsenzuse u Briselu. Pomaže ograničeni gradani, eto, nisu svesni koliko je EU za njih dobra. Takvima pričama se maskira činjenica da podrška za zajedničku Evropu zaista opada.

Od prošlih izbora etablirala se i drugačija škola mišljenja, ona koja tumači evropske izbore kao zgodnu priliku za tiki protest – i to pre svega protiv domaćih partija i nacionalne politike. Prijetno je da gradani, uprkos sveopštrem stezanju kaiša, mnogo više protestuju udesno nego ulevo. "Socijalni problemi se mešaju sa problemima globalizacije i migracije. Ovaj koktel više odgovara desnim ekstremistima nego levičarima. Ta-kode, mislim da levica u Evropi nema ni realne programe niti harizmatične lide-re. Izuzetak je, naravno, Aleksis Cipras", kaže Sašine fon Opeln. Ciprasova radikalna levica je najjača stranka u Grčkoj (vidi okvir), ali ostaje prilično usamljena – u drugim kriznim zemljama nema mnogo istomišljenika.

## RAZJEDINJENA DESNICA

Desnica bi mogla da se podeli u bar tri kolone. Prvu će predvoditi Marin le Pen, velika pobednica nedeljne večeri. Njen Nacionalni front je u Francuskoj dobio svaki četvrti glas i tako počistio

etablirane stranke (vidi okvir). Međutim, da bi saradivala sa holandskim plavokosim islamofobom Gertom Vildersom, Le Penova mora da izvodi političke špage. Njene pristalice su, naime, protiv homoseksualnih brakova. Vilders, sa druge strane, nema problema sa homoseksualcima, čak kritikuje Arape u Holandiji da su homofobi. On ima običaj da sa bine pita razgaljene pristalice: "Želite li više li manje Marokanaca?" Odgovor možete da prepostavite. U jednom kasnijem intervjuu Vilders nonšalantno odbacuje kritiku da je rasista: "Koliko ja znam, Marokanci nisu rasa." Njegova Partija slobode prošla je sa 12 odsto glasova, što je ispod očekivanja.

U drugoj, umerenijoj grupi mogli bi da se nadu britanski independisti Najdžela Feridža koji su razbili konzervativce i laburiste osvojivši 28 odsto glasova. Jedan njihov plakat pokazuje zastavu Ujedinjenog Kraljevstva progorelu u sredini tako da se ispod vidi zastava Evropske unije. Sve prati poruka koja treba da zvuči uznemiravajuće: "Ko upravlja ovom zemljom? 75 odsto naših zakona pravi se u Briselu!" Feridž je poznat po briliantnim i zabavnim govorima u Strazburu – svojevremeno je Hermanu van Rompeju poručio da ima harizmu mokre krpe i lice bankarskog službenika – a onda se izvinio

svim bankarskim službenicima. U kampanji je Feridž uložio jednakotruđa kako da ocrni EU tako i da dokaže da nije rasista. Neki članovi independista su izbačeni zbog ksenofobičnih stavova, a Feridž im je poručio: "Idioti, ne trebate nam." Britanska stranka može da računa na saradnju sa Danskom narodnom partijom, radikalnom desnicom koja je osvojila 27 odsto glasova. "Često mislimo da evroskeptične partije niču iz loše ekonomske situacije", rekao je politikolog Klaus Gec za "Dojče vele". "To je istina u južnoj Evropi. Ali u Danskoj ili Velikoj Britaniji se ne radi o tome – obe zemlje su profitirale od evropskih integracija. Tu se radi o pitanjima bezbednosti, migracija i kulturnog identiteta."

Treću kolonu činile bi stranke koje nisu eksplicitno za istupanje iz EU, ali jesu za radikalne promene – poput britanskih konzervativaca premijera Dejvida Cameron-a. Ili tek oformljena Alternativa za Nemačku koja je osvojila sedam odsto glasova. Njihov moto: pustite Grčku i slične da bankrotiraju ili da se mi vratimo nemačkoj marki. Na svojim izbornim plakatima Alternativa je podsećala na plakat demohrišćana iz 1999. godine – tu je pisalo da ne postoji teoretska šansa da nekoj zemlji buduće evrozone ikada zatreba finansijska pomoć. Osim pomenutih stranaka, još treba videti u kojim će frakcijama završiti biseri salon-skog i vulgarnog nacionalizma poput Austrijske narodne partije (20 odsto glasova), mađarskog Jobika (15), Pravih Finaca (13) i grčke Zlatne zore (9). Za formiranje poslaničkog kluba potrebno je 25 poslaničkih iz najmanje sedam zemalja.

Ogorčene glasače uvek je najlakše pri-dobiti nacionalističkim narativima, analizira profesor Kinhart, ali će desnica na kraju ostati jalova: "Postoji odlučujuća razlika u odnosu na ranije nacionalizme, kakve ste imali i vi u bivšoj Jugoslaviji: sad je referentna tačka realno postojeća stabilna Evropska unija, a ne nesputani nacionalni šovinizam. Današnji protest izražen na izborima veoma je difuzan. To će se pokazati najkasnije kada partije protesta budu pokušale da pro-nadu zajednički imenitelj u Evropskom

parlamentu – teško će tu biti ičega osim mnogo buke." Svakako će najviše da galame poslanici koji bi verovatno rado srušili Parlament u Strazburu i preorali zemljište. Možda im boravak u omraženoj instituciji EU donekle ublažava milion i kusur evra, koliko svako zaradi tokom petogodišnjeg mandata. Plata je ista za oduševljene evropejce i zagrižene evro-fobe.

¶

NEMANJA RUJEVIĆ

## Counterpoint: Germany's Exit from History?

Is Germany burying its head in the sand when confronted with the headwinds of the real world?

By Ludger Kühnhardt, June 14, 2011

When President Barack Obama invited Chancellor Angela Merkel for dinner at the Georgetown restaurant 1789, pundits in the U.S. capital rushed to explain that no symbolism was involved, as the name of this restaurant refers to the founding year of Georgetown University — and not to the notorious French Revolution.

Yet one could not help to think Ms. Merkel's state visit in early June 2011 was more about history than about the future. The German Chancellor was awarded the Presidential Medal of Freedom in recognition of her outstanding contribution to freedom in Europe. In the end, it seemed as if her visit was a good opportunity for the U.S. administration to celebrate itself.

For once, President Obama could bask in the memory of the great days of 1989 — to which neither he nor Angela Merkel had really contributed. Hence, it was a state visit of nostalgia. Merkel and Obama celebrated the good old days of German-American friendship, but did not give answers to the leadership questions of today and tomorrow for which they were elected in the first place. They did not judge the effects of 1989 on the German-American partnership.

Some German newspapers remained realistic enough and asked when and how Mr. Obama might present the political bill. Demanding more burden-sharing for the ongoing military campaigns in Afghanistan and Libya, demanding more support for reconstructing Iraq and other Arab countries or demanding more support for Greece and other countries with sovereign debt in the interest of the fledgling U.S. economic recovery — the sky is the limit.

It would have been interesting to compare how Obama and Merkel reported the state visit back to their staff, aides and cabinets. Is the U.S. president saying that Germany would remain relevant but had become less relevant than in the past? And is the German chancellor reporting that the glamorous reception in Washington was but proof that no scars were left after the German abstention from the United Nations Security Council decision to intervene in Libya?

Germany, indeed, has become an issue of nostalgia and is only a secondary concern in forward strategic thinking. German government officials themselves try to portray this uncomfortable fact as a blessing by arguing that in the future Germany would lead from the second row. It remains difficult to explain, and even more difficult to understand, what that actually may mean.

For the United States — as for most other countries — leadership means leading from the front seat. The Libya issue is representative of a much deeper structural transformation underway in today's Germany.

During the latter half of the 19th century and much of the first half of the 20th century, Germans were inclined to think that the world was there for them: to provide them with their legitimate nation-state, to grant them their rightful place under the sun, to let them dominate it militarily or, worst, racially.

After the catastrophe of 1945, the notion of Germany's global centrality did not disappear. Now, it was up to the world to protect the Germans — from themselves and from Soviet aggression.

Then came 1989, the fall of the Berlin Wall and the end of the Cold War. With Germans united in one state all of a sudden, they became nothing but citizens of an ordinary sovereign country, ready to share this sovereignty out of enlightened self-interest with their European partners.

They also continued to share the strategic alliance with the United States, but a tacit divorce began to unfold. While the United States began to project NATO as a global military instrument, the Germans promoted a global future without violence. They had learned their lesson from history — and wanted the world to do so as well.



Is Germany burying its head in the sand when confronted with the headwinds of the real world?

An exit from history? This could also be said about the abrupt u-turn of the German government on nuclear energy. While 443 nuclear power plants are operating around the planet in 43 countries, 65 more are in planning or under construction.

The German government, however, declared an exit from nuclear power as the morally sound way to cope with the future. Not only to cope with its country's future energy demand, but to cope with the future of mankind. In that view, the German exit from nuclear energy should, and surely would, serve as a model for others around the world. Germany had found again its language of (morally, others would say self-righteously) leading the way for the world.

The nuclear exit strategy is a logical expression of this trend. In bits and pieces, the contemporary German mindset has penetrated most issues of relevance for the future of mankind. This is about an exit from history in order to live a peaceful and green life. Neither the freedom fighters in Libya nor the nuclear construction planners in Poland or Brazil were impressed. But Germany, with about 1% of mankind's population, has come to find its restful soul.

Since the days of Goethe and his Faust, the world has been accustomed to the fact that two souls are dwelling in those German chests. The biggest struggle over the current state of mind is still to be fought out: continuously committing the country to European solidarity and its implications — or giving way to those who suggest retrenching from the benefits and costs of true, solid and lasting political EU integration.

The debate about the bailout necessities for indebted EU partner countries and, more generally, on the future of the euro, has taken a highly uncomfortable turn in Germany. The issue is no longer Greece and convergence criteria which, of course, must be adhered to strictly by every EU member state (including Germany).

The unspoken issue for many Germans is unfortunately this: Shouldn't one think of ways to exit from the EU to escape the evil history others produce and impose on Germany?

So far, it is, and was, consensus in Germany that the historical fear of being encircled should never return into the public sphere of a country and society that has been blessed with the enormous luck of a second chance by history after 1945. The alternative is as bad: to bury one's head into the sand when confronted with the headwinds of the real world.

Political wisdom at home and good partnerships abroad may prevent such a drama from unfolding in Germany. But for the time being, nothing seems to be predictable and certain any more in German politics — except for two things: The Germans want protection from the realities of this world, and they want change only on the basis of an overly consensual political culture.

Some call this dreamland a big Switzerland, which, its critics say, is a mountain in search of a purpose. Germany has always acted best when it is a reliable and proactive partner in Europe and of the United States without letting the mountains cloud its vision.

Only as an engine of further European integration, as a partner of the United States in global affairs and, most importantly, as a defender of universal human rights can Germany engineer a good future for its people.



## About Ludger Kühnhardt

Ludger Kühnhardt is director of the Center for European Integration Studies (ZEI) at the University of Bonn, Germany.

## Africa as a Global Test Case

Has the time for a new global approach to Africa finally arrived?

By Ludger Kühnhardt, June 21, 2014

Our image of Africa is distorted by clichés and our perception of Africa is still not that of an ordinary continent. There are many Africas — and diversity on the continent will continue to grow.

The success stories will increase in the years ahead — some calling it the emergence of African capitalism or even the "new Asia." But other African countries may linger or fail.

Either way, the new Africa is interacting with the world. Today, there are more external players and more initiatives than ever, all trying to influence African development.

For some, this is equivalent to a new scramble for Africa. In reality, an African continent with more bargaining power and a clearer, more pragmatic and result-oriented leadership than ever, is also establishing its own terms of reference for its partners.

At long last, the decolonization of the post-colonial era is underway. It may take another decade or more to fully materialize, but it is tangible.

### Why Africa is progressing

Here is a list of five reasons why Africa is progressing and why it needs to be re-envisioned:

- 1.** There is a young generation demanding jobs, the implementation of African ownership and inclusion in their respective political and social systems.
- 2.** More countries than ever are free from violence and political extremism.
- 3.** More than a dozen countries have had 6% growth rates for more than a decade. Across the continent, one hears the same to-do list: improving infrastructure and investing in peace and jobs in order to expand the middle class.
- 4.** A revamped structure of regional groupings is working hard to give meaning and life to the overall strategic visions of the African Union.
- 5.** Overall, Africa is on the move — shifting from rhetoric and vision towards pragmatic implementation processes — in politics, in the economy and society at large.

The world is engaging with Africa, but in incoherent ways. Africa's main external partners are pursuing policy strategies which reflect their respective domestic calculus. Nothing is inherently wrong with this approach, but doing so does not automatically give credit and legitimacy to their actions on the continent.

The United States has long had its preferred policy designs and priorities, mainly centering on economic liberalization and structural adjustment as its key ingredients. China pursues a different approach: It emphasizes capitalist modernization and prosperity, somewhat paradoxically, but it does so without putting weight on good governance or human rights. Europe is still beset with the most complex set of relations with Africa.

**Africa as a global laboratory**

The time has come to engage with each other as a global learning community — learning what works best in each place and learning to apply what works best in Africa. This must be a concerted global effort, shared by the United States, the European Union, China and other key players in Africa such as Brazil, India, Turkey and Korea.

For this effort to be successful, the following building stones would need to be included:

- 1.** Ensuring African ownership and accepting African responsibility, also in financial terms for actions and programs.
- 2.** Moving from correcting wrongs to promoting opportunities.
- 3.** Turning development from an abstract concept and institution-based process into a human-centered idea, thus contributing to a new global understanding of development.
- 4.** Broadening the definition of security toward a comprehensive understanding of human security.
- 5.** Supporting job creation on the one hand and the social improvement of the informal sector on the other hand.
- 6.** Extending the notion of African ownership to Africa's soil and natural resources, thus moving from mere land-grabbing to a new reflection on the right to property in all its aspects.
- 7.** Addressing obstacles for a lasting African renaissance which hamper the implementation of African Union strategies, with particular focus on public and private monopolies over means of production and structures of trade.
- 8.** Recognizing the interplay between stability, rule of law, market economy and social responsibility, thus echoing the insight of the Arab Spring that what truly matters in a democracy is the period between elections.
- 9.** Harmonizing nation-building and region-building, recognizing that the value added of region-building also in Africa depends upon preconditions, among which a new interpretation of sovereignty is the most important one.
- 10.** Balancing African trends and global partnerships by advancing the development of coherent African strategies for their engagement with the growing number of external partners.

Making any of this a reality requires a profound shift in attitude by the external partners of Africa, most notably the United States, the European Union, China, India and Brazil. None of them is bigger than advancing from what often still is a paternalistic attitude toward true partnership.

For all the decades-long talk about dialogue and cooperation, it still has to be translated into joint proposals and projects demonstrating that the hopes of a new beginning with Africa are meant seriously.

This includes increasing the degree to which Africa's partners are ready to learn from past mistakes or limited approaches to Africa.

This new approach to Africa, if it materializes, can become the best path to preventing new rivalries, not the least on issues that are essentially unrelated to specific African affairs.

The time has come for the promotion of such a new impulse in the global search for a better future of Africa. In a nutshell, Africa is the test case for human progress in the global age — for the African people and their leaders, as much as for all the continent's external partners.

*Editor's note: This essay is adapted from *Africa Consensus: New Interests, Initiatives and Partners* by Ludger Kühnhardt (Woodrow Wilson Center Press/Johns Hopkins University Press, 2014). Published by arrangement with the author.*



### About Ludger Kühnhardt

Ludger Kühnhardt is director of the Center for European Integration Studies (ZEI) at the University of Bonn, Germany.

[Full bio →](#) | [View all posts by Ludger Kühnhardt →](#)

# Europas unvollendete Erkenntnis

*Heute vor 100 Jahren fielen die Schüsse von Sarajewo, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führten. Was sind die historischen Lehren dieser Katastrophe, die 17 Millionen Menschen das Leben kostete?*

Von Ludger Kühnhardt

Kurz vor dem 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges ist Kriegsangst nach Europa zurückgekehrt. Der völkerrechtswidrige Anschluss der Krim durch Russland und der unerklärte Bürgerkrieg in der Ukraine zeigen, dass Frieden und Stabilität nur in dem Teil Europas garantiert bleiben, in dem – bei allen Unzulänglichkeiten – Recht und Demokratie die Macht haben.

Der „ewige Frieden“, von dem Immanuel Kant träumte, ist die ewige Suche nach Frieden geblieben. Nüchternheit demgegenüber verlangt Klarheit des Denkens, um sich nicht in noch unberechenbarere Entwicklungen hineinziehen zu lassen; aber auch, um zu unterscheiden, was in Europa weiter getrennt ist. Hilfreicher Kompass ist dabei die Frage, ob Europa seine Lektionen aus dem Ersten Weltkrieg gelernt hat.

Der Krieg endete mit dem Zerfall großer europäischer Imperien. Die Kolonialreiche begannen zu wackeln, ehe sie nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig einstürzten. Aus dem Zarenreich wurde die Sowjetunion: Russland gab sich eine neue ideologische Legitimität. 1991 stürzte auch diese, doch Präsident Putin versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, beim imperialen Sonderweg zu bleiben und ihn den früheren Republiken der Sowjetunion neu aufzudrücken. Faktisch ist Europa damit wieder in zwei grundverschiedene Ordnungsmodelle zerfallen.

Einerseits: Das System kollektiver Sicherheit. Eine Ordnung kollektiver Sicherheit war Ziel der Friedenskonferenzen am Ende des Ersten Weltkrieges. Es fand seinen Ausdruck im Völkerbund auf Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Die USA blieben dem Friedenskonstrukt fern; Hitler setzte alles daran, so bald wie möglich wieder auszutreten; als das sowjetisierte Russland beitrat, wackelte der Frieden auf dem Kontinent schon wieder. Nach dem Ende des Kalten Krieges bekam die Idee einen neuen Namen: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). So

manche verdienstvolle Aktivität zur Stabilisierung von Frieden und Recht hat in der postsowjetischen Sphäre stattgefunden. Aber seitdem Wladimir Putin mit der Doktrin des unbegrenzten Sicherheitsanspruchs für alle Russen die Integrität anderer europäischer Staaten herausfordert, ist kollektive Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok wieder das, was sie seit 1919 stets war: Sie kann Frieden und Stabilität sichern, wenn sich alle an die freiwillig gegebenen Regeln halten; nicht aber, wenn einer der Beteiligten sich seine eigene Weltsicht zurechtlebt und sie gegen alle Vernunft unter Gewaltanwendung manifestieren will. Diese grundlegende Lehre aus dem Ersten Weltkrieg und seiner Nachgeschichte ist heute erneut bedroht.

Andererseits: Das System des gemeinsamen Rechts und demokratischer Institutionen. Eine Ordnung des nationenübergreifend verbindlichen Rechts war der Ausgangsgedanke, der (nach der radikalierten Fortsetzung des Ersten Weltkrieges im Zweiten) seit 1945 zur europäischen Einigungsentwicklung führte. Es ging nicht nur um den Binnenmarkt und die Einhegung der deutschen Frage. Es ging um eine Alternative zur Ordnung kollektiver Sicherheit. Im rechtlich verfassten Teil Europas hat sich eine Doppel-demokratie etabliert: in den Mitgliedsstaaten und im Institutionengefüge der Europäischen Union. Beides ist nicht frei von Widersprüchen und Defiziten. Aber es ist eine Ordnung interdependent Entscheidungsprozesse entstanden, die auf der Freiheit der Unionsbürger und der gemeinsamen Rechtsordnung der Mitgliedsstaaten gründet. Eine Ordnung rechtlich verfasster Solidarität – die entscheidende Lehre aus dem Ersten Weltkrieg ist in der EU endlich vollzogen.

Nichts unterstreicht die Unterschiede im heutigen Europa besser als die beiden Wahlen vom 25. Mai 2014: die eine um das Präsidentenamt der Ukraine, die andere zum Europäischen Parlament. Diese war wichtiger, jene bedeutender. Wie ist dieses Paradox zu erklären?

Das größte übernationale Parlament der Erde hat in den letzten Jahrzehnten einen enormen Kompetenzzuwachs er-

fahren. Seine Entscheidungsprozesse verlaufen oft byzantinisch. Aber das Gefüge der Mehrebenen-Demokratie gründet bei allen Schwächen auf Rechtsnormen, denen sich alle Beteiligten verpflichtet haben. Dass die Wahlen diesmal personalisierter und politisierter verliefen, war ein gutes Zeichen einer lebendigen Demokratie.

Die Wahlen in der Ukraine waren bedeutender, weil es um den Kampf des Rechts gegen das Recht der Macht geht, um die Stärkung eines Weges zur post-nationalistischen Demokratie oder um den Rückfall in Bevormundung von außen. Dass unklar ist, ob ihre Ergebnisse auf Dauer wirklich anerkannt werden, ist ein besorgnisregendes Zeichen ei-

ner labilen kollektiven Sicherheit ohne wirkungsvolle Sanktionsmechanismen des Rechts. Die so unterschiedlichen Wahlen zeigten die doppelte, besser: die widersprüchliche Lehre, die bis heute aus dem Ersten Weltkrieg gezogen wurde. Schärfer denn je standen zwei grundlegend unterschiedene Europa-Konzeptionen vor unseren Augen: Hier der Rechtsraum EU, dort die labile kollektive Sicherheit.

Ob diese beiden Europas sich mit- und nebeneinander weiter entwickeln oder in zwei disparate, ja antagonistische Ordnungen zerfallen, ist unklarer denn je. An der Frage des russischen Imperialismus hängt die Verlässlichkeit kollektiver Sicherheit für Russlands Nachbarn.

Die Lehre aus dem Ersten Weltkrieg wird erst dann für alle Teile Europas zum Friedensprojekt, wenn das Recht vor der Macht steht, so wie sich die EU bemüht – trotz aller Schwächen, die aus menschlicher Freiheit und damit Unzulänglichkeit resultieren. Eine solche Ordnung ist allemal humaner als der Anspruch, über die Selbstbestimmung anderer Völker und Staaten verfügen zu wollen. Solange diese Einsicht nicht für alle Regierungen gilt, bleiben die Lehren aus dem Ersten Weltkrieg für einen Teil Europas unvollendete Mahnung.

*Professor Ludger Kühnhardt ist Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn.*



Aug' in Auge mit unserer Vergangenheit: Eine Besucherin betrachtet in einer Ausstellung in Kiel zum Thema Erster Weltkrieg ein Porträt des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II.

## **NEW THIS MONTH**

### **AID AND DEVELOPMENT**

**Africa consensus: new interests, initiatives, and partners.**  
Kühnhardt, Ludger. Washington, DC: Woodrow Wilson Center Press  
and Johns Hopkins University Press, 2014.

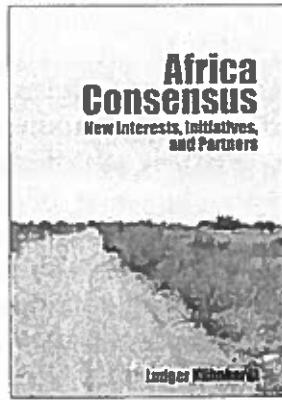


Image: [www.amazon.com](http://www.amazon.com)

Kühnhardt argues that African economic and political leaders sit at a critical nexus: they are central to contemporary shifts in global power dynamics. He discusses the centrality of Africa and Africans to Atlantic cooperation as well as the challenges and prospects of regional integration. His study covers security, development, and institution-building.

# Der Eurooptimist

**Gespräch** Die Europawahl ist seit dem 25. Mai vorbei und eine erste Einschätzung ist nötig. Prof. Dr. Ludger Kühnhardt vom Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Uni Bonn über das Wahlergebnis, die Zukunft der Europäischen Union und die Frage nach der Bedeutung der rechtspopulistischen und antieuropäischen Parteien.

**Politicum** Hat Sie das Ergebnis der Wahl überrascht?

**Kühnhardt** Nein, weil es wieder nur teilweise eine echt europäische Wahl war. Dies wird sich erst ändern, wenn es ein gemeinsames europäisches Wahlgesetz gibt mit sowohl nationalen wie EU-weiten Listen der beteiligten Parteien.

**Politicum** Welche Signale können wir in der Wahlbeteiligung sehen?

**Kühnhardt** Die Wahlen – die einzigen Direktwahlen zu einem supranationalen Parlament weltweit – führen bisher nicht wirklich zu einer europäischen Regierung, die mit einem konkreten Mandat ausgestattet ist, das diese dann abzuarbeiten hätte. Solange dieser Zustand der politischen Integration so unvollkommen ist, werden viele Menschen die Wahlen zum Europäischen Parlament nicht so ernst nehmen, wie es der Bedeutung, die das Europäische Parlament unterdessen hat, angemessen wäre. Es gilt aber auch: Zur Freiheit gehört die Freiheit, auf die Wahlbeteiligung zu verzichten. In Deutschland ist die Wahlbeteiligung übrigens gegenüber 2009 gestiegen.

**Politicum** Woran mangelt es den EU-Bürgern in der EU?

**Kühnhardt** Es mangelt an soliden Arbeitsplätzen für junge Men-

schen und solchen, die einer Familie in allen europäischen Ländern ein würdiges Leben gewährt; an nachhaltiger Sicherung der Umwelt; an jederzeit gesunden Nahrungsmitteln; an noch mehr Datenschutz; an einer Regelung der illegalen Einwanderung; an Maßnahmen gegen Kriminalität; an einer profilierten Rolle der EU in der Welt – so jedenfalls können wir es in allen Meinungsumfragen zu diesem Thema lesen.

Auch in der politischen Wissenschaft wären wir gut beraten, uns mehr den Themen selbst und weniger den institutionellen Konstellationen, in denen sich die Entscheidungsprozesse der vielschichtig vernetzten europäischen Innenpolitik abspielen, zu widmen. Und zu all diesen Themen können nur gemeinsame europäische Regelungen erfolgversprechend sein.

**Politicum** Worin sehen Sie die Gründe für die Stärke rechter, nationalistischer Parteien im Europaparlament?

**Kühnhardt** Erst jetzt merken viele Bürgerinnen und Bürger, dass es mit der europäischen Einigung wirklich ernst wird; sie fühlen sich unwohl ob der Geschwindigkeit und Reichweite dieser Einigung und verwandeln ihr Unbehagen in eine unbefangenere Offenheit gegenüber populistischen Scheinantworten. Aber wir sollten nicht übersehen: Der Referenzpunkt des Euroskeptizismus hat sich entschieden geändert: Früher war Ausgangspunkt des rechtspopulistischen Denkens der Wille, den Primat des Nationalen zu bewahren. Heute ist Ausgangspunkt des Denkens vieler Rechtspopulisten die real existierende und alles in allem gefestigte und erfolgreiche Europäische Union, die man ändern will. Dieser Perspektivwechsel ist Ausdruck des Bedeutungsgewinns der EU, der aber nicht immer einhergeht mit überzeugenden Antworten auf konkrete Fragen.

**Politicum** Wie wahrscheinlich bzw. unwahrscheinlich ist es, dass die rechten Parteien eine gemeinsame Koalition bilden?  
**Kühnhardt** Das wird sich weisen. Wahrscheinlich ist vor allem, dass sie in den nächsten Jahren Einfluss auf die Innenpolitik einiger EU-Mitgliedsländer nehmen, denn dort liegt ihre jeweilige Wurzel. In der EU stärkt ihre Präsenz paradoixerweise die Große Koalition, die faktisch im Europäischen Parlament und zwischen Parlament und Europäischem Rat besteht – und damit die integrationsfreundliche Linie, die unabhängig von einer rechtspopulistischen Fraktion die Mehrheitslinie bleibt.

**Politicum** Stellen die Europagegner eine Gefahr dar? Wenn ja, welche?

**Kühnhardt** Sie werden dann zur Gefahr, wenn sie die Parteien des demokratischen Konsenses nicht dazu bringen, überzeugendere politische Konzepte für die Zukunft der europäischen Gesellschaftsordnung vorzulegen, mit glaubwürdigen Persönlichkeiten dafür zu werben und in politisch verantwortlichen Ämtern in den Mandaten erfolgreich zu sein, in denen die Wählerinnen und Wähler dies von Repräsentanten zu recht erwarten dürfen.

**Politicum** Was bedeutet die Wahl für den Wähler – was spüren wir davon?

**Kühnhardt** Nie war eine Wahl zum Europäischen Parlament so politisiert wie in diesem Jahr. Wir Wähler werden uns daran in vier Jahren stärker erinnern als an jede vorherige Wahl zum Europäischen Parlament. Das allein ist Teil der Stärkung des europäischen Bewusstseins in einer immer europäischer zusammenwachsenden Öffentlichkeit. Im praktischen Alltag werden wir alle in den nächsten Jahren mehr als je zuvor hinschauen, welcher politischen Orientierung welcher Politiker entstammt, den wir als EU-Kommissar oder Ministerpräsident eines EU-Mit-

gliedslandes wahrnehmen. Die Politisierung der europäischen Politik geht weiter – und das ist gut so.

**Politicum** Inwiefern ist die Wahl richtungsweisend für Europa?

**Kühnhardt** Richtungsweisend wird das Programm sein, auf das sich die Mehrheit des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates einigen. In der EU agiert die größte mögliche Große Koalition. Das führt oft zu der beklagten Sterilität, aber es garantiert Zusammenhalt und Vorrangsschreiten in der Integration. Wir sollten uns vier Themen merken, die die Spitzenkandidaten in der TV-Diskussion im Konsens als wichtig beschrieben haben: ein digitales Europa, das drei Millionen neue Jobs schafft; eine Regelung der legalen Einwanderung in die EU; ein europäisches Datenschutzgesetz; ein europäisches Antidiskriminierungsgesetz.

Das sind Bausteine, die 2019 daraufhin überprüft werden können, was denn daraus geworden ist.

**Politicum** Ist nach diesem Ergebnis der Traum Europa gescheitert? Ist Europa reif für Europa? Wenn ja, für welches Europa?

**Kühnhardt** Der Traum ist Alltag geworden und die Mühen der Ebenen begleiten uns weiter.

Aber gerade in ihnen werden die Bedingungen eines jeden neuen Aufstiegs festgelegt. Im Kern geht es weiter um die Frage der Rolle Europas in der Welt von heute. Dies geschieht auf der Basis einer unfertigen, gleichwohl aber existierenden europäischen Föderation. Ich empfehle, den semantisch-sophistischen Disput über Begriffszuschreibungen zu beenden und die europäische Föderation als das zu nehmen und zu studieren, was sie ist: das erfolgreichste Projekt der europäischen Politikgeschichte.

**Politicum** Welche Zukunft sehen Sie für Europa und welche wünschen Sie sich?

**Kühnhardt** Ich wünsche mir eine Europäische Union, die in Balance mit den Völkern und Staatsordnungen Europas zum Wohl der Welt wirkt – dem europäischen Gemeinwohl verpflichtet und zugleich in Solidarität weltfähig. So stelle ich mir eine europäische Republik vor, der viele Menschen in diesen Jahren und Jahrzehnten mit großem Gewinn für das Ansehen Europas zuarbeiten. Ich wünsche mir, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften diesen Prozess stets kritisch, aber zugleich wohlwollend begleiten.

INTERVIEW  
Nadia Siebigteroth & Daniel Stich

**BERICHT AUS BONN - Den Standort im  
Gepäck: OB Nimptsch ernennt "Botschafter"  
für Bonn**

**03.07.2014**

**ib - Bonn steht im In- und Ausland für Internationalität und Wirtschaftskraft. In beiden Bereichen gibt es vor Ort Persönlichkeiten, deren Reputation und internationale Vernetzung herausragend sind und deren Meinung Gewicht hat.**  
**Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch hat jetzt 24 ausgewählte Persönlichkeiten zu "Botschaftern" für Bonn ernannt. 17 von Ihnen überreichte er im Alten Rathaus persönlich die Ernennungsurkunde.**

Diese Persönlichkeiten erfahren in ihrer Kommunikation und auf Reisen als eine der ersten von neuen Ideen und neuen Projekten. Aufgrund ihrer Kontakte können sie die Stadt Bonn bereits im Anfangsstadium einer Planung als Standort für Unternehmensansiedlungen, Kooperationen oder Konferenzen ins Gespräch bringen. Und sie sind bereit, dies auch zu tun.

Ihr Engagement würdigte Nimptsch jetzt mit der Ernennung zu „Business Ambassadors“ beziehungsweise „International Ambassadors“ der Stadt Bonn. Der OB bat sie, weiter für Bonn zu werben und damit zu helfen, den Internationalen Standort und den Wirtschaftsstandort Bonn weiterzuentwickeln: „Es gilt, in Netzwerken aktiv zu sein, Nähe zu Entscheidern zu halten und im richtigen Moment das richtige Argument anzubringen. Behalten Sie Bonn im Herzen und im Hinterkopf“, so Nimptsch.

Mit ihrem informellen und ehrenamtlichen Engagement für Bonn nutzen die neuen „Botschafter“ vor allem einen Sympathie- und Kompetenzbonus bei ihren Gesprächspartnern, der das Standortmarketing der Wirtschaftsförderung und den weiteren Ausbau des Internationalen Standorts sinnvoll verstärken kann. Dabei werden sie in beiden Bereichen von städtischen Ansprechpartnerinnen unterstützt. Den jetzt ernannten „Botschaftern“ sollen nach einer Pilotphase weitere Persönlichkeiten folgen.

Vom Internationalen Standort Bonn gehen Signale für Nachhaltigkeit, Entwicklung und Zusammenarbeit in die Welt. Der Wirtschaftsstandort Bonn zeichnet sich durch Innovation und starke Potenziale aus.

**Zu den „International Ambassadors“ gehören:**

- Dr. h.c. Erik Bettermann, Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Welthungerhilfe und des Vereins Internationaler Demokratiepreis Bonn
- Prof. Dr. Joachim von Braun, Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung der Universität Bonn (ZEF)
- Felix Dodds, Internationaler Nachhaltigkeitsexperte in der Vernetzung von Stakeholdern
- Prof. Dato\* Dr. Anwar Fazal, Direktor des Right Livelihood College Bonn
- Stefan Gsänger, Generalsekretär der World Wind Energy Association
- Klaus Milke, Vorsitzender von Germanwatch und der Stiftung Zukunftsfähigkeit
- Prof. Dr. Conrad Schetter, Wissenschaftlicher Direktor des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC)
- Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn (ZEI)
- Peter Limbourg, Intendant der Deutschen Welle
- Prof. Dr. Jürgen Fohrmann, Rektor der Universität Bonn

**Zu den „Business Ambassadors“ gehören:**

- Alfons am Zehnhoff-Söns, Geschäftsführender Gesellschafter der Am Zehnhoff-Söns GmbH
- Guido Degen, Vice President Business Development and Strategic Planning der GKN Powder Metallurgy
- Richard Andreas Domschke, selbständiger Unternehmer, vormals geschäftsführender Gesellschafter der Creditreform Bonn Domschke KG
- Dorothee Dzwonnek, Generalsekretärin der Deutschen Forschungsgemeinschaft
- Wolfgang Gräßl, Präsident der IHK Bonn/Rhein-Sieg und Geschäftsführer der Phoenix Software GmbH
- Dr. Jörg Haas, Vorstand HW Partners sowie BonnVisio GmbH & Co. KG Real Estate Vermögensverwaltung
- Prof. Dr. Hartmut Ihne, Präsident der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
- Nigel Lange, Chief Executive der Sirtex Medical Europe GmbH
- Goodarz Mahbobi, Geschäftsführer der axessio GmbH
- Dr. Chris Müller, Direktor der Bonn International School
- Prof. Dr. Dr. Pierre Luigi Nicotera, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen
- Vicente Perez-Lucerga, President & CEO der Kautex Textron GmbH & Co.KG
- Winfried Post, General Manager & Geschäftsführer der Agfa Healthcare GmbH
- Prof. Dr. med. Jürgen Reut, Ärztlicher Direktor und Geschäftsführer der Beta Klinik

## Eurasian Heartland or Atlantic Civilization: The Ukrainian War of Cultures

Ludger Kühnhardt,

### The Road to the Present

*Why was the West surprised about the escalation in Ukraine? What went wrong on our side? And what conclusions do we need to draw from a sober analysis?*

Over many years we did not sufficiently support the pro-Western oriented social forces in Ukraine, Armenia, Belarus, Moldova, and Georgia. Since the demise of the Soviet Union, we were focusing on Central Europe and the Baltic republics—rightly so—without admitting that the differences between these regions and the other western republics of the former Soviet Union were fundamental. We simply believed in the gradual and natural permeation of ideas and norms from west to east. In reality, political cultures were—and mostly still are—different between those societies we can call “the East of the West” and those who are struggling with their identity, whether Atlantic or Eurasian.

Over the years, we simply forgot the division of Moldova as a consequence of the factual secession of Transnistria in the period 1990-1992. Today we must realize that this still ongoing constellation in Moldova may well be the blueprint for Putin’s neo-imperialism toward Ukraine.

We also forgot that a similar separation followed from the Russia-Georgia War in 2008, ending with the factual occupation of South Ossetia and Abkhazia, thus rendering Georgia factually incapable of exercising its internal self-determination and international sovereignty.

The Ukraine-Russia crisis will come to end—at best—after Putin has achieved a similar factual separation of Ukraine by bringing a large part of eastern and southern Ukraine into his sphere of influence—directly or indirectly does not really matter.

### Motivations for Our Ukraine Involvement

*What is the objective of this strategy? What is the Ukrainian war really about?*

This strategy is a modernization and reactivation of the Russian Empire by coercion and, if necessary, by force. Former empires used secret services as a tool to advance their glory. In Putin’s Russia, the secret services and their weird methods are both tool and objective at the same time. In fact, the Russian secret services and their methods are the only guarantee for

Putin to maintain power and dominance over the system. This is why the global propaganda war Russia has started on many fronts is as important as the real confrontation on the ground in Ukraine.

The current conflict is about the boundaries between the West—that is, the Atlantic world, defined by individual human dignity, respect for diversity, and rule of law—and Eurasia, based on coercion, intimidation, state primacy over the individual, national/ethnic cohesion, and centralized decision-making. Putin understands a renewed Russian Empire as his contribution to modernization. He is revisionist and does not accept the results of history. Most importantly, for him, the use of force is politics by others means, while for the Atlantic civilization the use of force is understood as the ultimate failure and hence the end of politics.

Ukraine has become the new battlefield of the clash between the Atlantic view of the world and the Eurasian notion of world order and social evolution. A similar cultural conflict has happened also in other parts of Europe and elsewhere. Germany, for instance, was struggling between a Western notion of its political culture and an anti-Western notion of society and politics—autochthonous, ethnic, nationalistic—between the late nineteenth century and the mid-twentieth century. Hitler's defeat opened the door for the Germans to fully embrace Western political culture.

Ukraine, in this sense, is the new Germany: culturally divided, economically weak, socially split, and strategically more subject than object. In the German case of the nineteenth and early twentieth centuries, the inability of German elites and society to exercise self-determination in line with the Western political culture eventually led to two world wars of aggression, to full defeat, and the formal split of the country, turning its capital into a city with four zones dominated by external forces, as elsewhere in the age of colonialism (think of the European "possessions" in Shanghai or the different zones for different external settlers struggling for dominance in a city such as Stone Town in Zanzibar under the Omani sultan).

†

## The Future of the Ukraine Conflict

*Will Ukraine end up being controlled by different national and foreign powers, including the Organization for Security Cooperation in Europe (OSCE) or EU or UN peacekeepers, in carefully split zones? May this affect even the city of Kiev? Has the old East-West divide, in terms of a clash of political cultures, moved from Germany to Ukraine? And how long will this situation last?*

One thing is sure: the quest for freedom, which is the promise of the Western political culture, is based in anthropological truth. It is man's nature wanting to be free. Therefore, Ukraine in a Putin Empire might end up being split, paralyzed, semi-occupied, and incapable of acting as a self-determined player—but this stage will not last forever. In fact, it will always be questioned by many friends of freedom now and eventually destroyed by even more friends of freedom. Maybe by then, a Euromaidan movement will also take place on Moscow's Red Square to truly challenge the domestic root causes of the emerging second Russian empire, the Putin Empire.

For now, Western policymakers can only draw one conclusion in light of this situation: Get priorities straight and act coherently, consistently, and honestly; be self-critical and humble as far as the alleged superiority of Western values is concerned; expect a long and dire confrontation as long as Russia resorts to a secret police-driven imperialism; support the

Ukrainian people's right to define their own social and political system and their foreign policy orientation; do not provoke Russia unnecessarily and continue to explore, for the time being at least, the option of a neutralized but territorially coherent Ukraine (including Crimea); and defend the Ukrainian right to internal self-determination and its exclusive right to choose its foreign policy orientation.

The Atlantic civilization has to find appropriate answers to cope with the new twenty-first century confrontation with a secret police-driven Russian imperialism. NATO is revitalized and EU foreign and security policies will get sharpened. But most importantly for the Atlantic civilization, it must remain a credible magnetic power—in a sociological and cultural sense—for all those social forces and individuals in Ukraine, Moldova, Belarus, Georgia, and Armenia that want to join the Atlantic sphere of political culture—a political culture of individual dignity, respect, choice, justice, and rule of law.

For the time being, the idea of a “Europe whole and free” has been replaced by a split between an Atlantic Europe and a Eurasian empire. Coercion, violence, state primacy, ethno-nationalism, and hegemonic autocracy are not genetic attitudes anywhere in the world. Therefore it is true in a universal sense, wherever people have to live under such a system, they are enslaved. Yet, their time to rise will come. Now, we are witnessing the quest for freedom in Kiev and elsewhere in Ukraine. At some point in time, we will witness it in Moscow, too. Change must come from within, especially in empires whose time has come to disappear in the archives of history. For us, the United States and the EU, the main challenge is to remain credible and to stand together as one Atlantic civilization.

*Ludger Kühnhardt is director at the Center for European Integration Studies (ZEI) at Bonn.*

### About this Commentary



**Published:** September 16, 2014

**Topics:** German Foreign and Security Policy

**Tags:** Defense & Security, Germany, International Security, NATO, Russia, Ukraine

**Type:** Commentaries

**Program:** Foreign & Domestic Policy Program

## The Atlantic Civilization and Its Enemies

Squeezed between a self-destructive Russia and Arab world, Western nations need to focus on their roots.

By Ludger Kühnhardt, September 25, 2014

When the term "Atlantic civilization" was coined in the 18th century, the underlying idea was meant to combine the values of the French and the American Revolutions. They were seen as the two indispensable pillars of a single, yet divided approach to social modernization.

### **The values of the Atlantic civilization still hold true**

The values of life, liberty and the pursuit of happiness as well as those of liberty, equality and fraternity may sound hollow today, yet they have not lost any of their resounding power when looking at their impact.

The Atlantic civilization remains based on the primacy of individual dignity, property and rule of law, a strict separation between state and society the freedom of religion (to practice it as well as to renounce it) as well as the freedom to travel.

Our ability to engage in self-criticism remains the essential quality of the Atlantic civilization. While hoping for the universalization of our understanding of life, liberty and the pursuit of happiness remains an inherent driving force of our culture, we need to re-evaluate the world as it stands.

### **Related essay**

- **The Achilles Heel of the West**

### **Time for self-reflection?**

It is imperative for the future of the Atlantic civilization to realize the root causes of the conflicts which have taken us like a hurricane. The time has come to count the dead due to a series of acts of political violence committed over the past decade.

We must take account of undeclared wars (such as in the Ukraine), gruesome and barbarous acts of terrorism (as in Iraq and Syria), incapable states which cannot really "fail" because they never worked in the first place (such as Somalia), as well as states which can no longer prevent the outbreak of mass epidemics with global consequences (such as Liberia or Guinea).

The West may be keen to promote the rule of law and democratic participation, but we are confronted with upheavals in our borderlands that follow a different, if not altogether confrontational logic.

Russia is projecting its imperial glory, if only out of weakness. The Arab and Muslim world is undergoing a transformation with cultural, political and economic tensions of the highest order. While often clad in religious language, these tensions reflect age-old geopolitical controversies and rifts.

While we Westerners are ambivalent about the use of military power, knowing too well its limits and the curse of Pandora's Box that comes with the use of military power, we can no longer escape a global tide that changes our way of thinking.

Aren't we very scared of "foreign" fighters returning from Iraq or Syria, whether with a U.S. or EU passport? And what is our answer to self-declared "Sharia police" gangs patrolling the streets of London or Bonn, trying to prevent Muslim youth to enter "sinful" places such as discotheques and casinos?

## No single country has the answer

The Atlantic civilization is united these days, or so it seems. In reality, Western nations are divided in their perception of, and proximity to, current hotspots. Whether we are engaged in sanctions against Russia or in organizing a military coalition against the barbaric terror of the self-declared "Islamic State caliphate," the truth of the matter is this: Nobody has a good answer, and no strategy seems to work the way we thought these things happen.

What's happening in Russia is about re-establishing spheres of influence, territorial and ethnic. The shift from Arab spring to a Caliphate winter represents almost the opposite: the individualized, decentralized and excessively violent, cruel and unpredictable use of force.

Understood properly, Eurasian imperialism and Arab radicalism are two sides of the same coin. They both reek of obvious helplessness and long-term self-defeat. They represent deep inferiority complexes to which the West has not developed any serious response beyond the usual policies of carrots and sticks.

The Atlantic civilization has to learn that political ideologies and violent conflicts which are no longer relevant in the West have found willing repetition outside our sphere. The Arab world may well have entered its genuine Thirty-Year War, while nobody knows how long Russian imperialism may last.

But as Russia's and the Arab world's inner tribulations have begun to penetrate the cohesion and stability of the West, they pose a threat to the Atlantic civilization that goes beyond the reaction of concerned neighbors.

## An indispensable partnership

That is why it is time to reinforce the foundation of this unique experiment in the history of man's search for freedom without coercion.

The Atlantic civilization needs to redefine its foundation: the search for truth cannot justify the destruction of freedom, one's own and that of others; the rule of law and democratic participation include the protection of minorities, the outbreak of violence is the end of politics and not its continuation. In the end, this is what liberal democracy is all about.

It is against this backdrop that the success or failure of the **Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)** takes on a new dimension. These negotiations are about far more than a trans-Atlantic trade and investment partnership.

It is an investment into a common future of liberal democracy and it is about a partnership that cannot be traded on the altar of petty populism and myopic trends on either side of the Atlantic Ocean.



## About Ludger Kühnhardt

Ludger Kühnhardt is director of the Center for European Integration Studies (ZEI) at the University of Bonn, Germany.

[Full bio →](#) | [View all posts by Ludger Kühnhardt →](#)

## The Achilles Heel of the West

Tolerance is no purpose in itself, but a precondition for reconciling truth and liberty.

By Ludger Kühnhardt, September 28, 2014

"The Open Society and Its Enemies," Karl Popper once titled his book, written in his New Zealand exile during the totalitarian horror of Nazi Europe. Strangely and sadly, that topic is as relevant and virulent today as it was back then.

Yes, we have learned to live in harmony with each other. And we have been conditioned to believe in social progress. We have also assumed that turmoil elsewhere is not for the Western world to truly be concerned about.

That's what we had thought until 2014. By now, we know better. The hubris to assume that we have answers to any global threat — or that we can manage any global pressure at our doorsteps or that even we remain invulnerable — has been replaced by intellectual shock and awe. Syria, Crimea, Ebola and ISIS are just a few of the recent incidences that have shaken our Western belief in the manageability of everything and anything.

When we are overwhelmed by events, it is especially important to stay cool-headed. Mass media means mass information — but potentially also mass hysteria. Pictures produce images, but they also become petrified symbols. The borderlines between what we truly know and what we genuinely should be concerned about are getting thinner and thinner.

### Disinformation as a weapon of mass destruction

Little wonder then that disinformation has become the strongest weapon against the West with the biggest possible effect inside Western societies. The contemporary enemies of open societies use lies to cover up their contrasting understanding of political norms and values.

Putin's propaganda machine has already somewhat succeeded in advancing Russia's case behind the shades of grey of disinformation. In order to make people around the globe forget about the annexation of Crimea, Russia nourished violence in Donetsk and Luhansk, all the while talking about an armistice with Kiev.

Russia blames the West for breaking international law by bombing ISIS positions in Syria — thus making people forget who has helped the Assad regime in Damascus to survive the past three years.

Disinformation and propaganda are also what radical and criminal Salafists know how to handle well. Videos showing the beheading of innocent hostages are

### Related essay

- [The Atlantic Civilization and Its Enemies](#)

meant to provoke hysteria in Western societies. The point is to use this trigger mechanism to justify the (wrong) complaint that the West is against all Muslims.

## Blurring the lines between propaganda and disinformation

Salafists systematically blur the borderline between information, disinformation and propaganda. The concept of "friend and foe" is the starting point of radical Salafists to attack open societies. Once ordinary life gives in to fear, the battle is lost.

This is why Western societies are as strong as they are vulnerable to falling into the mindset and rhetoric of thinking in terms of "friend and foe."

Commitment to truth is noble, but shall not undermine liberty. Tolerance is no purpose in itself, but a precondition for reconciling truth and liberty. Therefore, any regressive kind of thinking in Western countries is a threat to the community of open societies at large.

This, not so coincidentally, is also the reason why the European Union is so sensitive to any increase in nationalistic and xenophobic thinking. It is not the issue as such, but the method of thinking which causes the real problem.

## Hungary as a case study

A case in point can be studied in Hungary. Once the most successful (and open) country in the Eastern bloc (the happiest nation during the Soviet era), it has become almost the least successful country of post-communist transformation.

This decline manifests itself most clearly in the political culture of Hungary. Antagonistic language and misleading terminology – such as the plea of Prime Minister Victor Orban for an "illiberal democracy" — whatever that may mean – are pointing at the weakest entrance point of the arrow of Paris into the Achilles's heel of Western societies.

Orban's goal is to undermine trust by deliberately relying on a misleading language of ambivalence. Soviet apparatchiks, those that are still alive, must love the perverted sense of dialectics that this Hungarian "conservative" relies on to execute his political machinations.

The core not just of the Western credo – but any civilization's credo — is this: The flip side of individual human dignity is individual responsibility. That leaves no room for any reasoning in the categories of "friend and foe" – only for a language of right and wrong.

And that, in turn, requires nothing more and nothing less than a language without lies. Standing up for that simple rule is the essence for anybody wanting Karl Popper's legacy to prevail.



## About Ludger Kühnhardt

Ludger Kühnhardt is director of the Center for European Integration Studies (ZEI) at the University of Bonn, Germany.

## Ukraine: Survival as a Human Right

Ahead of a decisive winter, Ukraine faces a difficult battle without strong support from the West.

By Ludger Kühnhardt, October 7, 2014

The Ukraine crisis does not lead us back into the Cold War. Rather, it moves us forward into a clear-cut new constellation, defined by different notions of politics and different concepts of state-society relations.

The Cold War was the product of two antagonistic totalitarian ideologies, radicalized by Nazi Germany into a war of annihilation. It ended with the destruction of much of Europe and the occupation and division of Germany.

The surviving totalitarian ideology held hostage countries in Central and Eastern Europe that were forced to join the Soviet Union until its breakup in 1990.

The constellation today is defined by a neo-imperial Russia. Putin's Russia considers force the continuation of politics by other means. It considers the rule of law and effective democratic participation as useless ways of weakening state centralism. And finally in Putin's Russia, coercion, lies and intimidation are legitimate instruments to exercise state power over its own citizens.

### Intimidation as self-determination

The Ukraine crisis does not include the danger of "falling back" into the logic of the Cold War. It does, however, include the danger of missing the point about what this new conflict is essentially about.

It is about subtle and overt actions against the Atlantic notion of an open society, of freedom, self-determination and liberty. Instead, it is cast in the language and behavior of geopolitical expansion and of spheres of influence.

The Ukrainian people are torn between their tradition – largely Soviet-influenced – and their hopes for the future. For the majority, these hopes are linked to joining the West, especially the European Union.

The most important thing the West can do at this point in history is to support the right of self-determination of those parts of Ukraine that still fall under the sovereignty of the government in Kiev.

---

Therefore, the elections to the new parliament in Ukraine in a few weeks are essential. They will hardly pass without Russia trying to influence them by means of subtle and overt coercion, intimidation and fraud.

The West must be prepared for this. And it must support all those social forces that try to move Ukraine toward an open, pluralistic and corruption-free society – aimed at anchoring itself in the Atlantic space.

Factually, Ukraine is divided; so are Georgia and Moldova. Mostly, citizens in these countries who want to join the space of Western structures present

economic arguments. They want to improve life chances for themselves, their fellow citizens and their children.

In the end, they want to join a reality that is based on Western political thought, no matter how insufficient the ideals of the West may be.

#### Individual vs. state power

Those who think in imperial categories and intend to expand and consolidate Russian spheres of influence argue through the lens of state power. They do not care about individuals' opportunities and life prospects. Their currency is distinctly 19th century pride and national heroism.

The coming winter will be the moment of truth for Ukraine. Will the country – or what is left if it – survive as a sovereign, pluralistic, self-determined state? Will it be prepared for the long march out of Soviet legacies and the cycle of corruption and mismanagement under its own different failed leaders?

Or will Ukraine render itself paralyzed, and hence become a pawn in the hand of Russian imperialism, whose ultimate aim may well be Kiev?

Human rights are rights of individual human beings, of course. But sometimes, the right of a state to survive in order to guarantee its citizens their free existence is a human right, too. This is what the war of cultures in and around Ukraine is all about in the winter of 2014/2015.



#### About Ludger Kühnhardt

Ludger Kühnhardt is director of the Center for European Integration Studies (ZEI) at the University of Bonn, Germany.

# EU-Vertretung, Bonn, 28.10.2014

## "Das neue EU-Mitglied Kroatien – eine Bestandsaufnahme"

Bürgerinnen und Bürger, Politiker und Wissenschaftler diskutieren angeregt über den Beitritt Kroatiens zur EU

Anlässlich des EU-Beitritts Kroatiens zum 1. Juli 2013 haben die Regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, das Generalkonsulat der Republik Kroatien in Düsseldorf, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Forum NRW und die Stadt Bonn zu einer Podiums- und Publikumsdiskussion am 24. Juni 2013 im Alten Rathaus in Bonn eingeladen. Unter dem Titel "Das neue EU-Mitglied Kroatien – eine Bestandsaufnahme" diskutierten Frau Dr. Doris Pack, Mitglied des Europäischen Parlaments ab 1. Juli 2013, und Herr Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn, über Hintergründe und Fragestellungen des kroatischen EU-Beitritts im Speziellen und über die europäische Erweiterungspolitik im Allgemeinen. Herr Dr. Stephan Koppelberg, Leiter der Regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn moderierte die Veranstaltung.



Mit der kroatischen Nationalhymne, gespielt vom Saxophonquartett Padafrage, wurde die Veranstaltung eröffnet. Im Anschluss riefte Herr Horst Naß, Bürgermeister der Stadt Bonn, sein Grußwort an das Publikum, in dem er die politische Internationalität der Stadt Bonn unterstrich. Mit einem zweiten Grußwort begrüßte auch Herr Vjekoslav Krizanec, Generalkonsul der Republik Kroatien in Düsseldorf, die Gäste. Ein Film über kroatische Kultur, Gesellschaft und Lebensweise bildete den Übergang zur Diskussionsrunde.



In die Podiums- und Publikumsdiskussion wurden sowohl Fragen von Herrn Dr. Stephan Koppelberg als auch Fragen aus dem Publikum eingebunden. Es stellte sich schnell heraus, dass sich alle drei Podiumsgäste einig sind, dass der EU-Beitritt Kroatiens ein Gewinn sowohl für Kroatien als auch für die Europäische Union ist. Sie sprachen sich auch alle für eine Aufnahme der restlichen Staaten des ehemaligen Jugoslawien in die EU aus, wobei Frau Dr. Doris Pack die Ansicht vertrat, dass sich diese Staaten zunächst umfangreich vorbereiten müssten, bevor sie der EU beitreten könnten, während Herr Prof. Dr. Ludger Kühnhardt unterstrich, dass ein baldiger EU-Beitritt dieser Staaten wichtig sei, um deren Entwicklung nachhaltig zu fördern.

Herr Volker Schlegel, Botschafter a.D. und Vorsitzender des Forums NRW der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik rundete die Abendveranstaltung mit seinem Schlusswort ab, in dem er dazu anregte, den Zustand der europäischen Gesellschaft zu hinterfragen. Nach der Europahymne, erneut gespielt vom Saxophonquartett Padafrage fand ein kleiner Empfang statt.

# Viele Wege führen nach Brüssel

Der Master Europawissenschaften ist der einzige Studiengang, den drei Berliner Universitäten gemeinsam gegründet haben – auf Anregung des Auswärtigen Amts. Die Absolventen sollen auf Jobs bei der EU, in Parlamenten, Lobbyverbänden oder Botschaften vorbereitet werden

VON MIRIAM HOFFMEYER

Die entscheidende Sitzung in Berlin steht kurz bevor: Wird die Europäische Zentralbank zum ersten Mal in ihrer Geschichte Kreditforderungen der Banken an Unternehmen aufkaufen? Jeder Teilnehmer muss sehr genau über die aktuelle Geldpolitik informiert sein, um seine Rolle überzeugend zu spielen – als EZB-Präsident, als Berichterstatter aus dem Direktorium oder als Präsident einer nationalen Zentralbank. Das Ergebnis: so offen wie bei der letzten Sitzung, die am 19. November in Frankfurt stattfindet.

Die Simulation einer EZB-Ratssitzung ist ein fester Bestandteil des einjährigen Postgraduate-Masterprogramms „Europawissenschaften“. Der einzige Studiengang, den alle drei Berliner Universitäten gemeinsam tragen, blickt aus drei unterschiedlichen Perspektiven auf die EU: rechtlich, wirtschaftlich und politisch. Viele Dozenten arbeiten im Hauptamt bei der EU-Kommission, im Auswärtigen Amt oder in anderen Bundesministerien.

**Mehr Deutsche auf EU-Posten – mit diesem Ziel wurde der Studiengang gegründet**

Die etwa 20 Studenten, die pro Jahr aufgenommen werden, müssen einen überdurchschnittlichen Masterabschluss im Erststudium und gute Kenntnisse der deutschen, englischen und einer weiteren europäischen Sprache mitbringen. Außerdem sollen sie einschlägige Berufs- oder Praktikumserfahrungen haben. Das Programm richtet sich in erster Linie an Politologen, Wirtschaftswissenschaftler und Juristen, doch werden auch Absolventen anderer Fächer aufgenommen.

Mehr Deutsche auf EU-Posten zu bringen, war das Ziel, als der Studiengang 1998 auf Initiative des Auswärtigen Amts ins Leben gerufen wurde. Einige Absolventen arbeiten auch bei der EU-Kommission oder anderen europäischen Institutionen. Doch ist der direkte Weg nach Brüssel für die Absolventen eher die Ausnahme als die Regel. Denn im „Concours“, dem offiziellen Bewerbungsverfahren für die höhere Beamtenlaufbahn in der EU, konkurrieren im Durchschnitt mehr als hundert Kandidaten um einen Platz.

„Der Concours ist eine Ochsentour“, sagt Professor Horst Tomann, Leiter der Gemeinsamen Kommission, die den Studiengang für die drei Universitäten koordiniert. Deshalb empfiehlt er seinen Absolventen eher andere Wege nach Brüssel: „Man kann sich beispielsweise beim Auswärtigen Amt oder beim Bundesfinanzministerium bewerben und sich von dort aus nach Brüssel delegieren lassen, das geht schneller und einfacher.“

Vor ihrem Studium der Europawissenschaften hält die Diplom-Kulturwirtin Karina Häuslmeyer den diplomatischen Dienst für „völlig unerreichbar“. Doch dann ergatterte sie für das Pflichtpraktikum, das die Studenten zwischen den beiden Semestern machen müssen, einen Platz im Auswärtigen Amt. „Ich habe mich dort mit vielen Leuten unterhalten und gemerkt, dass die Chancen doch nicht so schlecht sind.“ Häuslmeyer bereitete sich gemeinsam mit Kommilitonen gezielt auf die Aufnahmeprüfung für den höheren Dienst im Auswärtigen Amt vor. Heute ist sie dort als Referentin zuständig für die Beziehungen zwischen der EU und den USA. Regelmäßig greift die 36-Jährige auf ihr Netzwerk aus der Studienzeit zurück: „Ich habe Studienfreunde im Kanzleramt, im Innenministerium und in der EU-Kommission. Wenn ich eine Information brauche, kann mir immer jemand weiterhelfen.“

Gleichzeitig mit den Berliner Europawissenschaften wurden in Bonn, Saarbrücken und Hamburg einjährige Schwesterstudiengänge gegründet, die ebenfalls vom Auswärtigen Amt gefördert werden. Jedes Jahr am 9. Mai, dem Europatag, treffen sich Dozenten und Studenten aus allen vier Städten in Berlin. Das Postgraduate-Masterprogramm „Europäisches und in-

**Die Uni Bonn hat genau erfasst, wo die bisherigen Absolventen beruflich gelandet sind**

ternationales Recht“ der Universität Saarbrücken ist im Unterschied zu den anderen Studiengängen nicht fächerübergreifend, sondern reinjuristisch. Pro Jahr werden etwa 75 Bewerber aufgenommen. Das englischsprachige Programm des Europa-Kollegs Hamburg richtet sich vorrangig an Teilnehmer aus Ost- und Südosteuropa. Während von den Berliner Studenten der Europawissenschaften nur etwa ein Drittel aus dem Ausland kommt, liegt der Anteil in Bonn bei 80 Prozent, in Saarbrücken und Hamburg noch höher.

Die „European Studies“ der Universität Bonn haben am meisten Ähnlichkeit mit den Berliner Europawissenschaften. Allerdings findet das Bonner Programm komplett auf Englisch statt, auch ist kein Praktikum eingeplant. Dafür unternehmen die etwa 30 Studenten Exkursionen nach Brüssel, Luxemburg, Straßburg und Berlin. „Dabei treffen sie auch Ehemalige, die ihnen Tipps geben, wie man in Brüssel einen Fuß in die Tür bekommt“, sagt Programm-Koordinator Ralf Meyer.

In Bonn wurde genau erfasst, wo die bisherigen Absolventen gelandet sind: Zwölf Prozent haben es in europäische Institutionen geschafft. Mehr als doppelt so viele sind bei Beratungsunternehmen oder Lobbyverbänden tätig, die mit der EU zu tun haben. 15 Prozent der Absolventen arbeiten in nationalen Ministerien, Parlamenten oder Botschaften, ebenso viele in Forschung und Bildung. Weitere zwölf Prozent der Bonner Absolventen haben sich für eine Konzernkarriere entschieden.

Zu ihnen gehört der Diplom-Kaufmann Martin Zimmek, Strategiemanager beim Flugzeug- und Zughersteller Bombardier in Berlin. „Das Studium in Bonn war spannend, weil es breit angelegt ist und nicht monothematisch wie ein MBA“, sagt er. „In unserem Jahrgang waren wir eine bunte Truppe mit Studenten aus Europa, Amerika und Asien. Auch heute arbeitet Zimmek mit Kollegen aus der ganzen Welt zusammen. „Bei meiner Bewerbung war es sicher von Bedeutung, dass ich einen internationalen englischsprachigen Studiengang absolviert hatte“, sagt er. Entscheidend für die berufliche Richtung, die Absolventen der Europawissenschaften einschlagen, ist nach Zimmeks Einschätzung letztlich das Erststudium. Der Postgraduate Master sei eher ein „Bonus“ – der bei der Bewerbung aber den Ausschlag geben kann.

## Not Cold War II, But Toward World War III?

Putin is not the only problematic character on the global stage.

By Ludger Kühnhardt, November 15, 2014

Russia's leadership has returned to its traditional political thinking — imperial, nationalistic, aggressive. It is not pursuing a transformation toward Western ways, as had been hoped for a while. Instead, it is embracing a new version of "reactionary modernism" (in the words of Jeffrey Herf).

Such a peculiar form of modernism is something we have seen already under Nazi rule in Germany in the 1930s. In Putin's Russia, "reactionary modernism" is coupled with revisionist aspirations to expand Russia's sphere of influence on the Eastern borders of Europe.

As for the latest outbreak of Russian imperialism, some argue that this chain of events is apt to usher in a new Cold War. That proposition is wrong — for a very obvious reason: The Cold War has never turned violent, except for moments of unrest inside the Eastern bloc.

That makes it much unlike the series of events we have seen since the end of the Soviet Union in 1990: From Chechnya to Transnistria, from South Ossetia to Abkhazia, from Crimea to Donbass, we have seen hot warfare by old and new means.

To be sure, the ideological source of today's set of conflicts is no longer rooted in past totalitarianism. Instead, it lies primarily in the geopolitical objectives of Russia: Eurasian nationalism has become the source of a new zone of blood, instability and uncertainty at the fringes of Russia.

Regionalism by coercion — as Putin tries to implement with his project of the Eurasian Union — will not work either.

### Putin and the Arab world

But Putin is not the only problematic character on the global stage. On Europe's southern borders, the Arab spring has not turned into the hoped-for democratic Arab summer.

Even the much harsher metaphor currently bandied about — that of a Caliphate winter — is misleading.

In reality, the Arab world is going through a set of revolutions. By definition, they come in stages, go through phases and remain unpredictable until the end.

Recognizing Arab diversity and accepting new forms of power sharing and identity tolerance will take a long time.

The reason why is quite simple: What needs to happen is that this part of the world has to discover either the recipe Thomas Hobbes provided for a solution to sectarian wars, which is the primacy of the law over any claim of representing "truth."

Or it has to embrace Max Weber's notion about peace based on a monopoly of the legitimate use of state violence. Saying so is not a form of cultural or historical chauvinism.

The two approaches basically describe the two only logical and effective choices — when viewed from a purely anthropological, not political, ideological or religious perspective.

Unless and until one of those happens, we will experience privatized violence and terrorism, uncertainty and instability.

## Not another Cold War

The Cold War came as one global conflict, uniting and dividing the world at large. Today's conflicts originate in multiple domestic anarchies, governance and state failures.

As a consequence, however, they are no less powerful and scary. They repeat conflicts that Europe has unlearned. And they have led to a robust mixture of cold and hot wars, frozen and overt conflicts, especially across the arc of instability from Morocco to Moscow.

If we add the territorial and power disputes in the South China Sea, as well as the root causes of Ebola (which are not medical, but the consequence of state failure in the countries of origin), then we suddenly realize the expanding global nature of the series of escalating conflicts.

The only certain fact is only that Europe is no longer origin, source and center of current conflicts. If one adds the number of victims of political violence since the end of the Cold War outside Europe, the gruesome impression that we are going through World War III appears in front of our eyes:

1. More than 157,000 people were killed in acts of terrorism since 1990.
2. Up to nine million people have lost their lives in acts of civil war around the globe.

The statistics of violence since the end of the Cold War are getting us closer to the legacy of World War I with its 17 million dead than to anything the world experienced during the Cold War.

## A new Thirty Years War

Like both World War I and World War II, the new series of global confrontations do not take place in all regions, all countries or all villages at the same time.

Like the Thirty Years War of the 16th century, the budding World War III has already seen so far periods of armistice and recovery, only to prepare for the next round of shooting, looting and killing elsewhere.

And World War III includes cold wars and hot wars, old wars and new forms of violence for political ends.

It is a new Thirty Years War — and comes as the downside cost of the global age. Unlike the presumable upside — expressed by the gadgets of communication and gentle economic power shifts — its currency is shifts in power relations due to war and violence.

The new conflicts are fought less over territorial claims per se — and far more over basic notions of politics, the management of public affairs as well as identity and diversity management.

Curiously enough, in some parts of the world, the fight is over having too many states, while in others it is fought over the lack of states for some groups.



## About Ludger Kühnhardt

Ludger Kühnhardt is director of the Center for European Integration Studies (ZEI) at the University of Bonn, Germany.

## The World's New Thirty Years War

How to shape a coherent long-term Western strategy for the age of new global violence.

By Ludger Kühnhardt, November 16, 2014

Given the arch of instability that is surrounding Europe in its East and in its South, Lenin's question of 1902, "What is to be done," has gained renewed importance – only this time for the West.

The current wave of violence and uncertainty – think of the ongoing undeclared war in Donbass or the protracted war against ISIS in Iraq and Syria – requires more than just analytical clarity about root causes and potential consequences. It also requires responses which, at least over time, can tame the flood of violence and coercion, suffering and fear.

Otherwise, the memories of the past few decades when we enjoyed the sunny side of post-Cold war politics will quickly become a faint memory.

Thinking about any Western strategic responses has to begin with self-critique: Although the center of violence and war has shifted away from Europe, the intellectual root causes of many concepts of violent politics (including autocracy, ethnic violence or the manipulation of religion for violent means) across the world today have intellectual sources in Europe.

Yes, it is true that these concepts have thankfully been overcome for the most part in Europe itself. But we Europeans cannot ignore that many of today's biggest conflict areas still live under the long-range consequences of Europe's colonial legacy as well the subsequent preeminence of the United States.

### The West's three-part strategy

Historic legacies aside, it is also true that we in the West, perhaps because our societies – exhausted from centuries of infighting and virulent social conflict, have become largely pacified at home.

As a result, we have underestimated that confrontational concepts of politics as well as ethnic and religious identity still have a lot of currency around the globe. People living in the more conflicted parts of the world look at the West with a curious mixture of disregard and inferiority complexes.

Under these circumstances, the West needs a three-part strategy to cope with the current tide of uncertainty, violence and disregard for human dignity and diversity that has become virulent in too many countries of the world.

The first element is strong defense: whether one likes it or not, this includes deterrence based on Article 5 of the NATO Treaty (meaning that an attack on the territory of one NATO member is an attack on all).

It includes a more efficient and flexible rapid intervention force, as agreed upon at the NATO Summit in Wales in September 2014, and urgent efforts by the EU to advance joint European counterintelligence and military procurement policies. Finally, it also includes the need to better prepare for future cyber crimes.

The second element for a successful Western strategy is the use of creative and proactive forms of crisis prevention.

This includes continuous dialogue with those in power anywhere, even if they use power for violent means. It also includes efforts to cope with the root causes of the current escalation of the politics of violence.

We need to speak clearly about some core ideas and we need to resist their violation wherever necessary.

# the globalist, 16.11.2014

## Three core tenets of global thinking

1. No religion justifies the use of force. No search for cultural identity justifies the exclusion and elimination of minorities.
2. No quest for national pride justifies the revision of borders and annexation of territories.
3. No legitimate interest in national cohesion justifies the infringement of fundamental human rights.

But fundamentally, crisis prevention needs to start with understanding that the youth bubble in the arch of instability requires new economic strategies and more creative forms of advancing economic life chances. Otherwise, the West will continuously remain exposed to illegal migration pressure and blame-games about its egoism.

## The courage of our convictions

The third element of a coherent long-term Western strategy for the age of new global violence is to support those who promote human rights and reason.

This applies especially to activists in the civil society of countries which have become the origin, source and center of conflicts with regional, if not even global ramifications.

One example of hope is the European Humanities University, founded in 1992 in Minsk, Belarus. Since 2004, it operates in exile in Vilnius, Lithuania.

The university, its founder Alexander Mikailov and its courageous students deserve the Charlemagne Prize of the City of Aachen, the most prestigious civil society award from the European Union. The next prize will be given in May 2015. It will be the right moment to encourage civil society pluralism through intellectual diversity in Belarus.

## Next: A war of ideas

A war of ideas will accompany the next phase of the global age. For the West, the new Thirty Years War at its doorsteps comes as a quintessential test case for the credibility of its legal and political norms. We must also urgently revitalise trust in moral and social values that have stood the test of history but are challenged anew today.

Credibility begins at home, which is why compassion with refugees and enforced migrants who simply look for a better life must be the starting point of any Western reaction to the arc of conflict.

Despair and disenchantment among young people are guarantees of further instability and violence if they do not find positive, constructive outlets to contribute to a better world.

## Religion has its place: Self-limitation, not aggression

In preparing for such a world, we should also defend the idea of religion, provided it is properly understood. We can make the argument regarding many of the most conflicted areas that only where there is religion can violence eventually vanish.

Ultimately, religion (etymologically derived from the Latin re-ligare, reconnecting with God) is about accepting humans' limits in dealing with fellow humans. This is why violence in the name of religion is the biggest blasphemy of all.



## About Ludger Kühnhardt

Ludger Kühnhardt is director of the Center for European Integration Studies (ZEI) at the University of Bonn, Germany.



**OMFIF**

OFFICIAL MONETARY  
AND FINANCIAL  
INSTITUTIONS FORUM

## How the EU can deal with chaos on its borders

New Commissioner should strive to eliminate his own job

by Ludger Kühnhardt

Mon 24 Nov 2014

The planned ring of friends around the European Union has turned into a zone of chaos and uncertainty. In the new European Commission, policies for enlargement and neighbourhood policies fall under Austrian Commissioner Johannes Hahn. He faces an uphill struggle. Bereft of convincing incentives, Europe's unique 'neighbourhood policy' can no longer promote its noble goals. Instead it produces the opposite: disillusionment within the EU, and disdain in neighbouring regions and in the power centres that stand behind them, whether they are in the Kremlin or somewhere in the Middle East.

Most of the controlling forces behind Europe's neighbours no longer believe in benevolent integration and transformation. The EU has to deal with a wide and difficult world that encompasses the problems of Sahel, Russia and the Caucasus, piracy and terror in eastern Africa and even the kidnapping of Europeans in southeast Asia. The bitter truth is that, 100 years after the first world war, Europe is no longer exporting stability around the globe. For the first time, it is importing instability, through terrorism, illegal migration, cyber-crime and other forms of destabilising activity on and across its borders.

As Commissioner Hahn knows from his own country's history, the EU can offer only one real incentive towards those it tries to link to its values and interests: EU membership. Yet any further enlargement is off the table at least until 2019. This is bad news for Serbia, Montenegro, Macedonia, Albania, Bosnia-Herzegovina, Kosovo and, of course, Turkey.

The EU's neighbourhood policy is falling a long way short of its aim of extending European values and instruments and helping develop a common market. The policy, in effect since 2004, involves a large budget, with €15.4bn due to be spent between this year and 2020. The Treaty of Lisbon gives the neighbourhood policy quasi-constitutional status. The policy has met some success in a technocratic sense since 2004. But this year the environment has suddenly turned darker.

Neighbourhood policy, by definition, is a paternalistic concept. Its objectives cannot be fulfilled in the climate of revolutionary turmoil to the south and east of the EU's borders. The neighbours are no longer consumers of European ideas; instead, they are agents of change in their own right. Ukraine may be drawn toward the EU more than any other place in the east; Tunisia may be more promising than any other southern state. But even these two countries, no matter how hard they try to keep to the neighbourhood policy precepts, know they will not receive the prize of EU membership as a reward for their achievements.

Their struggle shows that Europe should proceed on a case by case basis rather than directing well-intentioned but ultimately useless policies towards diverse neighbouring countries grouped into irrelevant categories. The EU needs appropriate tools for specific countries in improving standards in areas like health, tax and anti-trust regulations. These should be integrated into general EU work.

The new Commissioner for Enlargement and Neighbourhood Policies should reset his priorities by striving to eliminate his own job. The aim should be to complete EU Balkan enlargement as soon as possible. The Commission should then consign into oblivion a portfolio that has become a testament to the EU's shattered illusions.

Ludger Kühnhardt, member of the Advisory Board, is Director of the Center for European Integration Studies, Bonn University. He is author of European Union - The Second Founding and editor of Crises in European Integration.